

Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: **Amtsbericht 2008 des Regierungsrates**

Datum: 27. Januar 2009

Nummer: 2009-040

Bemerkungen: **Verlauf dieses Geschäfts**

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Vorlage an den Landrat

Amtsbericht 2008 des Regierungsrates

vom 27. Januar 2009

Inhaltsverzeichnis

Teil 1: Einleitung	Seite 2
Teil 2: Finanz- und Kirchendirektion	Seite 3
Teil 3: Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion	Seite 21
Teil 4: Bau- und Umweltschutzdirektion	Seite 51
Teil 5: Justiz-, Polizei- und Militärdirektion	Seite 87
Teil 6: Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion	Seite 102
Teil 7: Landeskanzlei	Seite 119
Teil 8: Antrag	Seite 125
Anhang 1 Anfragen aus dem Landrat und Aufträge des Landrates	Seite 126
Anhang 2 Initiativen (Stand der Bearbeitung)	Seite 156

Teil 1 Einleitung

1.1 Auftrag

Der Regierungsrat unterbreitet dem Landrat auftragsgemäss seinen Amtsbericht für das Jahr 2008. Gemäss § 67 Absatz 1 Buchstabe a der Kantonsverfassung genehmigt der Landrat die jährlichen Amtsberichte des Regierungsrates.

1.2 Übersicht

Der Vergleich mit dem Jahresprogramm 2008 zeigt, dass nicht alle der gesetzten Ziele und Absichten umgesetzt werden konnten. Es ist aber festzustellen, dass die meisten Vorhaben programmgemäss in Angriff genommen, weitergeführt oder abgeschlossen werden konnten. Verzögerungen haben sich vor allem in der Vorbereitung verschiedener Gesetzesvorlagen ergeben. Verschiebungen oder Sistierungen von Projekten sind häufig aus finanziellen Gründen (als Sparmassnahme) oder aufgrund fehlender personeller Ressourcen erfolgt.

Für die Details wird auf die folgenden direktionsweise gegliederten Rechenschaftsberichte hingewiesen. Der Amtsbericht 2008 ist wiederum federführend von der Finanz- und Kirchendirektion betreut worden, die sich bei den vier anderen Direktionen und der Landeskanzlei für die gute und speditive Zusammenarbeit bedankt.

1.3 Anhänge

Anhang 1 umfasst

- alle vom Regierungsrat im Jahr 2008 beantworteten Interpellationen sowie schriftlichen und mündlichen Anfragen,
- die vom Landrat abgeschriebenen Aufträge (Motionen und Postulate),
- die vom Regierungsrat erfüllten, vom Landrat aber noch nicht abgeschriebenen Aufträge,
- die vom Regierungsrat innert der gesetzlichen Frist noch nicht erfüllten Postulate und Motionen (Zu diesen Vorstössen unterbreitet der Regierungsrat dem Landrat eine separate Vorlage) und
- die vom Landrat nach dem 1. 1. 2008 überwiesenen Postulate und nach dem 1. 1. 2007 überwiesenen Motionen.

Anhang 2 gibt einen Überblick über den Stand der Bearbeitung der kantonalen Volksinitiativen.

Teil 2 Finanz- und Kirchendirektion (FKD)

Text zu den Schwerpunkten und wichtigen Projekten der Direktion

Der Goldrausch ist vorbei. Doch ein neuer Rausch hat dafür gesorgt, dass der Kanton Basel-Landschaft mit einem Überschuss von 21.0 Mio. Franken einen guten Abschluss seiner Staatsrechnung 2006 hat vermelden können: Der Konsumrausch. Der dynamische private Konsum, die Exporte und die deutlich gesteigerte Investitionstätigkeit der Unternehmen führen weiterhin zu einem aussergewöhnlich starken Anstieg des Schweizer Bruttoinlandproduktes (BIP). Der gute Rechnungsabschluss und die erfreuliche Ausgangslage (das Budget 2008 rechnet mit einem Überschuss von 3 Mio. Franken beim Saldo der Laufenden Rechnung) sind das Ergebnis der guten Konjunkturlage.

Doch das ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere ist, dass die vor einigen Jahren eingeleitete solide und stetige Finanzpolitik der Regierung nun ihre Früchte trägt. Das Baselbiet hat seine Hausaufgaben gemacht. Dank der Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP) ist der Staatshaushalt ausgeglichen. Für wichtige neue Aufgaben und grosse Investitionen besteht wieder Handlungsspielraum. Das Baselbiet ist heute wieder in der Lage, seine guten staatlichen Leistungen nachhaltig zu finanzieren und damit seine Attraktivität als Wohnort und Wirtschaftsstandort zu stärken. An die Vergabe des Triple A durch die Rating-Agentur Standard & Poor's haben wir uns im Baselbiet beinahe schon gewöhnt. Mit der konsequenten Fortsetzung der nachhaltigen Finanzpolitik will die Regierung die drei A auch den nächsten Generationen ermöglichen.

Die gute Ausgangslage darf Regierung und Parlament keineswegs dazu verleiten, die Ausgabendisziplin jetzt aufzuweichen. Die von der Regierung geplante und vermutlich Anfang 2008 zur Abstimmung gelangende Defizitbremse soll dazu beitragen, den ausgeglichenen Staatshaushalt zu konsolidieren und damit die nachhaltige Finanzpolitik der Regierung wirksam zu unterstützen. Die Defizitbremse hilft uns allen, nicht übermütig zu werden. Wenn wir den in der Verfassung verankerten Auftrag befolgen, den Staatshaushalt auf die Dauer ausgeglichen zu halten, und wenn wir zum Eigenkapital Sorge tragen und es deutlich bei über 100 Mio. Franken belassen, dann wird die Defizitbremse immer nur präventiv wirken und nie wirklich zum Einsatz kommen. Und das ist ja genau der Zweck der Sache.

Dass diese Finanzstrategie richtig ist, unterstreicht der Bericht der Rating-Agentur Standard & Poor's regelmässig. In ihrer Begründung für das Triple A des Kantons Basel-Landschaft erwähnt die Agentur folgende Stärken: eine gute finanzielle Entwicklung über die letzten Jahre, eine bestens qualifizierte Verwaltungsführung, welche die notwendigen Entlastungsmassnahmen eingeleitet hat, die Situation als Nettozahler im Schweizer Finanzausgleichssystem, ein im nationalen und internationalen Vergleich relativ hohes Wohlstandsniveau sowie eine zunehmend diversifizierte Wirtschaft mit guten Wachstumsperspektiven.

Neben den Finanzen steht im Jahr 2008 die Informatik im Mittelpunkt. Der Kanton wird in den kommenden Jahren das Personalsystem sowie die Finanz- und Rechnungswesenapplikationen ablösen müssen. Diese Aufgabe wirft weit reichende Fragen auf (wie Organisation, Prozessoptimierungen, Wirtschaftlichkeit, zukünftige IT-Entwicklung, Softwarearchitektur, Funktionalitätsbedarf, Benutzerakzeptanz, zukünftige Ausbaumöglichkeiten, Betrieb, Support, Synergien mit anderen Kantonen, usw.). Die dazu erforderlichen Umsetzungsschritte werden dem Landrat bis Anfang 2008 vorgeschlagen. Geplant ist die produktive Einführung eines integrierten ERP-Systems (ERP = Enterprise Resource Planning) Anfang 2010.

Nr. 2.01	Programmpunkt Finanzwesen Strategische Zielsetzungen Finanzhaushalt Das Budget 2008 ist stark geprägt durch den Neuen Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen. Aufgrund des nun vom Bund auf der Basis der Globalbilanz festgelegten Ressourcenausgleichs resultiert eine Entlastung des Kantons Basel-Landschaft im Umfang von 2 Mio. Franken. Das Budget 2008 rechnet mit einem Überschuss von 3 Mio. Franken beim Saldo der Laufenden Rechnung. Dennoch ist absehbar, dass auch künftig nicht alles Wünschbare realisiert werden kann. Es bedarf weiterhin einer strengen Ausgabendisziplin, um den Kantonshaushalt auch in den kommenden Jahren im Lot zu halten. Die Einführung einer kantonalen Defizitbremse wird diese Zielsetzung nachhaltig unterstützen. Optimierung der Führungsinstrumente Im Rahmen der Ablösung der bestehenden EDV-Lösungen für das Rechnungs- und das Personalwesen sollen die Führungsinstrumente verbessert werden (siehe auch Punkte Nr. 2.09.01 und 2.10.01). Zusammen mit der EDV-Ablösung wird die Rechnungslegung auf der Basis des von der Finanzdirektorenkonferenz weiter entwickelten Harmonisierten Rechnungsmodells (HRM2) angepasst. Im weiteren werden die Prozesse in der Rechnungsführung, im Controlling und im Personalwesen auf Optimierungen hin überprüft. Auch im Bereich der Subventionen und Beteiligungen soll die Steuerung verbessert werden.	Amtsbericht 2008
Nr. 2.01.02	Einzelne Massnahme Einführung der kantonalen Defizitbremse Nach der Volksabstimmung soll die Defizitbremse im Jahr 2008 (im Hinblick auf das Budget 2009) in Kraft gesetzt werden. Zur Konkretisierung des Vollzugs wird eine Verordnung erarbeitet.	Die Defizitbremse wurde auf den 1. Juli 2008 in Kraft gesetzt.
Nr. 2.01.05	Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes und Weiterentwicklung der Rechnungslegung Mit einer Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes und des Dekrets zum Finanzhaushaltsgesetz wird die Rechnungslegung an die neue Fachempfehlung der Finanzdirektorenkonferenz angepasst. Die Aussagekraft von Bilanz und Erfolgsrechnung wird durch verschiedene Anpassungen erhöht werden.	Die Vorlage zur Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes wird in der 1. Hälfte 2009 an den Landrat überwiesen.

Nr. 2.01.06	Agenturbericht: Steuerung der Beteiligungen Mit dem Bericht zu den Beteiligungen des Kantons (Agenturbericht) (alter Punkt Nr. 2.02.02) werden mögliche Massnahmen zur Verbesserung der Steuerung der Beteiligungen aufgezeigt. Diese Massnahmen werden im Jahr 2008 konkretisiert, so dass ein systematisches Beteiligungsmanagement eingeführt werden kann. Zum Beteiligungsmanagement werden eine Verordnung und Richtlinien erarbeitet.		Die Verordnung wird auf den 1. Juli 2009 in Kraft gesetzt. Die Vorstösse im Zusammenhang mit der Steuerung der Beteiligungen werden in einer Landratsvorlage beantwortet.
Nr. 2.01.07	Subventionsbericht Mit dem Subventionsbericht wird eine erhöhte Transparenz bezüglich der ausgerichteten Subventionen hergestellt. Zudem wird das Subventionscontrolling geregelt.		Der Landrat hat vom Subventionsbericht Kenntnis genommen (Landratsvorlage Nr. 2008 / 016).
Nr. 2.01.08	Internes Kontrollsystem und Risikoanalyse Auf der Basis eines Grobkonzeptes zur Einführung eines internen Kontrollsystems soll geprüft werden, welche Massnahmen vor der Einführung des neuen ERP-Systems eingeführt werden sollen.		Die Vorarbeiten für das Interne Kontrollsystem wurden geleistet. Die entsprechende Weisung wird im Jahr 2009 in Kraft gesetzt. Eine verwaltungsinterne Umfrage bei allen Direktionen betreffend Berichte mit risikorelevanten Aussagen wurde durchgeführt. Eine systematische Auswertung der Antworten und die Planung der nächsten Schritte folgt im Jahr 2009.
Nr. 2.01.09	Prämienverbilligungen Aufgrund der Steuergesetzesrevision zur Entlastung von Familien und tiefen Einkommen und der NFA muss das Dekret über die Einkommensgrenzen und den Prozentanteil in der Prämienverbilligung angepasst werden.		Die Anpassung des Dekrets wurde auf den 1. Januar 2009 in Kraft gesetzt (vgl. Landratsvorlage Nr. 2008 / 115).
Nr. 2.01.10	Schliessung der Deckungslücke der Pensionskasse Über eine Zeitperiode von 10 bis 15 Jahren soll die Deckungslücke der Pensionskasse (BLPK) geschlossen werden. In erster Priorität muss die strukturelle Unterfinanzierung der Pensionskassenleistungen beseitigt werden. Gleichzeitig wird ein Primatwechsel überprüft. Bei der Schliessung der Deckungslücke soll eine gewisse Opfersymmetrie zwischen Arbeitgebenden, Arbeitnehmenden und Rentnern erzielt werden. Es ist vorgesehen, dass dem Landrat im Jahr 2008 eine Vorlage unterbreitet wird.		Im Jahr 2009 soll eine Vernehmlassung über Massnahmenvorschläge durchgeführt werden.

Nr. 2.02	Programmpunkt Partnerschaftsverhandlungen BL / BS Strategische Zielsetzungen Die interkantonale Zusammenarbeit zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt soll anhand einheitlicher Vorgaben standardisiert werden. Als Grundlage für die weiteren Arbeiten dienen die gesamtschweizerischen Vorgaben im Rahmen der NFA (Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen inklusive Interkantonale Rahmenvereinbarung) und die Standards BL / BS, die auf Regierungsebene mit Basel-Stadt vereinbart wurden. Die Grundsätze sollen gemeinsam mit Basel-Stadt bedarfsgerecht erweitert und verfeinert und in den jeweiligen Verhandlungen in den Einzeldossiers angewendet werden. Als wichtiger Massstab gilt die Wirtschaftlichkeit der Lösungen. Sie soll, wenn immer möglich, für alle beteiligten Partner verbessert werden.	Amtsbericht 2008
Nr. 2.02.01	Einzelne Massnahme Standardisierung / Systematisierung der interkantonalen Zusammenarbeit Weiterentwicklung und Umsetzung einheitlicher Vorgaben für den Leistungseinkauf zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt. Entwicklung eines Handbuchs im Sinne einer Checkliste für die Zusammenlegung von Dienststellen, und Gewährleistung, dass dieses Handbuch jeweils systematisch angewendet wird. Im Jahr 2008 sollen die Kriterien zur Prüfung einer Fusion von Dienststellen einerseits und für den Leistungseinkauf andererseits festgelegt werden.	Es wurde ein Konzept "Konkretisierung Leistungseinkauf" erstellt und vom Regierungsrat für eine Versuchsphase genehmigt. Es dient in BS und BL als Orientierungsrahmen für künftige Leistungseinkäufe und ist von allen Direktionen anzuwenden. Sobald genügend Erkenntnisse aus der Versuchsphase vorliegen, findet eine Überprüfung statt. Es wurde ein "Handbuch zur Zusammenlegung von Dienststellen" erstellt und vom Regierungsrat für eine Versuchsphase genehmigt. Es dient in BS und BL als Orientierungsrahmen für Zusammenlegungsprojekte und ist von allen Direktionen anzuwenden. Sobald genügend Erkenntnisse aus der Versuchsphase vorliegen, findet eine Überprüfung statt.
Nr. 2.02.02	Verhandlungen in Einzeldossiers Im Jahr 2008 finden unter dem Dach der Partnerschaftsverhandlungen BL / BS schwerpunktmässig Verhandlungen im Bereich der Kultur und des Leistungseinkaufs statt.	Die Verhandlungen im Bereich Kultur sind im Gange. Eine konsensuale Lösung gibt es noch nicht. Im Rahmen des Teilprojektes Universität wurde der Projektierungskredit für den Neubau für die Life Sciences der Universität Basel an der Spitalstrasse 41 in Basel erarbeitet (LRV Nr. 2008 / 267 vom 21. Oktober 2008).

Nr. 2.03	Programmpunkt Sozialwesen Strategische Zielsetzungen Die Durchführung von verschiedenen Evaluationen wird das Geschäftsjahr 2008 prägen. Für die Evaluation der Wirksamkeit von Eingliederungsmassnahmen sind zuvor Umsetzungsgrundlagen zu erarbeiten. Die Effektivität der Interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) sowie die Missbrauchsbekämpfung in den Gemeinden (Stichwort Privatdetektive) stellen weitere Auswertungen dar. Diese Arbeiten werden teilweise in enger Zusammenarbeit mit einem externen Berater ausgeführt. Die permanente Schulung von Behördenmitgliedern hinsichtlich Neuerungen im Sozialhilfewesen sowie spezifische Aus- und Fortbildungsseminare als einzelne Module bilden einen weiteren Schwerpunkt. Das kontinuierliche Überarbeiten der Beiträge im Handbuch Sozialhilferecht wird in der durch den Regierungsrat einberufenen Konsultativkommission Sozialhilferecht (KKSH) wahrgenommen; die redaktionellen Arbeiten und die entsprechende Administration erfolgen durch das Kantonale Sozialamt (KSA). Die jährlich erscheinende Sozialhilfestatistik wird in enger Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt ausgearbeitet und einem breiten Publikum zur Verfügung gestellt. Wie jedes Jahr, wird diese aussagekräftige Statistik mit aktuellen Themen ergänzt. Ein wichtiges Geschäft ist und bleibt die Interinstitutionelle Zusammenarbeit, kurz IIZ, die aus einzelnen Arbeitsgruppen mit eigenen Zielsetzungen besteht.	Amtsbericht 2008 Zwei der drei Evaluationen konnten gestartet werden. Die Resultate werden in den kommenden Monaten erwartet und sicher zu aussagekräftigen Grundlagen werden. Einzelnen, als auch zusammen mit dem Verband für Sozialhilfe (VSO) wurden wiederum mehrere Schulungsmodulare angeboten. Die Beteiligung war wiederum sehr hoch. Auch das Interesse an den Informationsveranstaltungen für involvierte Kreise vor den Wahlen in die Sozialhilfebehörden war gut. Eine Vernehmlassung ist noch nicht abgeschlossen. Es wird anschliessend im Jahr 2009 dem Landrat eine minimale Anpassung des Sozialhilfegesetzes per 1. Januar 2010 vorgeschlagen. Die Statistik wurde im August 2008 - wiederum mit den Finanzdaten der Gemeinden versehen - veröffentlicht. Erfreulicherweise erneut mit einem Rückgang der Sozialhilfe beziehenden Personen. Die IIZ hat sich zu einem festen Bestandteil bei der Zusammenarbeit unter den staatlichen Institutionen entwickelt.
-----------------	--	---

Nr. 2.03.02	Einzelne Massnahme Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) - Subkommission "Junge Erwerbslose" Die Subkommission "Junge Erwachsene" hat sich zum Ziel gesetzt, die erarbeiteten Massnahmen gemäss Studie der Firma Egger, Dreher und Partner AG umzusetzen. - Subkommission "IIZ-klassisch" Für die in den Gemeinden, den regionalen Arbeitsvermittlungszentren und der Invalidenversicherung Basel-Landschaft bestimmten Personen werden Fortbildungskurse unter der Koordination des KSA angeboten. - Subkommission "MAMAC" Medizinisch-arbeitsmarktliche Assessments mit Case-Management Geplant ist der Abschluss des zur Zeit laufenden Pilotprojektes mit dem Bund. Planungsstand: Planung erfolgt Datum der Zielerreichung: 31. Mai 2008.		- Subkommission "Junge Erwerbslose" Das Projekt Berufsweg-Begleitung (BWB) wurde im Sommer 2008 vom Landrat genehmigt. Die konkrete Umsetzung ist für den Sommer 2009 vorgesehen. - Subkommission "IIZ-klassisch" Für die in den grossen Gemeinden, den regionalen Arbeitsvermittlungszentren und der Invalidenversicherung Basel-Landschaft bestimmten Personen haben Fortbildungskurse stattgefunden. - Subkommission "MAMAC" Das Pilotprojekt des Bundes wird bis zum Jahr 2010 weitergeführt und anschliessend evaluiert.
Nr. 2.03.05	Spezifische Schulungen für Behördenmitglieder Schulungsangebote zur Aus- und Fortbildung werden in Form von zwei Modulen zu spezifischen Themen ausgearbeitet. Diese Angebote erfolgen zusammen mit dem Verband für Sozialhilfe Basel-Landschaft (VSO). Inhalte der Module sind Rechtliches und Berechnungsbeispiele aus der Praxis. Planungsstand: Planung erfolgt Datum der Zielerreichung: 31. Januar 2008 / 31. März 2008.		In der Zeit zwischen November 2007 und März 2008 wurden mehrere Schulungsmodule angeboten.
Nr. 2.03.06	Kantonale Sozialhilfestatistik Die Sozialhilfestatistik des Kantons Basel-Landschaft - ein gemeinsames Produkt des Kantonalen Sozialamtes und des Statistischen Amtes - erscheint einmal pro Jahr in einer höheren Auflage. Sämtliche der Sozialhilfestatistik zugrunde liegenden Daten werden vom Kantonalen Sozialamt in den Gemeinden erhoben (§ 43 des Sozialhilfegesetzes). Planungsstand: Laufende Bearbeitung der Datenbestände Datum der Zielerreichung: 31. Mai 2008.		Die Publikation der Eckwerte erfolgte im März 2008, die detaillierte Sozialhilfestatistik wurde im August 2008 veröffentlicht, wiederum in enger Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt.

Nr. 2.03.07	Handbuch Sozialhilferecht Basel-Landschaft Die vom Regierungsrat eingesetzte Konsultativkommission Sozialhilfe (KKSH) überprüft laufend das Handbuch Sozialhilferecht und aktualisiert und ergänzt Beiträge, die sich durch die politische Meinungsbildung (Gesetze und Verordnungen) ergeben und / oder verändern. Das Handbuch Sozialhilferecht gewährleistet eine einheitliche Anwendung des Sozialhilferechts im Kanton Basel-Landschaft und hat zu einer grossen Rechtssicherheit geführt. Auch das Kantonsgericht Basel-Landschaft berücksichtigt in seinen Entscheiden das Handbuch Sozialhilferecht. Planungsstand: laufende Überarbeitung Datum der Zielerreichung: 31. Dezember 2008.		Die Konsultativkommission Sozialhilfe (KKSH) hat im Berichtsjahr drei Arbeitssitzungen einberufen. Die Beiträge im Handbuch Sozialhilfe werden laufend geprüft bzw. aktualisiert. Ende 2008 wurde eine Vernehmlassung zu einer minimalen Anpassung des Sozialhilfegesetzes gestartet. Die Umsetzung ist auf den 1. Januar 2010 geplant.
Nr. 2.03.09	Drei Evaluationen 1. über die Wirksamkeit von Eingliederungsmassnahmen. § 52 des Sozialhilfegesetzes (SHG) regelt die Evaluation der Bestimmungen über die Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen. In der Konsultativkommission Sozialhilfe (KKSH) werden vorgängig die Methoden und die Kriterien erarbeitet. Die Wirksamkeitsprüfung erfolgt unter Einbezug aller IIZ-Partner. 2. über die Effektivität der Interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ). Das gemeinsame Projekt "IIZ-klassisch" wird anhand von einzelnen Klientendaten auf seine Wirksamkeit hin überprüft, um in der Folge die Zusammenarbeit der Institutionen zu optimieren. 3. über den Einsatz von Privatdetektiven in den Gemeinden. Nach § 42 Abs. 3 SHG bekämpfen Kanton und Gemeinden den Missbrauch von Sozialhilfe. Ziel der Evaluation ist es, die in den Gemeinden getroffenen Massnahmen und deren Wirkung gesamthaft zu erfassen. Planungsstand: Planung erfolgt Datum der Zielerreichung: Einsatz Privatdetektive: 30. Juni 2008 Eingliederungsmassnahmen und IIZ: 30. September 2008.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.05 Mio. Fr.	1. Wirksamkeit von Eingliederungsmassnahmen: Mit Verfügung der Finanz- und Kirchendirektion vom 20. Oktober 2008 wurde das entsprechende Projekt initiiert. 2. Effektivität der Interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ): In Absprache mit den IIZ-Partnern erfolgt die detaillierte Evaluation erst, nachdem die Resultate der Evaluation des KSA vorliegen. 3. Einsatz von Privatdetektiven in den Gemeinden: Im Oktober 2008 erfolgte bei den Sozialhilfebehörden eine Umfrage (mit Fragebogen) betreffend Methodik und Erfahrungen zur Missbrauchsbekämpfung. Nach Abschluss der Umfrage - 31. Januar 2009 - wird ein detaillierter Bericht über die Auswertung erstellt.

Nr. 2.03.10	Allgemeine Schulungen für Behördenmitglieder - primär zu Neuerungen im Asylwesen und in der Sozialhilfe mit dem Ziel, den Mitgliedern der Sozialhilfebehörden und der Sozialdienste optimales Know-how zu vermitteln. - werden in Form von zwei bis drei internen Veranstaltungen für potenziell interessierte, mögliche Behördenmitglieder angeboten, dies im Hinblick auf die im Herbst 2009 stattfindenden Wahlen für Mitglieder von Sozialhilfebehörden. Planungsstand: Planung erfolgt Datum der Zielerreichung: 30. November 2008.		Zahlreiche Schulungs- und Informationsveranstaltungen für bestehende Behörden wurden angeboten. Zusammen mit dem VSO wurden insgesamt fünf Informationsveranstaltungen für interessierte Personen im Hinblick auf die Neuwahlen in die Sozialhilfebehörden angeboten.
Nr. 2.04	Programmpunkt Asylwesen Strategische Zielsetzungen Bedingt durch die Anpassung des neuen Finanzierungsmodells des Bundes ist ein neues Controllingsystem umzusetzen. Dies betrifft die Kosten für Personen aus dem Asylbereich, für Personen mit einer vorläufigen Aufnahme (länger als sieben Jahre in der Schweiz wohnhaft), für Personen mit Sozialhilfestopp und für Personen mit einer rechtskräftigen Ausreisefrist bzw. einem Nichteintretensentscheid (NEE). Geeignete Massnahmen gegenüber dem Bund und gegenüber den Gemeinden sind zu veranlassen. Regelmässige Schulungen und Einberufung von ERFA-Gruppen zum gesamten Themenkreis sind weitere Programmpunkte.		Amtsbericht 2008
Nr. 2.04.02	Einzelne Massnahme Steuerung der Finanzierung des Asylwesens Controlling in allen Bereichen der Asylfinanzierung. Insbesondere sind die Bundesvergütungen, die Vergütungen an die Gemeinden und die Kostenentwicklung im Gesundheitsbereich im Hinblick auf eine Sicherstellung der Kostenneutralität zu überprüfen. Planungsstand: Laufende Prüfung Datum der Zielerreichung: 31. Mai 2008 / 30. November 2008.		Als Reaktion auf die veränderten Finanzierungsgrundlagen durch den Bund wurde neben der kantonalen Asylverordnung auch das Abrechnungsprozedere zwischen Kanton und Gemeinden angepasst. Die Gemeinden erhalten neu eine vorgefertigte Abrechnung vom Kanton. Damit konnte die Qualität der Abrechnung gesteigert und der Aufwand bei der nachträglichen Kontrolle verringert werden.

Nr. 2.04.03	Nichteintretensentscheide (NEE) und Asylstopp Umsetzung der kantonalen Asylverordnung. Planungsstand: Verordnung in Vernehmlassung Datum der Zielerreichung: Ab Januar 2008.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 2.5 Mio. Fr.	Auf Grund der aktuellen Entwicklung im Asylwesen und den bereits eingeleiteten Massnahmen, ist die Zahl der Personen mit Sozialhilfestopp nicht im erwarteten Mass gestiegen. Die Aufwendungen zu Lasten des Kantons werden viel geringer ausfallen.
Nr. 2.04.05	Schulungen Regelmässige Schulungen und Einberufung von ERFA-Gruppen zu den Anpassungen. Planungsstand: Erfolgt parallel zu Punkt Nr. 2.04.03 Datum der Zielerreichung: 31. Mai 2008 / 30. November 2008.		Im Jahr 2008 fanden drei spezifische Schulungen zum Asylbereich statt.
Nr. 2.05	Programmpunkt Gemeindewesen Strategische Zielsetzungen Das kantonale Finanzausgleichsgesetz soll total revidiert werden. Die Entwicklung bei Aufgaben wie Bildung und Soziale Wohlfahrt klafft zwischen den einzelnen Gemeinden auseinander. Das Gleichgewicht unter den Gemeinden in Bezug auf ausgewogene Leistungen und Steuerbelastungen soll wieder hergestellt werden. Die neuen Behördenmitglieder in den Gemeinden werden in der Haushalts- und Finanzpolitik geschult, damit sie über die notwendigen Kompetenzen für ihr Amt als Verantwortliche für die Gemeindefinanzen verfügen.		Amtsbericht 2008 Am 14. Oktober 2008 wurde das revidierte Finanzausgleichsgesetz in die Vernehmlassung gegeben. Das zugrundeliegende neue Finanzausgleichsmodell weist eine ausgewogene, moderne Konzeption auf nach dem Grundprinzip der NFA des Bundes mit einem Ressourcenausgleich und einer Abgeltung von Sonderlasten bei der Bildung, Sozialhilfe und Nicht-Siedlungsfläche. Eine Analyse im Vorfeld der Arbeiten hat gezeigt, dass der bestehende Finanzausgleich in den letzten Jahren zu einem Ungleichgewicht unter den Gemeinden geführt hat. Insbesondere der Systemwechsel vom gebundenen Finanzausgleich zur Sonderlastenabgeltung soll dieses Ungleichgewicht weitgehend beseitigen. Das neue Finanzausgleichsgesetz soll auf den 1. Januar 2010 in Kraft treten.

Nr. 2.05.01	Einzelne Massnahme Revision des kantonalen Finanzausgleichsgesetzes Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Verwaltung und zwölf Mitgliedern der Gemeinden wird Modelle erarbeiten und dem Regierungsrat Lösungsvorschläge unterbreiten. Mit der Revision sollen die heutigen Indizes durch einen Sonderlastenausgleich abgelöst werden.		Die Arbeitsgruppe Totalrevision Finanzausgleichsgesetz hat in insgesamt 14 Sitzungen den Entwurf einer Landratsvorlage erarbeitet, welchen der Regierungsrat am 14. Oktober 2008 in die dreimonatige Vernehmlassung gegeben hat. Das neue Finanzausgleichsmodell sieht einen umfassenden Systemwechsel vor, in dem der bisherige vertikale ungebundene Finanzausgleich Kanton - Gemeinden durch einen horizontalen Ressourcen-ausgleich unter den Gemeinden sowie der bisherige gebundene Finanzausgleich (Subventionen an die Besoldungskosten der Lehrkräfte) durch eine Sonderlastenabgeltung in den Bereichen Bildung, Sozialhilfe, Nicht-Siedlungsfläche und durch eine kumulierte Sonderlastenabgeltung ersetzt werden. Im Gegenzug werden im neuen System zum Ausgleich der Kostenneutralität zwischen Kanton und Gemeinden die heutigen Beiträge der Gemeinden an die Jugendhilfe und an den öffentlichen Verkehr vom Kanton übernommen. Damit werden gleichzeitig die bisherigen Finanzströme zwischen Kanton und Gemeinden bereinigt und vereinfacht.
Nr. 2.05.02	Schulung in Haushalts- und Finanzpolitik Durchführung von mehreren Informationsveranstaltungen für die Behördenmitglieder in den Gemeinden.		Insgesamt drei Informationsveranstaltungen für die neuen Behördenmitglieder in den Gemeinden wurden planmässig in der zweiten August-Hälfte 2008 durchgeführt.
Nr. 2.07	Programmpunkt Steuerwesen Strategische Zielsetzungen Mit der Verabschiedung der beiden grossen Revisionen zur Entlastung der Familien und von tiefen Einkommen sowie der Baselbieter Wirtschaft konnte die Attraktivität des Kantons Basel-Landschaft als Wohn- und Wirtschaftsraum massgeblich gestärkt werden. Im Jahr 2008 gilt es, diesen Prozess fortzusetzen durch weitere Steuergesetzesrevisionen im Bereich der Unternehmenssteuern sowie der Erbschafts- und der Schenkungssteuer. Zudem sollen die Arbeiten zur Einführung einer zentralen Verlustscheinbewirtschaftung durch die kantonale Steuerverwaltung weitergeführt werden.	Amtsbericht 2008	

Nr. 2.07.16	Einzelne Massnahme Unternehmenssteuerreform II Vorbereitung der zweiten Unternehmenssteuerreform zwecks Umsetzung des Unternehmenssteuerreformgesetzes II des Bundes. Verabschiedung eines Vernehmlassungsentwurfs im zweiten Semester 2008.	Finanzielle Auswirkungen 2008: ertragswirksam frühestens ab 2010	Die Vorlage wurde vom Regierungsrat am 4. November 2008 zur Vernehmlassung verabschiedet. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis 31. Januar 2009.
Nr. 2.07.18	Revision des Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes Revision der Erbschafts- und der Schenkungssteuer unter besonderer Berücksichtigung der Besteuerung von Konkubinatspaaren und Pflegekindern. Verabschiedung eines Vernehmlassungsentwurfs und Durchführung der Vernehmlassung im ersten Semester 2008; parlamentarische Beratung im zweiten Semester 2008; Inkraftsetzung per 1. Januar 2009.	Finanzielle Auswirkungen 2008: ertragswirksam frühestens ab 2009	Die Vorlage 2008 / 272 wird zurzeit in der Finanzkommission des Landrates beraten und die erste Lesung wird am 21. Januar 2009 stattfinden. Die Revision des Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes wird voraussichtlich Ende des 1. Semesters / Anfang des 2. Semesters 2009 in Kraft gesetzt.
Nr. 2.07.20	Zentrale Verlustscheinbewirtschaftung Einführung der Bewirtschaftung von Verlustscheinen anderer kantonaler Dienststellen und Organisationseinheiten durch die Steuerverwaltung. Auswertung des Pilotprojektes mit dem Kantonalen Sozialamt und Prüfung der organisatorischen Voraussetzungen für die Einführung im ersten Semester 2008; Ergänzung der Steuersoftware NEST im zweiten Semester 2008; Vorbereitung der notwendigen Rechtsgrundlagen im zweiten Semester 2008.		Das Pilotprojekt mit dem Kantonalen Sozialamt konnte erfolgreich abgeschlossen und ausgewertet werden. Die Vorbereitungsarbeiten für die notwendige Gesetzesrevision sind abgeschlossen und die Vorlage soll im 1. Quartal 2009 in die Vernehmlassung gegeben werden. Die Steuersoftware NEST wird zurzeit getestet und im 1. Semester 2009 produktiv gesetzt.
Nr. 2.07.21	Beweisverwertungsverbot im Steuerstrafverfahren Anpassung der kantonalen Steuergesetzgebung an die Anforderungen des Beweisverwertungsverbots im Steuerstrafverfahren. Verabschiedung eines Vernehmlassungsentwurfs und Durchführung der Vernehmlassung im ersten Semester 2008; parlamentarische Beratung im zweiten Semester 2008; Inkraftsetzung per 1. Januar 2009.		Die Vorlage 2008 / 299 - ergänzt durch die straflose Selbstanzeige und die vereinfachte Nachbesteuerung in Erbfällen - wird zurzeit in der Finanzkommission des Landrates beraten. Die zweite Lesung findet am 21. Januar 2009 statt. Die Inkraftsetzung wird neu per 1. Januar 2010 erfolgen. Das Beweisverwertungsverbot im Steuerstrafverfahren wird in der Praxis aber aufgrund der analogen Bestimmungen im Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (DBG) bereits umgesetzt.

Nr. 2.08	Programmpunkt Statistik Strategische Zielsetzungen Mit dem Aufbau einer Kantonalen Namens- und Adressdatenbank (KANADA) wird der Abbau der in der Verwaltung bestehenden Redundanzen im Bereich der Adressenhaltung angestrebt. Das neue KANADA-Gesetz bildet mit dem gleichzeitig zu beratenden Anmeldegesetz die Grundlage für die Harmonisierung der Einwohnerregister in den Gemeinden. Die Harmonisierung der Einwohnerregister wird vom Bund im Rahmen der eidgenössischen Volkszählung 2010 vorgeschrieben.	Amtsbericht 2008 Das Anmeldegesetz und das KANADA-Gesetz sind zu einem einzigen Gesetz zusammengefasst worden, dem Anmeldungs- und Registergesetz (ARG). Dieses wurde vom Landrat am 19. Juni 2008 beschlossen und per 1. Januar 2009 in Kraft gesetzt.
Nr. 2.08.06	Einzelne Massnahme Kantonale Namens- und Adressdatenbank (KANADA) Vorlage des KANADA-Gesetzes und des Anmeldegesetzes an den Landrat. Aufbau einer kantonalen Namen- und Adressdatenbank. Realisieren des Datentransfers von den Gemeinden zum Kanton über eine einheitliche Schnittstelle. Anbindung von Dienststellen an die Datenbank. Als erster Schritt erfolgt im Jahr 2008 das Teilprojekt "Registerharmonisierung".	Der bereinigte Gesetzesentwurf hat nach den Vernehmlassungen zum KANADA-Gesetz sowie dem Inkrafttreten des neuen Bundesgesetzes über die Registerharmonisierung gegenüber den ursprünglichen Gesetzesfassungen wesentliche Änderungen erfahren: 1. Das Anmeldegesetz und das KANADA-Gesetz sind zu einem einzigen Gesetz zusammengefasst worden, dem Anmeldungs- und Registergesetz (ARG). 2. Für den Inhalt des Einwohnerregisters kann neu vollumfänglich auf das Bundesrecht verwiesen werden. 3. Die kantonale Namens- und Adressdatenbank ist in "kantonales Personenregister" umbenannt worden, dies zur inhaltlich besser zutreffenden Bezeichnung sowie zur Anpassung an die Bundeterminologie. Der Landrat hat an seiner Sitzung vom 19. Juni 2008 das Anmeldungs- und Registergesetz (ARG) sowie dessen Inkraftsetzung per 1. Januar 2009 beschlossen. Sämtliche Gemeinden wurden anlässlich von Schulungsveranstaltungen Ende September / Anfang Oktober 2008 über das neue Anmeldegesetz, die Registerharmonisierung und die Bereinigung / Nachführung des Gebäude- und Wohnungsregisters instruiert. Das Statistische Amt hat im Oktober 2008 mit der Initialisierungsphase für das Projekt "Vollzug des Anmeldungs- und Registergesetzes" begonnen, welche die Registerharmonisierung im Hinblick auf die Volkszählung 2010 sowie die Umsetzung des kantonalen Personenregisters umfasst.

Nr. 2.08.07	Gebäudeidentifikator (EGID) und Wohnungsidentifikator (EWID) Ergänzung der Einwohnerkontrollen in den Gemeinden mit dem eidgenössischen Gebäudeidentifikator (EGID) und dem Wohnungsidentifikator (EWID) und deren Nachführung. Einrichtung der Schnittstelle von den Gemeinden zur kantonalen Gebäudedatenbank. Die Gemeinden werden bei der Umsetzung fachlich durch den Kanton unterstützt. Diese Arbeiten werden voraussichtlich bis ins Jahr 2010 dauern.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.1 Mio. Fr.	Es wurden mit sechs verschiedenen Gemeinden (d.h. je eine Gemeinde pro Einwohnerkontroll-Software) Pilotprojekte durchgeführt und abgeschlossen. Die übrigen Gemeinden haben teilweise mit den Arbeiten bereits begonnen resp. müssen im Lauf des Jahres 2009 die entsprechenden Arbeiten in Angriff nehmen. Die Arbeiten werden bis ins Jahr 2010 andauern.
Nr. 2.08.08	Statistik der Lernenden Die Statistik der Lernenden wird heute in den Volksschulen mit Papierfragebogen erhoben. Mit der Revision 2008 werden die Daten auf elektronischem Weg erhoben. Die revidierte Statistik wird die Laufbahn der Schülerinnen und Schüler nachvollziehen können. Mit den einzelnen Schulrektoraten wird eine elektronische Schnittstelle eingerichtet. Die Schülerinnen und Schüler werden mit einer Identifikationsnummer erfasst, was die Verlaufsstatistik ermöglicht. Der Bund wird in seiner Revision, die in zwei bis drei Jahren erfolgen wird, die neue AHV-Versichertennummer einführen.		Die Revision der Statistik der Lernenden wurde planmässig durchgeführt. In den Schulrektoraten wurden die entsprechenden elektronischen Datenschnittstellen eingerichtet. Die neue Erhebung ist konsistent mit der im Jahr 2010 folgenden modernisierten Erhebung des Bundes. Per Stichtag 3. November 2008 wurden sämtliche Daten per elektronische Schnittstelle über eine gesicherte Internetverbindung mit SSL-Datenverschlüsselung an das Statistische Amt übermittelt.
Nr. 2.09	Programmpunkt Personalwesen Strategische Zielsetzungen Definition einer konsistenten Strategie für den Aufbau und den Betrieb eines effizienten und effektiven Personalmanagements in der kantonalen Verwaltung. Eine solche, von der Gesamtregierung getragene Strategie ist Voraussetzung für die Implementierung von modernen Personalführungs- und Personalcontrollinginstrumenten sowie für das durch das integrierte Enterprise Resource Planning-System (ERP-Projekt) direktionsübergreifend (konzernweit) einzuführende Ressourcenmanagement (Personal als Hauptressource). Weiterführung der laufenden Umsetzungen von strategischen Personalmanagement-Projekten (Personalentwicklung, Personalmarketing, Personalcontrolling, Anpassung Lohnsystem) unter Berücksichtigung schon bekannter Aspekte des zukünftigen ERP-Systems.	Amtsbericht 2008	

Nr. 2.09.01	Einzelne Massnahme Projekt "Einführung ERP-System" (Personalwesen) Implementierung und Inbetriebnahme des ERP-Systems Personalwesen / HRM (Human Resource Management) für das integrierte Personalmanagement basierend auf den Rahmenbedingungen der Personalstrategie (siehe Punkt Nr. 2.09.06). Sicherstellung der Funktionen eines modernen integrierten Personalmanagements: • Personalstammdatenverwaltung / Mutationswesen • Lohnwesen • Personalmarketing • Personalgewinnung • Einstellungs- und Austrittsabwicklung • Personalentwicklung • Organisationsentwicklung • Geschützte Arbeitsplätze • Verwaltung des Honorierungssystems • Personalcontrolling. Aufbau der Daten- und der Organisationsstrukturen und Prozesse zur Implementierung und für den Betrieb des Personalmanagementsystems gemäss den strategischen Vorgaben gemäss Phasenplanung des ERP-Projektes. Implementierung und Parametrierung des Systems, Systemtests und Inbetriebnahme.		Das Projekt ERP im Bereich Personalwesen ist auf Kurs bzw. im Rahmen der offiziellen Projektplanung unterwegs. Alle Zwischenziele sind per Ende 2008 erreicht worden. Die Herausforderung wird sein, das System im Rahmen der Realisierungsphase 2009 in die bestehende Kantonsorganisation einzubetten.
Nr. 2.09.02	Honorierungssystem Anpassung des bestehenden Honorierungssystems an die neuen Anforderungen (neue Berufsbilder Gesundheitswesen).		Die Neubesetzung der Leitung des Fachbereichs Honorierung wird es ermöglichen, das Lohnsystem grundsätzlich zu überprüfen und die notwendigen und auch geplanten Anpassungen an die neuen Berufsbilder und Ausbildungsprofile im Gesamtkontext der Verbesserung der Lohnsystemanwendung durchzuführen.
Nr. 2.09.03	Personalcontrolling Weiterentwicklung und mit der Einführung des ERP-Systems koordinierter Aufbau des Personalcontrollingkonzeptes (Kennzahlensystem, Datenquellenstrukturen, etc.).		Die Ausarbeitung des detaillierten Personalcontrollingkonzeptes wurde mit der ERP-Projektplanung synchronisiert (direkte Abhängigkeit auch zu den verfügbaren Daten aus dem System). Daher wird das Konzept erst im Jahr 2009 verfügbar sein (müssen).

Nr. 2.09.04	Personalentwicklung Umsetzung des Personalentwicklungskonzeptes gemäss Phasenplan: • Umsetzung des neuen Seminarprogramms, insbesondere mit einer Neukonzeption der Einführungskurse für neue Mitarbeitende und der Einführungskurse für neue Führungskräfte; • Konzeption und Durchführung eines Meetings zum Thema "Personalentwicklung für das Top-Kader der kantonalen Verwaltung".		Das neue Seminarprogramm wurde gut aufgenommen und hat sich bewährt (wird in der neuen Form weitergeführt). Die Konzeption für den geplanten Top-Kader-Anlass ist in Arbeit.
Nr. 2.09.05	Personalmarketingkonzept Erstellen eines Personalmarketingkonzeptes in Bezug auf den internen und externen Arbeitsmarkt: • Personalwerbung, interner und externer Arbeitsmarkt; • Personalgewinnung / Auswahl von Suchkanälen und Suchformen; • Personalauswahl: Prozess des gesamten Selektionsverfahrens (Kommunikation mit Bewerbern, Bewerbergespräche / Teilnehmer / Ablauf, Instrumente der Personalauswahl).		Das Geschäftsfeld Personalgewinnung und -erhaltung konnte personell kompetent besetzt werden. Ein Entwurf für ein Personalmarketingkonzept wurde bereits erstellt. Die Gespräche zur Verfeinerung werden derzeit mit den Direktionen geführt.
Nr. 2.09.06	Personalstrategie Weiterführung der Erarbeitung der Personalstrategie durch das Personalamt mit folgenden Ergebnissen: • Gesamtschau aller im Personalmanagement enthaltenen Aufgabenbereiche mit Festlegung der Kompetenzen der am Personalmanagement beteiligten Stellen; • Katalog aller Personalmanagementprozesse und deren Eigentümer; • Definition und Beschreibung aller Beziehungen / Abhängigkeiten zwischen dem Personalamt und seinen verwaltungsinternen und externen Partnern. Verabschiedung der Strategie und der Umsetzungsplanung durch den Gesamtgierungsrat bis spätestens Ende 1. Quartal 2008.		Die Personalstrategie ist bestimmt und mittlerweile de facto strukturell wie personell umgesetzt (die Geschäftsfelder des integrierten Personalmanagement sind in den Fachbereichen des neu strukturierten Personalamtes integriert). Auf eine spezielle Verabschiedung durch die Regierung konnte verzichtet werden, da die Zielsetzungen des integrierten Personalmanagements an sich unbestritten und zudem von der Materie her für die Durchführung des verlangten zeitgemässen Personalwesens unverzichtbar sind. Der Katalog der Personalmanagement-Prozesse ist - abgestimmt auf die Bedürfnisse des ERP-Projektes (siehe auch Punkt Nr. 2.09.07) - in Arbeit. Bezüglich der Beziehungen und der Abhängigkeiten des Personalamtes zu den übrigen Organisationseinheiten des Kantons sind derzeit Überlegungen im Gange, wie die notwendigen Kompetenzen des Personalamtes gegenüber den Anstellungsbehörden präziser gefasst werden können und das Personalwesen als Konzernfunktion wirkungsvoller gestaltet werden kann.

Nr. 2.09.07	Organisationsentwicklung Schaffung einer Funktion für Organisationsentwicklung im Personalamt, die im Sinne des Leistungsauftrages die Organisationsstrukturen pflegt, publiziert, instruiert und gemäss der Ergebnisse der periodischen Überprüfung der Personalstrategie weiter entwickelt und implementiert.		Die Organisationsentwicklungsfunktion ist personell besetzt und wirkt derzeit direkt im Projekt ERP mit (Neuaufbau und Optimierung der Geschäftsabwicklungs- und Prozessorganisation im Bereich HR).
Nr. 2.10	Programmpunkt Informatik Strategische Zielsetzungen Das prioritäre Ziel besteht darin, nach Vorliegen der ERP-Landratsvorlage Anfang 2008 mit der Einführung eines integrierten ERP-Systems zu beginnen. Ein weiterer Schwerpunkt wird die Erarbeitung der IT-Strategie sein.		Amtsbericht 2008
Nr. 2.10.01	Einzelne Massnahme Einführung ERP-System (ERP = Enterprise Resource Planning) Der Kanton wird in den kommenden Jahren sein Personalsystem sowie die Finanz- und Rechnungswesenapplikationen ablösen müssen. Diese Aufgabe wirft weit reichende Fragen auf (Organisation, Prozessoptimierungen, Wirtschaftlichkeit, zukünftige IT-Entwicklung, Softwarearchitektur, Funktionalitätsbedarf, Benutzerakzeptanz, zukünftige Ausbaumöglichkeiten, Betrieb, Support, Synergien mit anderen Kantonen, usw.). Die dazu erforderlichen Umsetzungsschritte werden dem Landrat Anfang 2008 vorgeschlagen. Geplant ist die produktive Einführung eines integrierten ERP-Systems anfangs 2010, nachdem der Zeitplan wegen Einsprachen in der Ausschreibung hat angepasst werden müssen. Diese Massnahme betrifft diverse Dienststellen der Verwaltung und erscheint hier zusammengefasst an einer Stelle.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 6 Mio. Fr.	Das Projekt ist in Bearbeitung und auf Zielkurs. Am 21. Februar 2008 hat der Landrat dem ERP-Projekt im Kanton Basel-Landschaft für die Bereiche Finanzwesen, Personalwesen und Logistik (LR-Vorlage Nr. 2007 / 302 vom 11. Dezember 2007) zugestimmt und gleichzeitig 13 Mio. Franken für das Projekt bewilligt. Landratsvorlage 2007 / 302 Total: Fr. 13 Mio. (Konti 2101.318.83, 2101.311.80, 2101.318.81, 2101.318.20, 2101.301.20) Provisorisches Ergebnis Rechnung 2008: Fr. 3.88 Mio.
Nr. 2.10.02	IT-Strategie Die Erarbeitung einer verwaltungsweiten IT-Strategie wird gestartet, nachdem die ERP-Strategie und die Evaluation eines entsprechenden Systems abgeschlossen ist.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.25 Mio. Fr.	Die Grundsätze der IT-Strategie sind erstellt. Die Inkraftsetzung erfolgt voraussichtlich im 1. Quartal 2009.

Nr. 2.10.03	Telefonie Erneuerung der Telefonie in den kommenden Jahren bis 2014. Damit sollen in den kommenden Jahren viele der Telefonzentralen mit ablaufendem Lebenszyklus ersetzt werden. Landratsvorlage 2007 / 003 / Verpflichtungskredit Nr. 2007 / 2334 Total: Fr. 4'100'000.- (Konti 2101.318.83, 2101.318.81, 2101.311.80, 2101.311.50) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 0.4 Mio. Plan 2008: Fr. 0.65 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.65 Mio. Fr.	Das Rollout schreitet gemäss der Landratsvorlage voran.
Nr. 2.10.04	Information Lifecycle Management (ILM) Das rasant wachsende Datenvolumen und die steigende Zahl von Anwendungen würden ohne Massnahmen zu überproportional steigenden Kosten führen. Im Mittelpunkt der Gegenmassnahmen steht der Aufbau zweier redundanter Speichersysteme mit zentraler Datensicherung für die kantonale Verwaltung. Mit der Umsetzung dieser wirtschaftlich und technisch besten Lösungsarchitektur optimiert und standardisiert der Kanton seine IT-Infrastruktur zur Datenhaltung.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 1.3 Mio. Fr.	Ziel erreicht. Zudem wurde eine Ablage- und Archivlösung für die Verwaltung evaluiert.
Nr. 2.11	Programmpunkt Luftverkehr (EuroAirport) Strategische Zielsetzungen Der Kanton Basel-Landschaft engagiert sich für den Erhalt des gut funktionierenden und konkurrenzfähigen Flughafens. Er soll weiterhin die Bedürfnisse des Wirtschaftsstandortes und der Bevölkerung befriedigen können sowie eine wichtige Arbeitsstätte sein. Gleichzeitig soll der Verkehr in Zusammenarbeit mit den regionalen Partnern möglichst umweltverträglich abgewickelt werden und die Wohnqualität in den flughafennahen Gemeinden so wenig wie möglich beeinträchtigen.		Amtsbericht 2008
Nr. 2.11.05	Einzelne Massnahme Sicherheit, Umweltverträglichkeit und Transparenz Die Regierung engagiert sich für eine möglichst sichere und umweltverträgliche Abwicklung des Luftverkehrs mit möglichst geringer Beeinträchtigung der Wohnqualität. Besonderes Augenmerk liegt in diesem Jahr auf der Benutzung des neu eingeführten ILS 34 und der transparenten Darstellung der Umweltauswirkungen.		Der Regierungsrat hat sich für eine lückenlose und strikte Einhaltung der Benutzungsvereinbarung für die Südländungen (ILS 33) eingesetzt. Die Prüfungsergebnisse des Bundesamtes für Zivilluftfahrt (BAZL) zeigen, dass es keine Verstösse gegen die Vereinbarung gab. Ein anderes Ergebnis wäre für den Regierungsrat auch nicht akzeptabel gewesen. Das BAZL wird Anfang 2009 über das erste Betriebsjahr des ILS informieren. Der Bericht wird mit den betroffenen Gemeinden diskutiert.

Nr. 2.11.06	Mobilität und Wohlstand Der Flughafen soll weiterhin die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung und der Unternehmen befriedigen können. Zudem setzt sich die Regierung dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für die auf dem EuroAirport tätigen Unternehmen verbessert werden.		Im vergangenen Jahr blieb das Passagieraufkommen am EuroAirport auf dem Vorjahresniveau (4.26 Mio. Passagiere). Die Erschliessung einer neuen Zone und der Bau von Grosshangars stärkt die Positionierung des Flughafens im Bereich Flugzeugwartung und -Umbau erheblich. Stark rückläufig war hingegen der Umsatz der Cargo-Luftfracht (- 32 Prozent).
Nr. 2.12	Programmpunkt Gleichstellung von Frau und Mann Strategische Zielsetzungen Die Fachstelle für Gleichstellung (FfG) ist als kantonales Kompetenzzentrum für Gender- und Gleichstellungsfragen, insbesondere auch für das Gleichstellungs-Controlling und Gleichstellungs-Monitoring gesichert und gestärkt.		Amtsbericht 2008 Mit grosser Deutlichkeit haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 1. Juni 2008 die Notwendigkeit der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann bestätigt; wie schon zuvor eine Mehrheit des Landrates am 23. Januar 2008. Eine aktive und gezielte Gleichstellungspolitik stösst somit auf breite Akzeptanz.
Nr. 2.12.08	Einzelne Massnahme Grundlagen- und Planungsbericht Die Fachstelle ist bei der Erarbeitung von mindestens einem Grundlagen- oder Planungsbericht von der Planung bis zur Publikation beteiligt (zum Beispiel Wirtschaft, Bildung, Jugend, Alter, Sicherheit, Kultur, Familie, Integration).	Finanzielle Auswirkungen 2008: im Rahmen des Budgets	Anlässlich des Kantonsjubiläums hat die FfG den Grundlagenbericht zur Entwicklung der politischen Repräsentation im Kanton BL seit Einführung des kantonalen Frauenstimm- und Wahlrechts "Das Volk vertreten" veröffentlicht und mit der Auswertung der Gemeindevahlen 2008 ergänzt. Die Mitarbeit beim Familienbericht ist aus betrieblichen Gründen nicht erfolgt.
Nr. 2.12.09	Schulungsangebote zu Basiswissen in Gender- und Gleichstellungsfragen Die laufenden Bemühungen zur pilotweisen Einführung eines Gleichstellungs-Controllings werden verstärkt durch Sensibilisierungs- und Schulungsangebote zu Basiswissen in Gender- und Gleichstellungsfragen.	Finanzielle Auswirkungen 2008: im Rahmen des Budgets	Neu ergänzt das Lehrmittel "Persönliche Grenzen respektieren" zum Thema sexueller Belästigung die auf www.gleichstellung.bl.ch abrufbaren Führungsinstrumente für die Sekundarstufe II. Auch die Vertrauenspersonen des Kantons verfügen über ein umfassendes Handbuch zu Umgang und Abläufen in konkreten Fällen. In Zusammenarbeit mit dem Personalamt ist das bisherige Impulsreferat in der Führungsausbildung 1 zu Gunsten eines integrierten Moduls "Diversity Management und Chancengleichheit" erweitert worden.

Teil 3 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VSD)

Text zu den Schwerpunkten und wichtigen Projekten der Direktion

Die Euro 08 wird auch die Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion "auf Trab" halten. Es ist davon auszugehen, dass die Durchführung zu einigem Zusatzaufwand in diversen Bereichen führen wird. Im Zuständigkeitsbereich des KIGA werden dies Fragen im Zusammenhang mit dem Vollzug des Entsendegesetzes, Arbeitsbewilligungen für ausländische Arbeitskräfte und Bewilligungen nach Arbeitsgesetz sein. Während der Dauer der Spiele werden die Spitäler mit erhöhter Leistungsbereitschaft arbeiten, was ebenfalls vorbereitet sein will.

Prävention hat viele "Gesichter": Der Schutz vor Naturgefahren (Naturgefahrenkarte) oder der Schutz der Unternehmungen vor administrativer Überbelastung (Regulierungsfolgenabschätzung bei bestehenden und zukünftigen Erlassen) sind im weitesten Sinne Präventionsmassnahmen im volkswirtschaftlichen Bereich, welche die Direktion im Jahr 2008 beschäftigen werden.

Das bekanntere Gesicht der Prävention betrifft gesundheitspolitische Themen: Das Aktionsprogramm "Gesundes Körpergewicht" soll durch verschiedene Projekte aufzeigen, dass es sich "leichter leichter Leben lässt" und "Fit statt Fett" Spass machen kann. Unsere Gesellschaft wird älter. Mit einem Schwerpunkt "Gesundheitsförderung im höheren Lebensalter" sollen Probleme der steigenden Pflegebedürftigkeit im Alter positiv beeinflusst werden, und das alterspsychiatrische Versorgungssystem soll in Zusammenarbeit mit den gemeindenahen Vernetzungspartnern (Hausärztinnen und Hausärzte, niedergelassene Psychiaterinnen und Psychiater, Alters- und Pflegeheime, Spitex, kommunale Sozialdienste, Pro Senectute und weitere Einrichtungen der Betreuung alter Menschen) dazu beitragen, dass der Generationenvertrag zwischen Jung und Alt - auch vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung - für alle, die junge und die ältere Generation, tragbar bleibt.

Per 1. Januar 2008 soll die neue Verordnung über die berufliche Grundausbildung nach Berufsbildungsgesetz die bisherigen, auf dem Landwirtschaftsgesetz basierenden Ausbildungsvorschriften ablösen. Sie bringt parallel zur dreijährigen Grundausbildung (Abschluss mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis) auch eine zweijährige Grundbildung, die mit dem Berufsattest abgeschlossen wird.

Im Bereich der Meliorationen werden die Arbeiten im Rahmen der Gesamtmelioration Roggenburg weitergeführt, und die Gesamtmelioration Brislach wird ihren Anfang nehmen.

Die Spitäler und die Kantonalen Psychiatrischen Dienste bereiten sich vor auf die leistungsorientierte Finanzierung (Swiss DRG). Die Umsetzungsarbeiten zur KVG-Revision (Teil Spitalfinanzierung) beschäftigen sowohl die Spitäler wie auch die Direktion.

Weitere wichtige Themen betreffen die Erhaltung der Gebäudeinfrastruktur der Kantonsspitäler Liestal und Laufen sowie der Kantonalen Psychiatrischen Dienste in Kombination mit baulichen Anpassungen im Zusammenhang mit der Verbesserung von Leistungsangeboten, die Gesamterneuerung des Kantonsspitals Bruderholz und schliesslich der im Entstehen begriffene Neubau des Universitäts-Kinderspitals beider Basel.

Nr. 3.01	Programmpunkt Wald Strategische Zielsetzungen Das Holzheizkraftwerk Basel, aber auch die generell steigende Nachfrage nach Holz als Baustoff und Energieträger führen zu einer Art Renaissance der Holznutzung. Es liegt im öffentlichen Interesse, den damit verbundenen Strukturwandel in der Wald- und Holzwirtschaft und die Bildung leistungsfähiger, eigenwirtschaftlicher Betriebsstrukturen (beratend) zu unterstützen. Dabei ist aus öffentlicher Sicht darauf zu achten, dass die Forstbetriebe in der Lage sind, alle Waldfunktionen effizient und kostengünstig sicherzustellen (keine einseitige Ausrichtung auf die Nutzfunktion). Dazu gehört unter anderem auch, die rechtlichen Rahmenbedingungen der Waldpflege im Rahmen der Waldgesetzrevision zu prüfen. Die Bevölkerung zeigt teilweise wenig Verständnis für die vermehrte Nutzung und empfindet die betrieblichen Tätigkeiten der Waldeigentümer als Schädigung. Hier ist mit Aufklärungsarbeit, die auch den Bezug herstellt zu den Auswirkungen der Freizeitaktivitäten, mehr Verständnis zu schaffen. Letztlich sind im Bereich der Prävention und der Walderhaltung einige Anstrengungen notwendig, um die notwendigen Grundlagen für konkrete Massnahmen im Wald ergreifen zu können.	Amtsbericht 2008	
Nr. 3.01.01	Einzelne Massnahme Waldprogramm Basel-Landschaft Prüfung der Möglichkeiten produktweiser oder produktübergreifender Leistungsvereinbarungen mit den Waldeigentümern bzw. den betrieblichen Leistungserstellern. Vorarbeiten zum Mitwirkungsverfahren "Waldprogramm 2010".	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.02 Mio. Fr.	Vorausgesetzt, der Landrat stimmt der Vorlage "Naturschutz im Wald 2009 - 2013" der BUD (Vorlage Nr. 2008 / 326 vom 9. Dezember 2008) zu, wird ein erstes Pilotprojekt "Liesberg" für eine produktübergreifende Leistungsvereinbarung gestartet (Forstamt beider Basel / Amt für Raumplanung). Die Vorarbeiten zu einem "Waldprogramm 2010" sind erst zu 70 Prozent abgeschlossen.

Nr. 3.01.02	Naturgefahrenkarte Es wird die erste Etappe der Gefahrenkarte erarbeitet. Mit der Gefahrenkarte wird die Grundlage für die raumplanerischen Massnahmen zur Prävention vor Naturgefahren für Infrastrukturanlagen und in Siedlungsgebieten geschaffen. Landratsvorlage 2006 / 058 vom 21. Februar 2006 / Verpflichtungskredit LRB 2037 vom 19. Oktober 2006 Total: Fr. 4'150'000.- (Konto 2225.318.91) (brutto) Anteil Kanton: Fr. 1'118'800.- (netto) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 250'000.- (netto) Budget 2008: Fr. 250'000.- (netto).	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.25 Mio. Fr.	Die Feld-Arbeiten für die erste Etappe konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Es hat sich gezeigt, dass der Aufwand für die Dokumentation der Ergebnisse und die entsprechende Information der einzelnen Gemeinden mehr Zeitaufwand erfordert als ursprünglich eingeplant. Dieser Einbezug der Gemeinden ist jedoch für den Projekterfolg zwingend notwendig. Am 4. Dezember 2008 erfolgte die Information der Gemeinden für die zweite Etappe. Der Start erfolgte programmgemäss. Rechnung 2007: 80'000 Fr. Rechnung 2008: 230'000 Fr.
Nr. 3.01.04	Waldgesundheit Abschluss der laufenden Untersuchungsperiode im Frühjahr 2008, Berichterstattung zuhanden des Parlamentes und der Öffentlichkeit bis Ende Sommer und Abrechnung des Verpflichtungskredites. Formulierung eines Fortsetzungsprojektes basierend auf den bisherigen Untersuchungen in reduziertem Umfang, ergänzt durch zusätzliche Untersuchungsparameter zum Klimawandel. Landratsvorlage für einen Verpflichtungskredit 2009 – 2012. Einsetzen einer Arbeitsgruppe "Neophyten" zur Klärung des Handlungsbedarfs und zur Erarbeitung von Vorgaben und Empfehlungen zum Waldschutz. Landratsvorlage 2005 / 152 vom 31. Mai 2005, LRB 1575 vom 12. Januar 2006 Total: Fr. 529'200.- (Konto 2225.318.93) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 347'452.40 Budget 2007: Fr. 122'900.- Budget 2008: Fr. 43'000.- (Abschluss per Ende März 2008). Landratsvorlage betreffend Verpflichtungskredit ab 2. Quartal 2008 bis 2012.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.043 Mio. Fr. aus dem laufenden Verpflichtungskredit, resp. 0.079 Mio. Fr. aus dem neuen Verpflichtungskredit	Mit Beschluss vom 25. September 2008 (LRV 2008 / 101) hat der Landrat der Fortführung der Interkantonalen Walddauerbeobachtung für fünf Jahre zugestimmt (2008 - 2013). Mit der verlängerten Periode wurde dem Umstand Rechnung getragen, dass das Programm aufgrund der Evaluationsergebnisse teilweise neu strukturiert und organisiert worden ist. Die neue Struktur wird ab Frühjahr 2009 zum Tragen kommen. Die Berichterstattung zuhanden des Parlamentes und der Öffentlichkeit über die ablaufende Untersuchungsperiode erfolgt im Frühjahr 2009. Rechnung 2007: 106'455 Fr. Rechnung 2008: 45'300 Fr. (Programm 2004 - 2008) 95'622 Fr. (Programm 2008 - 2013) Am 19. August 2008 (Beschluss Nr. 1130) hat der Regierungsrat die von der direktionsübergreifenden Arbeitsgruppe erarbeitete Strategie zur Bekämpfung invasiver Neobionten zugestimmt und eine entsprechende Arbeitsgruppe Neobionta eingesetzt. Die Federführung für das Projekt und die Leitung der Arbeitsgruppe liegt nun bei der SID.

Nr. 3.01.05	Schutzwaldbewirtschaftung Vorabklärungen und Vorbereitungsarbeiten zum kantonalen Schutzwaldkonzept. Weiterführung der Arbeiten in den bestehenden Schutzwaldprojekten. In Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt ist zu prüfen, wie entlang der Kantonsstrassen der Schutz vor umfallenden Bäumen verbessert werden kann. Wiederinstandstellungsprojekt "Röschenz - Dittingen" Landratsvorlage 2005 / 169 vom 14. Juni 2005, LRB 1399 vom 20. Oktober 2005, Total Brutto Fr. 667'500.-, Anteil Kanton Fr. 307'525.- Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 75'965.75 Budget 2007: Fr. 61'505.- Budget 2008: Fr. 61'000.- (Konto 2225.362.72) Wiederinstandstellungsprojekt "Laufen" Landratsvorlage 2005 / 170 vom 14. Juni 2005, LRB 1399 vom 20. Oktober 2005, Total Brutto Fr. 1'006'150.-, Anteil Kanton Fr. 401'740.- Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 44'801.45 Budget 2007: Fr. 80'348.- Budget 2008: Fr. 79'000.- (Konto 2225.362.72) Total: Anteil Kanton Fr. 709'000.- (Konto 2225.372.72).	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.14 Mio. Fr.	Im Laufe des Herbstes hat der Bund die für die Harmonisierung der kantonalen Schutzwald-ausscheidungen notwendigen Kriterien bekannt gegeben. Auf dieser Basis konnten die kantonalen Schutzwaldgebiete nun validiert werden. Damit sind die Grundlagen für das kantonale Schutzwaldkonzept vorhanden. In den Gesprächen mit dem Tiefbauamt konnte für das Thema "Strassenwald" eine Einigung über das Vorgehen, die Prioritätensetzung und die Zuständigkeiten erzielt werden. Die Arbeiten in den beiden Wiederinstandstellungsprojekten "Röschenz - Dittingen" und "Laufen" wurden programmgemäss durchgeführt. Rechnung 2007: 117'867 Fr. Rechnung 2008: 141'866 Fr. "Laufen" 99'101 Fr. "Röschenz" 42'765 Fr.
Nr. 3.01.07	Waldwissen Aufbau eines Grundangebotes an Führungen und Vorträgen in Zusammenarbeit mit den regionalen Waldbildungsorganisationen.		In Zusammenarbeit mit der Waldschule Regio Basel und dem Forstrevier Oberer Hauenstein (Erlebnisraum Wald) konnte ein Grundangebot aufgebaut werden, das rege genutzt wird. Mit dem von verschiedenen Verbänden getragenen "Verein Waldschulzimmer" stehen Verhandlungen vor dem Abschluss, ein auf "mobilen Einheiten" beruhendes, dezentrales Angebot an "Waldlektionen" anzubieten.
Nr. 3.01.08	Nachhaltige Waldentwicklung: Waldinformationssystem Abschluss der Migrationsprojekte im GIS- / CAD-Bereich.		Das Migrationsprojekt konnte erfolgreich abgeschlossen werden.

Nr. 3.02	Programmpunkt Arbeit / Wirtschaft Strategische Zielsetzungen Das Jahr 2008 steht aus arbeitsmarktlcher Sicht zum einen im Zeichen der Weiterentwicklung von Gesetzgebung und Vollzug im Bereich der Arbeitsbedingungen (Flankierende Massnahmen zum Freien Personenverkehr, Schwarzarbeitsbekämpfung, Familienzulagengesetz, etc.). Andererseits gilt es, im Bereich des Vollzugs der Arbeitslosenversicherung die Kapazitäten an die weitere Entwicklung der Arbeitsmarktlage anzupassen.	Amtsbericht 2008 Wie erwartet war das Jahr 2008 geprägt von der bis in den Herbst hinein positiven Situation auf dem Arbeitsmarkt, der Revision des Familienzulagengesetzes und der Umsetzung der flankierenden Massnahmen zum Freien Personenverkehr. Entgegen der Erwartungen hatte hingegen die Fussball-EM kaum spürbare Auswirkungen.
Nr. 3.02.01	Einzelne Massnahme Leistungsvereinbarung für den Vollzug der Flankierenden Massnahmen im Bereich der tripartiten Kommissionen (TPK) Die erste Leistungsvereinbarung des EVD mit den Kantonen gilt bis zum 31. Dezember 2007 und hat Pilotcharakter. Die aus der geplanten Auswertung gewonnenen Erkenntnisse werden zur Ausarbeitung einer neuen Leistungsvereinbarung 2008 führen, die es sodann umzusetzen gilt. Es kann zum aktuellen Zeitpunkt jedoch noch keine Aussage darüber gemacht werden, was sich konkret ändern könnte und was dies für Folgen haben wird.	Finanzielle Auswirkungen 2008: die notwendigen Ressourcen sind grundsätzlich geschaffen Die neue Leistungsvereinbarung mit dem Bund konnte im April 2008 unterschrieben werden. Sie hat für zwei Jahre (2008 und 2009) Gültigkeit und keine grundlegenden Neuerungen gebracht. Weiterhin sind im Kanton Basel-Landschaft mindestens 300 Kontrollen jährlich vorzunehmen, der Bund zahlt 50 Prozent an die Lohnkosten der hierfür eingesetzten Inspektoren. Im Bereich des Ausbaugewerbes wurde mit der Zentralen Paritätischen Kontrollstelle (ZPK) eine Leistungsvereinbarung über den Vollzug der flankierenden Massnahmen im Bereich der kantonal allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträge abgeschlossen. Zudem erfolgte die Einführung einer Kautionspflicht durch die Allgemeinverbindlicherklärung entsprechender Gesamtarbeitsvertragsbestimmungen.

Nr. 3.02.02	Schwarzarbeit Entgegen der ersten Erwartungen tritt das neue Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (BGSA) erst per 1. Januar 2008 in Kraft. Gleichzeitig sollte auch das kantonale Einführungsgesetz (GSA) dazu in Kraft treten können. Obwohl der Kanton Basel-Landschaft seit 2002 eine erfolgreich tätige Koordinationsstelle zur Schwarzarbeitsbekämpfung eingerichtet hat, wird die neue Gesetzgebung zu Anpassungen im Vollzug dieser Aufgabe führen. Insbesondere wird aller Voraussicht nach im Ausbaugewerbe die Delegation dieser Aufgabe an eine von den Sozialpartnern getragene Organisation gefordert werden, was die genannte Gesetzgebung ermöglicht. Für diesen Fall gilt es, die Konditionen auszuhandeln und in einer Leistungsvereinbarung festzuhalten.	Finanzielle Auswirkungen 2008: Grundsätzlich offen, da aufwandabhängig. Geschätzt zwischen 0.1 und 0.2 Mio. Fr.; 50% werden vom Bund refinanziert	Sowohl das Bundesgesetz als auch das kantonale Gesetz über die Bekämpfung der Schwarzarbeit sind per 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt worden. Die Erarbeitung der kantonalen Verordnung folgte im Verlauf des Jahres, und auch sie konnte beschlossen werden und ist per 1. Januar 2009 in Kraft getreten. In der ersten Leistungsvereinbarung mit dem Bund (gültig für 2008) hat sich der Kanton verpflichtet, 200 Stellenprozente einzusetzen. Der Bund leistet 50 Prozent an die Lohnkosten der Inspektoren, abzüglich einer Pauschale für die zu erwartenden Gebühren- und Bussenerträge. Das Schwarzarbeitsinspektorat hat 2008 rund 80 Kontrollen vorgenommen. In beinahe der Hälfte der kontrollierten Fälle musste eine Sanktion ausgesprochen werden, die in 10 Fällen sogar eine Strafanzeige beinhaltete. Im Ausbaugewerbe ist die Vollzugsdelegation an die Organisation der Sozialpartner wie erwartet in die Wege geleitet worden, konnte jedoch noch nicht beschlossen werden. Dieser Schritt dürfte im Jahr 2009 jedoch erfolgen.
Nr. 3.02.03	Arbeitslosenversicherung Die erfreuliche konjunkturelle Entwicklung schlägt seit einiger Zeit auch auf den Arbeitsmarkt durch, allerdings nicht so kräftig wie in der letzten Erholung 1999 / 2000. Aufgrund der Expertenprognosen kann davon ausgegangen werden, dass dies auch für 2008 so bleibt. Entsprechend sind die Vollzugskapazitäten der RAV, der Öffentlichen Arbeitslosenkasse und des Angebots an arbeitsmarktlichen Massnahmen im Auge zu behalten und gegebenenfalls anzupassen. Im Bereich der RAV wird die lancierte Intensivierung der Arbeitgeberkontakte (Projekt "RAVplus") intensiv fortzuführen sein. Ausserdem steht der ganze Vollzugsbereich vor einem zentralen Umbruch in arbeitstechnischer Hinsicht, der Erneuerung der Bundessysteme AVAM (Arbeitsvermittlung) und ASAL (Arbeitslosenkasse), verbunden mit dem Übergang zu elektronischer Datenverwaltung. Wichtige Umsetzungsschritte erfolgen im Jahr 2008 und werden einige Herausforderungen stellen.	Finanzielle Auswirkungen 2008: keine, Aufwand wird vom Bund voll refinanziert	Bis zum Herbst verblieben die Arbeitslosenzahlen auf einem erfreulich tiefen Niveau zwischen 2,1 und 2,3 Prozent, ohne aber die 2-Prozent-Marke je zu unterschreiten. Gegen Jahresende ist eine leichte Zunahme zu verzeichnen, die als Indiz für eine kommende weitere Verschlechterung der arbeitsmarktlichen Situation gewertet werden kann, aber auch saisonale Komponenten beinhaltet. Die eingetrübten Prognosen des SECO für das Jahr 2009 lassen erwarten, dass der im Aufschwung kontinuierlich erfolgte Abbau der Vollzugskapazitäten möglicherweise rasch wieder rückgängig gemacht werden muss. Die per September 2008 vom SECO geplante Inbetriebnahme des neuen AVAM geriet aus IT-Technischen Gründen zum Misserfolg. Die Einführung musste auf 2009 verschoben werden.

Nr. 3.02.04	Familienzulagen Die Annahme des eidgenössischen Familienzulagengesetzes in der Volksabstimmung vom 26. November 2006 hat dazu geführt, dass das neue kantonale Familienzulagengesetz vom 9. Juni 2005 und die entsprechende Verordnung angepasst und damit einer kleinen Revision unterzogen werden müssen. Diese gibt auch Gelegenheit, ersten Erfahrungen mit dem neuen Gesetz Rechnung zu tragen. Das revidierte Gesetz soll am 1. Januar 2009 in Kraft treten können. Landratsvorlage 2008: Revision des kantonalen Familienzulagengesetzes.		Die Revision des Familienzulagengesetzes konnte gezielt an die Hand genommen werden. Dennoch wird die Vorlage erst zu Beginn des Jahres 2009 vom Landrat behandelt werden können. Die Vorlage befindet sich derzeit in der Behandlung bei der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission. Als Übergangslösung bis zum Inkrafttreten des revidierten Gesetzes hat der Regierungsrat eine Verordnung beschlossen, die am 1. Januar 2009 in Kraft getreten ist.
Nr. 3.02.05	KMU-Entlastungsgesetz Die Durchführung der Regulierungsfolgenabschätzung bei bestehenden Erlassen anhand einer Prioritätenliste soll bis Ende 2008 abgeschlossen werden.		Die Regulierungsfolgenabschätzungen für die bestehenden Erlasse sind weitgehend durchgeführt. Ausstehend sind einzelne Erlasse, die sich gegenwärtig eh in Revision befinden, und Regulierungsfolgenabschätzungen, die gemäss Beschluss des KMU-Forums vertieft oder nachgebessert werden müssen. Im Verlauf der zweiten Jahreshälfte 2009 ist eine summarische Berichterstattung im Rahmen einer Landratsvorlage geplant.
Nr. 3.02.07	Tourismusförderung Das Tourismusgesetz des Kantons ist noch jung. Es trat am 1. Dezember 2003 in Kraft. Eine erste Wirkungsprüfung (Wertschöpfungsstudie) nach zwei Jahren zeigte eine positive Entwicklung des Tourismus im Kanton. Zwischen 2003 und 2005 nahmen die Logiernächte um 7.3 % zu, und auch der Tagestourismus konnte zulegen. Der Verpflichtungskredit für Beiträge an den Verein "Baselland Tourismus" läuft Ende 2008 aus. Entsprechend wird im Laufe des Jahres 2008 eine Vorlage an den Landrat zu erarbeiten sein. Landratsvorlage 2006 / 061 vom 21. Februar 2006, LRB 1807 vom 11. Mai 2006 (Konto 2200.365.00) Total Brutto: Fr. 1'800'000.- Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 600'000.- Budget 2007: Fr. 600'000.- Budget 2008: Fr. 600'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.6 Mio. Fr.	Die Vorlage an den Landrat (Verpflichtungskredit für die Jahre 2009 bis und mit 2012) wurde erstellt (Vorlage 2008 / 228 vom 23. September 2008).

Nr. 3.02.10	Fussball-Europameisterschaft Euro 2008 Es ist davon auszugehen, dass die Durchführung der Fussball-Europameisterschaft Euro 2008 zu einigem Zusatzaufwand in diversen Bereichen führen wird, so unter anderem beim Entsendegesetz, bei Arbeitsbewilligungen für ausländische Arbeitskräfte, bei Bewilligungen nach Arbeitsgesetz, etc.		Der erwartete Zusatzaufwand in den angesprochenen Bereichen traf kaum ein.
Nr. 3.03	Programmpunkt Landwirtschaft Strategische Zielsetzungen Die Anpassung der landwirtschaftlichen Ausbildung an das Bundesgesetz über die Berufsbildung beginnt. Die Haushaltungsschule wird neu als Fachbereich Hauswirtschaft definiert. Die neuen Anforderungen des Bundes betreffend die Unterstützung der Landwirtschaft sollen erfüllt werden.		Amtsbericht 2008
Nr. 3.03.01	Einzelne Massnahme Anpassung der landwirtschaftlichen Ausbildung Die berufliche Grundausbildung für die Landwirtinnen und Landwirte wird dem neuen Berufsbildungsgesetz angepasst. 2008 ist das erste Jahr einer dreijährigen Umsetzungsphase. Die Zuständigkeit geht an die BKSD über, Ausbildungsort bleibt das Landwirtschaftliche Zentrum Ebenrain.		Auf nationaler Ebene ergab sich erneut eine Verzögerung, so dass die Umsetzung erst 2009 beginnt. Die Landwirtschaftliche Schule Ebenrain stellte schon Mitte 2008 auf das Fachlehrersystem um. Die Zusammenarbeit zwischen der BKSD und der VGD wird auf Verordnungsebene geregelt werden.
Nr. 3.03.05	Fachbereich Hauswirtschaft Die klassische Bäuerinnenausbildung mit einem Lehrjahr und viermonatiger Bäuerinnenschule gibt es nicht mehr. Es haben sich neue Aufgabenbereiche aufgedrängt: Die Aufgaben der Haushaltungsschule werden neu definiert.		Die Aufgaben des Fachbereiches Hauswirtschaft wurden neu definiert. Im Rahmen der Änderung des Landwirtschaftsgesetzes sind die Vorschläge zurzeit in der Vernehmlassung.
Nr. 3.03.06	Optimierung der Nutzung des Ebenrains Die Nutzung der Räume des Landwirtschaftlichen Zentrums Ebenrain wird optimiert. Einerseits werden vermehrt Kurse des Personalamtes dort durchgeführt; andererseits ist geplant, die Abteilung Veterinär-, Jagd- und Fischereiwesen in den Ebenrain zu verlegen. Die Regierung wird dem Landrat eine Kreditvorlage unterbreiten.	Finanzielle Auswirkungen 2008: die finanziellen Aufwendungen werden von der BUD eingestellt	Die Abklärungen zur Optimierung der Nutzung werden von der VGD zusammen mit der BUD durchgeführt. Die entsprechenden Vorarbeiten konnten im Jahr 2008 noch nicht abgeschlossen werden.

Nr. 3.03.07	Förderung der regionalen Entwicklung und von regionalen Produkten Das Bundesgesetz über die Landwirtschaft sieht in Art. 93 Abs. 1 lit. c neu vor, die regionale Entwicklung und den Absatz von einheimischen und regionalen Produkten zu fördern. Es setzt "eine angemessene Leistung eines Beitrages des Kantons ... voraus". 2008 soll der mögliche Umfang einer kantonalen Unterstützung ausgelotet werden.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 2008 sind noch keine finanziellen Auswirkungen zu erwarten	Die laufende Revision des Landwirtschaftsgesetzes des Kantons Basel-Landschaft umfasst auch einen Vorschlag für die Verankerung der rechtlichen Grundlage auf der Stufe Kanton.
Nr. 3.05	Programmpunkt Vermessung: Geographisches Informationssystem (GIS) / Amtliche Vermessung (AV 93) Strategische Zielsetzungen Grössere Wertschöpfung durch einen verbesserten Zugang auf Geoinformationen sowie Automatisierung der Geschäftsprozesse. Der Betrieb und die Weiterentwicklung des Geographischen Informationssystems (GIS) in der kantonalen Verwaltung und in den Gemeinden hat die Zielsetzung, den Zugang zu Geoinformationen zu verbessern und die Verfahrensabläufe in den behördlichen Stellen zu beschleunigen und zu vereinfachen. Im Weiteren sollen verbesserte Grundlagen für politische Entscheide geschaffen werden. Ziel ist eine optimale Wertschöpfung aus den vorhandenen Geoinformationen durch Kanton, Gemeinden und Private. Umsetzung neue Amtliche Vermessung 93 (AV93) im Zeitraum von 1995 bis 2015 und in drei zeitlich sich folgenden Etappen. Aktuell ist die vom Landrat 2001 beschlossene 2. Etappe AV93 2002 - 2008 (LRB 2001 / 022) am Laufen. Aufgrund einer beschlossenen GAP-Massnahme mit reduziertem jährlichen Kredit wird sich die Frist für die 2. Etappe auf ca. 2010 verlängern. Die 3. Etappe soll anschliessend das Projekt bis 2017 abschliessen.	Amtsbericht 2008 	

Nr. 3.05.01	Einzelne Massnahme Geographisches Informationssystem (GIS) Betrieb und Weiterentwicklung der kantonalen Geodatenbank, des kantonalen Geoportals, der Geodienste und Geoapplikationen; Zentrale Verwaltung und Bereitstellung der Geodaten des Kantons sowie der Georeferenzdaten des Bundes und der Nachbarkantone; Aktualisierung der bestehenden Geodaten und Integration neuer Geodatenebenen in die kantonale Geodatenbank; Bereitstellung eines digitalen Geländemodells und Oberflächenmodells; Laufende Datenabgaben über Internet; Ausbau der Funktionalität der Gebäudedatenbank zwecks Optimierung der Geschäftsprozesse zwischen Bund, Kanton, Gemeinden und Basellandschaftlicher Gebäudeversicherung; Realisierung von GIS-Projekten in den Dienststellen zur Beschleunigung und Vereinfachung von Verfahrensabläufen und zur Schaffung von verbesserten Grundlagen für politische Entscheide im Sektor "Grund und Boden".	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.54 Mio. Fr.	Nach dem Abschluss der Umsetzung des Landratsbeschlusses GIS (LRB 1013 vom 26. April 2001) Ende 2007 folgte im Berichtsjahr der Schlussbericht mit Kostenabrechnung. Der Landrat hat die Abrechnung dieses Verpflichtungskredites in einer Sammelvorlage am 11. Dezember 2008 genehmigt. Der Betrieb, die Pflege und die Weiterentwicklung der aufgebauten kantonalen Geodateninfrastruktur erfolgte im Berichtsjahr nach Plan. Auf den 1. Juli 2008 hat der Regierungsrat die neue Verordnung über Geoinformation (GeoVO) in Kraft gesetzt.
Nr. 3.05.02	Neue Amtliche Vermessung 93 (AV 93) Das vorgesehene Jahresprogramm 2008 verläuft nach dem Moratoriumsjahr 2007 (Stufe Bund) wieder normal. Das Programm entspricht dem neuen Leistungsauftrag 2008 - 2011 und der Leistungsvereinbarung 2008 mit dem Bund, die im Herbst 2007 abgeschlossen werden. Landratsvorlage 2001 / 022, Verpflichtungskredit 2001 - 2008 LRB 2001 / 1281 Total 13.1 Mio. Fr. (brutto), Konto 2230.319.90-3 Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 6'239'831.- (brutto) Fr. 2'725'013.- (netto) Budget 2007: Fr.527'000.- (brutto) Budget 2008: Fr.1'530'000.- (brutto) Zugehörige Ertragskonti Konto 2230.460.00-3, Budget 2007: Fr. 105'000.- Konto 2230.462.10-2, Budget 2007: Fr. 253'000.- Konto 2230.460.00-3, Budget 2008: Fr. 190'000.- Konto 2230.462.10-2, Budget 2008: Fr. 360'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 1.590 Mio. Fr. (brutto) 1.040 Mio. Fr. (netto)	Das vorgesehene Programm 2008 zur zweiten Etappe konnte dem Bund planmässig mit ca.11 Prozent höheren Zahlen eingereicht werden. Die Zahlen differieren aufgrund der aus den Offerten erhobenen und verwendeten Zahlen im Aufwand nicht bedeutend, jedoch im Ertrag. Prov. Ergebnisse Rechnung 2008: 2230.318.90-3: Fr. 1'432'255.- 2230.460.00-3: Fr. 113'452.- 2230.462.10-2: Fr. <u>327'632.-</u> Bilanz: Fr. 991'171.-.

Nr. 3.06	Programmpunkt Melioration (Bodenverbesserung) Strategische Zielsetzungen Verbesserung der Produktionsgrundlagen in der Landwirtschaft Senkung der Produktionskosten, insbesondere fixe Kosten der Landwirtschaftsbetriebe Förderung von Gesamtmeliorationen im Bezirk Laufen Bei den angegebenen Massnahmen handelt es sich schwergewichtig um die Weiterführung der Arbeiten in der Felderregulierung Roggenburg (Gesamtmelioration) sowie um die Fertigstellung und Abrechnung begonnener Werke, die vom Regierungsrat beschlossen wurden (Verpflichtungen).	Amtsbericht 2008	
Nr. 3.06.01	Einzelne Massnahme Fertigstellung der bewilligten Meliorationsprojekte Konto 2230.364.00-1 Verpflichtungskredite gemäss Beschlüssen Regierungsrat: Budget 2004: Fr. 350'000.-, Rechnung Fr. 470'156.- Budget 2005: Fr. 350'000.-, Rechnung Fr. 356'346.- Budget 2006: Fr. 481'000.-, Rechnung Fr. 451'186.- Budget 2007: Fr. 480'000.-, Rechnung Fr. ca. 480'000.- Budget 2008: Fr. 480'000.- Zur Information: zugehörige Konti Bundesbeitrag (durchlaufender Bundesbeitrag) Konto 2230.374.00-1, Budget 2008: Fr. 360'000.- Konto 2230.470.00-1, Budget 2008: Fr. 360'000.- Bei der Gesamtmelioration Brislach steht die öffentliche Auflage des Perimeters bevor. Landratsvorlage 2005 / 294 vom 8. November 2005, LRB 1716 vom 23. März 2006, Gesamtmelioration Brislach, Beitrag Kanton in Form eines Verpflichtungskredites 2008 - 2017 Total Fr. 1'556'000.- (netto) Budget 2008: Fr. 46'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.48 Mio. Fr. Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.046 Mio. Fr. (netto)	In der Felderregulierung Roggenburg ist die 8. Etappe mit dem Bund abgerechnet worden, die Schlusszahlung des Bundes ist geleistet. Die Unwetterschäden vom Juni 2008 an gemeinschaftlichen Meliorationsanlagen verursachen voraussichtliche Mehrkosten von rund 90'000 Franken. Die drei Wasserversorgungen zur Erschliessung von vier abgelegenen Höfen mit einwandfreiem Trinkwasser sind erstellt und in Betrieb. Im Teilgebiet Ettingen der Güterregulierung Hofstetten - Flüh sind die baulichen Massnahmen mehrheitlich ausgeführt. Beim Perimeter der Gesamtmelioration Brislach ist gemäss Urteil des Kantonsgerichts in einem Fall die äussere Perimeterlinie besser an die topografischen Verhältnisse anzupassen. Dieses Rechtsverfahren verzögerte das Unternehmen. Aus diesem Grund erfolgte im Jahr 2008 keine Zahlung. In der Gesamtmelioration Wahlen sind im öffentlichen Submissionsverfahren die planerischen Arbeiten an eine Ingenieurgemeinschaft vergeben worden. Die Arbeiten der Grundlagenbeschaffung sind gestartet. Im Verfahren der Gesamtmelioration Blauen ist der Perimeter rechtskräftig. Die Gemeinde Rothenfluh hat die Ausarbeitung einer landwirtschaftlichen Vorstudie ihrer Gemeinde in Auftrag gegeben.

Nr. 3.07	Programmpunkt Gesundheitsförderung Strategische Zielsetzungen Der Regierungsrat hat im Jahr 2006 das Rahmenkonzept Gesundheitsförderung 2006 - 2010 beschlossen. Die entsprechende Vorlage (2006 / 092) wurde vom Landrat am 19. Oktober 2006 zur Kenntnis genommen. Im Jahr 2008 sollen nun die im Rahmenkonzept vorgesehenen Schwerpunktprogramme weiterentwickelt und konkretisiert werden. Es handelt sich um Programme in den fünf Gesundheits-Kernthemen: "ein gesunder Lebensanfang", "Altern in Gesundheit", "Gesundheit junger Menschen", "Suchtprävention" und "Gesünder Leben". Insbesondere die Kernthemen "Altern in Gesundheit", "Gesundheit junger Menschen" und "gesünder Leben" sind für die Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion von besonderer politischer und finanzieller Bedeutung.		Amtsbericht 2008 Die fünf Schwerpunktprogramme wurden weiter entwickelt und konkretisiert (siehe www.gesundheitsfoerderung.bl.ch). Für die Programme "Altern in Gesundheit" und "Gesünder Leben" hat der Landrat entsprechende Verpflichtungskredite genehmigt, und es konnte mit der Umsetzung dieser Vorhaben begonnen werden.
Nr. 3.07.01	Einzelne Massnahme Gesundheitsförderung und Suchtprävention Fortführung der Leistungsaufträge an die Aids-Hilfe beider Basel (AHbB) und an den Verein Frau Sucht Gesundheit (FSG). Landratsvorlage 2006 / 023 vom 24. Januar 2006, LRB 1717 vom 23. März 2006, Verpflichtungskredit 2006 - 2009 Total Fr. 988'000.-, Konto 2207.365.50.100 Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 224'500.- Budget 2007: Fr. 157'000.- für AHbB, max. Fr. 90'000.- für FSG Budget 2008: Fr. 157'000.- für AHbB, max. Fr. 70'000.- für FSG.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.227 Mio. Fr.	Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 471'000.- für AHbB, Fr. 200'000.- für FSG, Total: Fr. 671'000.-.
Nr. 3.07.02	Schwangerschaftsberatung Fortführung der Leistungsvereinbarung in Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Beratung. Landratsvorlage 2005 / 247 vom 20. September 2005, LRB 1533 vom 14. Dezember 2005, Verpflichtungskredit 2005 - 2008 Total Fr. 800'000.- Rechnung 2005, Konto 2202.365.40.200 Fr. 200'000.- Rechnung 2006, Konto 2207.365.50.000 Fr. 200'000.- Per Ende 2006 total verbraucht: Fr. 400'000.- Budget 2007, Konto 2207.365.50.000 Fr. 200'000.- Budget 2008, Konto 2207.365.50.000 Fr. 200'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.2 Mio. Fr.	Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 800'000.-. Der Landrat genehmigte an seiner Sitzung vom 11. Dezember 2008 die Verlängerung des Leistungsauftrags für die gesetzliche Schwangerschaftsberatung (Jahre 2009 - 2012).

Nr. 3.07.03	Gesund altern Im Rahmen dieses auf die Jahre 2008 - 2011 angelegten Programms soll im Kanton ein neues Verfahren für die Gesundheitsförderung der älteren Bevölkerung eingeführt werden. Das Alter dehnt sich bei uns mittlerweile auf eine Zeitspanne von 30 bis 40 Jahren aus. Damit kommt der Gesundheitsförderung im Alter eine immer grössere Bedeutung zu. Untersuchungen haben gezeigt, dass ein Grossteil der zu Hause lebenden Bevölkerung über 65 Jahre in der Schweiz Defizite im Vorsorge- und Gesundheitsverhalten aufweist. Eine gezielte Strategie der Gesundheitsförderung im höheren Lebensalter könnte das Problem steigender Pflegebedürftigkeit deutlich entschärfen. Eine solche Strategie ist das in anderen Kantonen und in Gemeinden des Kantons bereits vielfach erprobte Angebot des Gesundheitsprofilverfahrens (auch "präventive Hausbesuche" oder "sanaprofil" genannt). Kernelement dieses Angebots ist ein Fragebogen, mit dem das individuelle Gesundheitsverhalten und der Gesundheitszustand der älteren Person ermittelt, ausgewertet und mit einer Fachperson (meist Hausärztin, Hausarzt) besprochen wird. Ferner werden ergänzende Angebote wie Gruppengespräche oder Hausbesuche angeboten. Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit des Verfahrens wurden mit Erfolg getestet. Ziel des für den Kanton Basel-Landschaft zu entwickelnden Programms ist es, die für den Kanton beste Umsetzung des Verfahrens zu finden. Vor der Ausbreitung auf das ganze Kantonsgebiet wird die Umsetzung mit einer Pilotphase in zwei bis drei Gemeinden erprobt und gegebenenfalls angepasst. Insgesamt ist für dieses Programm mit einem Finanzbedarf von 0.85 Mio. Franken zu rechnen. Ziel für das Jahr 2008 ist es, die Pilotphase in zwei bis drei Gemeinden erfolgreich abzuschliessen.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.1 Mio. Fr.	Der Landrat hat mit Beschluss vom 5. Juni 2008 entgegen dem Antrag der Regierung lediglich einen Verpflichtungskredit von Fr. 122'000.- für eine Pilotphase in drei Gemeinden gesprochen (Vorlage 2007 / 303). Ferner forderte der Landrat eine ausführliche Evaluation. Bis Ende 2008 konnten die Gemeinden Bottmingen, Gelterkinden und Reinach als Pilotgemeinden gewonnen und lokale Projektgruppen aufgebaut werden. In Zusammenarbeit mit der Geriatrie Universität Bern (Entwicklerin des Gesundheitsprofilverfahrens) wurden die Pilotphase vorbereitet und Verträge für den Einsatz des Verfahrens abgeschlossen. Weitere Vertragspartnerinnen sind die Pro Senectute beider Basel für die Durchführung der Gruppenveranstaltungen und die Pro Senectute Bern für die Ausbildung der Gesundheitsberaterin. Die Ärztesgesellschaft BL konnte als Projektpartnerin gewonnen werden. Die eigentliche Umsetzung, d.h. die Einladung zur Projektteilnahme an die ältere Bevölkerung der Pilotgemeinden, erfolgt erst Ende Januar 2009. Die Pilotphase kann voraussichtlich im Sommer 2009 abgeschlossen werden. Die Auswertung der Ergebnisse wird weitere drei Monate in Anspruch nehmen und ca. Ende Oktober 2009 abgeschlossen sein. Anschliessend wird die Regierung das weitere Vorgehen beraten und dem Landrat hierzu Vorschläge unterbreiten.
-------------	--	---	--

Nr. 3.07.04	Gesundheit junger Menschen - Überprüfung des kantonalen Angebots und der Koordinationsstrukturen im Jugendbereich Vor acht Jahren hat der Regierungsrat die "Steuerungsgruppe für Präventionsprojekte im Jugendbereich" eingesetzt mit dem Ziel, eine Koordinations- und Kontrollfunktion bei den Projekten im Jugendbereich wahrzunehmen (RRB 1118, 30. Mai 2000). In diesen Jahren sind vielseitige Projekte und Angebote für Jugendliche entwickelt und beurteilt worden. Der inhaltliche Schwerpunkt lag bei der Sucht- und Gewaltprävention. In den letzten Jahren sind die Herausforderungen, vor die Jugendliche heute gestellt sind, vielfältiger und grösser geworden. Dazu gehören die wachsenden beruflichen Anforderungen, eine zunehmende Individualisierung der Gesellschaft, die Zunahme allein erziehender Eltern und die Zunahme der in der Erziehung ihrer Kinder überforderten Eltern, sowie die sich schnell wandelnden Kommunikationstechniken wie Handys, Computer, Chatrooms, etc. Hinzu kommen das Verharren des Suchtmittelkonsums auf hohem Niveau und Gewalterfahrungen. Neuere Ergebnisse der Hirnforschung belegen zudem, dass das Gehirn Jugendlicher während der Adoleszenz einen grossen Umbau durchläuft. Die für die Urteilsfähigkeit in Lebensfragen und Gesundheitsfragen wichtigen höheren geistigen Operationen wie gedankliche Kontrolle, Unterdrückung von Impulsen, Abwägen von Konsequenzen sind erst mit etwa 25 Jahren ausgereift. Demzufolge werden viele Jugendliche mit den heutigen Programmen, die oft auf Einsicht und Selbstverantwortung beruhen, überfordert. Diese Ausgangslage erfordert eine Überprüfung und Neuorientierung des kantonalen Angebots im Präventionsbereich für Jugendliche, sowohl inhaltlich wie auch strukturell. Ziel für das Jahr 2008 ist es, in einem ersten Schritt eine Bestandesaufnahme der Angebote und eine Bedarfsanalyse ausgehend von den heutigen Herausforderungen und den neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen zu erstellen und die weiteren Schritte zu entwerfen.		Dieser Programmpunkt erfährt aufgrund personeller Engpässe (Vakanz von fünf Monaten nach der Pensionierung des bisherigen Stelleninhabers bis zur Neubesetzung der Stelle) eine Verzögerung. Die Bestandesaufnahme und die Bedarfsanalyse sind für den Beginn des Jahres 2009 vorgesehen. Jedoch konnten erste Recherchen und Abklärungen zu den Teilbereichen "Jugendinformation" (Nachfolgeprodukt für "Julex") und "Frühintervention bei Jugendlichen" vorgenommen werden.
--------------------	--	--	--

Nr. 3.07.05	Umsetzung Aktionsprogramm "Gesundes Körpergewicht" (Kernthema "Gesünder Leben") In Zusammenarbeit mit der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz wird ein über drei Jahre angelegtes Programm zur Förderung des gesunden Körpergewichts der Bevölkerung des Kantons Basel-Landschaft entwickelt. Der Fokus des Programms soll auf der Zielgruppe der Kinder und der Jugendlichen liegen. Der Grund für diesen Fokus liegt in der massiven Zunahme des kindlichen Übergewichts in den letzten dreissig Jahren und in der enormen gesundheitlichen Beeinträchtigung des bereits im Kindesalter erworbenen Übergewichts. Ferner soll im Rahmen dieses Programms geprüft werden, wie bisher schwer zu erreichende Bevölkerungsgruppen mit gesundheitsförderlichen Angeboten angesprochen werden können und welche Möglichkeiten der Verhältnisprävention auf kantonaler Ebene bestehen. In den Jahren 2008 - 2010 werden die im Jahr 2007 entwickelten Programme umgesetzt. Es sind folgende Programmelemente vorgesehen: 1. Gesunde Mittagsverpflegung für Kinder in Institutionen (Mittagstische, Kinderkrippen, Schulkantinen, etc.), in Zusammenarbeit mit der BKSD; 2. Früherfassung von Risikokindern im Alter von ca. drei Jahren und Beratung / Begleitung der Familien mit Risikokindern, in Zusammenarbeit mit den Gemeinden; 3. Aufwertung des Wohnumfeldes zur Bewegungsförderung der Kinder im Freien, in Zusammenarbeit mit der BUD. Die bereits bestehenden Angebote zur Förderung des gesunden Körpergewichts (zum Beispiel "Tacco & Flip") werden in das Programm integriert. Für die Finanzierung dieses Programms wird eine hälftige Beteiligung durch die Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz angestrebt. Im Jahr 2008 werden die Programmelemente mit bereits erprobten Angeboten (Element Nr. 1) bzw. in Pilotprojekten (Elemente Nr. 2 und 3) umgesetzt und eine Zwischenevaluation erstellt. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.2 Mio. Fr.	Der Landrat hat am 5. Juni 2008 einen Verpflichtungskredit für die Umsetzung des Aktionsprogramms "Gesundes Körpergewicht" in der Höhe von 1.425 Mio. Franken für die Jahre 2008 - 2010 genehmigt (Vorlage 2008 / 086). Die Beteiligung am Programm BL durch die "Gesundheitsförderung Schweiz" beträgt Fr. 675'000.-, der Anteil des Kantons beträgt demnach Fr. 750'000.-. Nach Inkrafttreten des Beschlusses im August 2008 wurden die Aufbauarbeiten am Programm unverzüglich aufgenommen. Es wurde eine Projektleitung eingestellt und die Projektteile "Tacco & Flip", "Schnitz und drunder" und Frühbereich ("von 0 bis 5") wurden weiter entwickelt bzw. aufgebaut. Mit allen relevanten Partnerorganisationen konnten Verträge abgeschlossen werden. Den Auftrag an das HEKS über Fr. 125'550.- genehmigte der Regierungsrat an seiner Sitzung vom 17. November 2008. Unter anderem aufgrund personeller Änderungen bei der BUD (Weggang der Leiterin Ortsplanung) konnte der Programmteil "Verbesserung des Wohnumfeldes" noch nicht definitiv konkretisiert werden. Es konnte jedoch eine in Auftrag gegebene Literaturrecherche abgeschlossen werden. Des Weiteren wurden ein Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit entwickelt und eine Website mit Informationen zum Programm aufgeschaltet (www.agk.bl.ch). Die mit der "Gesundheitsförderung Schweiz" vertraglich vereinbarten Meilensteine konnten eingehalten werden.
--------------------	---	---	--

Nr. 3.07.06	Erarbeitung einer Verordnung für die Mütter-Väter-Beratung in den Gemeinden Im Rahmen des Projektes Gesundheitsförderung im Frühbereich (1999 - 2004) wurde das Angebot der Mütter-Väter-Beratung im Kanton Basel-Landschaft analysiert. Wie die Gemeinden den gesetzlichen Auftrag umsetzen wollen, ist ihnen überlassen. Dies hat zur Folge, dass zwar jede Gemeinde über das Angebot der Mütter-Väter-Beratung verfügt, das Angebot jedoch von Gemeinde zu Gemeinde sehr unterschiedlich ausgestaltet ist. Heute sind 19 Mütter-Väter-Beratungen unter insgesamt 35 Trägerschaften im Kanton Basel-Landschaft für die rund 2400 Neugeborenen pro Jahr zuständig. Die momentan sehr heterogene Situation im Kanton Basel-Landschaft erfordert die Erarbeitung von allgemein gültigen Grundlagen. In einem gemeinsamen Prozess mit den Gemeinden, den Arbeitgeberorganisationen und Fachpersonen der Mütter-Väter-Beratung soll ein koordiniertes und qualitativ gutes Angebot entwickelt werden.		Bei einer ersten Sitzung mit einer Delegation des VBLG zur Vorbesprechung von Anliegen der VGD konnte im September 2008 der Prozess betreffend Mütter-Väter-Beratung eingeleitet werden. In der Zwischenzeit wurden Recherchen über die Qualifikation der Mütterberaterinnen, deren Ausbildungsmöglichkeiten und über verschiedene Modelle von Organisationsstrukturen in anderen Kantonen durchgeführt.
Nr. 3.08	Programmpunkt Gesundheitswesen Strategische Zielsetzungen Mit dem Projekt "Global" wird primär die Leistungsfinanzierung der Baselbieter Spitäler ab 2008 verfolgt. Die aktuell gültige Defizitdeckung ist nicht mehr zeitgemäss und mit der späteren Einführung des nationalen Vergütungssystems Swiss-DRG nicht vereinbar. Das Projekt "Global" bildet die Basis für die zukünftigen Vergütungssysteme. Mit der KVG-Revision werden die Kantone zur Mitfinanzierung aller Patienten in allen Spitälern verpflichtet. Die mögliche Freizügigkeit der Spitalwahl auch für grundversicherte Patienten wird die Gesundheitsfinanzierung und die Planung stark beeinflussen und verändern. Aufgrund dessen sind bereits im Vorfeld die möglichen Kooperationen mit anderen Kantonen, aber auch privaten Gesundheitsversorgern zu eruieren. Dazu zählt auch die Realisierung des Projektes "Geriatricspital Bethesda".	Amtsbericht 2008	
Nr. 3.08.02	Einzelne Massnahme Neubau des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) Die Realisierung des Neubaus läuft. Die Fertigstellung ist auf das 3. Quartal 2010 vorgesehen.	Finanzielle Auswirkungen 2008: siehe BUD	Die Bauarbeiten schreiten planmässig voran.

Nr. 3.08.07	Einführung von Globalbudgets in den Baselbieter Spitälern (Projekt "Global") Die Baselbieter Spitäler werden ab 2008 mit einem Globalbudget finanziert. Der Leistungsausweis wird in einem weiterführenden Projekt bis zur Einführung von Swiss-DRG kontinuierlich verbessert. Beratungsaufwand für das weiterführende Projekt Leistungsausweis 2008: 0.07 Mio. Franken.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.07 Mio. Fr.	Die Details zu den Globalbudgets sind in die Erläuterungen zum Voranschlag (erstmalig Voranschlag 2008) eingeflossen. Auf den Beizug externer Unterstützung konnte verzichtet werden.
Nr. 3.08.09	KVG-Revision Die KVG-Revision beeinflusst Finanzierung und Planung ab 2009 erheblich. Während im Vorfeld noch in der Gesundheitskommission des Ständerates beraten wird, müssen die Kantone sich auf die möglichen Veränderungen einstellen und ab 2008 die notwendigen Projekte aufgleisen. Die Mitfinanzierung aller Baselbieter HP- und P-Patienten in ausserkantonalen und Privat-Spitälern hat massive Konsequenzen (20 Mio. Franken jährlich). Dieser Effekt wirkt auf das Budget, sobald die neue KVG-Gesetzgebung in Kraft tritt (voraussichtlich ab 2009). Die Wirkung der vollen Freizügigkeit kann noch nicht vollständig abgeschätzt werden. 2008: 0.05 Mio. Franken für Konzepte / Beratung.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.05 Mio. Fr.	Die Teilrevision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) zur Spitalfinanzierung wurde von der Bundesversammlung am 21. Dezember 2007 beschlossen. Der Bundesrat beschloss im Oktober 2008 die Ausführungsverordnungen. Diese sind per 1. Januar 2009 mit Übergangsbestimmungen in Kraft getreten. Die Vorbereitungsarbeiten für die Umsetzung der neuen Vorschriften sind im Gange. Bisher konnte auf den Beizug von externen Beratern verzichtet werden.

Nr. 3.08.10	Geriatricspital Bethesda An der gemeinsamen Sitzung der Regierungen Basel-Stadt und Basel-Landschaft vom 13. Februar 2007 wurde ein Grundsatzentscheid für ein gemeinsames geriatrisches Kompetenzzentrum getroffen. Aktuell wird der Projektfahrplan ausgearbeitet, um Infrastruktur und Organisation des Kompetenzzentrums festzulegen. Neben diesen fundamentalen Teilprojekten wird die Ausgestaltung von Leistungsaufträgen und Leistungsvereinbarungen von enormer Bedeutung sein, da das Leistungsangebot kostenneutral gegenüber den Leistungskosten im Kantonsspital Bruderholz sein soll. Im weiteren müssen das geriatrische Leistungsangebot für die Bevölkerung im unteren Kantonsteil gesichert und die Überführung der Geriatrie ins Bethesdaspital und der Rheumatologie ins Bruderholzspital geplant werden. 2008: 0.015 Mio. Franken für Konzepte / Beratung.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.015 Mio. Fr.	Intensive Gespräche mit allen beteiligten Fachpersonen anlässlich einer Tagung vom 20. August 2008 in Bad Bubendorf haben zur Erkenntnis geführt, dass ein auf dem Areal des Kantonsspitals Bruderholz neu zu errichtendes gemeinsames Geriatricspital beider Basel den Bedarf der beiden Kantone am besten zu erfüllen vermag. Das gemeinsame "Kompetenzzentrum für Geriatrie und Rehabilitation am Standort Bruderholz" soll dabei den bisherigen Leistungsauftrag Geriatrie / Rehabilitation des Kantonsspitals Bruderholz und das Leistungsangebot des heutigen Geriatriischen Kompetenzzentrums des Felix Platter Spitals übernehmen. Im Gegenzug wird in Erwägung gezogen, dem Bethesda-Spital für den Bereich Rheumatologie von den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt einen Leistungsauftrag analog dem Leistungsauftrag, den die beiden Kantone gemäss der Spitalliste BS / BL dem Felix Platter Spital erteilt haben, zu erteilen. Dem Landrat des Kantons Basel-Landschaft und dem Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt wurde im Dezember 2008 die Beschlussfassung eines Projektierungskredites für einen Neubau eines gemeinsamen Kompetenzzentrums für Geriatrie und Rehabilitation auf dem Areal Bruderholz beantragt (Vorlage an den Landrat Nr. 2008 / 348).
Nr. 3.08.11	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit BL, BS und Lörrach Im Dezember 2006 haben die Vertreter der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt jeweils einen Vertrag mit den Versicherern und dem Landkreis Lörrach für den grenzüberschreitenden Leistungsbezug abgeschlossen. Aufgrund der in der KVG-Revision vorgesehenen Zielrichtungen (kantonale Mitfinanzierung aller stationären Behandlungen und Freizügigkeit bei der Spitalwahl) sollen die Möglichkeiten einer intensiveren grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geprüft werden. In einigen Bereichen der medizinischen Versorgung dürften sich durchaus qualitativ hoch stehende und günstige Versorgungskonzepte ergeben.	Finanzielle Auswirkungen 2008: keine Angaben möglich	Im Berichtsjahr konnte der Überblick über das erste Jahr des bis 2009 dauernden Pilotprojektes gewonnen werden. Für insgesamt 34 Patientinnen und Patienten aus dem Kanton Basel-Landschaft, die im Jahre 2007 Spitalleistungen im Landkreis Lörrach in Anspruch nahmen, belief sich der Kantonsbeitrag auf Fr. 58'631.-.

Nr. 3.09	Programmpunkt Kantonsspital Bruderholz (KSB) Strategische Zielsetzungen Erhaltung der betrieblichen Funktionstüchtigkeit des KSB bis zum Abschluss des Erneuerungsprojektes KSB.		Amtsbericht 2008
Nr. 3.09.01	Einzelne Massnahme Gebäudesanierung / Sicherheit / Teilsanierung der technischen Basisinfrastruktur Umsetzung der Teilprojekte aus dem Paket "Sicherheitsrelevante Massnahmen 2" (SM 2) Evaluation, Definition und Formulierung von noch notwendigen, neuen Sicherheitsmassnahmen (SM 3) im Hinblick auf die Erhaltung der Betriebssicherheit und Funktionstüchtigkeit des Spitals. Budget 2008: Fr. 50'000.- zulasten Betriebsrechnung. Landratsvorlage 2006 / 325 vom 19. Dezember 2006 betreffend Sicherheitsrelevante Massnahmen 2 (SM 2) / LRB vom 14. Juni 2007 Verpflichtungskredit von Fr. 24'500'000.- Siehe BUD, Punkt Nr. 4.04.02.	Finanzielle Auswirkungen 2008: siehe BUD	Die gesteckten Ziele betreffend Investitionsvolumen konnten nicht erreicht werden. Dies rührt daher, dass einige Projekte – wie der Ersatz der Kleinmittel-Transport-Anlage (KTA) durch eine Rohrpost und der Ersatz der Niederspannung Hauptverteilung – stark mit der Entwicklung des Neubaukonzeptes zusammenhängen und somit einen erheblichen Mehraufwand an konzeptionellen Arbeiten nach sich ziehen. Die Planungen dieser Teilprojekte konnten in gutem Masse derart vorangetrieben werden, dass deren Umsetzung im Jahr 2009 vorgenommen werden kann, ohne den Gesamtterminplan zu gefährden. Der grosse Schwerpunkt der baulichen Aktivitäten lag in der Sanierung der Aufzüge. Dies mit erheblichen Einschränkungen für alle Nutzerinnen und Nutzer und einer Beeinträchtigung des Spitalalltages. Im Weiteren wurden verschiedenste Teilprojekte zur Steigerung des Brandschutzes umgesetzt. Die Zusammenarbeit mit allen Beteiligten erfolgt auf einer partnerschaftlichen und guten Basis.

Nr. 3.09.03	Informatik / Schrittweiser Ausbau der elektronischen Patientenakte Ausbau einer umfassenden elektronischen Patientenakte (EPA) bei gleichzeitiger Integration aller davon betroffenen Informatikapplikationen; Gesamtkosten total Fr. 3'200'000.- Budget 2008 Fr. 900'000.- zulasten Betriebsrechnung.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.9 Mio. Fr.	Für die elektronische Patientenakte wurde das zentrale elektronische Universal-Archiv (ZEUS) ausgeschrieben und der Auftrag an die Firma Agfa (Hydmedia) vergeben. Die Basisinstallation samt Lizenzen und diversen Schnittstellen wurde vorgenommen. Daten werden bereits produktiv ins ZEUS übergeben. Ebenso wurden die elektronische Auftragskommunikation und ein spitalweites Funk-LAN (WLAN) erfolgreich installiert und produktiv genutzt. Wegen der nötigen erhöhten Verfügbarkeit und der Datensicherheit wurden Anpassungen in der IT-Infrastruktur vorgenommen, unter anderem mit dem Aufbau eines redundanten Rechenzentrums in den Zentralen Informatikdiensten BL (ZID). Die Evaluation der elektronischen Pflegedokumentation (ePflege) ist aufgrund einer Einsprache im Submissionsverfahren verzögert.
Nr. 3.09.09	Verfeinerung von (Patienten-)Management-Systemen Ausbau und Verfeinerung der Kostenträgerrechnung (Fallkostenrechnung); Vorbereitung automatisierter Fallpauschalen-Berechnungen (DRG-Pauschalen). Erweiterung des Controllings um weitere Aspekte von Medizin-Controlling. Im Rahmen der laufenden Diskussionen zur Revision des KVG bildet die Spitalfinanzierung einen zentralen Bestandteil. Fast unbestritten ist in dieser Vorlage die Umstellung von einem kostenbasierten auf ein vermehrt leistungsorientiertes, schweizweit einheitliches Entschädigungssystem (kurz Swiss-DRG). In den Jahren 2008 und 2009 laufen in allen Spitälern die entsprechenden Umsetzungsarbeiten.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.25 Mio. Fr.	Abnahme der Kostenträgerrechnung samt positivem Resultat aus einem externen Audit. Abschluss der entsprechenden Arbeiten in der Arbeitsgruppe mit den anderen Baselbieter Spitälern. Weitere Verbesserungen im Team der medizinischen Codierung hinsichtlich Medizin-Controlling, neuestem Software-Release und Networking. Ausbau der internen Controlling-Instrumente zu Leistungen und Finanzen. Fortführung der Benchmark-Vergleiche und Mitarbeit im Verein SpitalBenchmark.

Nr. 3.09.10	Unterhalt und Erhaltung der Gebäudeinfrastruktur Umsetzung von Projekten zum Unterhalt und zur Erhaltung der baulichen Substanz. Transfer ex Investitionsbudget BUD, Konto 2280.503.30-990 Sammelkonto Spitäler, total 6.5 Mio. Franken, Anteil KSB 2.395 Mio. Franken.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 2.395 Mio. Fr.	Im Rahmen der baulichen Investitionen wurden Schwerpunkte wie folgt gelegt: • Ausrüstung der Personalwohnhäuser mit Brandschutzeinrichtungen, • Vorbereitungen für den Bau eines den aktuellen Sicherheitsanforderungen entsprechenden Rechenzentrums, • Teilersatz von maroden Warmwasserleitungen im Bettenhaus, • Sanierung von Stationsoffices auf den Privatabteilungen, • Sanierung der Räumlichkeiten der Radiologie, • bauliche Massnahmen infolge Ersatz des MRI. Alle Arbeiten konnten fristgerecht umgesetzt werden.
Nr. 3.09.11	Gesamterneuerung Kantonsspital Bruderholz (KSB) Mitwirkung bei den Vorbereitungsarbeiten im Zusammenhang mit der Gesamterneuerung des KSB bzw. dem Bau eines neuen Bettenhauses mit dem Ziel, dem Landrat im Jahr 2010 eine Baukreditvorlage unterbreiten zu können. Transfer ex Investitionsbudget BUD. Landratsvorlage 2007 / 125 vom 29. Mai 2007 / LRB noch offen Kantonsspital Bruderholz; Sanierung und Erweiterung; Projektierungskredit Total Fr. 27'000'000.-, Siehe BUD, Punkt Nr. 4.04.02.	Finanzielle Auswirkungen 2008: siehe BUD	Das Jahr 2008 stand ganz im Zeichen der ersten Studienphase des Wettbewerbsverfahrens. Das KSB konnte sich bei der Mitgestaltung der Anforderungen und der Evaluation in verschiedenen Nutzergremien nachhaltig und positiv einbringen. Im Anschluss an die Jurierung wurden – dies wiederum mit sehr sportlichem Tempo – die Anforderungen für das gemeinsame Kompetenzzentrum für Geriatrie und Rehabilitation beider Basel mitformuliert. Ergebnis hierzu sind einerseits die Landratsvorlage für den Projektierungskredit und andererseits die Bildung einer fruchtbaren und guten Basis mit den Exponenten des Felix Platter Spitals (FPS) für eine weitere prosperierende Zusammenarbeit bei der Gestaltung des neuen Zentrums.

Nr. 3.10	Programmpunkt Kantonsspital Liestal (KSL) Strategische Zielsetzungen - Sanierung von haustechnischen Anlagen im Behandlungstrakt in Verbindung mit der Behebung der betrieblichen Engpässe im Bereich der Notfallstation KSL; - Erweiterung der kardiologischen Versorgung im KSL; - Prüfung eines Kooperationsvorhabens im Bereich der Radioonkologie; - Erarbeitung eines Parkplatzkonzeptes und dringliche Lösung des Parkproblems beim KSL; - Einführung des leistungsbezogeneren Abgeltungssystems im stationären Bereich (Swiss-DRG) im Rahmen der bevorstehenden Umsetzungsmassnahmen zur KVG-Revision (Teil Spitalfinanzierung).	Amtsbericht 2008	
Nr. 3.10.06	Sanierung von haustechnischen Anlagen im Behandlungstrakt; Erweiterung der interdisziplinären Notfallstation im KSL als Bestandteil einer Gesamtplanung (KSLi 10) Mit der dringend notwendigen Verbesserung der Situation im Notfallbereich (Notfallstation) in Verbindung mit der Sanierung der haustechnischen Anlagen im Behandlungstrakt, die im Projekt KSL 95 nicht berücksichtigt waren, werden die bestehenden betrieblichen Engpässe in einem zentralen Behandlungssegment behoben. Die haustechnischen Anlagen (Erstellungsjahr 1981) bedürfen alleine vom Alter her dringend einer Sanierung bzw. eines Ersatzes. Abschluss der Machbarkeitsstudie und anschliessend Landratsvorlage (Projektierungskredit) im 2008. Total im Investitionsprogramm eingestellt: Fr. 60.4 Mio. (Konto 2270.503.30-275) Budget 2007: Fr. 300'000.- (Machbarkeitsstudie) Budget 2008: Fr. 300'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.3 Mio. Fr.	Das Gesamtprojekt "Sanierung und Ausbau des Behandlungstraktes" mit den Zielen einer Machbarkeitsstudie zur erweiterten Raumnutzung und zu einer Gesamt-Sanierung der haustechnischen Anlagen und Infrastrukturen wird im Hinblick auf eine zukunftsgerichtete Betrachtung auf das Jahr 2009 verschoben.

Nr. 3.10.07	Optimierung der Betriebsabläufe in der Medizinischen Diagnostik in Verbindung mit einer Erweiterung der kardiologischen Versorgung Im Zuge des medizinischen Fortschritts ist die Weiterentwicklung der Kardiologie im KSL bei gleichzeitigem Ausbau der Infrastruktur unabdingbar, um für das Einzugsgebiet (oberes und mittleres Baselbiet) die erweiterte Grundversorgung weiterhin anbieten zu können. Geplant sind diese Ausbauschritte im Netzwerk des Universitätsspitals Basel. Gleichzeitig sollen die Betriebsabläufe in der Medizinischen Diagnostik verbessert und die bestehenden räumlichen Engpässe behoben werden.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 2 Mio. Fr.	Der Umbau der bestehenden Räume und Infrastruktur der Medizinischen Diagnostik ist erfolgt. Die Betriebsabläufe konnten dadurch wesentlich verbessert werden. Der Ausbau der Kardiologie wird auf das Jahr 2009 verschoben.
Nr. 3.10.08	Prüfung eines Kooperationsvorhabens im Bereich Radioonkologie Im Zuge der Weiterentwicklung des medizinischen Angebots für das Einzugsgebiet des KSL wird für den Bereich der Radioonkologie ein Kooperationsvorhaben mit einem privaten Anbieter geprüft.	Finanzielle Auswirkungen 2008: noch nicht bestimmbar	Die Prüfung eines Kooperationsvorhabens mit einem privaten Anbieter ist abgeschlossen. Die Realisierung einer künftigen Zusammenarbeit ist für das Jahr 2009 in Aussicht gestellt.
Nr. 3.10.09	Erarbeitung eines Parkplatzkonzeptes und dringliche Lösung des Parkproblems rund um das KSL in Zusammenarbeit mit der BUD Es ist dringend erforderlich, das Parkproblem rund um das KSL nachhaltig einer Lösung zuzuführen. Das KSL verfügt gegenwärtig vor dem Haupteingang über 8 und vor der Notfallstation über 32 öffentliche Parkplätze (die Einstellhalle ist mehrheitlich besetzt). Bei einem 400-Betten-Spital und jährlich über 60'000 ambulanten Behandlungen ist diese Anzahl völlig unzureichend. Durch den Bau der H2 und dem daraus folgenden Wegfall der vor kurzem erstellten ca. 100 öffentlichen Parkfelder auf dem Brodbeck-Areal wird es ohne Ersatzangebot zu unhaltbaren Zuständen kommen. Einleiten der entsprechenden Planungsarbeiten und sukzessive Umsetzung daraus resultierender einzelner Massnahmen.	Finanzielle Auswirkungen 2008: noch nicht bestimmbar	In Zusammenarbeit mit der BUD konnten für den Wegfall der öffentlichen Parkfelder auf dem Ergolz- und Brodbeck-Areal aufgrund des H2-Baus Ersatz-Parkplätze auf dem Areal des ehemaligen Martin Birmann-Spitals zur Verfügung gestellt werden. Ein Konzept für eine nachhaltige Lösung des Parkplatzproblems ist jedoch nach wie vor noch offen (siehe auch Programmpunkt 3.10.09 im Jahresprogramm des Regierungsrates 2009).

Nr. 3.10.10	Einführung Swiss-DRG im Rahmen der Umsetzungsarbeiten zur KVG-Revision (Teil Spitalfinanzierung) Im Rahmen der laufenden Diskussionen zur Revision des KVG bildet die Spitalfinanzierung einen zentralen Bestandteil. Fast unbestritten ist in dieser Vorlage die Umstellung von einem kostenbasierten auf ein vermehrt leistungsorientiertes, schweizweit einheitliches Entschädigungssystem (kurz Swiss-DRG). In den Jahren 2008 und 2009 laufen in allen Spitälern die entsprechenden Umsetzungsarbeiten.	Finanzielle Auswirkungen 2008: Projektkosten: 0.25 Mio. Fr.	Die Vorbereitungsmaßnahmen zur Einführung eines leistungsbezogenen Abgeltungssystems im stationären Bereich erfolgen nach Plan. Unter anderem ist die Phase I des Grossprojektes Prozess-Management für alle Kliniken initialisiert.
Nr. 3.10.11	Unterhalt und Erhaltung Gebäudeinfrastruktur Umsetzung von Projekten zum Unterhalt und zur Erhaltung der baulichen Substanz. Transfer ex Investitionsbudget BUD, Konto 2270.503.30-990 Sammelkonto Spitäler, total 6.5 Mio. Franken, Anteil KSL 2.1 Mio. Franken.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 2.1 Mio. Fr.	Sämtliche für das Jahr 2008 vorgesehenen Unterhaltsarbeiten und Projekte zur Erhaltung der baulichen Substanz im Wert von 2.1 Mio. Franken sind realisiert und umgesetzt.
Nr. 3.12	Programmpunkt Zentralwäscherei Liestal (ZWL) Strategische Zielsetzungen - Optimierte Wäscheversorgung für die Baselbieter Spitäler; - Realisierung einer haustechnischen Sanierung in Verbindung mit energiesparenden Verbesserungen.		Amtsbericht 2008
Nr. 3.12.01	Einzelne Massnahme Optimierte Wäscheversorgung für die Baselbieter Spitäler Auf der Basis der Vorarbeiten 2005 - 2007 sollen mit einem einheitlichen Wäscheversorgungskonzept, einem koordinierten Einkauf und einer optimierten Bewirtschaftung und Verteilung durch die ZWL weitere schrittweise Kosteneinsparungen für die einzelnen Betriebe realisiert werden, zusätzlich zu den bereits im Rahmen der GAP-Massnahmen in den Jahren 2005 - 2007 realisierten Einsparungen.	Finanzielle Auswirkungen 2008: weitere Einsparungen erst ab 2009	Das einheitliche Wäscheversorgungskonzept für die Baselbieter Spitäler mit zentralem Einkauf und zentraler Bewirtschaftung durch die ZWL ist umgesetzt. Die Verrechnung mit Leasingpreisen ist seit einem Jahr eingeführt. Aufgrund der Erfahrungswerte aus dem Jahr 2008 werden für das Jahr 2009 punktuell Preiskorrekturen vorgenommen.

Nr. 3.12.02	Haustechnische Sanierung in Verbindung mit energiesparenden Verbesserungen Die bestehenden technischen Anlagen und Einrichtungen weisen einen technischen Stand der 1960er Jahre auf. Bei der Sanierungsplanung unter der Federführung des Hochbauamtes geht es darum, Ideen zu entwickeln, die einwandfreie betriebliche Verhältnisse bei geringen Investitionskosten garantieren sowie einen minimalen Energieeinsatz notwendig machen. Aufgrund erster Vorabklärungen ist energetisch ein grosses Sparpotenzial vorhanden. Zudem sind sicherheitsrelevante Aspekte zu berücksichtigen. Um eine Umsetzung bei laufendem Wäschebetrieb durchführen zu können, ist eine angemessene Etappierung vorzusehen. Erarbeitung einer Landratsvorlage. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB offen Landratsvorlage im 2008. Total im Investitionsprogramm eingestellt: Fr. 13.3 Mio. (Konto 2271.503.30-268) Budget 2008: Fr. 1'300'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 1.3 Mio. Fr.	Das Hochbauamt hat die Federführung für die haustechnische Sanierung in Verbindung mit energiesparenden Verbesserungen an die ZWL abgegeben. Eine detaillierte Zustandsbeurteilung sowie ein Instandsetzungsplan liegen vor. Die Planungsarbeiten für die Umsetzung der ersten Sanierungsetappe wurden aus Budget-Gründen verschoben.
Nr. 3.12.03	Unterhalt und Erhaltung Gebäudeinfrastruktur Umsetzung von Projekten zum Unterhalt und zur Erhaltung der baulichen Substanz. Transfer ex Investitionsbudget BUD, Konto 2271.503.30-990 Sammelkonto Spitäler, total 6.5 Mio. Franken, Anteil ZWL 0.1 Mio. Franken.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.1 Mio. Fr.	Unterhaltsarbeiten in diversen Räumlichkeiten sind realisiert.
Nr. 3.13	Programmpunkt Kantonsspital Laufen (KSLa) Strategische Zielsetzungen - Projektierungskredit für die baulichen Erneuerungen und Verbesserungen (Projekt OPCaT = Ablösung Operationssäle, vertikale Erschliessung "Medizin 2", Garderobe- und Technikräume, Cafeteria); - Restrukturierung Diagnostik; - Einführung Bezugspflege; - Abschluss und Umsetzung Kostenträgerrechnung / Codierung zur Vorbereitung von DRG.	Amtsbericht 2008	

Nr. 3.13.01	Einzelne Massnahme Sicherstellung der Grundversorgung / Unterhalt und Erhaltung der Gebäudeinfrastruktur / Projektierungskredit OPCaT Der Westtrakt weist erheblichen Sanierungsbedarf auf; die in diesem Trakt untergebrachten Operationssäle wurden zwar immer à jour gehalten, entsprechen aber nicht mehr den heutigen Vorgaben und sollten auch aus Platzgründen abgelöst werden. Für den Gebäudeteil "Medizin 2" wird eine Vertikalerschliessung unumgänglich; es fehlen Garderobe- und Technikräume; die Cafeteria ist zu erweitern und zu erneuern. Landratsvorlage (Projektierungskredit) im 2008. Total im Investitionsprogramm eingestellt: Fr. 35.2 Mio. (Konto 2290.503.30-277) Budget 2008: Fr. 300'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.3 Mio. Fr.	Im Jahr 2008 wurden Vorbereitungsarbeiten durchgeführt (Bedürfnisformulierung / Lösungsstrategien / Etappierungsmöglichkeiten) im Hinblick auf die Erarbeitung der Landratsvorlage betreffend Projektierungskredit. Per 1. Januar 2008 erfolgte der Transfer des Besitz-Status der Liegenschaften der Spitäler von der BUD zur VGD. Nachdem bis anhin eine systematisch erfasste Zustandsanalyse und Massnahmenpläne über die Liegenschaften der Spitäler fehlten, wurde von der VGD im Herbst 2008 eine entsprechende Gebäudeaufnahme initiiert. Diese zusätzlichen Vorbereitungsarbeiten werden in der ersten Jahreshälfte 2009 abgeschlossen sein.
Nr. 3.13.04	Verbesserung des Patientenmanagements Die Einführungsaktivitäten des Jahres 2007 in den Gebieten Kostenträgerrechnung und Codierung sind im Hinblick auf DRG abzuschliessen, zu integrieren und im ganzen Betrieb zum konsequenten Führungsmittel auszubauen.		Codierung nach DRG und nach AQC (Arbeitsgemeinschaft Qualitätssicherung Chirurgie) vollumfänglich eingeführt und in Betrieb. Aufbau der Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung abgeschlossen, Einführung angelaufen.
Nr. 3.13.05	Vorbereitung der leistungsbasierten Finanzierung (Swiss-DRG) / Einführung Swiss-DRG im Rahmen der Umsetzungsarbeiten zur KVG-Revision (Teil Spitalfinanzierung) Im Rahmen der laufenden Diskussionen zur Revision des KVG bildet die Spitalfinanzierung einen zentralen Bestandteil. Fast unbestritten ist in dieser Vorlage die Umstellung von einem kostenbasierten auf ein vermehrt leistungsorientiertes, schweizweit einheitliches Entschädigungssystem (kurz Swiss-DRG). In den Jahren 2008 und 2009 laufen in allen Spitälern die entsprechenden Umsetzungsarbeiten.	Finanzielle Auswirkungen 2008: Projektkosten: 0.1 Mio. Fr.	Die Umsetzungsarbeiten, zum Teil auch in Verbindung mit Nr. 3.13.04, laufen und werden im Jahr 2009 weitergeführt.

Nr. 3.13.06	Dienstleistungen Restrukturierung Diagnostik: Im Anschluss an die Erneuerung der Radiologie (2007) sind der Betrieb und die Verwertung der neuen Technologien teilweise neu zu gestalten oder anzupassen; dabei soll den niedergelassenen Ärzten ein wirkungsvoller Nutzen der erneuerten und erweiterten Diagnosemöglichkeiten zugänglich gemacht werden. Einführung Bezugspflege: Das im Jahr 2007 laufende Pilotprojekt ist auszuwerten und auf eine integrale Einführung im KSLa auszurichten.	Finanzielle Auswirkungen 2008: Aufwand und Ertrag halten sich die Waage weder Kosten noch Nutzen sind derzeit bezifferbar	Teilweise erfolgt, einzelne weitere Massnahmen folgen im 2009, insbesondere die Integration der Archivierung digitaler Bilder ins PACS des Kantonsspitals Bruderholz (vgl. dazu auch Programmpunkt 3.13.10 im Jahresprogramm des Regierungsrates 2009). Das Pilotprojekt konnte sehr erfolgreich abgeschlossen werden. Die weitere "Ausrollung" ist in Arbeit.
Nr. 3.13.07	Unterhalt und Erhaltung Gebäudeinfrastruktur Umsetzung von Projekten zum Unterhalt und zur Erhaltung der baulichen Substanz. Transfer ex Investitionsbudget BUD, Konto 2290.503.30-990 Sammelkonto Spitäler, total 6.5 Mio. Franken, Anteil KSLa 1.405 Mio. Franken.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 1.405 Mio. Fr.	Transfer erfolgt; Vorhaben gemäss Planung KSLa umgesetzt, mit Verzögerungen in der Beendigung zufolge der Witterung im Dezember 2008.
Nr. 3.14	Programmpunkt Kantonale Psychiatrische Dienste (KPD) Strategische Zielsetzungen In der Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept Basel-Landschaft festgestellte Versorgungsmängel in den Bereichen Alterspsychiatrie, Alkoholabhängigkeit und Tagesversorgung gilt es zu beheben. Ziele sind: - Schaffung eines Alterspsychiatrischen Kompetenzzentrums durch die Externen Psychiatrischen Dienste (EPD) und die Kantonale Psychiatrische Klinik (KPK); - Schaffung eines Psychiatrischen Zentrums für Abhängigkeitskrankheiten (PZA), das aus der heutigen Drogenberatung Baselland (DBL) und Teilen der heutigen Basellandschaftlichen Beratungsstellen für Alkohol- und andere Suchtprobleme (BfA) entstehen soll; - Qualitativer und quantitativer Ausbau der ambulanten und tagesklinischen Angebote an den EPD zur Entlastung der oftmals überbelegten KPK. Ebenfalls in Angriff genommen werden müssen bauliche Massnahmen zur Sanierung der durch die ambulanten Dienste genutzten Personalwohnsiedlungen auf dem Platz Liestal sowie die Schaffung von zusätzlichen Akut- und Rehabilitationsabteilungen für den Bereich Alterspsychiatrie in der Kantonalen Psychiatrischen Klinik bzw. im Kantonalen Altersheim (KAL).		Amtsbericht 2008

Nr. 3.14.06	Einzelne Massnahme Schaffung eines Alterspsychiatrischen Kompetenzzentrums Ein alterspsychiatrisches Versorgungssystem soll aus abgestuften und ineinander greifenden Bausteinen bestehen - und über eine einheitliche Adresse abrufbar sein. Die stationären Versorgungsbausteine bestehen aus den entsprechenden Fachabteilungen der Kantonalen Psychiatrischen Klinik. Die institutionellen ambulanten Versorgungsbausteine werden an den Externen Psychiatrischen Diensten ausgebaut. Beide institutionellen Vertretungen arbeiten eng mit den weiteren gemeindenahen Vernetzungspartnern (Hausärztinnen und Hausärzte, niedergelassene Psychiaterinnen und Psychiater sowie Psychologinnen und Psychologen, Alters- und Pflegeheime, Spitex, kommunale Sozialdienste, Pro Senectute und weitere Einrichtungen der Altenbetreuung) zusammen, welche die ergänzenden Bausteine im Versorgungsverbund darstellen. Zur Schaffung der notwendigen stationären Akut- und Rehabilitationsabteilungen sind bauliche Massnahmen bei der KPK oder im KAL notwendig. Die Massnahme ergibt sich aus der Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept Basel-Landschaft. Diese Vorlage wird gemeinsam mit der Vorlage zur Sanierung der Personalwohnsiedlung auf dem Platz Liestal eingereicht. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit zusammen für die Programmpunkte Nr. 3.14.06 und Nr. 3.14.07. Total im Investitionsprogramm eingestellt: Fr. 10 Mio. (Konto 2295.503.30-276) Budget 2007: Fr. 300'000.- Budget 2008: Fr. 300'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.3 Mio. Fr.	Per 1. Januar 2008 erfolgte der Transfer des Besitz-Status der Liegenschaften der Spitäler von der BUD zur VGD. Nachdem bis anhin eine systematisch erfasste Zustandsanalyse und Massnahmenpläne über die Liegenschaften der Spitäler fehlten, wurde von der VGD im Herbst 2008 eine entsprechende Gebäudeaufnahme initiiert. Diese zusätzlichen Vorbereitungsarbeiten werden in der ersten Jahreshälfte 2009 abgeschlossen sein. Der Entwurf einer Vorprojektvorlage an den Landrat für den Betrieb und zur Schaffung der notwendigen baulichen Infrastruktur für die stationären und ambulanten Aufgaben der Alterspsychiatrischen Dienste (APD) wurde der VGD im August 2008 eingereicht. Der Handlungsbedarf erweist sich als grösser als bisher angenommen. So muss mit einem Investitionsbedarf von voraussichtlich rund 50 Mio. Franken gerechnet werden. Vor diesem Hintergrund wurde die Finalisierung der Vorlage an den Landrat auf das Jahr 2009 verschoben, damit die Erkenntnisse aus der Gebäudeaufnahme einfließen können und gegebenenfalls eine Priorisierung vorgenommen werden kann (vgl. dazu auch Programmpunkte 3.14.06 und 3.14.07 im Jahresprogramm des Regierungsrates 2009).
-------------	--	---	---

Nr. 3.14.07	Sanierung und Umbau oder allenfalls Neubau der durch die ambulanten Dienste genutzten Personalwohnsiedlungen der KPD auf dem Platz Liestal Heute sind die Externen Psychiatrischen Dienste in Liestal im Gebäude des Kantonalen Altersheims domiziliert. Ein Teil dieser Räume wird künftig durch die stationären Alterspsychiatrischen Angebote benötigt. Ersatz könnte in den allerdings sanierungsbedürftigen Personalwohnsiedlungen oder allenfalls in einem gemeinsam von KJPD, EPD und DBL genutzten Neubau geschaffen werden. In den sanierungsbedürftigen Personalwohnsiedlungen sind heute ebenfalls der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst (KJPD) mit der Psychotherapiestation für junge Frauen mit schweren Essstörungen und die Drogenberatung Baselland domiziliert, die auch in Zukunft auf entsprechende Arbeitsräumlichkeiten angewiesen sind. Diese Vorlage wird gemeinsam mit der Vorlage Schaffung eines Alterspsychiatrische Kompetenzzentrums in den Externen Psychiatrischen Diensten und in der Kantonalen Psychiatrischen Klinik eingereicht. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit zusammen für die Programmpunkte Nr. 3.14.06 und Nr. 3.14.07.	Finanzielle Auswirkungen 2008: siehe Punkt Nr. 3.14.06	Siehe Bemerkungen zum oben stehenden Programmpunkt 3.14.06.
Nr. 3.14.08	Psychiatrisches Zentrum für Abhängigkeitskrankheiten (PZA) Das Ziel der Zusammenführung der Behandlungseinheiten für legale und illegale Substanzen in ein Psychiatrisches Zentrum für Abhängigkeitskrankheiten (PZA) wird durch die teilweise Integration der heutigen Basellandschaftlichen Beratungsstellen für Alkohol- und andere Suchtprobleme (BfA) in die Drogenberatung Baselland (DBL) erreicht. Dieses Projekt wird zusammen mit den Basellandschaftlichen Beratungsstellen für Alkohol- und andere Suchtprobleme (BfA) und dem Blauen Kreuz Baselland realisiert. Die Massnahme ergibt sich aus der Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept Basel-Landschaft. Vorlage an den Landrat.		Die definierten Leistungen der ehemaligen BfA werden seit dem 1. Januar 2008 von der DBL erbracht. Eine Namensänderung in Psychiatrischer Dienst für Abhängigkeitserkrankungen (PDA) erfolgte per 1. Juli 2008. Die Umsetzung des Konzeptes PDA ist im personellen und insbesondere im räumlichen Bereich noch nicht vollständig erfolgt. Die Beratungsstellen für die sozial integrierten Patient/innen und die Behandlungen für die sozial nicht integrierten Patient/innen sollen an unterschiedlichen Standorten stattfinden. Lösungen werden zur Zeit geprüft.

Nr. 3.14.11	Unterhalt und Erhaltung Gebäudeinfrastruktur Umsetzung von Projekten zum Unterhalt und zur Erhaltung der baulichen Substanz. Transfer ex Investitionsbudget BUD, Konto 2295.503.30-990 Sammelkonto Spitäler, total 6.5 Mio. Franken, Anteil KPD 0.5 Mio. Franken.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.5 Mio. Fr.	Seit 1. Januar 2008 liegt die Verantwortung der Bewirtschaftung der Infrastrukturen sowie der baulichen Massnahmen bei den KPD. Der Transfer des Besitz-Status der Liegenschaften vom Hochbauamt zu den KPD hat auf diesen Zeitpunkt hin stattgefunden. Die laufenden Instandhaltungsprojekte sind im KPD-Investitionsplan aufgeführt.
Nr. 3.15	Programmpunkt Kantonales Laboratorium Strategische Zielsetzungen Präventiver Gesundheitsschutz und Konsumentenschutz durch einen modernen Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung.		Amtsbericht 2008 Der Gesundheits- und der Konsumentenschutz waren während des ganzen Jahres gewährleistet. Insbesondere ergaben sich während der Euro 08 dank guter Vorbereitung keine Probleme.
Nr. 3.15.04	Einzelne Massnahme Zusammenführung der Kantonalen Laboratorien der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft im "Futuro", Liestal Im Rahmen der Partnerschaftsverhandlungen Basel-Stadt und Basel-Landschaft wird die Zusammenführung der beiden Kantonalen Laboratorien geprüft.	Finanzielle Auswirkungen 2008: schwierig abzuschätzen, nach Möglichkeit kostenneutral	Die Machbarkeitsstudie liegt dem Lenkungsausschuss (dem gemeinsamen Gremium der Kantone BL und BS) zur Entscheidung vor.
Nr. 3.15.05	Umzug des Kantonalen Laboratoriums an den neuen Standort im "Futuro", Liestal Der Umzug ist auf Ende 2008 / Anfang 2009 geplant. Im Zusammenhang mit diesem Umzug fällt ein einmaliger Einrichtungskredit von Fr. 675'000.- (siehe BUD) an.		Der Umzug ist im Frühling 2009 vorgesehen.

Teil 4 Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD)

Text zu den Schwerpunkten und wichtigen Projekten der Direktion

Tiefbau

Gut ausgebaute und betriebsbereite Verkehrsnetze sind die unverzichtbare Basis für das Funktionieren einer modernen Gesellschaft und einer prosperierenden Wirtschaft. Dazu gehören Strassennetze von nationaler und regionaler Bedeutung, Schienennetze im Fern- und Nahbereich sowie Verkehrswege für den Langsamverkehr. Neben der Werterhaltung der Verkehrsinfrastruktur geht es um die Sicherstellung der Verkehrssicherheit und des Verkehrsflusses. Unter diesem Aspekt erhalten die Bewirtschaftung und der Ausbau des Gesamtnetzes für den Strassen- und Schienenverkehr hohe Priorität. Diese Verkehrsnetze müssen funktionsgerecht ausgebaut, neuen Anforderungen und Randbedingungen angepasst, in der Substanz über lange Zeit erhalten und schliesslich jederzeit betriebsbereit gehalten werden. Die hohen Erwartungen und die knappen finanziellen Mittel erfordern eine vermehrte regionale Koordination der Verkehrsplanung, wie z.B. im Agglomerationsprogramm.

Hochbau

Für die Bereitstellung von notwendigen Infrastrukturen für die Verwaltungszwecke sind zahlreiche Neubauvorhaben in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Justiz von prioritärer Bedeutung. Die einzelnen Massnahmen verfolgen die vom Regierungsrat 2007 verabschiedete Strategie für ein Flächenmanagement. Der Zustand der Liegenschaften muss durch notwendige Arbeitsinstrumente sowie eine sichergestellte Finanzierung für den Werterhalt messbar verbessert werden. Die Sekundarschulbauten können durch den Kanton mit optimalen Rahmenbedingungen übernommen werden.

Umweltschutz und Energie

Im Bereich Umweltschutz und Energie sollen im nächsten Jahr prioritär nachstehende Ziele erreicht werden. Es sind wichtige Beiträge zu einer gesunden Umwelt und zu einem zukunftsfähigen Lebensraum für die Menschen in der Region.

1. Energie und Klimaschutz: Die kantonale Energie- und Klimaschutzstrategie liegt vor, die Förderbeiträge sind wirkungsvoll eingesetzt, ein Förderprogramm für die Sanierung bestehender Bauten ist vorbereitet und der Beitritt zur Novatlantis "2000-Watt-Gesellschaft" ist realisiert.
2. Grundwasser, Wasserversorgung und Altlasten: Die Strategie "Wasserversorgung BL" liegt vor. Grund- und Trinkwasser sind durch wirksame Grundwasserschutzzonen geschützt und speziell im Umfeld belasteter Standorte systematisch überwacht. Der Kataster der belasteten Standorte ist fertig gestellt, die Chemiedeponien im Raum Muttenz sind betreffend Sanierungsbedarf abschliessend beurteilt. Bei Schiessanlagen ist der Schadstoffeintrag in die Umwelt gestoppt.
3. Ressourcenschonung: Konzept zum Umweltmanagement in der Verwaltung liegt vor. Ein Pilotprojekt "Cleaner Production" bei KMU ist realisiert.
4. Wirkungsorientierte Verwaltung: Die Kooperation mit dem AUE BS ist gemäss Landratsvorlage und Landratsbeschluss weiter entwickelt. Der Beitrag des Kantons Basel-Landschaft zum Pilotprojekt "Netzwerk Umweltdaten Schweiz (NUS)" von Bund und Kantonen in den Bereichen Bodenschutz und Gewässerschutz ist realisiert.

Industrielle Betriebe

Der Kanton sorgt für den gesetzeskonformen, sicheren Betrieb der Anlagen in seinem Verantwortungsbereich und nutzt dabei die Möglichkeit, Wertstoffe und Energie zurück zu gewinnen. In Kooperation mit Privaten werden Materialien aus Altlastensanierungen aufbereitet und ein wesentlicher Teil der Stoffe in den Materialkreislauf zurückgeführt. So wird der nachhaltige Umgang mit Baustoffen gefördert, die Lebensdauer der Reaktordeponie Elbisgraben verlängert und ein Kostenvorteil für das Sanierungsprojekt realisiert. Die Abwasserreinigungsanlagen und Anlagen im Netz (Kanäle, Mischwasserbecken) im Verantwortungsbereich des Kantons leisten einen aktiven Beitrag zum Schutz des Nahrungsmittels Trinkwasser, nutzen Kostenvorteile im Betriebsverbund des AIB und werden als Quellen erneuerbarer Energie genutzt. Die Wärmeerzeugung für die Liegenschaften des Kantons und den Betrieb der eigenen Anlagen

erfolgt durch den vorbildlichen Einsatz neuer Technologien und erneuerbarer Energiequellen wie Holz, Deponie- und Klärgas.

Sicherheit

Die Störfallverordnung, die Einschliessungs- und Freisetzungsverordnung sowie die Gefahrgutbeauftragtenverordnung werden mit dem Ziel vollzogen, die Eigenverantwortung der Betriebe nachhaltig zu unterstützen sowie Synergien und Ressourcen optimal zu nutzen. Methodische Ansätze und Prozessabläufe für Aspekte der Störfallvorsorge in der Raumplanung und Arbeitshilfen zur optimalen Erfassung der Angaben beim Gefahrguttransport werden erstellt, Bestehendes wird optimiert.

Raumplanung

Im Vordergrund standen 2008 folgende vier Schwerpunkte:

- Verabschiedung des Kantonalen Richtplans durch den Landrat und anschliessend dessen Umsetzung mit den festgesetzten Entwicklungsschwerpunkten, mit der Weiterentwicklung der Planungen in einzelnen Gemeinden und mit dem Aufbau der Raumbeobachtung als Controllinginstrument;
- Beginn der Umsetzung von Schlüsselprojekten des Spezialrichtplans Salina Raurica;
- Durchführung von nachhaltigen Angebotsverbesserungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs im Rahmen des 5. Generellen Leistungsauftrages 2006 - 2009;
- Controlling im Bereich des Natur- und Landschaftsschutzes.

Nr. 4.01	Programmpunkt Tiefbau / Verkehr und Bau / Öffentlicher Verkehr Strategische Zielsetzungen Der mit dem Bericht "Grünes Licht für den öffentlichen Verkehr" 1976 eingeleitete Ausbau der Vorortsbahnen geht in der neuen Legislaturperiode seinem Ende entgegen. Eine steigende Bedeutung erhalten die Erneuerungs- und die Erhaltungsmaßnahmen für die Schienen gebundenen Trassen. Mit dem Kreditbeschluss "Massnahmen Bahnübergänge" wird ein neues Kapitel zur Optimierung der bestehenden Kreuzungen Schiene / Strasse eingeläutet. Für den strassengebundenen öffentlichen Verkehr sind Massnahmen zur Verbesserung der Fahrplanstabilität anzugehen. Bei der Linie 10 steht der Ausbau der Verkehrsdrehscheibe Dornach - Arlesheim sowie die Doppelspurverlängerung bis Stollenrain und bei der Linie 11 die Erneuerung der Ortsdurchfahrt in Reinach an. In Allschwil ist das Trasse der Linie 6 verbunden mit einer moderaten Umgestaltung der Baslerstrasse vollständig zu erneuern. Rund 240 Tram- und Bahnübergänge (exklusive SBB) sollen in den kommenden Jahren nach den Grundsätzen für die Signalisierung der Kreuzungen Schiene / Strasse überprüft und sofern erforderlich optimiert werden. Ziele all dieser Massnahmen sind die Verbesserung der allgemeinen Verkehrssicherheit durch eine Reduktion oder eine einheitliche Signalisierung der Konfliktpunkte Schiene / Strasse, ein verdichteter Fahrplan in Spitzenzeiten sowie die Erhöhung der durchschnittlichen Reisegeschwindigkeit.		Amtsbericht 2008
Nr. 4.01.02	Einzelne Massnahme BLT-Linie 11, Reinach Trasseerneuerung und Umgestaltung der Ortsdurchfahrt in Reinach. Bau 2008 - 2011. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1995 / 2481 und 2002 / 1478 Total: Fr. 39'700'000.- (Konto 2317.701.40-003, 2317.364.00-003) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 26'373'610.- Budget 2007: Fr. 100'000.- Budget 2008: Fr. 2'000'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2008: 2.0 Mio. Fr.	Das Dossier "Tramhaltestelle Reinach Dorf" wurde der SID übergeben, die ein unabhängiges Gutachten zur Verkehrssicherheit der verschiedenen Haltestellenformen in Auftrag gab. Diese Überprüfung ist noch nicht abgeschlossen; der Bau erfolgt frühestens 2011 im Rahmen des Agglomerationsprogramms. Parallel dazu trieb das TBA das Projekt für den Gleis-ersatz und die Erneuerung der Fahrleitung für den Bau im Sommer 2009 voran.

Nr. 4.01.04	BLT-Linie 10, Dornach - Arlesheim, Umgestaltung Bahnhof Ausbau der Verkehrsdrehscheibe Dornach - Arlesheim und der Doppelspur bis Stollenrain. Bau 2008 - 2011. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 3.5 Mio. Fr.	Nachdem das BAV das Projekt genehmigt und der Landrat am 10. April 2008 den Kreditbeschluss gefasst hatte, erfolgte am 23. Oktober 2008 der Spatenstich. Damit sind die Bundessubventionen gesichert.
Nr. 4.01.05	BVB-Linie 6, Allschwil, Baselstrasse Erneuerung des Trasses der BVB-Linie 6, Erneuerung der Baselstrasse sowie Umgestaltung von Haltestellen (Anteil Gleistrasse). Bau ab 2009 ermöglichen. Noch kein Kredit vorhanden (siehe auch Punkt Nr. 4.02.26).	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.5 Mio. Fr.	Das Gesamtprojekt wurde sistiert, bis die Überprüfung der Haltestelle in Reinach abgeschlossen ist und ein Projektierungskredit vorliegt. Die Landratsvorlage wurde ausgearbeitet und in die Vernehmlassung gegeben. Für den Kreisel Baslerstrasse / Grabenring erfolgte die Planaufgabe mit dem Ziel der Realisierung im Jahr 2009.
Nr. 4.01.06	BVB-Linie 2, Binningen, Kronenplatz Gleiserneuerung, neue Wendeschleife und Umgestaltung Kronenplatz. Realisierung ab 2008. Verpflichtungskredit (siehe auch Punkt Nr. 4.02.22).		Die neue Tramschleife und der Kreisel Kronenplatz wurden in Betrieb genommen; Restarbeiten im Strassenbereich schliessen im Frühjahr 2009 das Projekt ab.
Nr. 4.01.08	Optimierungsmassnahmen Bahnübergänge Optimierungsmassnahmen nach den Grundsätzen für die Signalisierung der Kreuzungen Schiene / Strasse. Realisierung ab 2008. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2006 / 2036 Total Fr. 2'000'000.- (Konto 2317.364.00-012) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 78'507.05 Budget 2007: Fr. 500'000.- Budget 2008: Fr. 2'000'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2008: 2.0 Mio. Fr.	Das Plangenehmigungsverfahren für den Bahnübergang Lampenberg wurde eingeleitet mit dem Ziel der Realisierung im Jahr 2009. Das Vorprojekt Neuhof liegt vor; die übrigen Bahnübergänge werden gemäss bereinigtem Programm weiter bearbeitet.
Nr. 4.01.09	BVB-Linie 14, Muttentz - Pratteln Erneuerung Tramgleise 2. Etappe. Planung ab 2008. Noch kein Kredit vorhanden.		Der genaue Zeitpunkt des Instandsetzungsbedarfs und dessen Umfang sind (bei der BVB) in Abklärung.

Nr. 4.01.10	Standards Schieneninfrastruktur Die Standards für Schieneninfrastrukturbauten sollen sowohl für den Neubau als auch für die Substanzerhaltung überprüft werden. Ziel ist ein optimierter Mitteleinsatz für die langfristige Gewährleistung der Funktion der Schieneninfrastrukturen. Dabei sollen auch die Eigentumsfragen geklärt werden. Ein Konzept betreffend Standards und Mittelbedarf für Schieneninfrastrukturbauten soll ab 2009 vorliegen.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.1 Mio. Fr.	Wegen fehlender personeller Ressourcen erfolgten keine Aktivitäten; der Projektstart ist im Jahr 2009 vorgesehen.
Nr. 4.01.11	Strassen gebundener öffentlicher Verkehr Prüfung und Einleitung von Massnahmen zur Verbesserung der Fahrplanstabilität.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.2 Mio. Fr.	Die Arbeitsgruppe prüfte verschiedene Massnahmen. Es liegt ein Konzept für Busspuren auf der Bruderholzstrasse vor.
Nr. 4.01.12	Waldenburgerbahn Trasseerneuerungen vorbereiten. Noch kein Kredit vorhanden.		Die Grundlagen (u.a. Betriebskonzept) liegen noch nicht vor; Vorstudien folgen ab ca. 2009.

Nr. 4.02	Programmpunkt Tiefbau / Verkehr und Bau / Individualverkehr Strategische Zielsetzungen Hauptziel ist, dem Zweckartikel des kantonalen Strassengesetzes entsprechend die Betriebsbereitschaft und die Erhaltung der Kantonsstrassen sicherzustellen und ihre Funktion langfristig zu gewährleisten. Der entsprechende Mittelbedarf ist steigend. Die Mittel für den Ausbau sollen vorab in die kantonalen Hochleistungsstrassen (HLS) investiert werden. Ihnen kommt im gesamten Verkehrsnetz eine wichtige Funktion zu. Die HLS entlasten die Siedlungsgebiete und erlauben eine rationelle Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen. Die Nationalstrassen bilden die Hauptachsen des nationalen und regionalen Verkehrsnetzes. Sie fallen mit Inkrafttreten der NFA ab 1. Januar 2008 vollumfänglich in die Zuständigkeit des Bundes. Der Kanton setzt sich für eine bedarfsgerechte Bewirtschaftung ein. Der Kanton Basel-Landschaft strebt, in Übereinstimmung mit dem vom Bundesrat vorgelegten Sachplan Verkehr, die Ergänzung des Nationalstrassen-netzes auf der Achse H18 Basel - Delémont inklusive der erforderlichen Zubringer an und will den Ausbau der kritischen Stellen vorantreiben. Der Betrieb der Nationalstrassen wird ab 1. Januar 2008 im Leistungsauftrag des Bundes durch interkantonale Trägerschaften wahrgenommen. Der Kanton Basel-Landschaft beteiligt sich zusammen mit den Kantonen Aargau und Solothurn an der neu zu gründenden Aktiengesellschaft "Nationalstrassen Nordwestschweiz (NSNW)", die auch die Nationalstrassen auf dem Territorium des Kantons Basel-Stadt betreiben wird. Mit der Realisierung des Schlüsselprojektes "H2 Pratteln - Liestal" wird das Verkehrsproblem im unteren Ergolzthal gelöst.	Amtsbericht 2008 Nachdem bei der Stellungnahme zum Sachplan Verkehr im Jahr 2005 die Überführung der H2 und der H18 an den Bund befürwortet wurde, wird einer solchen nun - insbesondere auf der Basis der Vernehmlassungsvorlage 2008 des Bundes - mit grosser Skepsis entgegen gesehen. Die Aktiengesellschaft "Nationalstrassen Nordwestschweiz NSNW" ist auf den 1. März 2008 gegründet worden und operativ tätig.	
Nr. 4.02.01	Einzelne Massnahme Optimierung der Strasseninfrastruktur Der Schwachstellenplan zeigt auf, wo für den motorisierten Individualverkehr, den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr Handlungsbedarf an der Strasseninfrastruktur zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zur Verbesserung des Verkehrsflusses besteht. Die Umsetzung der Massnahmen richtet sich nach den Prioritäten Verkehrssicherheit - Zustand Verkehrsinfrastruktur - Verkehrsfluss.	Finanzielle Auswirkungen 2008: Diverse Konti Laufende Rg. und Inv.-Rg. Rubriken 2312, 2313, 2314	Der Übersichtsplan "Schwachstellen Verkehrssicherheit" liegt vor, so auch die zugehörige Massnahmenliste. Wegen fehlender personeller Ressourcen und der Übernahme neuer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufhebung der Staufachstelle konnte der "Schwachstellenplan Verkehrsfluss" inkl. Massnahmenliste noch nicht erstellt werden (vorgesehen per Ende 2009).

Nr. 4.02.02	Optimierung der Verkehrsinfrastruktur / Verkehrsfluss Der Verkehr soll möglichst sicher und flüssig abgewickelt werden. Ganz besonders gilt dies beim Eintreten eines Ereignisses. Dazu werden Verkehrsmanagementpläne erarbeitet - im Sinne von vorbehaltenen Entschlüssen -, welche die erforderlichen Massnahmen und die Zuständigkeit für die Umsetzung regeln. Zur optimierten Abwicklung des Verkehrs ist in Zusammenarbeit mit der Polizei die Opportunität und der allfällige Aufbau einer regionalen Verkehrsleitzentrale zu prüfen (vom Bund angestrebt auf 2012). Das Mobilitätsmanagement bei der kantonalen Verwaltung soll umgesetzt und mögliche Anreize für Unternehmungen sollen geprüft werden.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.5 Mio. Fr.	Die Federführung für das Erstellen der Verkehrsmanagementpläne der Nationalstrassen liegt beim ASTRA; die Arbeit ist in Verzug. Die Federführung für die Verkehrsleitzentralen liegt bei der SID.
Nr. 4.02.03	A2 Sanierungstunnel Belchen Nach Abschluss der öffentlichen Auflage und Vorliegen der rechtskräftigen Vergabe der Planerleistungen (Verzögerung des Projektes um zwei bis drei Jahre) sollen in der kommenden Legislaturperiode unter der Verantwortung des ASTRA die erforderlichen Detailprojekte erarbeitet werden. Ziel ist die Inbetriebnahme spätestens 2017 als Voraussetzung für die umfassende Erneuerung der bestehenden Bauwerkssubstanz.	Finanzielle Auswirkungen 2008: zu 100 % durch den Bund finanziert	Die Standortkantone bzw. -gemeinden sind in der Begleitkommission "Sanierungstunnel Belchen" vertreten.
Nr. 4.02.04	A2 Erhaltungsabschnitt Basel - Augst Abschluss der umfassenden Instandsetzung und Erneuerung des Abschnittes Basel - Augst unter der Verantwortung des ASTRA im Verlauf 2008 inkl. Realisierung des Verkehrsleitsystems 2. Etappe sowie der Optimierung der Anschlüsse Pratteln und Liestal. Erarbeitung des Konzeptes 2008 / 2009 Kapazitätsoptimierung unter der Federführung des ASTRA sowie Vorbereitung der erforderlichen Projekte auf kantonalen Stufe zur Sicherstellung des Verkehrsflusses.	Finanzielle Auswirkungen 2008: zu 100 % durch den Bund finanziert	Die Bauarbeiten sind im Jahr 2008 abgeschlossen worden.
Nr. 4.02.06	H2 Pratteln - Liestal Plangenehmigungsverfahren Abschnitt Tunnel, Ausführungsprojekt und Realisierung der H2 nach Bauprogramm. Realisierung bis 2013 (exklusive Rheinstrasse).	Finanzielle Auswirkungen 2008: Finanzierung mit Spezialfonds: 45.0 Mio. Fr.	Die Projektorganisation hat sich eingespielt; der Elektroplaner hat die Arbeit aufgenommen. Mit dem Bau ist in allen Abschnitten (exkl. Rheinstrasse) begonnen worden. Für den Tunnel wurde das Bauprojekt ausgearbeitet mit Ziel Baubeginn Mitte 2009.

Nr. 4.02.07	H2 Umfahrung Liestal Instandsetzung und Ausbau der Umfahrung Liestal, Kreditbeschluss erwirken, Projekt zur Baureife führen und Realisierung ab 2010 ermöglichen. Bau ab 2010. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2001 / 1217 Total: Fr. 900'000.- (Konto 2312.501.10-138) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 975'308.40 Budget 2007: Fr. 150'000.- Budget 2008: Fr. 500'000.- Noch kein Baukredit vorhanden (Konto 2312.501.20-151).	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.5 Mio. Fr.	Das Vorprojekt liegt vor. Die Landratsvorlage für einen Projektierungskredit ist in der Vernehmlassung. Vom Verkehrskonzept Liestal wurde eine erste Phase, Schliessung Poststrasse und Führung des Transitverkehrs via Rosen- / Militärstrasse, zusammen mit der Stadt Liestal umgesetzt.
Nr. 4.02.08	H18 Umfahrung Laufen / Zwingen Ausarbeiten des Generellen Projektes unter dem Aspekt, dass die H18 gemäss Sachplan Verkehr vom Bund ins Grundnetz aufgenommen werden soll. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2000 / 672 Total: Fr. 3'000'000.- (Konto 2312.501.10-013) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 657481.20 Budget 2007: Fr. 300'000.- Budget 2008: Fr. 500'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.5 Mio. Fr.	Das Vorprojekt bzw. das Generelle Projekt ist in Arbeit. In dessen Rahmen wurde entschieden, auf den Anschluss Zwingen Süd im Endzustand zu verzichten.
Nr. 4.02.09	Südumfahrung Basel Analyse der Probleme und der Bedürfnisse als Grundlage für den Beschluss über das weitere Vorgehen. Eventuell Generelle Projekte für den Zubringer Allschwil und den Anschluss an die H18 im Raum Aesch (vorbehältlich Kantonalen Richtplan und Volksinitiative) mit dem Ziel, dass die Südumfahrung vom Bund im Sachplan Verkehr ins Grundnetz aufgenommen wird.		Die Trassesicherung ist im Entwurf des Kantonalen Richtplans KRIP enthalten. Die BPK des Landrates hat entschieden, die Trassesicherung zu streichen, und hat den Regierungsrat beauftragt, innert 5 Jahren eine Landratsvorlage mit Lösungen zu den Verkehrsproblemen vorzulegen. Das Geschäft ist in der parlamentarischen Beratung.

Nr. 4.02.10	Kantonale Hochleistungsstrassen, Kantonsstrassen Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft und Substanzerhaltung, Nachrüsten der Anlagen (Verkehrsleitsystem, Lärm- und Grundwasserschutzbauten) sowie Umgestaltung von Knoten auf den Kantonsstrassen und von Ortsdurchfahrten.	Finanzielle Auswirkungen 2008: KS 25 - 30 / Jahr; HLS 10 Mio. Fr. im Mittel / Jahr Diverse Konti Laufende Rg. und Inv.-Rg. Rubriken 2313 und 2314	Der Mangel an Fachkräften (Ingenieure, Techniker, Konstrukteure) bei den beauftragten Ingenieurbüros, wie auch bei den internen Personalressourcen wirkte sich einschränkend auf die Umsetzung des Planungs- und Realisierungsvolumens beim Neubau und bei der Erhaltung der Verkehrsanlagen aus.
Nr. 4.02.11	Regionales Radroutennetz Netzausbau: Ausarbeiten ausführungsfähiger Projekte und Realisierung mit Prioritäten Schulwegsicherung und Eliminierung gefährlicher Punkte und Strecken. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1996 / 32 und 1998 / 74 Total: Fr. 47'722'173.- (Konto 2312.501.20-007) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 23'711'267.65 Budget 2007: Fr. 500'000.- Budget 2008: Fr. 3'000'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2008: 3.0 Mio. Fr.	Wegen Budgetkürzungen in früheren Jahren verzögert sich die Realisierung. Die Projekte der Radrouten Zwingen - Brislach, Ettingen - Aesch und Ziefen - Bubendorf sind in Arbeit. Zur Überprüfung der Schwachstellen bei bestehenden Radrouten wurde eine Analyse (Verkehrssicherheit) gestartet.
Nr. 4.02.14	H18 Anschluss Aesch / Dornach Bau- und Ausführungsprojekt. Bau ab 2009. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.5 Mio. Fr.	Auflage und Bauprojekt sind aufgelegt. Die Landratsvorlage für den Projektierungskredit wurde überwiesen.
Nr. 4.02.15	Gelterkinden - Rickenbach, Korrektur Bau- und Ausführungsprojekt, Realisierung. Bau ab 2008. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2006 / 1698 Total: Fr. 2'700'000.- (Konto 2312.501.20-116) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 33'548.15 Budget 2007: Fr. 0.- Budget 2008: Fr. 2'500'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2008: 2.5 Mio. Fr.	Das Plangenehmigungsverfahren wurde abgeschlossen; der Baubeginn erfolgte Ende Oktober 2008 (Abschluss 2009).
Nr. 4.02.16	Muttenz, Sanierung / Umgestaltung Rheinfelderstrasse Bau- und Ausführungsprojekt, Realisierung. Bau ab 2009. Noch kein Kredit vorhanden.		Bauprojekt und Landratsvorlage sind in Arbeit.

Nr. 4.02.18	Zwingen, Sanierung / Umgestaltung Ortsdurchfahrt und neue Birsbrücke Bau- und Ausführungsprojekt, Realisierung (Anteil Strasse). Bau ab 2008. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 1.5 Mio. Fr.	2007 hatte der Landrat den Kredit genehmigt und es erfolgte die Planaufgabe. Die Einsprachen wurden bis Ende 2008 behandelt; die Plangenehmigung ist im 1. Quartal 2009 vorgesehen.
Nr. 4.02.19	Reigoldswil, Korrektur Ziefenstrasse Bau- und Ausführungsprojekt, Realisierung (Anteil Strasse). Bau ab 2009 ermöglichen. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.05 Mio. Fr.	Die Planaufgabe ist erfolgt; wesentliche Projektänderungen, die eine teilweise Neuauflage erfordern, sind in Arbeit. Die Landratsvorlage wird anschliessend überarbeitet.
Nr. 4.02.20	Langenbruck, Korrektur / Umgestaltung Hauensteinstrasse Bau- und Ausführungsprojekt, Kreditbeschluss erwirken. Realisierung ab 2011. Noch kein Kredit vorhanden.		Die Projektierungsarbeiten und die Landratsvorlage wurden - aufgrund eines personellen Engpasses und einer Personalfuktuation (Pensionierung eines Projektleiters) - zurückgestellt; die Arbeiten sollen im Jahr 2009 durch den Nachfolger wieder aufgenommen werden.
Nr. 4.02.21	Augst, Sanierung / Umgestaltung Ortsdurchfahrt Bau- und Ausführungsprojekt, Realisierung vorbereiten. Bau ab 2009 ermöglichen. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.1 Mio. Fr.	Das Vorprojekt liegt vor. Die Bereinigung und die Landratsvorlage werden nach dem Landratsbeschluss zu Salina Raurica in Angriff genommen.
Nr. 4.02.22	Binningen, Kronenplatz Gleiserneuerung, neue Wendeschleife und Umgestaltung Kronenplatz. Realisierung ab 2007. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2003 / 159 Total: Fr. 9'100'000.- (Konto 2312.501.20-090) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 539'075.25 Budget 2007: Fr. 0.- Budget 2008: Fr. 4'000'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2008: 4.0 Mio. Fr.	Siehe Nr. 4.01.06.
Nr. 4.02.23	Lärmschutz an Kantonsstrassen Umsetzung der Massnahmen gemäss Strassensanierungsprogramm. Gebundene Ausgaben im Rahmen der Investitionsrechnung.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 2.0 Mio. Fr.	Die Projektierungs- und die Realisierungsarbeiten verlaufen programmgemäss.

Nr. 4.02.25	H18 Tunnel Eggflue Gewährleistung der Tunnelsicherheit. 1. Intervention 2008 / 2009: Ausbau Energieleitungstunnel zum Fluchtweg, Fluchtwegabgänge Zentrale. 2. Intervention 2012 / 2013: Umbau Tunnellüftung, weitere Fluchtwegabgänge.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 12.0 Mio. Fr.	Der Regierungsrat hat die Vorlage "Erhöhung Tunnelsicherheit Eggflue" genehmigt und an den Landrat weitergeleitet. Die Hauptarbeiten der Intervention I1 sind neu im Jahr 2010 geplant.
Nr. 4.02.26	Allschwil, Korrektion / Umgestaltung Baselstrasse Erneuerung des Trasses der BVB-Linie 6, Erneuerung der Baselstrasse sowie Umgestaltung von Haltestellen (Anteil Strasse). Bau ab 2009 ermöglichen. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.5 Mio. Fr.	Siehe Nr. 4.01.05.
Nr. 4.02.27	Grellingen, Sanierung / Umgestaltung Ortsdurchfahrt Bau- und Ausführungsprojekt. Realisierung ab 2011. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2002 / 1616 Total: Fr. 150'000.- (Konto 2312.501.10-016) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 78'380.15 Budget 2007: Fr. 50'000.- Budget 2008: Fr. 20'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.02 Mio. Fr.	Das Vorprojekt liegt vor und ist in der Vernehmlassung.
Nr. 4.02.28	Pratteln, Salina Raurica, Rheinstrasse Bau- und Ausführungsprojekt, Realisierung vorbereiten. Bau ab 2009 ermöglichen. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.5 Mio. Fr.	Der Start für die Projektierungsarbeiten erfolgt nach dem Landratsbeschluss.
Nr. 4.02.29	Lausen, Hauptstrasse bis Altmarkt Bau- und Ausführungsprojekt, Kreditbeschluss erwirken. Realisierung ab 2009 / 2010. Noch kein Kredit vorhanden.		Die Landratsvorlage ist im Jahr 2009 geplant, die Realisierung ab 2010 / 2011.
Nr. 4.02.30	Bottmingen - Oberwil, Linksufrige Birsigtalstrasse Bau- und Ausführungsprojekt. Realisierung ab 2011. Noch kein Kredit vorhanden.		Die Landratsvorlage ist in Arbeit; die Projektauflage erfolgt nach dem Landratsbeschluss.

Nr. 4.03	Programmpunkt Tiefbau / Verkehr und Bau / Wasserbau Strategische Zielsetzungen Planung, Realisierung und Bewirtschaftung der kantonalen Gewässer sind darauf ausgerichtet, einen möglichst ungehinderten Wasserabfluss zu gewährleisten ohne Schaden anzurichten. Die Anliegen des Ufer- und Hochwasserschutzes werden unter massvoller Berücksichtigung ökologischer und ortsplanerischer Anliegen realisiert. Mit Revitalisierungen und Ausdolungen wird ein aktiver Beitrag zur Wiederherstellung, Aufwertung und Vernetzung wichtiger Lebensräume geleistet. Die Massnahmen für den Hochwasserschutz, für Revitalisierungen sowie für die ökologische Aufwertung der Gewässer erfolgen gemäss Wasserbaukonzept und den darin festgelegten Prioritäten unter Berücksichtigung der Mittel und der Opportunität.	Amtsbericht 2008	
Nr. 4.03.02	Einzelne Massnahme Passiver Hochwasserschutz Erarbeiten von Gefahrenkarten unter Federführung der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung sowie des Forstamtes beider Basel zusammen mit dem Amt für Raumplanung und dem Tiefbauamt. Bis 2011 sollen die Gefahrenkarten für den ganzen Kanton erstellt sein.		Die Arbeiten an der ersten Etappe der Naturgefahrenkarte NGK-BL sind weit fortgeschritten. Die Ingenieurarbeiten für die zweite Etappe sind vergeben.
Nr. 4.03.03	Allschwil, Hochwasserschutz "Dorf" Weiterführung Projektierungsarbeiten und Realisierung Hochwasserrückhaltebecken Lützelbach ab 2008 ermöglichen. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2003 / 2106 Total: Fr 7'090'000.- (Konto 2316.701.90-015) Per Ende 2006 verbraucht: Brutto Fr. 2'796'088.25 Budget 2007: Fr. 3'000'000.- Budget 2008: Fr. 500'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.5 Mio. Fr.	Das Hochwasserrückhaltebecken "Isigs Brüggli" ist in Betrieb. Der Amphibienschutz ist weitgehend abgeschlossen. Beim HWRB Lützelbach liegt die technische Deponieuntersuchung vor. Um die Baukosten zu senken, sollte das Becken ausserhalb der Deponie neu geplant werden.
Nr. 4.03.05	Gelterkinden, Hochwasserschutz Eibach Ausführungsprojekt und Realisierung ab 2008. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2006 / 1697 Total: Fr 2'950'000.- (Konto 2316.701.90-017) Per Ende 2006 verbraucht: Brutto Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 0.- Budget 2008: Fr. 100'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.1 Mio. Fr.	In Absprache mit der Gemeinde Gelterkinden strebt der Kanton die Ausführungsplanung im Jahr 2009 und die Realisierung ab 2010 an.

Nr. 4.03.07	Reigoldswil, Hochwasserschutz Hintere Frenke Weiterführung Bau- und Ausführungsprojekt (Anteil Wasserbau), Realisierung ab 2009 ermöglichen. Landratsvorlage / noch kein Verpflichtungskredit Total: Fr 2'950'000.- (Konto 2316.701.90-019) Per Ende 2006 verbraucht: Brutto Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 100'000.- Budget 2008: Fr. 100'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.1 Mio. Fr.	Die Gemeinde hat entschieden, auf die Sanierung der alten Bogenbrücke zu verzichten. Auf die projektierte Überflutungsfläche vor der Gemeindeverwaltung kann verzichtet werden. Das gesamte Projekt wird nach der Überarbeitung der Strassenbreite, der Bushaltestellen und der Überflutungsfläche neu aufgelegt. Siehe auch Punkt Nr. 4.02.19.
Nr. 4.03.08	Hochwasserschutz und Revitalisierungen der Birs und der Ergolz Diverse Projektierungs- und Bauarbeiten. Wie: Augst Ergolz Uferrenaturierung, Binningen Birsig Renaturierung im Bereich Schlosspark, Füllinsdorf Ergolz Renaturierung unterhalb ARA, Känerkinden Felibächli Ausdolung, Reinach Renaturierung Birs oberhalb ARA.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 1.6 Mio. Fr.	Augst, Ergolz, Uferrenaturierung abgeschlossen. Binningen, Birsig, Renaturierung abgeschlossen. Füllinsdorf, Ergolz, in Planung. Känerkinden, Felibächli, Ausdolung, Projekt ist rechtsgültig. Reinach, Birs, Renaturierung ist oberhalb der ARA wegen der Grundwasserproblematik sistiert und unterhalb der ARA in Arbeit.
Nr. 4.03.09	Zwingen, Birs Hochwasserschutz und Fischgängigkeit Weiterführung Ausführungsprojekt und Realisierung ab 2008. Landratsvorlage / noch kein Verpflichtungskredit Total: Fr 2'950'000.- (Konto 2316.701.90-020) Per Ende 2006 verbraucht: Brutto Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 0.- Budget 2008: Fr. 700'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.7 Mio. Fr.	Vorbereitungen für die Realisierung ab 2010. Siehe auch Punkt Nr. 4.02.18.
Nr. 4.03.10	Reinach, Erlenbach (Dorfbach) und Leibach Hochwasserschutz und Ausdolung Weiterführung Projektierungsarbeiten und Realisierung ab 2008. Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden Total: Fr 0.- (Konto 2316.701.90-022) Per Ende 2006 verbraucht: Brutto Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 0.- Budget 2008: Fr. 500'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.5 Mio. Fr.	Das Projekt wurde auf Wunsch der Gemeinde eingestellt.

Nr. 4.04	Programmpunkt Hochbau / Bereitstellung räumlicher Ressourcen (Investitionsprojekte) / Werterhaltung der Gebäude und Anlagen im Verwaltungsvermögen Strategische Zielsetzungen Bearbeitung der zahlreichen Projekte in der Phase Planung als Vorbereitung von Projektierungs- und / oder Baukreditvorlagen. Weiterbearbeitung der bereits gestarteten Schlüsselprojekte des Hochbauamtes. Nachdem im Jahr 2007 die städtebaulichen Grundlagen für den Campus MuttENZ ausgearbeitet wurden, kann 2008 nach genehmigtem Projektierungskredit der Wettbewerb für die Projektevaluation gestartet werden. Nach der Genehmigung des Projektierungskredites durch den Landrat kann für die Sanierung und die Erweiterung des Kantonsspitals Bruderholz der Wettbewerb für die Projektevaluation durchgeführt werden. Die Übernahme der Sekundarschulbauten tritt in eine intensive Verhandlungsphase mit den Standortgemeinden. Relevant sind hierbei die Aushandlung und der Abschluss notwendiger Verträge. Im Jahr 2008 ist die Landratsvorlage für die definitive Lösung auszuarbeiten. Nach dem Vorliegen des Landratsbeschlusses im Jahr 2009 sind für das Budget 2010 (erstes Jahr der Übernahme) die notwendigen Budgetwerte zu ermitteln und einzustellen. Gemäss der neuen Regelung betreffend Zuständigkeiten für die Spitäler zwischen der VSD und der BUD liegen neu die Projekte mit Verpflichtungskredit sowie die baulichen Massnahmen ohne Verpflichtungskredite bei der VSD. Ausnahmen für das Jahr 2008 bilden die beiden Projekte "Sanierung und Erweiterung Kantonsspital Bruderholz" und "Kantonsspital Bruderholz, Sicherheitsrelevante Massnahmen Haustechnik, 2. Etappe", die in einer Übergangsphase (2008) noch in der Verantwortung des Hochbauamtes verbleiben. Bereitstellung räumlicher Ressourcen (Investitionsprojekte) Für die Planung der zahlreichen Projekte sind Finanzmittel sicherzustellen. Die Finanzierung der Neubauprojekte ist optimiert. Die Realisierung erfolgt gemäss Dringlichkeit. Walterhaltung der Gebäude und Anlagen im Verwaltungsvermögen Ein minimaler Werterhalt der Liegenschaften im Verwaltungsvermögen sollte garantiert werden. Dem zusehenden Verfall der Liegenschaften muss Einhalt geboten werden.	Amtsbericht 2008
-----------------	--	--------------------------------

Nr. 4.04.01	Einzelne Massnahme Flächenmanagement Der Regierungsrat hat im Juni 2007 die Strategie für ein Flächenmanagement verabschiedet und die Ausarbeitung von konkreten Massnahmen zur Umsetzung in die Wege geleitet. Davon betroffen sind drei Massnahmen im Bereich Bau, davon sind zwei im Jahr 2008 zu bearbeiten. Optimierung Standort Liestal (Baukosten geschätzt: 62.0 Mio. Fr.) und Optimierung Lager (Baukosten geschätzt: 6.7 Mio. Fr.): 2008 werden für diese beiden Projekte Machbarkeitsstudien über die Laufende Rechnung ausgelöst. Ab 2009 sind sie im Budget der Investitionsrechnung wirksam.		Im Jahr 2008 konnten die beiden Massnahmen Optimierung Standort Liestal und Optimierung Lager konkretisiert werden, so dass die Regierung im Januar 2009 die weiteren Grundsatzentscheide fällen kann. Wesentliche Bestandteile der Bearbeitung waren Standortstudien und Wirtschaftlichkeitsberechnungen.
Nr. 4.04.02	Landratsvorlagen / Verpflichtungskredite LRB		Amtsbericht 2008
	Oberwil, Gymnasium, Mediothek, Umbau und Sanierung Total: Fr. 18.60 Mio. inkl. Aulaersatz RRB Nr. 0438 vom 20 März 2007 (Konto 2320.503.30-225) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 3.16 Mio. Budget 2007: Fr. 12.0 Mio. Budget 2008: Fr. 0.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 1.4 Mio. Fr.	Im Jahr 2008 wurden Abschlussarbeiten, Mängelbehebungen und kleinere Nachtragsarbeiten ausgeführt. Die Bauabrechnung ist erarbeitet, die Abrechnung des Verpflichtungskredites noch ausstehend.
	Liestal, Staatsarchiv, Ausbau Total: Fr. 15.40 Mio. (Konto 2320.503.30-226) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 8.16 Mio. Budget 2007: Fr. 5.4 Mio. Budget 2008: Fr. 0.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.8 Mio. Fr.	Im Jahr 2008 wurden Abschlussarbeiten, Mängelbehebungen und kleinere Nachtragsarbeiten ausgeführt. Die Bauabrechnung liegt im Entwurf vor, die Abrechnung des Verpflichtungskredites noch ausstehend.

	Bruderholz, Kantonsspital Bruderholz Total: Fr. 386 Mio. (Konto 2320.503.30-232) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 2.5 Mio. Budget 2008: Fr. 3.0 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 1.1 Mio. Fr.	Das Wettbewerbsverfahren wurde im Februar 2008 mit der Präqualifikation von 15 Generalplanerteams gestartet. Anfang Juni 2008 wurde die erste Stufe des Verfahrens abgeschlossen. Vier Teams starteten Ende Oktober 2008 in die zweite Stufe des Verfahrens, eine vertiefte Objektplanung. Von August bis Oktober 2008 wurde in enger Zusammenarbeit mit der VGD, dem KSB sowie Vertretern des Kantons BS das Raum- und Funktionsprogramm für das partnerschaftliche Geschäft gemeinsames Kompetenzzentrum Geriatrie BL / BS erarbeitet. Der Projektierungskredit für das Kompetenzzentrum Geriatrie BL / BS wurde per RRB am 16. Dezember 2008 an den Landrat überwiesen. Der Regierungsrat BS hat am 23. Dezember 2008 den Projektierungskredit genehmigt.
	Muttenz, Gewerbeschule Sanierung Aussenhülle Total: Fr. 4.3 Mio. (Konto 2320.503.30-234) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 0.5 Mio. Budget 2008: Fr. 0.1 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.6 Mio. Fr.	Das Projekt wurde im Zusammenhang mit Abhängigkeiten zum Grossprojekt FHNW in der Priorisierung zurückgestuft. Es wurden alternative Sanierungsvarianten geprüft und verschiedene Submissionen durchgeführt.
	UKBB Neubau Basel (1/2 Anteil) / 2005 / 1393 Total: Fr. 74.65 Mio. (Konto 2320.503.30-242) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 1.97 Mio. Budget 2007: Fr. 15.0 Mio. Budget 2008: Fr. 28.0 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 15.0 Mio. Fr.	Mit den Bauarbeiten für den Neubau konnte im Januar 2008 gestartet werden. Auf Ende 2008 konnte ein grosser Teil der Baumeisterarbeiten abgeschlossen werden. Ebenfalls sind umfangreiche haustechnische Installationen in den Untergeschossen installiert worden.
	Bruderholz, KSB Sicherheitsrelevante Massnahmen 2. Etappe Total: Fr. 24.5 Mio. (Konto 2320.503.30-252) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 5.0 Mio. Budget 2008: Fr. 8.0 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 3.9 Mio. Fr.	Das Jahr 2008 war geprägt von detaillierten Planungsarbeiten für die zahlreichen Teilprojekte. Die geplanten Bauausführungen haben sich etwas verzögert, insbesondere die Teilprojekte KTA / Rohrpostanlage sowie Brandschutzmassnahmen konnten noch nicht begonnen werden, da umfangreiche Abklärungen unter anderem auch in Bezug auf das Projekt Neues KSB getätigt werden mussten.
	Muttenz, Strafjustizzentrum, Projektierungsvorlage / 2005 / 1325 Total: Fr. 68 Mio. (Konto 2320.503.30-253) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 2.1 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 1.5 Mio. Fr.	Im Februar 2008 wurde der Zusatzkredit zur Projektierung in der Höhe von 4.45 Mio. Fr. beantragt und am 19. Juni 2008 vom Landrat genehmigt. Im November 2008 konnte das Vorprojekt inkl. Optimierungsrunde abgeschlossen werden.

	Liestal, Kantonsgericht, Projektierungsvorlage Total: Fr. 15.5 Mio. (Konto 2320.503.30-254) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.04 Mio. Fr.	Die Projektierungsvorlage für das neue Kantonsgericht steht im Zusammenhang mit der Massnahme Optimierung Standort Liestal (Flächenmanagement). Gemäss den Resultaten zeichnet sich ab, dass das Projekt nicht separat bearbeitet wird, sondern Bestandteil von grösseren Massnahmen wird.
	Augst, Römerstadt Augusta Raurica (RAR) AP / Steinlager / Diverse Total: Fr. 10 Mio. (Konto 2320.503.30-257) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 0.18 Mio. Budget 2007: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.15 Mio. Fr.	In enger Zusammenarbeit mit dem Nutzer wurde in der ersten Hälfte 2008 das Raum- und Funktionsprogramm erstellt. Im August 2008 wurde mit der Machbarkeitsstudie gestartet. Parallel dazu wurde im Herbst 2008 eine Grobstudie für die Umfahrungsstrasse im Gebiet Schwarzacker durchgeführt.
	Münchenstein, Gymnasium Sanierung Gebäudehülle Total: Fr. 13 Mio. (Konto 2320.503.30-258) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 0.5 Mio. Budget 2008: Fr. 0.2 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.3 Mio. Fr.	Das Vorprojekt wurde in enger Zusammenarbeit mit der Kantonalen Denkmalpflege erstellt. Im Herbst 2008 wurde mit der Ausarbeitung des Bauprojektes gestartet.
	Muttenz, BZM, , Sanierung Haustechnik / Gebäudehülle Total: Fr. 10 Mio. (Konto 2320.503.30-259) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 0.3 Mio. Budget 2008: Fr. 0.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.0 Mio. Fr.	Das Projekt wurde im Zusammenhang mit Abhängigkeiten zum Grossprojekt FHNW Arealentwicklungsverfahren in der Priorisierung zurückgestuft.
	Liestal, Zeughaus, Sanierung Gebäudehülle Total: Fr. 4 Mio. (Konto 2320.503.30-260) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 0.3 Mio. Budget 2008: Fr. 0.1 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 2.0 Mio. Fr.	Die Ausführung der Gebäudehüllensanierung konnte auf Grund optimierter Planungs- und Ausführungsabläufe sowie freier Kapazitäten seitens des Planers vorgezogen werden. Die Ausführung wurde im Sommer 2008 gestartet und ist per Dezember 2008 zu 90 Prozent abgeschlossen.
	Liestal, Bezirksschreiberei, Übergangslösung Total: Fr. 1 Mio. (Konto 2320.503.30-262) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.0 Mio. Fr.	In der ersten Jahreshälfte wurden seitens Vermieter die Ausschreibungsplanung und die GU-Submission vorangetrieben. Die Einmietungsvorlage Schildareal wurde am 19. Juni 2008 vom Landrat genehmigt. In der zweiten Jahreshälfte hat der Vermieter die GU-Vergabe durchgeführt. Mit den Rückbauarbeiten wurde im November 2008 gestartet.

	Liestal, Gymnasium Sanierung Gebäudehülle Total: Fr. 4 Mio. (Konto 2320.503.30-263) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 0.3 Mio. Budget 2008: Fr. 0.1 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.13 Mio. Fr.	Um die hohe Komplexität der Ausführung bezüglich Ablauf, Zeitbedarf etc. in den Griff zu bekommen, wurde während der Sommerferien 2008 eine Testsanierung über ein Fassadenfeld durchgeführt. Im November 2008 wurde mit der Ausschreibungsplanung gestartet.
	Oberwil, Gymnasium Turnhalle Sanierung Aussenhülle Total: Fr. 0.9 Mio. (Konto 2320.503.30-264) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 0.1 Mio. Budget 2008: Fr. 0.8 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 1.15 Mio. Fr.	Im Frühling 2008 wurde die Ausschreibung und die Vergabe durchgeführt. Während der Sommerferien wurde die erste Etappe, während der Herbstferien die zweite Etappe der Sanierung realisiert. Die Ergänzungs- und Abschlussarbeiten konnten bis im Dezember 2008 abgeschlossen werden. Es entstehen Mehrkosten wegen nicht vorhersehbaren baulichen Massnahmen, insbesondere Ersatz des durchnässten Unterlagebodens.
	Niederdorf, JuNI Jugendvollzugszentrum Total: Fr. 10.5 Mio. (Konto 2320.503.30-266) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.04 Mio. Fr.	Die im März 2008 vorliegende Machbarkeitsstudie der SID wurde vom HBA hinterfragt. Nach Absprache und im Auftrag der SID wurde unter der Leitung des HBA und in enger Zusammenarbeit mit dem Nutzer das Raum- und Funktionsprogramm überarbeitet. Darauf basierend wurde eine detaillierte Machbarkeitsstudie erstellt. Der Nutzer und die Besteller-Direktion haben diese Machbarkeitsstudie im November 2008 genehmigt.
	Liestal, Kantonsmuseum, Umbau und Sanierung Total: Fr. 4.8 Mio. (Konto 2320.503.30-271) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.05 Mio. Fr.	Im Sommer 2008 wurde die Baukreditvorlage erarbeitet und am 9. September 2008 vom Regierungsrat an das Parlament überwiesen.
	Liestal, Turnhalle für Gymnasium Liestal Total: Fr. 4.5 Mio. (Konto 2320.503.30-272) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.05 Mio. Fr.	Von Januar bis März 2008 wurde mit dem Nutzer das Raum- und Funktionsprogramm erarbeitet. Darauf basierend wurden bis zum September 2008 Lösungsvarianten und anschliessend eine Machbarkeitsstudie erstellt. Per Ende 2008 konnte die Baukreditvorlage zusammengestellt werden.
	Laufen, Gymnasium Sanierung Haustechnik Total: Fr. 1.5 Mio. (Konto 2320.503.30-273) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.0 Mio. Fr.	Das Projekt wurde im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der übergeordneten Nutzungsstrategie über alle Gymnasien im Kanton BL zurückgestellt.

	Liestal, ZID, Notstrom / Rechenzentrum inkl. Ersatz Kälte Total: Fr. 2.9 Mio. (Konto 2320.503.30-274) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.0 Mio. Fr.	Über die kritischen Komponenten des Gebäudeleitsystems konnte mit der Lieferfirma eine Verlängerung der Liefergarantie erwirkt werden. Das Projekt wurde - mangels Personalressourcen im Bereich GETE (Gebäudetechnik) - in der Priorisierung zurückgestellt.
	Münchenstein, Gymnasium Sanierung Innenräume Total: Fr. 12 Mio. (Konto 2320.503.30-278) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.1 Mio. Fr.	Das Projekt wurde im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der übergeordneten Nutzungsstrategie über alle Gymnasien im Kanton BL zurückgestellt.
	Muttenz, FHNW, Hochschule für Life Sciences Total: Fr. 50 Mio. (Konto 2320.503.30-280) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.1 Mio. Fr.	Um die Grundlagen für die Definition der Planungsinstrumente (Nutzungsplan, Quartierplan, etc.) festlegen zu können, haben der Regierungsrat und der Gemeinderat Muttenz im April 2008 beschlossen, ein Arealentwicklungsverfahren basierend auf einer Testplanung durchzuführen. Im Frühling / Sommer 2008 wurde das Testplanungsprogramm erarbeitet. Im September 2008 wurde die Testplanung mit vier eingeladenen Teams gestartet. Das Verfahren findet Ende April 2009 seinen Abschluss. Parallel dazu wurde auf der Ebene Objektplanung das Raum- und Funktionsprogramm erarbeitet und genehmigt. In verschiedenen Arbeitsgruppen werden die umfangreichen Grundlagen für die Machbarkeitsstudie und das auf 2009 geplante Wettbewerbsverfahren erarbeitet.
	Sissach, Landwirtschaftliches Zentrum Ebenrain, Sanierung Total: Fr. 1 Mio. (Konto 2320.503.30-281) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.1 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.01 Mio. Fr.	Von Februar bis April 2008 wurde ein Vorprojekt mit verschiedenen Sanierungsvarianten ausgearbeitet. Von Seiten des Nutzers wurden grundsätzliche Fragen betr. Nutzung des Gebäudes aufgeworfen. Die Fragen sind von Seiten der VGD noch nicht geklärt, die Planungsarbeiten sind unterbrochen.
	Pratteln, KIGA-Gebäude / Arbeitsplatzoptimierung Total: Fr. 2 Mio. (Konto 2320.503.30-282) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.01 Mio. Fr.	Das Projekt musste auf Grund offener Entscheide und Termine (Daten-Scanning des Bundes) im Zusammenhang mit der Systemumstellung von mechanischer auf elektronische Datenablage zurückgestellt werden.

	Gutsbetriebe Wildenstein und Arxhof, Laufställe Total: Fr. 2 Mio. (Konto 2320.503.30-284) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.1 Mio. Fr.	Im Frühling 2008 wurde in Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Landwirtschaftsplanung, dem Nutzer sowie der Denkmalpflege und der Fachstelle Natur- und Landschaft ein Wettbewerbsprogramm für einen eingeladenen Studienauftrag für einen Freilaufstall erstellt. Im Sommer / Herbst 2008 wurde das Wettbewerbsverfahren durchgeführt und Ende Oktober 2008 abgeschlossen. Im November und Dezember 2008 wurde das Siegerprojekt überarbeitet.
	Muttenz, FHNW, Hochschule für Pädagogik und Hochschule für Soziale Arbeit Total: Fr. 90 Mio. (Konto 2320.503.30-310) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 7.4 Mio. Budget 2008: Fr. 0.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.1 Mio. Fr.	Um die Grundlagen für die Definition der Planungsinstrumente (Nutzungsplan, Quartierplan, etc.) festlegen zu können, haben der Regierungsrat und der Gemeinderat Muttenz im April 2008 beschlossen, ein Arealentwicklungsverfahren basierend auf einer Testplanung durchzuführen. Im Frühling / Sommer 2008 wurde das Testplanungsprogramm erarbeitet. Im September 2008 wurde die Testplanung mit vier eingeladenen Teams gestartet. Das Verfahren findet Ende April 2009 seinen Abschluss. Parallel dazu wurde auf der Ebene Objektplanung das Raum- und Funktionsprogramm erarbeitet und genehmigt. In verschiedenen Arbeitsgruppen werden die umfangreichen Grundlagen für die Machbarkeitsstudie und das auf 2009 geplante Wettbewerbsverfahren erarbeitet.
Nr. 4.04.03	Unterhaltsmassnahmepläne Nach durchgeführten Zustandsanalysen werden mehrjährige Unterhaltsmassnahmepläne erstellt und realisiert.		Die Mehrjahresplanung konnte per Ende 2008 erstellt werden. Basis für die Planung bilden die neuen Unterhaltsstandards.
Nr. 4.04.04	Unterhaltsstandard Es sind Finanzmittel für den vom Regierungsrat im Jahr 2007 genehmigten Unterhaltsstandard bereitzustellen.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 8 Mio. Fr.	Das erhöhte Unterhaltsbudget 2008 konnte bearbeitet und umgesetzt werden. Die Finanzmittel wurden für dringende Massnahmen zur Werterhaltung eingesetzt.
Nr. 4.04.05	Werterhalt Der Mitteleinsatz für den Werterhalt ist abhängig von den vom Hochbauamt bewirtschafteten Flächen. Bei Flächenzuwachs (Neubauten, Raumerweiterungen) muss der Mehraufwand zusätzlich zum ordentlichen Budget bereitgestellt werden.		Das Hochbauamt hat 2008 eine Unterhaltsstrategie erarbeitet, die sich über die Qualität (Standard) des Werterhalts äussert. Die daraus abzuleitenden Finanzmittel sind künftig sicherzustellen.

Nr. 4.05	Programmpunkt Umwelt und Energie A Abfall / Ressourcenschonung / Altlasten / Umweltgefährdende Stoffe Strategische Zielsetzungen Zur Schonung wichtiger Ressourcen wie Boden, Wasser, Stoffe und Energie werden mit vorbildlichen Projekten Weichen gestellt.		Amtsbericht 2008
Nr. 4.05.05	Einzelne Massnahme Projekte zur Ressourcenschonung Ein Pilotprojekt "Cleaner Production" (Schonung von Ressourcen wie Energie, Wasser, Stoffe und Abfälle) bei KMU ist realisiert.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.05 Mio. Fr.	Mit Entscheid vom 11. Dezember 2008 hat der Landrat die Interpellation 2008 / 097 von Simon Trinkler zum Stand der Umsetzung von Cleaner Production im Kanton als erledigt abgeschrieben. Das AUE wird im Verlauf des Jahres 2009 konzeptionell ausarbeiten, wie im Kanton ein Anschub für vermehrte Cleaner Production erreicht werden könnte. Die nötigen Mittel sind budgetiert und mit der neuen Fachstelle Betrieb sind auch die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen.
Nr. 4.05.06	Sanierung wichtiger belasteter Standorte Der Kataster der belasteten Standorte ist erstellt und der Öffentlichkeit zugänglich. Die Chemiedeponien im Raum MuttENZ sind betreffend Sanierungsbedarf abschliessend beurteilt. Bei Schiessanlagen ist der Schadstoffeintrag in die Umwelt gestoppt. Damit sind Bundesbeiträge an künftige Sanierungen gesichert. Landratsvorlage ist in Vorbereitung.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.22 Mio. Fr.	Die 3000 betroffenen Inhaber belasteter Standorte im Kanton wurden über den möglichen Katastereintrag informiert. Derzeit laufen die einzelnen Abklärungen für einen definitiven Eintrag. Bei den ehemaligen Deponien in MuttENZ hat das AUE seine Entscheidungen gefällt und mitgeteilt. Im Rahmen von Runden Tischen mit den Direktbetroffenen wird derzeit das weitere Vorgehen mit dem Ziel von Kooperationsvereinbarungen diskutiert. Der Schadstoffeintrag bei Schiessanlagen wurde durch die kantonale Förderung des Einbaus von künstlichen Kugelfängen gestoppt. Der vom Bundesgesetz vorgegebene Termin vom 1. November 2008 konnte eingehalten werden. Aufgrund der Fristverlängerung durch den Bund kann die Sanierung der bleibelasteten Kugelfänge im Rahmen des ordentlichen Altlastensanierungsprogramms realisiert werden.
Nr. 4.05.07	Flächenrecycling Im Jahr 2008 sind noch keine Massnahmen vorgesehen, da das Vorhaben auf dem noch im Aufbau befindlichen Kataster der belasteten Standorte basiert.		Erste Massnahmen werden frühestens im Jahr 2009 beginnen.

Nr. 4.05.08	Umweltmanagement in der Verwaltung und nachhaltige öffentliche Beschaffung Erarbeitung eines Konzeptes zum Umweltmanagement in der Verwaltung. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2001 / 1384 Total: Fr. 500'000.- (Konto: verschiedene; hauptsächlich 318.20) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 90'757.15 Budget 2007: Fr. 34'000.- Budget 2008: Fr. 34'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.05 Mio. Fr.	Im Auftrag des Regierungsrates wurde unter der Leitung der Zentralen Beschaffungsstelle des Kantons eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Diese hat ihre Arbeit abgeschlossen. Ein entsprechender RRB zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung wird im 1. Quartal 2009 zum Beschluss vorgelegt. Das Konzept zu einem Umweltmanagementsystem der kantonalen Verwaltung wird im 1. Semester 2009 erarbeitet. Der Verpflichtungskredit LRB 2001 / 1384 betreffend "Impulsprojekte zur Abfallvermeidung und Ressourcenschonung (IPAR)" wird im Rahmen einer Sammelvorlage im 2009 abgerechnet.
Nr. 4.05	Programmpunkt Umwelt und Energie B Grundwasser / Wasserversorgung / Wassernutzung Strategische Zielsetzungen Die Versorgung mit Trinkwasser in guter Qualität und ausreichender Menge ist sichergestellt, indem Gefahrenquellen identifiziert und weitgehend eliminiert sowie wirksame Schutzzonen planerisch gesichert sind.	Amtsbericht 2008	
Nr. 4.05.11	Einzelne Massnahme Konzept "Zukunft Wasserversorgung BL" Die Strategie "Zukunft Wasserversorgung BL" wird erarbeitet.	Finanzielle Auswirkungen 2008: in der Laufenden Rechnung keine, da gebührenfinanziert (keine Belastung des Staatshaushalts)	Ein erster Entwurf der Strategie liegt vor. Dieser wird in Abstimmung mit den offenen Fragen rund um die Neuausrichtung der Hardwasser AG 2009 finalisiert und das weitere Vorgehen in den Haupthandlungsfeldern wird nach aussen kommuniziert.

Nr. 4.05.12	Überwachung Grundwasserqualität Systematische Überwachung der chemischen Belastung des Grundwassers bei belasteten Standorten (hot spots wie Muttener Hard, Pratteln, Schönenbuch, unteres Ergolzthal) und Aufbau einer Grundwasserdatenbank. Durchführung der Untersuchungen im Rahmen des nationalen Netzes zur Qualitätsbeobachtung des Grundwassers (NAQUA).	Finanzielle Auswirkungen 2008: in der Laufenden Rechnung keine, da gebühren-finanziert (keine Belastung des Staatshaushalts)	Die Arbeiten wurden wie geplant durchgeführt. Im Raum Muttenez wurden rund 120 Messstellen auf verschiedene Stoffgruppen hin untersucht und ein räumliches Bild der Schadstoffverteilung geschaffen. Ebenso wurden im unteren Ergolzthal rund 70 Messstellen beprobt. Die Einflüsse von Altlasten, der Ergolz und von Verkehrswegen auf die Trinkwasserfassungen von Pratteln können dadurch besser beurteilt werden. Durch die Analysen in Schönenbuch konnten neue Stoffe nachgewiesen werden. Die Grundwasserdatenbank ist aufgebaut und das NAQUA-Programm (Nationales Netz zur Beobachtung der Grundwasserqualität - Programm des BAFU und der Kantone) durchgeführt.
Nr. 4.05.13	Wirksame Grundwasserschutzzonen und -areale Ausscheidung, Anpassung und raumplanerische Sicherung von Schutzzonen und -arealen für Trinkwasserfassungen gemäss Prioritäten. Die Bedeutung von Schutzzonen zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung wird der Öffentlichkeit und den Entscheidungsträgern kommuniziert.	Finanzielle Auswirkungen 2008: in der Laufenden Rechnung keine, da gebühren-finanziert (keine Belastung des Staatshaushalts)	Insgesamt wurden sechs Gemeinden unterstützt und beraten (Hölstein, Liestal, Itingen, Duggingen, Laufen und Schönenbuch). Die nach fundierten hydrogeologischen Kenntnissen ausgeschiedenen Grundwasserschutzzonen sind in der Regel wesentlich grösser als die früher rein rechnerisch festgelegten Schutzzonen. Die Bedeutung der Schutzzonen wurde im Rahmen von Veranstaltungen des VBLG kommuniziert.
Nr.4.05	Programmpunkt Umwelt und Energie D Luftreinhaltung Strategische Zielsetzungen Schutz der Umwelt und des Menschen vor übermässiger Luftbelastung durch die Sicherstellung der Einhaltung der Emissionsgrenzwerte und die Umsetzung der Massnahmen des Luftreinhalteplans.	Amtsbericht 2008	

Nr. 4.05.30	Einzelne Massnahme Minderung der Staubemissionen Minderung der Staubemissionen von Feststofffeuerungsanlagen und Bekämpfung der illegalen Abfallentsorgung in Holzfeuerungen.	Umsetzung der revidierten Luftreinhalteverordnung 2007 Verschärfung der Staubgrenzwerte bei Holzfeuerungen: Staubmessungen an grossen Holzfeuerungsanlagen (ca. 100 Anlagen > 70 Kilowatt) zur Feststellung der Sanierungspflicht. Weitere ca. 100 Anlagen werden 2009 gemessen. Bewilligungspflicht (via Baugesuchverfahren) für kleine zentrale Holzfeuerungsanlagen (< 70 Kilowatt) eingeführt. Informationskampagne (gemeinsam mit der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung) zur Beratung von Cheminée- und Holzofenbetreiber (Kachel-, Schwedenöfen, etc.) durch Kaminfeger gestartet. Die Informationskampagne wird durch eine Erfolgskontrolle begleitet und im Hinblick auf die Fortführung 2009 und kommende Jahre laufend angepasst. Die Einführung einer Holzfeuerungskontrolle bei den kleinen Anlagen wird abhängig vom Erfolg und Nutzen der Informationskampagne gemacht.
Nr. 4.05.31	Massnahmen des Luftreinhalteplans Umsetzung der Massnahmen des Luftreinhalteplans und Begleitung von Projekten in anderen Politikbereichen.	Der Luftreinhalteplan 2007 wurde nach intensiver Beratung und Ergänzung durch die UEK vom Parlament verabschiedet. Es wird eine Aktualisierung, Erfolgskontrolle und Berichterstattung zum Luftreinhalteplan im Jahr 2010 erwartet. Die kantonale Verordnung über die Verschärfung von Emissionsgrenzwerten bei stationären Anlagen wurde hinsichtlich Vorschriften bei Baumaschinen revidiert. Für sämtliche grossen Baumaschinen (> 55 Kilowatt) gilt die Partikelfilterpflicht unabhängig der Baustellengrösse und -lage. Unter der Federführung des Landwirtschaftlichen Zentrums Ebenrain wird zur Umsetzung der Massnahme "Verbot der offenen Verbrennung von Schlagabraum und Grünmaterial" in zwei Gemeinden ein Pilotprojekt gestartet: zentrale Sammelstelle, Zuführung zur energetischen Verwertung.

Nr. 4.05.32	Atmosphärische Gasheizungen Umsetzung des Sanierungsprogramms für atmosphärische Gasheizungen.		Kontrollmessungen durch die Gemeinden nach Plan.
Nr. 4.05.33	Feinstaubproben Charakterisierung der Zusammensetzung und der Herkunft von Feinstaubproben.		Das interkantonale Projekt wurde im Winter erfolgreich gestartet.
Nr. 4.05.34	Controllingbericht Controllingbericht zur Luftqualität und zur Wirkung des Massnahmenplans.		Grundlagen zur Erstellung des Controllingberichts erarbeitet. Lufthygienischer Handlungsbedarf und Kosten der Luftverschmutzung auf der Basis des aktualisierten Bundesberichts (2008) auf kantonalem Massstab ermittelt.
Nr. 4.05	Programmpunkt Umwelt und Energie E Schutz vor Störfällen / Sicherheit Strategische Zielsetzungen Die Errungenschaften der letzten Jahre und der hohe Sicherheitsstandard werden weitergeführt. Sicherheit ist als Querschnittsaufgabe in anderen Bereichen (wie zum Beispiel Raumplanung) integriert und wird dank GIS verbessert.		Amtsbericht 2008
Nr. 4.05.41	Einzelne Massnahme Risiko für das Projekt Salina Raurica Das Risiko für das Projekt Salina Raurica, ausgehend von den Industriestandorten im Raum Schweizerhalle, soll anhand einer Risikoermittlung beurteilt und allfällige Massnahmen sollen vorgeschlagen werden.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.050 Mio. Fr.	Da noch keine konkreten Bauvorhaben vorliegen, wurde der Beitrag noch nicht fällig.
Nr. 4.05	Programmpunkt Umwelt und Energie G Energie / Klimaschutz Strategische Zielsetzungen Umsetzung der Strategie Energie und Klimaschutz mit den Zielen Energie sparen, Energieeffizienz und Anteil erneuerbarer Energie erhöhen und damit die CO ₂ -Emissionen reduzieren.		Amtsbericht 2008

Nr. 4.05.61	Einzelne Massnahme Finanzielle Anreize und Förderung im Bereich Energie Die Förderbeiträge werden möglichst wirkungsvoll eingesetzt und einer Wirkungsanalyse unterzogen. Ein Förderprogramm für die Sanierung bestehender Bauten und die Finanzierung dieses Programms wird vorbereitet als Anschluss an das Gebäudeprogramm der Stiftung Klimarappen. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2004 / 186 Total: Fr. 4'000'000.- (Konto 2330.365.80) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2007: Fr. 756'732.- Budget 2008: Fr. 750'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2008: 1.00 Mio. Fr.	Die Förderbeitragssätze wurden auf der Basis der Wirkungsanalyse und unter Berücksichtigung des harmonisierten Fördermodells der Kantone mittels Entscheid der BUD angepasst. Förderbeiträge wurden im Rahmen der verfügbaren Mittel zugesichert bzw. ausbezahlt. Eine Landratsvorlage für ein neues energiepolitisches Förderprogramm mit Schwerpunkt Gebäudesanierung wurde gemäss Auftrag des Parlaments (2007 / 076a) verwaltungsintern ausgearbeitet. Die Landratsvorlage wird Anfang 2009 in die Vernehmlassung gelangen.
Nr. 4.05.63	Erarbeitung und Umsetzung der kantonalen Energie- und Klimaschutzstrategie Die Ziele zur Erreichung der "2000-Watt-Gesellschaft" Basel-Landschaft sind formuliert, der so genannte "Absenkpfad BL" ist definiert und durch den Regierungsrat und den Landrat beschlossen. Landratsvorlage ist in Vorbereitung.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.05 Mio. Fr.	Eine Strategie für die Energiepolitik des Kantons Basel-Landschaft wurde erarbeitet, am 8. April 2008 vom Regierungsrat beschlossen und anschliessend dem Landrat zur Kenntnis gebracht. Sie enthält zehn generelle Leitsätze und 27 konkrete Umsetzungsmassnahmen. Thematischer Schwerpunkt bildet der Gebäudebereich. Neubauten sollen bis ins Jahr 2030 und die Altbauten bis ins Jahr 2050 den Anforderungen der 2000-Watt-Gesellschaft entsprechen. Für die Umsetzung der einzelnen Zielsetzungen sind separate Landratsvorlagen und Regierungsratsbeschlüsse in Vorbereitung.
Nr. 4.05.64	Internationale Zusammenarbeit Die Umsetzungspläne im Rahmen von Interreg IV für die Klimaschutzstrategie der Oberrheinkonferenz sind formuliert und beschlossen.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.02 Mio. Fr.	Ein Interreg IV Projekt zum Thema "Energieeffizienz in Gebäuden - Trinationales Energie Cluster Metropolregion Oberrhein" wurde beantragt. Die Umsetzung erfolgt in den kommenden drei Jahren.
Nr. 4.05	Programmpunkt Umwelt und Energie H Nachhaltige Entwicklung		Amtsbericht 2008

Nr. 4.05.73	Einzelne Massnahme Beitritt zu Novatlantis Der Beitritt des Kantons Basel-Landschaft zu Novatlantis 2000-Watt-Gesellschaft ist erfolgt und erste Pilot- und Demonstrationsprojekte werden finanziell unterstützt. Landratsvorlage ist in Vorbereitung.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.35 Mio. Fr.	Die Landratsvorlage für die Zusammenarbeit mit Novatlantis wurde zugunsten der prioritären Landratsvorlage für ein neues energiepolitisches Förderprogramm mit Schwerpunkt Gebäudesanierung zwischenzeitlich zurückgestellt. Inzwischen liegt ein Entwurf der Landratsvorlage vor. Dieser wird dem Regierungsrat im Frühjahr 2009 unterbreitet. Anschliessend sollen fallweise konkrete Pilot- und Demonstrationsprojekte finanziell unterstützt werden.
Nr. 4.05	Programmpunkt Umwelt und Energie I Umweltbeobachtung / Wirkungsorientierter Umweltschutz Strategische Zielsetzungen Die Lösung der Probleme in den Bereichen Umwelt und Energie erfolgt inhaltlich vernetzt und räumlich über die Grenzen hinweg. Die Verwaltung entwickelt sich weiter bezüglich Wirkungsorientierung und Effizienz.		Amtsbericht 2008
Nr. 4.05.80	Einzelne Massnahme Ökocontrolling Realisierung des Beitrages des Kantons Basel-Landschaft zu den Pilotprojekten des "Netzwerkes Umweltdaten Schweiz (NUS)" von Bund und Kantonen in den Bereichen Bodenschutz und Gewässerschutz.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.03 Mio. Fr.	Ziel erreicht. Wegen der Komplexität des Programms "Netzwerk Umweltbeobachtung Schweiz (NUS)" haben Bund und Kantone in einer Pilotphase den Bereich Bodenschutz vorangetrieben. Das Umsetzungskonzept für den Bodenschutz liegt vor. BL hat sich daran wesentlich beteiligt.
Nr. 4.05.81	Verwaltungskooperation Weiterentwicklung der Kooperation mit dem AUE BS gemäss Landratsvorlage und Landratsbeschluss.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.05 Mio. Fr.	Die Kooperation zwischen den beiden Ämtern in BS und BL erfolgt periodisch und intensiv. Die Prüfung einer organisatorischen Zusammenlegung wurde sistiert bis die Erkenntnisse aus dem Pilot der Zusammenlegung der beiden Kantonalen Laboratorien vorliegen.
Nr.4.05	Programmpunkt Umwelt und Energie J Nichtionisierende Strahlung Strategische Zielsetzungen Schutz der Bevölkerung vor nichtionisierender Strahlung durch eine flächendeckende Überwachung der Immissionen und eine verstärkte Kontrolle von Sendeanlagen.		Amtsbericht 2008

Nr. 4.05.90	Einzelne Massnahme Aufbau eines Immissionskatasters Aufbau eines Immissionskatasters und Validierung durch Messungen.		Aus Kapazitätsgründen und infolge personeller Vakanz auf 2009 verschoben.
Nr. 4.05.91	Feldkontrolle von Mobilfunkstationen Verstärkte Feldkontrolle von Mobilfunkstationen sowie regelmässige Inspektionen der Betriebsparameter in den Mobilfunkzentralen.		Aus Kapazitätsgründen beschränkte sich die Feldkontrolle auf Abnahmen neuer und geänderter Anlagen, für welche eine Baubewilligung erforderlich war. Inspektionen der Betriebsparameter in den Mobilfunkzentralen konnten (ebenfalls aus Kapazitätsgründen) keine durchgeführt werden. Die Einhaltung der bewilligten Sendeleistungen und weiterer Anlageeinstellungen werden durch die seit Anfang 2007 bei den Mobilfunkbetreibern eingeführten QS-Systeme gewährleistet.
Nr. 4.05.92	Erhebung der Amateurfunksender		207 von 214 registrierten Funkamateur-Anlagen wurden überprüft. Rund die Hälfte sind ortsfeste Anlagen, welche unter die Verordnung über den Schutz vor nicht-ionisierender Strahlung (NISV) fallen. Drei Anlagen wurden saniert. Sämtliche Anlagen halten heute den Grenzwert ein.

Nr. 4.06	Programmpunkt Industrielle Betriebe Strategische Zielsetzungen Abwasserreinigung • Sicherstellen einer nachhaltigen, gesetzeskonformen Abwasserreinigung im Kanton Basel-Landschaft durch stetige Weiterentwicklung und Werterhalt der Infrastruktur. • Wertstoffe zurückgewinnen und im Sinne der Vorsorge gefährliche Schadstoffe (Hormone, Medikamente) vom Wasserkreislauf fernhalten durch eine nachhaltige Aufbereitung des Abwassers an der Quelle und in den ARA. • Kanton bietet sich den Gemeinden als Dienstleister an und schafft Synergien durch vorhandenes Know-how. Abfallentsorgung • Sichere Lagerung von belasteten Abfällen im Kanton Basel-Landschaft zu marktkonformen Preisen. • Wertstoffe in den Materialkreislauf zurückführen durch eine nachhaltige Aufbereitung von belasteten Abfällen. Energieversorgung • Produktion von Energie (Wärme und Strom) mit hoher Verfügbarkeit aus erneuerbaren Energiequellen (Holz, Deponiegas, Klärgas).	Amtsbericht 2008
Nr. 4.06.01	Einzelne Massnahme Ausbau und Erhalt der ARA Birs in Birsfelden Ausbau der ARA Birs in Birsfelden und Aufhebung der ARA Birs 1 in Reinach. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2004 / 308 Total: Fr. 56'950'000.- (Konto 2341.501.51.066) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 17'636'826.89 Budget 2006: Fr. 14'500'000.- Budget 2007: Fr. 11'000'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2008: in der Laufenden Rechnung keine, da gebühren-finanziert (keine Belastung des Staatshaushalts) Die Realisierung erfolgt gemäss Budget und Terminplan.

Nr. 4.06.02	Mischwasserbehandlung im Birstal und Birsigtal Bau von Mischwasserbecken zur Reduktion der Anzahl Entlastungen in die Gewässer im Fall von Regenwetter. Für Birsigtal Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1991 / 2717 Total: Fr. 20'300'000.- Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 17'000'000.- Rest budgetiert für 2007 und 2008 Für Birstal Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2004 / 308 Total: Fr. 24'700'000.- (Konto 2341.501.52.118) Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 4'580'518.42 Budget 2006: Fr. 1'500'000.- Budget 2007: Fr. 2'200'000.- Rest budgetiert bis 2013.	Finanzielle Auswirkungen 2008: in der Laufenden Rechnung keine, da gebühren-finanziert (keine Belastung des Staatshaushalts)	Die Realisierung erfolgt gemäss Budget und Terminplan.
Nr. 4.06.03	Erhalt der ARA im Frenketal und Laufental Für Frenketal Landratsvorlage in Vorbereitung Total: ca. Fr. 15'000'000.- Realisierung 2008 - 2013 Für ARA Liesberg Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2005 / 1324 Total: Fr. 3'100'000.- (Konto 2341.501.51.070) Realisierung 2007 - 2009.	Finanzielle Auswirkungen 2008: in der Laufenden Rechnung keine, da gebühren-finanziert (keine Belastung des Staatshaushalts)	Die Realisierung erfolgt gemäss Budget und Terminplan.
Nr. 4.06.07	Werterhaltung der Infrastruktur im Bereich Abfallentsorgung Werterhalt der Infrastruktur (Tunnel, Abdichtungen, Rohrleitungssysteme, Deponiegasproduktion) und bedarfsgerechter Ausbau der einzelnen Reaktorkompartimente. Landratsvorlage Tunnelsanierung in Vorbereitung Total: Fr. 2'100'000.- (Konto 2343.501.60.053) Budget 2007: Fr. 100'000.- Budget 2008: Fr. 1'900'000.- Budget 2009: Fr. 100'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2008: in der Laufenden Rechnung keine, da gebühren-finanziert (keine Belastung des Staatshaushalts)	Da es sich um einen reinen Werterhalt des Tunnels handelt, wurde nach Information der zuständigen Kommission des Landrates die Sanierung über ein 999-Konto abgewickelt.

Nr. 4.06.10	Standortvorteile zur Industrieansiedlung nutzen Gezielte Ansiedlungen von Industriebetrieben, die Prozesswärme benötigen (zusammen mit der Wirtschaftsförderung des Kantons), durch gezielte Nutzung des Standortvorteils der vorhandenen Hoch- und Mitteltemperaturnetze der Fernwärme. Laufende Gewinnung von neuen Kunden.	Finanzielle Auswirkungen 2008: in der Laufenden Rechnung keine, da gebührenfinanziert (keine Belastung des Staatshaushalts)	Gehört zu den laufenden Aufgaben und wird deshalb nicht mehr separat im Amtsbericht aufgeführt.
Nr. 4.07	Programmpunkt Raumplanung A Grenzüberschreitende Raumentwicklung Strategische Zielsetzungen Partnerschaftliche Gestaltung des Lebens- und des Wirtschaftsraumes der Region Basel. Zusammen sind die Infrastrukturen für die Erreichbarkeit der trinationalen Agglomeration auszubauen und zu betreiben. Die Sorge um die Umwelt und die Landschaften soll miteinander getragen werden. Für diese Zukunftsaufgaben ist eine gemeinsame Organisation einzurichten. Mit der Gründung des Trinationalen Eurodistricts Basel wird in den kommenden Monaten ein wichtiger Schritt zur Entwicklung und zur Gestaltung der gemeinsamen Zukunft getan.		Amtsbericht 2008
Nr. 4.07.01	Einzelne Massnahme Entwicklung des Trinationalen Eurodistricts Basel (TEB) Umsetzung der Schlüsselprojekte und Etablierung einer neuen Organisationsform (Eurodistrict Basel) mit neuen Inhalten und Aufgaben (Internationale Bauausstellung Basel IBA).	Finanzielle Auswirkungen 2008: Anteil Regionalplanungsstelle beider Basel (BS + BL) 0.1 Mio. Fr.	Der Trinationale Eurodistrict hat sich in seiner neuen geografischen Ausweitung, in seiner neuen Organisationsform (District-Rat und seine Kommissionen) sowie in seinen neuen Aufgaben (Gesundheit, Bildung, Tourismus) etabliert. Arbeitsgruppen zu den thematischen Aufgaben des Eurodistricts wurden gegründet und zahlreiche Projekte entwickelt, die durch Interreg IV bzw. der Neuen Regionalpolitik des Bundes kofinanziert werden sollen. Die Mitfinanzierung einer trinationalen Internationalen Bauausstellung (IBA Basel 2020) wurde vom Regierungsrat BL abgelehnt. Im Jahr 2009 soll im Bereich der Mobilität ein neues Projekt "Stärkung des öffentlichen Verkehrs und der kombinierten Mobilität (Park & Ride) im TEB" aufgelegt werden (Interreg IV), wobei dieses Projekt voraussichtlich ein Vertiefungsmodul für den Raum Allschwil - Hegenheim - St. Louis enthalten wird.

Nr. 4.07	Programmpunkt Raumplanung B Kantonale Raumentwicklung Strategische Zielsetzungen Kantonale Raumentwicklung bestehend aus: Umsetzung des Richtplans, Abstimmungstätigkeiten, Raumbeobachtung, Planungsprojekte (Salina Raurica, Dreispitz). Ortsplanung Sicherung einer qualitativ hochwertigen baulichen Entwicklung und einer hohen Lebensqualität. Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit zwecks koordinierter Entwicklung der Ballungsräume. Diese Massnahmen dienen im Konkreten der Sicherung einer hochwertigen baulichen Entwicklung, der Sicherung und der Gestaltung der Freiräume, der Entwicklung einer hohen Lebensqualität - insbesondere Wohn- und Naherholungsqualität - und der Abstimmung im Bereich Verkehr und Siedlungsentwicklung.	Amtsbericht 2008	
Nr. 4.07.11	Einzelne Massnahme Umweltbeobachtung Die Umweltbeobachtung beschränkt sich auf die Entwicklung der Lärmbelastung (Erstellung Emissions- und Lärmbelastungskataster). Ergebnis der Raumbeobachtung sind periodisch erstellte Berichte.		Der Lärmbelastungskataster (LBK) für die Kantonsstrassen wurde erstellt. In Auftrag gegeben wurde der LBK für die Areale der Schweizerischen Rheinhäfen sowie für die kantonalen Hochleistungsstrassen.
Nr. 4.07.12	Agglomerationsprogramm Umsetzung eines Agglomerationsprogramms (Abstimmung Verkehr und Siedlungsentwicklung) in Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen und den ausländischen Nachbarn. Die für die Agglomeration Basel wichtigsten Verkehrsprojekte werden gemeinsam festgelegt und zur finanziellen Unterstützung in Bern eingegeben. Für die Umsetzung muss eine Trägerschaft etabliert werden.	Finanzielle Auswirkungen 2008: (Anteil BL) 0.05 Mio. Fr.	Das Agglomerationsprogramm Basel wurde im Dezember 2007 fristgerecht eingereicht Der Prüfbericht des Bundes liegt seit Ende Dezember 2008 vor. Bis Mitte April 2009 können die Kantone dazu Stellung nehmen. Schwerpunkt für 2009 ist die Schaffung einer gemeinsamen Trägerschaft aller vier beteiligten Kantone (BS, BL, AG und SO), wobei das benachbarte Ausland in geeigneter Form miteinbezogen werden soll.
Nr. 4.07.13	Salina Raurica Nach Genehmigung des Projektes 2007 wird die Projektierung der Infrastrukturmassnahmen begonnen, im Wesentlichen die Projektierung des Längi-Parks, des Rhein-Parks, der Rheinstrassenverlegung sowie des ÖV-Korridors und neuer Haltestellen. Das Gebietsmanagement und -marketing wird aufgebaut. Erste Baumassnahmen beginnen nach der Projektierungsphase. Mehrere Landratsvorlagen.	Finanzielle Auswirkungen 2008: (nur Amt für Raumplanung) 0.29 Mio. Fr.	Die vom Landrat gewünschte Präzisierung der Verkehrsführung wurde während des Jahres 2008 erarbeitet und in die Vernehmlassung geschickt. Die Landratsvorlage wurde entsprechend angepasst und überarbeitet. Im 4. Quartal 2008 wurde die bereinigte LRV in der BPK behandelt. Die Genehmigung des Projektes ist für Anfang 2009 geplant.

Nr. 4.07.14	Vereinheitlichung von Begriffen und Messweisen im Konkordat	Finanzielle Auswirkungen 2008: keine (Budget ab 2009)	Die erforderlichen Arbeiten dazu wurden geleistet. 2009 wird sich die Frage stellen, ob der Kanton Basel-Landschaft dem Konkordat beitrifft.
Nr. 4.07.15	Workshop "Strukturen für eine interkommunale Zusammenarbeit im Wirtschaftsraum Basel" / Modellvorhaben: Aufgleisen von Workshops und einer Ergebniskonferenz Diese Massnahmen dienen der Koordination und der Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit (Erarbeitung von Modellprojekten und finanzieller Unterstützung durch den Bund und den Kanton (zum Beispiel Birs-Stadt); Durchführung von Workshops mit den Gemeinden und raumrelevanten Akteuren; Information der Bevölkerung, Organisation von öffentlichen Veranstaltungen; Erstellung von Publikationen.)	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.08 Mio. Fr.	Im Rahmen des Modellvorhabens Birs-Stadt wurden zusammen mit den betroffenen Gemeinden Vorarbeiten zu einem interkommunalen Freiraumkonzept vorgenommen. Ein erstes Konzept liegt vor. Dieses wird im Laufe des Jahres 2009 dahingehend konkretisiert, dass Gemeinde übergreifende Projekte definiert und hinsichtlich Realisierung initiiert werden können.
Nr. 4.07	Programmpunkt Raumplanung C Öffentlicher Verkehr Strategische Zielsetzungen Massnahmen zur Förderung des öffentlichen Verkehrs im Kantonsgebiet und der grenzüberschreitenden Linien sowie Interessenwahrung im Rahmen der schweizerischen Verkehrspolitik. Erarbeitung einer umweltgerechten Lösung für den Gütertransport durch die Region.		Amtsbericht 2008
Nr. 4.07.20	Einzelne Massnahme Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Rahmen der Umsetzung des 5. Generellen Leistungsauftrags (GLA) und der Erarbeitung des 6. Generellen Leistungsauftrags (2010 - 2013) • Erschliessung Widen (Münchenstein) • Erschliessung Allschwil • 1/4-Stunden-Takt auf dem Hauptnetz der Regio-S-Bahn. Die Massnahmen lassen sich derzeit noch nicht beziffern. Im 5. GLA sind für die Jahre 2008 und 2009 Kosten von insgesamt 76.2 Mio. Fr. vorgesehen. Die Kosten werden sich danach voraussichtlich bei ca. 40 Mio. Fr. stabilisieren.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 33.9 Mio. Fr.	Die Umsetzung des 5. GLA wurde weitergeführt. Der 6. GLA wurde erarbeitet und eine Vernehmlassung durchgeführt. Die Verbesserung der Erschliessung von Allschwil und des Gebietes Widen ist in der Vorlage enthalten. Der Ausbau der Regio-S-Bahn kann erst mittelfristig erfolgen. Die dafür notwendige Infrastruktur wurde unterdessen ermittelt. Für die weiteren Planungs- und Projektierungsarbeiten wurde dem Landrat eine Vorlage mit Antrag auf Verpflichtungskredit überwiesen.

Nr. 4.07.21	Ausbau der Regio-S-Bahn Fertigstellung der Massnahmen im Bereich der Infrastruktur der Haltestellen und des kombinierten Verkehrs (gemäss LRB 2005 / 1018 vom 3. Februar 2005), namentlich der Station Dornach - Arlesheim.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 12.6 Mio. Fr.	Der Umbau und die Erweiterung des Bahnhofs Dornach - Arlesheim sind im Gang. Die neue Haltestelle Pratteln Salina Raurica konnte im Dezember 2008 in Betrieb genommen werden. Der Umbau der Station Lausen wurden ebenfalls abgeschlossen.
Nr. 4.07.23	Weitere Investitionshilfen für die Transportunternehmen im Rahmen des 9. Rahmenkredits des Bundes Beiträge an die Transportunternehmen für die Investitionshilfe im Rahmen von Leistungsvereinbarungen mit dem Bund. Dabei werden pro Jahr im Schnitt Mittel von ca. 8 Mio. Fr. benötigt, wobei die Zahl je nach Stand der Grossprojekte schwanken kann und eine Abgrenzung zu den Vorlagen des Tiefbauamtes im Einzelfall abgeklärt werden muss.	Finanzielle Auswirkungen 2008: keine (Budget ab 2009)	Im abgelaufenen Jahr mussten keine Finanzhilfen für den Infrastrukturausbau gewährt werden.
Nr. 4.07.24	Öffentlichkeitsarbeit für die strategischen Verkehrsvorhaben Die Anliegen des Kantons sollen gegenüber dem Bund deutlich mehr Beachtung finden, namentlich das Projekt "Wisenberg-Tunnel".	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.05 Mio. Fr.	Das Lobbying für den Wisenberg-Tunnel ging 2008 weiter. In enger Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen und dem Komitee Pro Wisenberg konnte die Notwendigkeit dieses Bauwerkes national verdeutlicht werden. Weitere Massnahmen zur Förderung dieses wichtigen ÖV-Projektes, insbesondere die Diskussion mit dem Bund zu alternativen Finanzierungsmöglichkeiten, wurden lanciert. Insgesamt wurden dafür rund 0.3 Mio. Franken aufgewendet.
Nr. 4.07	Programmpunkt Raumplanung D Denkmalschutz / Ortsbildpflege Strategische Zielsetzungen Fachgerechte Erhaltung und Schutz von Kulturdenkmälern und Ortsbildern sowie qualitative Förderung der städtebaulichen Entwicklung.		Amtsbericht 2008
Nr. 4.07.31	Einzelne Massnahme Unterschutzstellung von wertvollen historischen Zeugen Unterschutzstellung von wertvollen historischen Zeugen, angemessene und fachlich einwandfreie Begleitung von Bau- und Renovationsvorhaben bei geschützten Kulturdenkmälern.	Finanzielle Auswirkungen 2008: Subvention / Expertisen 0.8 Mio. Fr.	Zwei Objekte wurden durch den Regierungsrat in das Inventar der geschützten Kulturdenkmäler aufgenommen. An 43 Objekte wurde nach erfolgter Sanierung ein Kantonsbeitrag ausbezahlt.

Nr. 4.07.32	Grundlagen: Publikationsreihe "Kunstdenkmäler der Schweiz" - Fertigstellung von Band IV, Bezirk Waldenburg; - Erstellung von Band V, Bezirk Laufen; - Einreichung einer Landratsvorlage zwecks Finanzierung von Band V.	Finanzielle Auswirkungen 2008: Personal / Sachkosten 0.1 Mio. Fr.	Die Arbeiten am Manuskript des Bandes IV wurden wieder aufgenommen. Erste Gemeinden sind bereits abgeschlossen.
Nr. 4.07.33	Grundlagen: Überarbeitung von ISOS regional Sachdienliche Publikation für Gemeinden und Kanton (Kantonsaufgabe).	Finanzielle Auswirkungen 2008: Sachkosten keine (Budget ab 2009)	Die Publikation von ISOS national (Inventar schützenswerter Ortsbilder der Schweiz) konnte noch nicht erfolgen. Mit der Überarbeitung von ISOS regional wurde deshalb zugewartet.
Nr. 4.08	Programmpunkt Natur- und Landschaftsschutz Strategische Zielsetzung Erhaltung und Förderung einer intakten, vielfältigen und charakteristischen Landschaft mit ihrer spezifischen biologischen Vielfalt.		Amtsbericht 2008
Nr. 4.08.03	Einzelne Massnahme Fortsetzung des Programms "Ökologischer Ausgleich im Landwirtschaftsgebiet"	Finanzielle Auswirkungen 2008: 4.5 Mio. Fr.	Umsetzung gemäss Programm: Die Landratsvorlage für die Weiterführung des Programms liegt im Entwurf vor.
Nr. 4.08.04	Fortsetzung des Programms "Naturschutz im Wald"	Finanzielle Auswirkungen 2008: 1.9 Mio. Fr.	Umsetzung gemäss Programm: Die Landratsvorlage für die Weiterführung des Programms wurde vom Regierungsrat an den Landrat überwiesen.
Nr. 4.08.05	Unterschutzstellung von Naturobjekten Unterschutzstellung und fachgerechter Unterhalt der national und regional bedeutsamen Naturobjekte (inklusive Umsetzung der Bundesinventare, Naturschutzdienst, Artenschutz).	Finanzielle Auswirkungen 2008: 1.3 Mio. Fr.	Umsetzung gemäss Programm.

Nr. 4.08.06	Einführung der Qualitätssicherung Natur- und Landschaftsschutz	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.48 Mio. Fr.	Erfolgskontrolle Naturschutz im Wald gemäss Vorgaben des Bundes.
Nr. 4.08.07	Start des Programms "Natur in der Siedlung"	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.2 Mio. Fr.	Der Start wurde verschoben.
Nr. 4.08.08	Abschluss der Leistungsvereinbarung Natur und Landschaft Abschluss der Leistungsvereinbarung Natur und Landschaft mit dem Bund (Erträge) im Rahmen der NFA.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.9 Mio. Fr.	Umsetzung gemäss Programm: Die Leistungsvereinbarung mit dem BAFU ist unterzeichnet.
Nr.	Programmpunkt Bauinspektorat Strategische Zielsetzung Durch die Überprüfung und Anpassung der kantonalen Baugesetzgebung wird der Rechtszersplitterung und Rechtsunsicherheit wirksam begegnet. Die Standortattraktivität des Kantons wird durch eine Vereinfachung des Baubewilligungswesens gefördert.		Amtsbericht 2008
	Einzelne Massnahme Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe vom 22. September 2005 Landratsvorlage		Die Landratsvorlage Nr. 2008 / 229 liegt dem Landrat zur Beratung und Beschlussfassung vor.

Teil 5 Justiz-, Polizei- und Militärdirektion (JPMD)

Text zu den Schwerpunkten und wichtigen Projekten der Direktion

1. Sicherheit: Tagesgeschäft und Sonderaufgaben müssen funktionieren

Engagierte Arbeit im weiten Bereich der Sicherheit - von der Polizei über den Bevölkerungsschutz, den Krisenstab bis hin zur Migration - hat zur insgesamt erfreulich positiven Sicherheitslage im Kanton Basel-Landschaft beigetragen. Ermöglicht haben das die Mitarbeitenden, aber auch die Geldgeber, das Parlament und der Souverän. Dieses gute Niveau gilt es zu halten, Schwerpunkte neu zu definieren und umzusetzen. Vor allem aber müssen wir neben diesem Tagesgeschäft auch in der Lage sein, spezielle und sehr grosse Herausforderungen Bürger orientiert, kompetent und engagiert zu meistern. Das zentrale Thema in diesem Gebiet wird die Sicherheit an der Euro 08 sein. Die Sicherheitsverantwortlichen der Polizei, des Bevölkerungsschutzes und aus anderen Bereichen der JPMD werden dazu beitragen, dass Fans und Bevölkerung ein hoffentlich sicheres und friedliches Fussballfest feiern können. Damit das gelingt, sind ausführliche Planungsarbeiten für die Sicherheit rund um das Fussballstadion St. Jakob, aber auch für die anderen öffentlichen Fanzonen im Baselbiet notwendig. Zudem müssen der zusätzlich anfallende Fahrzeugverkehr möglichst störungsfrei bewältigt und der Parkraum geplant und bewirtschaftet werden. Kriminalpolizeiliche Vorkehren gilt es gemeinsam mit dem Partnerkanton Basel-Stadt vorzubereiten und zu realisieren.

2. Grössere Projekte

Die Palette bei den grösseren Projekten reicht von Verbesserungsprojekten im direkten Kontakt mit der Kundschaft, wie zum Beispiel der Einführung eines Allround-Schalters bei der Motorfahrzeugkontrolle, bis hin zur weiteren Planungsarbeit an bereits lancierten Vorhaben, wie beispielsweise dem Projekt für ein Jugendvollzugszentrum auf dem Gebiet des Arxhofs in Niederdorf.

3. Gesetzgebung - die dritte Säule der Tätigkeit

Im Zentrum stehen der Bereich Datenschutz mit den Anpassungen an die Abkommen von Schengen / Dublin, aber auch der Vollzug der Integrationsgesetzgebung und die Weiterführung der Arbeiten für die Umsetzung der Schweizerischen Strafprozessordnung mit der Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells im Kanton Basel-Landschaft.

Nr. 5.01	Programmpunkt Polizei Strategische Zielsetzungen Euro 08: Spannende Fussballspiele in einem sicheren Umfeld. Die Euro 08 ist eine grosse Herausforderung auch für die Kräfte der Sicherheit und des Bevölkerungsschutzes. Deshalb werden die Planungs- und die Umsetzungsarbeiten, aber auch die Nachbereitung des Grossanlasses einen grossen Teil der Personalressourcen dieser Dienste beanspruchen. Im Kanton Basel-Landschaft bedeutet das für die Polizei die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum sowie die Durchführung der verkehrs- und der kriminalpolizeilichen Massnahmen während der Euro 08. Die Euro 08 soll den Aktiven, den Besucherinnen und Besuchern und der einheimischen Bevölkerung in bester Erinnerung bleiben, auch was die Sicherheit angeht.	Amtsbericht 2008 Die Polizei Basel-Landschaft kann auf einen erfolgreichen Euro 08 Einsatz zurückblicken. Aus polizeilicher Sicht sollte der Anlass für Aktive, Besucherinnen und Besucher als auch für die einheimische Bevölkerung in bester Erinnerung bleiben. Wir verweisen diesbezüglich auf den Schlussbericht Euro 08.
Nr. 5.01.02	Einzelne Massnahme Anpassung der polizeilichen Aus- und Weiterbildung Die Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH) hat ihren Betrieb am 1. September 2007 aufgenommen. Die Aus- und Weiterbildungen sowohl in Hitzkirch als auch im Korps der Polizei Basel-Landschaft werden aufgrund der gemachten ersten Erfahrungen zu überprüfen sein und müssen allenfalls entsprechend angepasst werden. Instrumente zur Sicherstellung des Lerntransfers und der Ausbildungsqualität wurden definiert und werden 2008 eingeführt und auf ihre Wirksamkeit hin überprüft.	Bereits zwei Lehrgänge der Polizei Basel-Landschaft konnten die Grundausbildung an der IPH erfolgreich abschliessen. Bei der IPH wurden und werden laufend organisatorische und inhaltliche Optimierungen vorgenommen. Evaluations- und Feedbackinstrumente wurden institutionalisiert (die Prozesse sind noch nicht in allen Bereichen abgeschlossen). Bei der korpspezifischen Aus- und Weiterbildung (KSA) wurde die weiterführende Ausbildung nach der IPH (ergänzende Grundausbildung in der KSA und das Weiterbildungsjahr) erfolgreich umgesetzt. Mit dem Abschluss der ab September 2009 bei der Sicherheitsabteilung folgenden einjährigen Festigungsphase wird die dreistufige Ausbildung des ersten IPH-Lehrgangs abgeschlossen.
Nr. 5.01.09	Zusammenarbeit mit den Gemeinden Neben den "Runden Tischen Sicherheit" mit den Gemeinden ist die polizeiliche Zusammenarbeit mit den Gemeinden zu analysieren und eventuell neu auszurichten. Die Erfahrungen aus anderen Kantonen mit ihren Modellen für die polizeiliche Zusammenarbeit mit ihren Gemeinden sind in diese Arbeiten einzubeziehen.	Zur Konsolidierung der Zusammenarbeit mit den Gemeinden ist im 1. Halbjahr 2009 ein Workshop der Sicherheitsdirektion mit den Gemeinden vorgesehen. Das weitere Vorgehen wird sich aus diesem Workshop ergeben.

Nr. 5.01.10	Reorganisation der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung Polizeipräsenz wirkt präventiv. Deshalb sollen die Strukturen der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung optimiert und verstärkt werden. Mittel dazu sind eine professionelle Einsatzplanung und die Bildung eines mobilen Einsatzelementes. Dazu werden 10 - 20 Polizeimitarbeitende zur Verfügung stehen, um die Polizeipatrouillen vor Ort an neuralgischen Punkten und bei speziellen Vorkommnissen wirksam und rasch zu unterstützen.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.4 Mio. Fr.	Die Landratsvorlage zur Optimierung der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung wurde Anfang Dezember 2008 in der Sicherheitskommission des Landrates gutgeheissen. Am 15. Januar 2009 fand die Beratung im Landrat statt. Das Umsetzungskonzept zur Optimierung der HA Sicherheit befindet sich in Arbeit.
Nr. 5.01.12	Motivationshilfen für die Erstattung von Strafanzeigen Aufgabe des Staates ist es, Opfer zu schützen und Täter zur Verantwortung zu ziehen. Niemand soll aus Angst von der Erstattung einer Strafanzeige absehen müssen. Im letzten Jahr ist eine fachübergreifende Fachgruppe eingesetzt worden, die zur Zeit Vorschläge für Motivationshilfen zur Erstattung von Strafanzeigen ausarbeitet. 2008 werden diese Massnahmen umzusetzen sein.		Infolge krankheitsbedingter, längerer Abwesenheit der Leiterin der Arbeitsgruppe konnten noch keine Massnahmen umgesetzt werden. Die Arbeiten werden im Jahr 2009 fortgesetzt.
Nr. 5.01.13	Qualitätssicherung in der Kriminaltechnik Bei der Spurensicherung an Tatorten und bei deren Auswertung wird ein Qualitätssicherungssystem erforderlich. Die wichtigsten Bereiche der Kriminaltechnik sollen durch die Qualitätssicherung vereinheitlicht und aufgewertet werden. Es ist sicherzustellen, dass die Tatortarbeit und die Bearbeitung der Spuren Schritt für Schritt dokumentiert werden und jederzeit nachvollziehbar sind.		Die Arbeitsabläufe bei der Kriminaltechnik werden detailliert analysiert und entsprechende Qualitätsvorgaben erarbeitet. Diese Arbeiten gestalten sich sehr aufwändig und wurden durch die Vorbereitungen zur Euro 08 verzögert. Anstelle einer Akkreditierung wird nun eine eigene, massgeschneiderte Lösung angestrebt. Bislang entstanden deshalb keine externen Kosten.

Nr. 5.01.16	Sicherheit während der Fussball-Europameisterschaft (Euro 08) Die Polizei will mit ihrem Einsatz mithelfen, dass die Grossveranstaltung Euro 08 in einem friedlichen und sicheren Umfeld durchgeführt werden kann. Der Schutz, die Sicherheit und die Mobilität der Bevölkerung, der Besucherinnen und Besucher sowie der Teilnehmenden soll gewährleistet sein. Wichtig ist, dass die Einsatzkräfte sehr gut auf die Euro 08 vorbereitet werden.	Finanzielle Auswirkungen 2008: soweit die Überstunden nicht kompensierbar sind: im Maximum 1.57 Mio. Fr.	Nicht zuletzt dank der frühzeitigen und interdisziplinären Planung über die Kantonsgrenzen hinaus dürfen wir aus sicherheits-, kriminal- als auch verkehrspolizeilicher Sicht auf eine durchwegs positive Euro 08 zurückblicken. Die Einsatzkräfte wurden auf die Euro 08 zielgerichtet vorbereitet (zum Beispiel Ordnungsdienst-Weiterbildungen, gezielte Einsatzschulungen in diversen Bereichen wie Lagedarstellung, etc.). Dank einer guten rollenden Einsatzplanung und einem der Lage angepassten verhältnismässigen Personaleinsatz konnte ein reibungsloser Ablauf dieses einmaligen Grossereignisses mit relativ wenig geleisteter Überzeit (insgesamt 17'046 Überstunden bei der Polizei) erzielt werden. Ausbezahlt wurden ca. 0.4 Mio. Franken für Überstunden. Dank den umfangreichen und zielorientierten Massnahmen konnte die Sicherheit während der ganzen Turnierzeit uneingeschränkt gewährleistet werden. Im Amt für Militär und Bevölkerungsschutz wurden 2230 Stunden Überzeit geleistet. Davon wurden Überstunden für ca. Fr. 75'000.- ausbezahlt.
Nr. 5.01.17	Patientenleitsystem Im Rahmen der Euro 08 ist geplant, schweizweit ein Patientenleitsystem einzuführen. Diese Einführung wird durch den Kantonalen Krisenstab (KKS) realisiert werden. Mit diesem System werden bei Grossereignissen die Daten von Unverletzten, Verletzten, Vermissten und Angehörigen durch die Einsatzkräfte erfasst und zentral zusammengeführt.		Die Browserapplikation IES (Informations- und Einsatzsystem) wurde auf die Euro 08 hin mit einem zusätzlichen Modul Arrestantenkontrolle ergänzt, in den notwendigen Bereichen geschult und an der Euro 08 entsprechend eingesetzt. Das System hat sich aus polizeilicher Sicht bewährt.
Nr. 5.01.18	Einheitstarif Parkraum St. Jakob Das Parkraumangebot im Gebiet der Sportanlagen St. Jakob genügt nicht. Deshalb wird ein Parkierungskonzept für Parkplätze im Raum St. Jakob umgesetzt und es wird ein Einheitstarif für diesen Parkraum geschaffen. Voraussetzung dazu ist die Möglichkeit der regelmässigen Nutzung der Reitsportanlage Schänzli als Parkraum.		Aufgrund eines abschlägigen Urteils des Kantonsgerichts steht die Reitsportanlage Schänzli auch weiterhin nicht als Parkraum zur Verfügung. Eine Einführung des Einheitstarifs ohne diese Anlage ist jedoch weder kostendeckend noch im Sinne der Anwohnerschaft realisierbar. Das Projekt wird daher bis auf weiteres nicht mehr weiterverfolgt.

Nr. 5.02	Programmpunkt Migration / Integration Strategische Zielsetzungen Das kantonale Einführungsgesetz zum neuen Ausländergesetz (AuG) wird zusammen mit dem Bundesgesetz voraussichtlich am 1. Januar 2008 in Kraft treten. Im Kanton Basel-Landschaft sind die notwendigen Vorbereitungen zu treffen, damit die Integrationsbestimmungen - wozu insbesondere der Grundsatz des "Forderns und des Förderns" gehört - umgesetzt werden können.	Amtsbericht 2008 Das Gesetz und die Verordnung sind per 1. Januar 2008 in Kraft getreten. Eine Vereinbarung betreffend Umsetzung des Schwerpunkts 1 "Sprache und Bildung" konnte mit dem Bundesamt für Migration abgeschlossen werden. Diese regelt das Vorgehen und die Finanzierung des Programms zur Sprach- und Bildungsförderung im Kanton Basel-Landschaft für die Jahre 2009 - 2011 (Stichwort Fördern). Zusammen mit den Kantonen BS, SO, ZH und AG wurde das Pilotprojekt "Integrationsvereinbarungen" gestartet (Stichwort Fordern).
Nr. 5.02.01	Einzelne Massnahme Umsetzung der Integrationsgesetzgebung Die Fachstelle für Integrationsfragen gehört seit dem 1. August 2007 zum Generalsekretariat der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion. Bis 2008 ist die Integration in die neue Direktion abgeschlossen. Wichtig ist, dass die rechtlichen Voraussetzungen für den Vollzug des Integrationsgesetzes in der Form einer Verordnung geschaffen werden. Ebenfalls muss sich die neue Kommission für Integrationsfragen konstituieren. Zum Vollzug des Integrationsgesetzes zählen auch die Information der Arbeitgeberschaft über die Angebote der Integrationsförderung sowie die Vorbereitung und der Abschluss von Integrationsvereinbarungen mit ausländischen Staatsangehörigen.	Die Konstitution einer neuen Kommission für Integrationsfragen ist für das erste Halbjahr 2009 vorgesehen. Der Runde Tisch Integration befasste sich anlässlich dreier Sitzungen mit dem "Leitfaden zur ordentlichen Einbürgerung ausländischer Staatsangehöriger", mit dem Pilotprojekt "Integrationsvereinbarungen", mit dem "Schwerpunktprogramm Sprache und Bildung 2009 - 2011" und mit der "Handreichung für Schule und Erziehungsberechtigte" zum Thema "Gelebte Religion und Schulalltag". Gemeinden und Arbeitgeber wurden in Zusammenarbeit mit dem Ausländerdienst Baselland über die Angebote der Integrationsförderung informiert. Die Zielsetzung hinsichtlich Vorbereitung und Abschluss von Integrationsvereinbarungen wurde erreicht.

Nr. 5.03	Programmpunkt Jugendanwaltschaft / Jugend Strategische Zielsetzungen Die Jugendanwaltschaft übt mit ihren Aufgaben "Untersuchung", "Anklage", Strafbefehle", "Vollzug der Sanktionen" und "Prävention" eine zentrale Rolle bei der Bewältigung von Jugenddelinquenz aus. Das Jahr 2008 wird primär durch die Umsetzung des im Jahr 2007 neu eingeführten kantonalen und eidgenössischen Jugendstrafrechts geprägt sein.	Amtsbericht 2008 Die neuen gesetzlichen Grundlagen konnten vollumfänglich in der Praxis umgesetzt werden und führten zu keinen grösseren Problemen.
Nr. 5.03.03	Einzelne Massnahme Weiterführung der Elternworkshops Die Jugendanwaltschaft will weiterhin präventiv auf die Jugenddelinquenz einwirken, indem sie die Eltern gefährdeter Jugendlicher frühzeitig und wirkungsvoll unterstützt. Die bereits eingeführten Elternworkshops zur Unterstützung und Beratung betroffener Eltern werden fortgesetzt.	Die Zielsetzung wurde erreicht.
Nr. 5.03.05	Umsetzung der neuen gesetzlichen Regelungen in der Praxis Die Einführung der neuen Regelungen des eidgenössischen Jugendstrafrechts und des kantonalen Jugendstrafverfahrensgesetzes sowie die Schaffung eines eigenen polizeilichen Jugenddienstes haben diverse technische und organisatorische Änderungen (unter anderem neue EDV-Softwarelösungen) zur Folge. Die Einführung und die Umsetzung der neuen Regelungen wird zur Hauptsache in den Jahren 2007 und 2008 erfolgen.	Das Ziel wurde erreicht. Die EDV-Software wurde angepasst bzw. eingeführt.
Nr. 5.04	Programmpunkt Staatsanwaltschaft Strategische Zielsetzungen Im Bund wird - voraussichtlich per 1. Januar 2010 - die schweizerische Strafprozessordnung eingeführt. Diese sieht die Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells mit dem eingeleisigen Verfahren vor. Das Staatsanwaltschaftsmodell wird das zweistufige Untersuchungsrichtermodeill im Kanton Basel-Landschaft ablösen. Es gilt die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, damit das Staatsanwaltschaftsmodell im Kanton ohne Verzug eingeführt werden kann.	Amtsbericht 2008 Die strategische Zielsetzung hat nach wie vor ihre Gültigkeit, insbesondere deshalb, weil der Bund die Inkraftsetzung auf den 1. Januar 2011 verschoben hat.

Nr. 5.04.02	Einzelne Massnahme Vorbereitungen für die Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells Eine Projektgruppe - geleitet von der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion und vom Kantonsgericht - erarbeitet zur Zeit Vorschläge für die Strukturen und für die Abläufe bei der neuen Staatsanwaltschaft. Gleichzeitig ist das kantonale Einführungsgesetz zur schweizerischen Strafprozessordnung vorzubereiten.		Die Projektgruppe hat ihre Arbeit termingerecht beendet und ihre Empfehlungen zuhanden des Regierungsrates abgegeben. Der Regierungsrat hat daraufhin die ausgearbeitete Vorlage im Mai 2008 an den Landrat überwiesen. Die vorberatende landrätliche Justiz- und Sicherheitskommission hat die Gesetzesvorlage bearbeitet und ihren Bericht am 22. Dezember 2008 an den Landrat verfasst.
Nr. 5.05	Programmpunkt Strafvollzug / Freiheitsentzug		Amtsbericht 2008
Nr. 5.05.02	Einzelne Massnahme Projekt für ein Jugendvollzugszentrum Nordwest- und Innerschweiz Das neue Jugendstrafrecht sieht die Möglichkeit vor, gegenüber Jugendlichen Einschliessungsstrafen bis zu vier Jahren anzuordnen. Zur Zeit wird geprüft, ob auf dem Areal des Massnahmenzentrums für junge Erwachsene auf dem Arxhof, Niederdorf, ein Jugendvollzugszentrum mit 16 - 18 Plätzen für den Vollzug von Einschliessungsstrafen gebaut und betrieben werden soll. Die Kantone des Strafvollzugskonkordates der Nordwest- und der Innerschweiz sind an diesem Projekt sehr interessiert. Zur Zeit wird eine Machbarkeitsstudie ausgearbeitet. 2008 wird aufgrund der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie über die Weiterführung des Projektes entschieden.		In der Zwischenzeit ist das Vorprojekt für ein Jugendvollzugszentrum Nordwest- und Innerschweiz (JuNI) abgeschlossen und die Kostenschätzung mit einer Genauigkeit von + / - 10 Prozent liegt vor. Die (aktuellen) Gesamtkosten für den Bau betragen 17.4 Mio. Franken (inkl. MwSt). Betriebsbereit wäre das JuNI frühestens im Jahr 2014. Entsprechende Mittel sind in der Investitionsplanung eingestellt. Eine Medienmitteilung betreffend den Ergebnissen des Vorprojektes JuNI ist im November 2008 veröffentlicht worden. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie und des Vorprojektes sowie verschiedene Finanzierungsvarianten sollen der Konkordatskonferenz im Frühjahr 2009 unterbreitet werden. Der Regierungsrat soll vorher noch über das weitere Vorgehen beschliessen (Antrag an die Konkordatskonferenz und anschliessend Landratsvorlage für Planungskredit). Bis Ende 2008 wurde das gänzlich überarbeitete Betriebskonzept für das JuNI an das Bundesamt für Justiz gesandt. Es wurde eine Rückmeldung vor der Konkordatskonferenz zugesagt. Dem Landrat wird im 2009 eine entsprechende Vorlage "JuNI" zugehen.

Nr. 5.05.03	Täter-Opfer-Ausgleich Es hat sich gezeigt, dass speziell bei den Strafverfolgungsbehörden Interesse am Täter-Opfer-Ausgleich besteht. Darunter wird der Weg verstanden, mit Hilfe eines Mediators eine aussergerichtliche Konfliktregelung zu finden und sich über eine Wiedergutmachung zu verständigen. Die schweizerische Strafprozessordnung sieht den Täter-Opfer-Ausgleich nicht mehr ausdrücklich vor. Dennoch kann es im Rahmen von Strafverfahren sinnvoll sein, einen Täter-Opfer-Ausgleich anzustreben. Die JPMD will 2008 ein Pilotprojekt starten, dessen Ergebnisse die Grundlage liefern sollen für den Entscheid über die verbreitete Anwendung dieses Instrumentes im Kanton Basel-Landschaft.		Das Projekt konnte aus personellen Gründen noch nicht begonnen werden.
Nr. 5.05.04	Haftplätze in der PUK Basel Im Rahmen der baulichen Erweiterung der PUK Basel bietet sich die Möglichkeit, fünf Haftplätze im geschlossenen Bereich zu mieten, wodurch diese Plätze ganzjährig für die Bedürfnisse des Kantons Basel-Landschaft reserviert sind. Für die Unterbringung psychisch kranker Untersuchungsgefangener und für Personen im Straf- und Massnahmenvollzug, die wegen ihres Gefährdungspotenzials dauernd überwacht werden müssen, ist der Kanton dringend auf diese fünf Plätze angewiesen. Im Kanton Basel-Landschaft besteht kein entsprechendes Angebot.	Finanzielle Auswirkungen 2008 und folgende Jahre: 1.2 Mio. Fr.	Der Vertrag mit der PUK Basel wurde abgeschlossen. Zurzeit besteht eine leichte Überbelegung. Von den vereinbarten fünf Plätzen sind alle besetzt (konkret sechs Belegungen BL).
Nr. 5.06	Programmpunkt Bevölkerungsschutz Strategische Zielsetzungen Das Erdbebenrisiko ist im Baselbiet höher als anderswo in der Schweiz. Sachlich und ohne die Bevölkerung zu verängstigen, sollen weitere Vorkehrungen getroffen werden, um die Bevölkerung im Ereignisfall gut schützen und um materielle und körperliche Schäden möglichst gering halten zu können. Die Grossveranstaltung Euro 08 ist auch für die Sicherheitskräfte ausserhalb der Polizei wie Zivilschutz, Wehrdienste, Sanität und Spitäler eine grosse Herausforderung, die es im Jahr 2008 zu meistern gilt.		Amtsbericht 2008

Nr. 5.06.03	Einzelne Massnahme Erdbebenvorsorge Die Mikrozonierung umfasst heute beinahe den ganzen Kanton und steht kurz vor dem Abschluss. Im Jahr 2008 wird die Erdbebenkarte den Fachpersonen und den Fachstellen im Bauingenieurwesen an Orientierungs- und Weiterbildungsveranstaltungen sowie mittels einer Informationsplattform umfassend bekannt gemacht. In einem weiteren Schritt werden die Vorbereitungen für die Erneuerung und für die Erweiterung der Erdbebenmessstationen im Kanton Basel-Landschaft getroffen.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.05 Mio. Fr.	Die Mikrozonierungsarbeiten für die festgelegten Räume im Baselbiet sind abgeschlossen. Die geplanten Orientierungs- und Weiterbildungsveranstaltungen mit Fachpersonen und Fachstellen konnten mangels fehlender Personalressourcen (Euro 08 und Nachbearbeitung Unwetter 2007) nicht durchgeführt werden. Die Vorbereitungen für die Erneuerung und die Erweiterung der Erdbebenmessstationen sind, neu in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt, weit fortgeschritten. Im ersten Semester 2009 wird eine entsprechende politische Vorlage vorliegen.
Nr. 5.06.04	Euro 08 Zivilschutzformationen aus dem Kanton Basel-Landschaft werden für Logistik-, Sanitäts-, Betreuungs-, ABC- und allgemeine Unterstützungsaufgaben in Bereitschaft gestellt (siehe auch Punkt Nr. 5.01.16).		Insgesamt haben die Zivilschutzkompanien der Baselbieter Gemeinden und die Kantonale Zivilschutzkompanie Baselland 7'940 Einsatztage für das Fussballturnier geleistet. Es wurden Leistungen für die Sicherheit im Öffentlichen- und Individualverkehr sowie in den Bereichen Sanität, ABC-Abwehr, Logistik und Führungsunterstützung erbracht. Ausbildung und Einsatz vor dem Turnier und während des Turniers haben die Einsatzkompetenz des Zivilschutzes gefestigt.
Nr. 5.08	Programmpunkt Motorfahrzeugkontrolle (MFK) Strategische Zielsetzungen Die MFK will noch stärker als bisher die Kundinnen und Kunden ins Zentrum ihrer Tätigkeit setzen. Weitere Verbesserungen in der Dienstleistungsqualität sollen deshalb verwirklicht werden.	Amtsbericht 2008	

Nr. 5.08.03	Einzelne Massnahme Strassenverkehrsamt In praktisch allen Schweizer Kantonen werden die Dienstleistungen der MFK - insbesondere die Ausstellung von Führer- und Fahrzeugausweisen sowie der Bezug der Kontrollschilder - und der Motorfahrzeugprüfstation (MFP) durch dieselbe Institution, nämlich das Strassenverkehrsamt, erbracht. Zur Zeit wird geprüft, ob auch in den beiden Basel ein Strassenverkehrsamt realisiert werden soll. Bis 2008 soll eine Detailstudie vorliegen, die mögliche Varianten für die Verwirklichung eines solchen Modells aufzeigt. Die Ergebnisse dieser Studie werden die Grundlage für den Entscheid über das weitere Vorgehen bilden.		Die Verwaltung des Kantons Basel-Stadt lehnt ein gemeinsames Strassenverkehrsamt ab. Dies ist das Ergebnis einer Detailstudie. Als weiterer Schritt soll aber eine intensivere Zusammenarbeit zwischen der MFK BS, der MFK BL und der Motorfahrzeug-Prüfstation (MFP) geprüft werden.
Nr. 5.08.04	Allround-Schalter Eine neue EDV-Applikation ermöglicht einen einfacheren Zugang der Mitarbeitenden zu allen Geschäftsfällen. Damit kann der Allround-Schalter geschaffen werden: Ab Mai 2008 wird es den Kundinnen und Kunden der MFK möglich sein, alle Geschäfte an einem einzigen Schalter zu erledigen.		Die Einführung der Allround-Schalter wurde bis auf weiteres ausgesetzt. Grund dafür ist die verzögerte Einführung des Dispositionstools zwischen der MFK BS, der MFK BL und der MFP, die erst im Jahr 2009 stattfinden wird. Sobald das Dispo-Tool 2009 eingeführt ist, kann die schrittweise Erweiterung der einzelnen Schalter zu Allround-Schaltern fortgesetzt werden.
Nr. 5.09	Programmpunkt Rechtsetzung Strategische Zielsetzungen Im Kanton Basel-Landschaft sind rechtzeitig die verfassungsrechtlichen und die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit die neue Bundesgesetzgebung - an vorderster Stelle die Schweizerische Strafprozessordnung und die Bundeszivilprozessordnung - voraussichtlich 2010 in Kraft treten können.	Amtsbericht 2008	

	Einzelne Massnahme Verschiedene Gesetzgebungsvorhaben Im Jahr 2008 stehen auf kantonaler Ebene die folgenden Gesetzgebungsvorhaben im Vordergrund: • Revision des Ombudsmangesetzes (Nr. 5.09.03) • Revision des Filmgesetzes (Nr. 5.09.05) • Revision des Landratsgesetzes (Nr. 5.09.11) • Entwurf eines Einführungsgesetzes zur Schweizerischen Strafprozessordnung (Nr. 5.09.12) • Entwurf eines Einführungsgesetzes zur Bundeszivilprozessordnung (Nr. 5.09.13) • Entwurf eines neuen Datenschutzgesetzes, mit der Einführung des Öffentlichkeitsprinzips (Nr. 5.09.14 und Nr. 5.09.10).		Zu Nr. 5.09.03: Die Vorlage wurde im Mai 2008 an den Landrat überwiesen. Zu Nr. 5.09.05: Anfang Januar 2009 hat eine gemeinsame Sitzung mit den beiden vorbereiteten parlamentarischen Kommissionen BL und BS stattgefunden (inkl. Hearing mit Branchenvertretern). Die Eintretensdebatte hat stattgefunden. Zu Nr. 5.09.11: Die Vorlage wird im 1. Semester 2009 an den Landrat überwiesen. Zu Nr. 5.09.12: Die Landratsvorlage konnte im Juni 2008 dem Landrat unterbreitet werden. Zu Nr. 5.09.13: Eine kleine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Gerichte und der SID, hat auf der Basis der bundesrätlichen Botschaft einen ersten Entwurf eines Einführungsgesetzes erarbeitet. Sie wird diesen aufgrund der von den eidgenössischen Räten im Dezember 2008 verabschiedeten neuen Zivilprozessordnung überarbeiten. Das Vernehmlassungsverfahren wird im Laufe des Jahres 2009 durchgeführt. Zu Nr. 5.09.14 und 5.09.10: Das Vernehmlassungsverfahren wurde durchgeführt. Die Vorlage wird im 1. Semester 2009 dem Landrat zugehen.
Nr. 5.09.16	Überprüfung der gesetzlichen Regelungen im Bereich Alkohol und Jugendschutz Zur Zeit klärt eine Fachgruppe ab, ob die Jugendschutzbestimmungen betreffend Alkohol im Gastgewerbegesetz verstärkt werden müssen. Für den Fall, dass Handlungsbedarf besteht, wird ein Entwurf für die Anpassung des Gastgewerbegesetzes vorbereitet. Der Landrat überwies dem Regierungsrat verschiedene parlamentarische Vorstösse, welche die Überprüfung der geltenden gesetzlichen Regelungen verlangen.		Im Januar 2009 findet die Präsentation der entsprechenden Landratsvorlage in der Sicherheits- und Justizkommission des Landrates statt.

Nr. 5.09.17	Revision der Gebührenverordnung zum Zivilrecht Die Gemeinden stellten die Forderung, bestimmte Tätigkeiten im Bereich des Vormundschaftswesens der Gebührenpflicht zu unterstellen. Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion, der auch Vertretungen der Gemeinden angehören, erhielt den Auftrag, Grundlagen für die Erhebung von Gebühren im Vormundschaftsbereich zu erarbeiten. In der zweiten Hälfte 2007 / erste Hälfte 2008 wird die Gebührenverordnung entsprechend den Ergebnissen der Arbeitsgruppe revidiert werden.		Die Arbeitsgruppe hat in 16 Sitzungen den Entwurf einer Revision der Gebührenverordnung zum ZGB in Sachen Erhebung von Gebühren im Vormundschaftsbereich erarbeitet. Der Entwurf wurde zusammen mit einem ausführlichen Begleitbericht den Einwohnergemeinden im November 2008 mit Frist bis Ende Februar 2009 zur Vernehmlassung unterbreitet. Die Revision kann somit im ersten Halbjahr 2009 beschlossen bzw. in Kraft gesetzt werden.
Nr. 5.10	Programmpunkt Weitere Projekte und Dienstleistungen F Zivilstandswesen Strategische Zielsetzungen Die Projekte zielen darauf ab, die Qualität der Dienstleistungen in der JPMD zu steigern, damit die hohen Erwartungen der Kundinnen und Kunden erfüllt werden können. Die Organisationsprojekte haben zum Ziel, schlanke Strukturen auf der Grundlage effizienter Abläufe zu erreichen. Dadurch soll die Bevölkerung möglichst einfach und kostengünstig Zugang zu den Dienstleistungen erhalten.		Amtsbericht 2008

Nr. 5.10.50	Einzelne Massnahme Überprüfung der Organisation des Zivilstandswesens Seit Juni 2004 sind alle Zivilstandsämter in der Schweiz an Infostar (= Informatisiertes Standesregister) angeschlossen. Je mehr Personen an Infostar angeschlossen sind, desto grösser ist der Effizienzgewinn. Der personelle Aufwand der sechs Zivilstandsämter im Kanton Basel-Landschaft wird sich mittelfristig verringern. Entsprechend sind die Strukturen und die Abläufe im Zivilstandswesen zu überprüfen. Seit April 2007 ist eine Arbeitsgruppe eingesetzt mit dem Auftrag, Vorschläge für eine neue Struktur der Zivilstandsämter auszuarbeiten. Führen die Erkenntnisse der Arbeitsgruppe zu einer Strukturänderung, ist die Revision des Zivilstandsdekrets einzuleiten.	Die nach bereits erfolgtem Abbau von Teilpensen überhaupt noch denkbaren Einsparungen durch Infostar werden durch zusätzlich vom Bund zugewiesene neue Aufgaben (Befragungen betr. Scheinehen, Erfassung von Fällen betr. ausländische Staatsangehörige) vollständig konsumiert. Von einer grundsätzlichen Neuorganisation und weiteren Reduktionen im Personalbestand wird daher abgesehen, um die Dienstleistungsqualität und die Kundennähe nicht zu gefährden. Die Arbeitsgruppe wurde infolgedessen nach sechs Sitzungen aufgelöst. Detailoptimierungen werden selbstverständlich auch weiterhin verfolgt. Dieser Entscheid bestätigt sich unterdessen als richtig, da im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Zwangsehen seitens des Bundes weitere Zusatzaufgaben für die Zivilstandsämter diskutiert werden. Eine Detailevaluation hinsichtlich der bereits bestehenden Zusatzbelastungen war indessen für 2008 nicht machbar, da sich eine Erschliessung und Auswertung der notwendigen Daten in elektronischer Form als unmöglich erwiesen hat. Daher kann der Programmpunkt noch nicht als erledigt abgeschrieben werden. Die Zivilstandsämter werden für 2009 die Anzahl und den Zeitaufwand für die Zusatzaufgaben manuell erheben. Grundsätzlich lässt sich allerdings schon jetzt feststellen, dass insbesondere der Mehraufwand für die Nachführung von Vorgängen ausländischer Staatsangehöriger in den nächsten Jahren stetig steigen wird; dies aufgrund der Tatsache, dass je mehr ausländische Personen in Infostar erfasst sind, desto mehr Aktualisierungen von deren Daten notwendig sind.
-------------	---	---

Nr. 5.10	Programmpunkt Weitere Projekte und Dienstleistungen G Diverses Strategische Zielsetzungen Die Projekte zielen darauf ab, die Qualität der Dienstleistungen in der JPMD zu steigern, damit die hohen Erwartungen der Kundinnen und Kunden erfüllt werden können. Die Organisationsprojekte haben zum Ziel, schlanke Strukturen auf der Grundlage effizienter Abläufe zu erreichen. Dadurch soll die Bevölkerung möglichst einfach und kostengünstig Zugang zu den Dienstleistungen erhalten.	Amtsbericht 2008
Nr. 5.10.60	Einzelne Massnahme Neuorganisation des Fundwesens und des Verwertungswesens In der zweiten Hälfte 2007 wird das neue kantonale Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch (ZGB) in Kraft treten. Darin werden auch das Fundwesen und das Verwertungswesen im Kanton neu geregelt. Bei der JPMD werden das kantonale Fundbüro und der Verwertungsdienst eingerichtet, die im ehemaligen Zeughaus an der Oristalstrasse 100 in Liestal untergebracht sein werden. Im Jahr 2008 werden die beiden neuen Dienste ihre Aufgaben nach der Einführungsphase vollumfänglich erfüllen können.	Fundbüro und Verwertungsdienst haben am 1. August 2007 ihren Betrieb aufgenommen. Die Abläufe mit den Polizeiposten und den Strafverfolgungsbehörden funktionieren gut. Alle Behörden arbeiten auf der neu geschaffenen gemeinsamen Datenbank. Für die Kundschaft werden Online-Dienstleistungen (Suche von Fundsachen, Erzeugung von Verlustmeldungen) angeboten. Bisher wurden sechs Ganten durchgeführt, die beim Publikum auf grosses Interesse gestossen sind.
Nr. 2.06 neu 5.11	Programmpunkt Familienfragen Strategische Zielsetzungen Die Ausarbeitung einer Leistungsvereinbarung zwischen dem Kanton und dem Baselbieter Bündnis für Familien, die Koordination von Querschnittsaufgaben, die Erstellung eines Familienberichtes und die Umsetzung eines Familienhandbuches stehen im Zentrum der Tätigkeiten.	Amtsbericht 2008
Nr. 2.06.06 neu 5.11 01	Einzelne Massnahme Baselbieter Bündnis für Familien Zwischen dem Kanton und dem Baselbieter Bündnis für Familien ist eine Leistungsvereinbarung auszuarbeiten. Die Mitwirkung im Baselbieter Bündnis für Familien durch die Fachstelle für Familienfragen ist im Rahmen der vereinbarten Leistungen und den budgetierten Geldern sicherzustellen. Planungsstand: Ab Januar 2008 Datum der Zielerreichung: 30. Juni 2008.	Die Vorbereitungen für die Leistungsvereinbarung wurden aufgenommen, nachdem sich der Vorstand des Bündnisses für Familien im Dezember 2008 unter dem Präsidium von Brigitte Bos, Stadtpräsidentin von Laufen, neu konstituiert hat. Auf Seiten des Bündnisses besteht nun ein Geschäftsorgan, mit dem die Sicherheitsdirektion im Frühling 2009 die Leistungsvereinbarung definitiv festlegen und abschliessen kann.

Nr. 2.06.07 neu 5.11 02	Kantonsinterne Koordinationssitzung Koordination möglicher Querschnittsaufgaben. Gedankenaustausch über laufende und geplante Geschäfte. Einmal jährlich eine Sitzung mit allen involvierten Stellen der kantonalen Verwaltung und auch externen Partnern. Planungsstand: Ab Januar 2008 Datum der Zielerreichung: 30. Juni 2008.		Aufgrund einer mehrmonatigen Erkrankung der ehemaligen Leiterin der Fachstelle konnte die Koordinationssitzung noch nicht stattfinden. Sie wird in der ersten Hälfte 2009 durchgeführt unter der Federführung der neuen Leiterin der Fachstelle für Familienfragen.
Nr. 2.06.08 neu 5.11 03	Familienbericht Für die Jahre 2008 und 2009 werden im Budget der Fachstelle für Familienfragen zwei Jahresthemen eingestellt für die Konzeption, die externe Erarbeitung und die Veröffentlichung eines Familienberichtes über die Situation der Familien im Kanton Basel-Landschaft. Planungsstand: Ab Januar 2008 Datum der Zielerreichung: 31. Oktober 2008.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.08 Mio. Fr.	Die Fachstelle für Familienfragen konnte die konzeptionellen Arbeiten (Definition Schwerpunkte, Inhalt) für den Familienbericht aufnehmen und durchführen. Die Erarbeitung des Familienberichtes erfolgt im Jahr 2009.
Nr. 2.06.09 neu 5.11 04	Familienhandbuch Laufende Umsetzung und Aufschaltung im Internet, letzteres in Koordination mit der Direktionsinformatik. Planungsstand: Ab Januar 2008 Datum der Zielerreichung: 31. Dezember 2008.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.01 Mio. Fr.	Die Redaktion des Handbuchs konnte abgeschlossen werden und im Frühling 2009 wird das elektronische Handbuch im Internet aufgeschaltet.

Teil 6 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD)

Text zu den Schwerpunkten und wichtigen Projekten der Direktion

Im Bildungsbereich stehen drei Projekte im Zentrum:

1. HarmoS

Die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS) ist ein prioritäres Projekt der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK). Für den Kanton Basel-Landschaft ergibt sich erheblicher Veränderungsbedarf. Gesamtschweizerisch einheitlich zu regeln sind das Schuleintrittsalter und die Schulpflicht, die Dauer und die Ziele der Bildungsstufen und deren Übergänge sowie die Anerkennung von Abschlüssen.

2. Bildungsraum Nordwestschweiz

Die Kantone Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Aargau und Solothurn unternehmen zusammen eine grosse Anstrengung, ihre verschiedenen Bildungssysteme im Rahmen der Umsetzung von HarmoS miteinander zu entwickeln und einander anzupassen.

3. Bildungsbericht 2007

Gemäss Bildungsgesetz nimmt der Regierungsrat aufgrund eines Berichtes alle vier Jahre zur Qualität der öffentlichen Schulen im Kanton Stellung. Der Bericht hat die Aufgabe, Rechenschaft über das Erreichte gegenüber Parlament und Öffentlichkeit abzulegen. Der Bildungsbericht 2007 soll eine informative Grundlage über den erreichten Stand der Entwicklung des Bildungswesens darstellen und Perspektiven aufzeigen. Er wird insbesondere genutzt für das Legislaturprogramm des Regierungsrates für die Jahre 2008 - 2011.

Im **Kulturbereich** ist das Kulturgesetz das bedeutungsvollste Projekt. Es regelt die Belange der zukünftigen Kunst- und Kulturförderung im Kanton Basel-Landschaft. Die Förderung und die Pflege von Kunst und Kultur besteht als generelle öffentliche Aufgabe in der Kantonsverfassung. Kanton und Gemeinden stehen in gemeinsamer Verantwortung. Angesichts der Tatsache, dass das urbane und damit kulturelle Zentrum der Region ausserhalb des Kantons Basel-Landschaft liegt, kommt dem Kanton Basel-Landschaft betreffend Förderung und Pflege von Kunst und Kultur eine besondere Rolle zu. Das Gesetz berücksichtigt die kulturpolitische Praxis des Kantons seit 1985 und integriert alle Handlungs- und Wirkungsfelder: Museen, Bibliotheken, Archäologie, zeitgenössische Kunst- und Kulturförderung.

Das ganze Jahr 2008 steht im Zeichen der **Fussball-Europameisterschaft Euro 08** in der Schweiz mit allen Vorrundenspielen der Schweizer Fussballnationalmannschaft im Stadion St. Jakob-Park in Basel. Unsere Region ist mit Sicherheit gut vorbereitet. Wenn das Feuer der Begeisterung auf die Bevölkerung überspringt, kann der Sommer 2008 zu einem unvergesslichen Ereignis werden, das unsere Region in der ganzen Welt bekannt macht.

Teil Bildung

Nr. 6.01	Programmpunkt Bildungswesen allgemein Strategische Zielsetzungen Konkordat obligatorische Schule (HarmoS) und Schaffung eines Bildungsraums Nordwestschweiz Die Harmonisierung und die Weiterentwicklung der obligatorischen Schule ist ein prioritäres Projekt der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK). Vorgesehen ist, dass das aufgrund der Vernehmlassungsergebnisse überarbeitete HarmoS-Konkordat 2007 gutgeheissen wird und die Kantone zum Beitritt eingeladen werden. Ergänzend dazu planen die Regierungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn eine gemeinsame und weitergehende Umsetzung des HarmoS-Konkordates.		Amtsbericht 2008 Den Entwurf der Landratsvorlage betreffend Harmonisierung im Bildungswesen hat der Regierungsrat mit Frist bis Ende Mai 2009 in die Vernehmlassung gegeben. Die Vorlage sieht den Beitritt des Kantons Basel-Landschaft zu drei Konkordaten vor: Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik (Konkordat Sonderpädagogik), Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat) und Staatsvertrag Bildungsraum Nordwestschweiz.
Nr. 6.01.01	Einzelne Massnahme Berufsauftrag für Lehrpersonen Der Berufsauftrag für Lehrpersonen wird zusammen mit den Sozialpartnern überprüft und dort, wo es nötig ist, angepasst.		Die neue Verordnung liegt vor und wird im Jahr 2009 durch den Regierungsrat zur Vernehmlassung bei den Gemeinden freigegeben. Das Vernehmlassungsverfahren wird voraussichtlich bis Mitte April 2009 dauern.
Nr. 6.01.04	Gesamtsprachenkonzept Der Landrat hat am 18. Januar 2007 den Regierungsrat beauftragt, das Gesamtsprachenkonzept der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) mit Französisch ab 3. Klasse der Primarschule und mit Englisch ab 5. Klasse der Primarschule umzusetzen und eine entsprechende Vorlage vorzubereiten. Vor allem die Weiterbildung der Lehrpersonen ist vorrangig in die Wege zu leiten. Verpflichtungskredit / Landratsvorlage Total: Fr. 513'000.- (Konto 2503) Total Weiterbildung Lehrpersonen: Fr. 4.4 Mio. Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.3 Mio. Budget 2008: Fr. 0.2 und 0.66 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.86 Mio. Fr. 2009: 0.66 Mio. Fr. 2010: 0.94 Mio. Fr. 2011: 0.94 Mio. Fr.	Der Entwurf der Vorlage sowie der erforderlichen Änderung der Stundentafeln der Primar- und der Sekundarschule wurden im Bildungsrat beraten. Das Konzept ist abgeschlossen, die Vernehmlassung wird ausgelöst.
Nr. 6.02	Programmpunkt Volksschule, Kindergarten, Primarschule, Sekundarstufe I		Amtsbericht 2008

Nr. 6.02.02	Einzelne Massnahme PISA 2006 Bei den Kompetenzmessungen zu PISA (Programme for International Student Assessment) wird geklärt, ob die Jugendlichen vorbereitet sind, sich den Herausforderungen des beruflichen Lebens und der demokratischen Institutionen zu stellen. Im dritten PISA-Zyklus mit dem Schwerpunkt Naturwissenschaften hat sich der Kanton Basel-Landschaft mit einer kantonal auswertbaren Stichprobe beteiligt. Im Jahre 2008 ist eine Publikation der Resultate vorgesehen.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.02 Mio. Fr.	Der Bericht "PISA 2006: Porträt des Kantons Basel-Landschaft" mit der kantonalen Auswertung der Ergebnisse wurde veröffentlicht.
Nr. 6.02.07	Umsetzung der Pensenpool-Regelung Spezielle Förderung Es ist beabsichtigt, eine Pensenpool-Regelung für die Ressourcensteuerung im Bereich der Speziellen Förderung an der Volksschule einzuführen. Eine über die veränderte Mittelsteuerung hinaus reichende Weiterentwicklung der Speziellen Förderung soll zusammen mit dem sonderpädagogischen Konzept beider Basel geplant und konzipiert werden.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.03 Mio. Fr.	Der Entwurf der Pensenpool-Regelung wurde fertig gestellt und im Bildungsrat beraten. Nach Abschluss der Vernehmlassung der Landratsvorlage über die Harmonisierung im Bildungswesen wird der Entwurf der Pensenpool-Regelung an die neuen gesetzlichen Vorgaben der Speziellen Förderung angepasst.
Nr. 6.02.09	Integrierte Begabungs- und Begabtenförderung Zusammen mit der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz baut die BKSD eine kantonale Plattform auf in Bezug auf die integrierte Begabungs- und Begabtenförderung für die gegenseitige Information, für den Erfahrungsaustausch sowie für den Wissenstransfer zwischen der Unterrichtspraxis und der Forschung und Entwicklung. Das Netzwerk wird nach der dreijährigen Aufbauphase von der Pädagogischen Hochschule übernommen und weiter betreut werden.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.04 Mio. Fr.	Zum Abschluss wurde eine Handreichung zur integrierten Begabungs- und Begabtenförderung entworfen.
Nr. 6.02.12	HarmoS: Schweizerische Bildungsstandards Das Projekt HarmoS unter der Federführung der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) definiert in den Bildungsbereichen Unterrichtssprache, Mathematik, Naturwissenschaften und Fremdsprachen Lernziele am Ende des 2., 6. und 9. Schuljahres. Das Vorhaben soll die inhaltliche Schulkoordination voranbringen und zur Qualitätsentwicklung der Volksschule beitragen.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.025 Mio. Fr.	Ein Entwurf der Bildungsstandards liegt als Grundlage für die Vernehmlassung im Hinblick auf die Beschlussfassung durch die Plenarkonferenz der EDK - voraussichtlich Mitte 2009 - vor. Innerhalb des Bildungsraums Nordwestschweiz wird diese Qualitätsentwicklung gemeinsam erarbeitet, erprobt, um anschliessend kantonsweise umgesetzt zu werden. Die Erfahrungen mit den Orientierungsarbeiten des Kantons Basel-Landschaft können gewinnbringend genutzt werden.

Nr. 6.02.13	Deutschschweizer Lehrplan Die Deutschschweizer Kantone sind übereingekommen, in Abstimmung mit den HarmoS-Bildungsstandards einen deutschschweizerischen Lehrplan für die Volksschule zu entwickeln. Der Lehrplan soll bis zum Jahr 2010 fertig gestellt werden. Die zuständigen Behörden entscheiden danach je einzeln über die kantonale Inkraftsetzung des Deutschschweizer Lehrplans.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.03 Mio. Fr.	Der Entwurf des Konzeptes wurde nach einer Konsultation bei den Projektpartnern bereinigt und kann in die Vernehmlassung gegeben werden. Die 21 Kantone wollen in Abstimmung mit HarmoS Bildungsstandards entwickeln, basierend auf dem gemeinsamen Lehrplan, der bis 2011 fertig gestellt werden soll.
Nr. 6.02.14	Basisstufe / Grundstufe Der Kanton Basel-Landschaft führt keine eigenen Schulversuche zur Basis- und Grundstufe durch, wirkt jedoch in der Projektkommission und weiteren Gremien unter der Federführung der Regionalkonferenz der Ostschweizer Bildungsdirektoren (EDK-Ost) mit. Vorgesehen ist, nach Abschluss der Schulversuche und gemeinsam mit den Nachbarkantonen Aargau, Basel-Stadt und Solothurn im Jahr 2008 die Weichen für den Schuleingangsbereich zu stellen.	Finanzielle Auswirkungen 2008: keine Mehrkosten	Das deutschschweizerische Projekt geht plan-gemäss voran. Der Vorschlag zur koordinierten Einführung der Basisstufe bildet Teil der Landratsvorlage zur Bildungsharmonisierung. Die "Vorlage Bildungsraum Nordwestschweiz" wurde am 15. Dezember 2008 in die Vernehmlassung gegeben.
Nr. 6.02.17	Instrumente zur Qualitätssicherung und -optimierung Unterstützung der Volksschulen und der Musikschulen bei der Einrichtung und Sicherung der internen Evaluation gemäss Bildungsgesetz §§ 60 und 61 www.IQES-online.net ist eine Internetplattform für den Wissensaustausch und die Web basierte Selbstevaluation der Unterrichts- und Schulqualität. Sie ermöglicht es den Schulen, ihre interne Evaluation auf wissenschaftlich fundierte Grundlagen aufzubauen, ohne selber die ganze Grundlagenarbeit leisten zu müssen. Gleichzeitig können die IQES-Instrumente auch in der externen Evaluation eingesetzt werden. Im wissenschaftlichen Beirat zu IQES sind international renommierte Forschungs- und Evaluationsfachpersonen vertreten. Eintrittsbeitrag für institutionelle Partner im IQES-Netzwerk und 1. Tranche Sammelabonnemente für Schulen (40).	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.1 Mio. Fr.	IQES-online konnte im Kalenderjahr 2008 noch nicht eingeführt werden. Gemäss Vorentscheid des Vorstehers der BKSD ist nun geplant, IQES-online den Sekundarschulen ab 2010 anzubieten (Kostenfolge für Abonnemente und Einführungs- und Vertiefungskurse: Fr. 39'000.- pro Jahr wiederkehrend). Gleichzeitig erwirbt das Amt für Volksschulen eine kantonale Lizenz für die Nutzung von IQES-online im Rahmen der externen Schulevaluation (Kostenfolge: Fr. 20'000.- wiederkehrend). Im Rahmen der Schulleitungskonferenz Kindergarten / Primarschule und der Konferenz der Baselbieter Schulratspräsidentinnen und -präsidenten wird das Amt für Volksschulen im 1. Quartal 2009 IQES vorstellen und den Gemeinden empfehlen, einen entsprechenden Abonnementsbetrag für ihre Schulen im Budget 2010 einzustellen.

Nr. 6.02.21	Umsetzung Disziplinarmassnahmen mit dem erweiterten Instrument von "TimeOut" Von der Schule ausgeschlossene Schülerinnen und Schüler sollen in einem Betreuungs- und Beschäftigungsprogramm während maximal acht Wochen im Jahr untergebracht werden. Die Massnahme soll zur Reintegration in die jeweilige Schulgemeinschaft führen.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.45 Mio. Fr.	Der Landrat hat anlässlich der Sitzung vom 10. Januar 2008 mit der Vorlage 2007 / 154 vom 19. Juni 2007 das Projekt "TimeOut" im Rahmen der Disziplinarmassnahmen ermöglicht. Das Amt für Volksschulen führt den Umsetzungsprozess. Bereits konnten Jugendliche der Sekundarschule ins "TimeOut" aufgenommen und erfolgreich wieder in den Schulalltag integriert werden. Für die Primarschulen wurde wegen der Finanzierung eine Vernehmlassung bei den Gemeinden vorgenommen.
Nr. 6.02.24	Einführung von Informationstechnologien (ICT) an der Primarschule als Unterrichtshilfe (2008 - 2013) Der Landrat hat den Regierungsrat mit Beschluss vom 23. Februar 2006 beauftragt, eine Vorlage an den Landrat über den Einsatz von Informationstechnologien an der Primarschule als Unterrichtshilfe auszuarbeiten. Mit der Vorlage wird ein Verpflichtungskredit zur Umsetzung dieses Beschlusses in der Höhe von 5 Mio. Franken, verteilt auf die Jahre 2008 bis 2013, beantragt. Mit diesem Verpflichtungskredit sollen alle Primarlehrpersonen verpflichtend fortgebildet werden und die Schulen und die Einwohnergemeinden als Trägerinnen der Primarschule bei der Einführung von ICT an der Primarschule als Unterrichtshilfe unterstützt werden. Verpflichtungskredit / Landratsvorlage Total: Fr. 5.0 Mio. (Konto 2503) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2008: Fr. 0.- (Verpflichtungskredit: 1.096 Mio.) Budget 2009: Fr. 1.0 Mio. Budget 2010: Fr. 1.0 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 1.096 Mio. Fr.	Mit der Vorlage 2008 / 019 vom 22. Januar 2008 haben der Regierungsrat und - mit der Revision des Stufenlehrplans der Primarschule - der Bildungsrat den Auftrag erfüllt. Der Landrat beschloss Nichteintreten.
Nr. 6.03	Programmpunkt Mittelschulen, Gymnasien, Sekundarstufe II		Amtsbericht 2008

Nr. 6.03.01	Einzelne Massnahme Fachmaturität Im Jahr 2007 schliesst der erste Jahrgang die Fachmaturitätsschule (FMS) mit dem Fachmittelschulausweis ab. Im ersten Semester 2007 / 2008 wird erstmals ein zentral geführter Vorbereitungskurs zum Erwerb der Fachmaturität Pädagogik angeboten, Abschluss Anfang 2008. 2008 werden auch die Fachmaturitäten der Berufsfelder Gesundheit, Soziales und Kunst erstmals abgeschlossen. Der Vorbereitungskurs für die Fachmaturität Pädagogik wird 2008 voraussichtlich an allen Baselbieter Gymnasien geführt.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.9 Mio. Fr.	Im Jahr 2007 hatte der erste Jahrgang die FMS mit der Fachmaturität abgeschlossen. Die zentral geführten Vorbereitungskurse zum Erwerb der Fachmaturität Pädagogik wurden bisher an zwei Standorten angeboten. Der Vorbereitungskurs für die Fachmaturität Pädagogik wird 2009 voraussichtlich an allen Baselbieter Gymnasien geführt.
Nr. 6.05	Programmpunkt Jugendhilfe Strategische Zielsetzungen Der Kanton entwickelt in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den beteiligten privaten Organisationen ein kantonales Leitbild Kinder- und Jugendhilfe. In einem ersten Schritt werden die Grundlagen erarbeitet und der Auftrag geklärt.	Amtsbericht 2008	
Nr. 6.05.03	Einzelne Massnahme Leitbild Jugendhilfe Es wird eine Studie in Auftrag gegeben, die folgende Fragen behandeln soll: - Mögliche Themen und Schwerpunkte eines kantonalen Leitbildes "Kinder- und Jugendhilfe", - Vorschläge zur Verbesserung der Zuständigkeiten in der Kinder- und Jugendhilfe innerhalb der kantonalen Verwaltung, - Zusammenarbeitsformen in der Kinder- und Jugendhilfe zwischen Kanton und Gemeinden unter Einbezug privater Anbieter. Zur Vorbereitung und Begleitung der Studie wird eine Projektgruppe eingesetzt, bestehend aus Vertretungen der betroffenen Direktionen und der Gemeinden, vertreten durch den Verband Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG).	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.040 Mio. Fr.	Die notwendige Koordination zwischen den beteiligten Direktionen SID, VGD und BKSD, im Besonderen die Abstimmung des Auftrages mit Projekten der Gesundheitsförderung, wurde im Laufe des Jahres gemacht. Der Auftrag wurde Ende 2008 von der Regierung erteilt. Die Ablieferung eines ersten Berichtes ist auf Ende 2009 vorgesehen.

Nr. 6.06	Programmpunkt Behindertenhilfe Strategische Zielsetzungen Der Kanton übernimmt auf den 1. Januar 2008 die umfassende Verantwortung für die Wohnheime, Tagesstätten und Werkstätten der Behindertenhilfe nach dem Rückzug der IV gemäss den Beschlüssen zur NFA. Die bisherigen Leistungen der IV werden durch den Kanton gesichert. Das Konzept "Behindertenhilfe", das gemeinsam mit dem Kanton Basel-Stadt erarbeitet wird, wird fertig gestellt und in die Vernehmlassung gegeben.		Amtsbericht 2008 Die Übernahme der Verantwortung in der Behindertenhilfe durch den Kanton ist erfolgt. Die Konzeptarbeiten laufen, die bisherigen Leistungen wurden sichergestellt und mit allen Leistungserbringern werden die vorgesehenen Instrumente gemäss Vereinbarungen eingesetzt.
Nr. 6.06.02	Einzelne Massnahme Konzept Behindertenhilfe Der Entwurf des gemeinsamen Konzeptes Behindertenhilfe BL / BS wird für die Vernehmlassung fertig gestellt. Nach der Vernehmlassung erfolgt die Bereinigung und die Verabschiedung durch die Regierungen zur Genehmigung durch den Bundesrat.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.03 Mio. Fr.	Die Fertigstellung des Konzeptentwurfes hat sich leicht verzögert. Mit ein Grund ist der Wechsel der Zuständigkeit in Basel-Stadt. Im Frühjahr 2009 soll der Entwurf in die Anhörung gehen. Im Herbst 2009 wollen die beiden Regierungen das Konzept Behindertenhilfe dem Bundesrat zur Genehmigung einreichen. Parallel dazu werden die Umsetzungsinstrumente weiter geplant und flankierende Massnahmen und Schnittstellenklärungen erarbeitet.
Nr. 6.06.07	Umsetzung der Leistungsvereinbarungen Die neuen Leistungsvereinbarungen mit den Einrichtungen der Behindertenhilfe werden ab 1. Januar 2008 umgesetzt. Insbesondere werden die Controllinginstrumente entwickelt. Die Vereinbarungen sichern die Übernahme bisheriger Leistungen zusammen mit den Kostenübernahmegarantien im Rahmen der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen. Finanzielle Auswirkungen: Nettoaufwand durch die Übernahme bisheriger Leistungen der IV.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 46.7 Mio.Fr.	Für sämtliche Aufenthalte in Behinderteneinrichtungen sind die Kostenübernahmegarantien geregelt. Die Leistungsvereinbarungen sind umgesetzt. Das erstmals 2009 fällig werdende Leistungscontrolling in Verbindung mit dem Wahrnehmen der Aufsichtsfunktion ist vorbereitet.

Nr. 6.09	Programmpunkt Berufsbildung / Berufsberatung (Berufsfachschulen) Strategische Zielsetzungen Es ist das Ziel, einerseits möglichst allen Jugendlichen einen Abschluss auf der Sekundarstufe II zu ermöglichen und andererseits in der Berufsbildung attraktive Ausbildungen mit vielfältigen Weiterentwicklungsmöglichkeiten anzubieten. Seit dem 1. Januar 2004 ist das neue Berufsbildungsgesetz in Kraft. Aus diesem Grund müssen alle Ausbildungsreglemente (neu: Bildungsverordnungen) aller Berufe überarbeitet werden. Die Umsetzung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt. Bei der Umsetzung müssen die Lehrbetriebe sauber informiert und begleitet werden, damit die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe nicht sinkt.	Amtsbericht 2008	
Nr. 6.09.05	Einzelne Massnahme Stärkung der dualen Berufslehre (Umsetzung des neuen eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes) Die Umsetzung der neuen Bildungsverordnungen erfolgt in enger Zusammenarbeit mit Verbänden, den Berufsfachschulen und dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung. Bei der Umsetzung ist einerseits darauf zu achten, dass auch weniger anspruchsvolle Ausbildungsmöglichkeiten angeboten werden (Attestausbildungen) und andererseits sollen schulisch starke und leistungsfähige Jugendliche attraktive Ausbildungen im Rahmen einer Berufslehre absolvieren können. Die höhere Beteiligung des Bundes dürfte die durch die neuen Bildungsverordnungen entstehenden Kosten ausgleichen. Verpflichtungskredit / Landratsvorlage in Vorbereitung.		Bis zum Jahr 2008 wurden die neuen Bildungsverordnungen in rund 56 Berufen mit Schulungsort in den Kantonen BS und BL umgesetzt. Die Einführung der neuen Verordnungen erfolgte in enger Zusammenarbeit mit den Verbänden und den Berufsfachschulen. Im Jahr 2008 sind rund 2000 Lehrverträge abgeschlossen worden. Im Jahr 2008 sind gesamthaft rund 7 Prozent mehr Lehrverträge abgeschlossen worden als im Jahr 2006 (2006: 1866; 2007: 1910; 2008: 2000; Stichtag Mitte Dezember).
Nr. 6.09.07	Umsetzung des Berichtes IIZ / Case-Management zu Gunsten arbeitsloser Jugendlicher Pro Jahrgang fallen gemäss einer Untersuchung rund 100 Jugendliche aus dem Bildungssystem. Diese Jugendlichen absolvieren keine Ausbildung auf der Sekundarstufe II und sind von Arbeitslosigkeit bedroht. Solche Jugendlichen sollen früh erfasst, begleitet und zu einem Abschluss auf der Sekundarstufe II geführt und gecoacht werden. Gemeinsam erarbeiten das Amt für Volksschulen, das Sozialamt, das KIGA und das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung entsprechende Strategien, Instrumente und Massnahmen (Interinstitutionelle Zusammenarbeit IIZ).	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.8 Mio. Fr.	Der Landrat hat dem Projekt BWB (Berufsweg-Bereitung) zugestimmt. Bei diesem Projekt sollen Jugendliche, die gefährdet sind, keine Lehrstelle zu finden oder die Lehre abzubrechen, früh erfasst und begleitet und gecoacht werden. Das vom Landrat genehmigte und vom KIGA, Sozialamt, Amt für Volksschulen und Amt für Berufsbildung und Berufsberatung ausgearbeitete Konzept startet im Sommer 2009.

Nr. 6.09.08	Nachholbildung / Validation Das neue Berufsbildungsgesetz ermöglicht einerseits, das eidgenössische Fähigkeitszeugnis nach einer gewissen Anzahl Jahren in der Praxis nachzuholen (Nachholbildung) und andererseits können informell erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten bei der Prüfung angerechnet werden. Diese Möglichkeit ergibt neue Ausbildungswege und höhere Flexibilität beim Erreichen eines Lehrabschlusses. Im Jahr 2008 sollen entsprechende Instrumente erprobt werden.		Das Projekt "Nachholbildung / Validation" wird gemeinsam von den vier Kantonen AG, BS, SO und BL entwickelt. Es muss insbesondere ein Eingangsportal für Interessierte definiert werden. Im Jahr 2008 haben 225 Erwachsene einen Abschluss getätigt; weitere 454 Personen befinden sich dazu im Prozess (Nachholen des Lehrabschlusses, Art. 31 und 32 BBG), dies insbesondere in den Bereichen Gesundheit, KV und Logistik.
Nr. 6.10	Programmpunkt Tertiäre Bildung (Fachhochschule, Universität) Strategische Zielsetzungen Der Kanton Basel-Landschaft verfolgt die Vision eines Hochschulraums Nordwestschweiz. Damit soll die Wissensbildung besser vernetzt werden und die Innovationskette durch eine enge Kooperation zwischen der Universität Basel, der Fachhochschule Nordwestschweiz und den Forschungsinstituten der Region gestärkt werden. Die Schwerpunktbildung in den Life Sciences soll den Know-how-Transfer zu den hier ansässigen Firmen unterstützen, neue Firmen anziehen und damit den Wirtschaftsstandort stärken.		Amtsbericht 2008
Nr. 6.10.04	Einzelne Massnahme Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) Die im vierkantonalen Leistungsauftrag 2006 - 2008 formulierten Leistungsziele und Entwicklungsschwerpunkte sollen umgesetzt werden. Die Musikhochschule und die Schola cantorum der Musikakademie der Stadt Basel werden in die FHNW integriert. Der neue Leistungsauftrag 2009 - 2011 wird erarbeitet und den Parlamenten der vier Vertragskantone unterbreitet.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 4 Mio. Fr.	Zur Umsetzung der Leistungsziele 2006 - 2008 der FHNW wird dem Landrat in einer separaten Vorlage nach Abschluss der Jahresrechnung berichtet. Die Integration der Musikhochschulen ist erfolgt. Der neue Leistungsauftrag 2009 - 2011 (LRV Nr. 2008 / 186) wurde vom Landrat am 30. Oktober 2008 genehmigt.
Nr. 6.10.05	Universität Basel Die im bikantonalen Leistungsauftrag 2007 - 2009 formulierten Ziele und Entwicklungsschwerpunkte sollen umgesetzt werden. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB Total: Fr. 393.7 Mio. (Konto 2539.361.30) Budget 2007: Fr. 127.5 Mio. Budget 2008: Fr. 131.6 Mio. Budget 2009: Fr. 134.6 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 4.1 Mio. Fr.	Zur Umsetzung der Leistungsziele 2007 - 2009 der Universität wird dem Landrat in einer separaten Vorlage nach Abschluss der Jahresrechnung berichtet. Den Parlamenten der Kantone BS und BL wird ein Projektierungskredit für ein neues Life Sciences Gebäude auf dem Schällemätteli in Basel beantragt (LRV Nr. 2008 / 267). Die Ausarbeitung des neuen Leistungsauftrags 2010 - 2013 wurde in Angriff genommen.

Nr. 6.10.07	FHNW: Planung Neubau Fachbereiche Pädagogik, Soziale Arbeit und Life Sciences in MuttENZ Projekt der BUD (siehe Nr. 4.04.02).		Unter der Federführung des ARP wurde ein Testplanungsverfahren gestartet (vgl. Berichterstattung der BUD).
Nr. 6.10.08	FHNW: Angliederung Institut für Spezielle Psychologie und Pädagogik (ISP) an die FHNW Das ISP wird an der FHNW mit einem bikantonalen Leistungsauftrag BL / BS geführt. Die Ausbildungen in Schulischer Heilpädagogik, Logopädie und Psychomotoriktherapie sind der Pädagogischen Hochschule der FHNW zugeordnet. Die Integration in den vierkantonalen Leistungsauftrag der FHNW und damit die Erweiterung der Trägerschaft per 1. Januar 2009 werden vorbereitet.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 1.422 Mio. Fr.	Die volle Integration in die FHNW ist plangemäss per 1. Januar 2009 erfolgt. Der Studiengang in Psychomotorik-Therapie wird am Standort Basel letztmals durchgeführt (Abschluss 2010). Eine engere Zusammenarbeit mit der Hochschule für Heilpädagogik (HfH) in Zürich ist in Vorbereitung.
Nr. 6.10.14	Universität Basel: Erweiterung der Trägerschaft Die Verhandlungen für die Erweiterungen der Trägerschaft der Universität Basel müssen vorbereitet werden.		Erste Gespräche sind im Rahmen des Bildungsraums Nordwestschweiz aufgenommen worden.
Nr. 6.10.15	Forschungszentrum für Polytronics (CSEM) In MuttENZ wird ein Forschungszentrum für Polytronics aufgebaut. Verpflichtungskredit / Landratsvorlage in Vorbereitung.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 3 Mio. Fr.	Die Landratsvorlage ist ausgearbeitet (LRV Nr. 2008 / 350).
Nr. 6.11	Programmpunkt Quartäre Bildung / Erwachsenenbildung Strategische Zielsetzungen Die Konsolidierung des quartären Bereichs wird durch die Umsetzung konkreter Massnahmen des Konzeptes Weiterbildung Baselland gefördert. Mittels Kampagnen und Anlässen wird die Bevölkerung zu gesellschaftsrelevanten Themen informiert. Zur Unterstützung, Begleitung und Umsetzungssteuerung bildungspolitischer Entscheide konzipiert, koordiniert und bietet die Fachstelle Weiterbildungsangebote für die Lehrpersonen des Kantons Basel-Landschaft an.		Amtsbericht 2008 Die Fachstelle für Erwachsenenbildung hat Weiterbildungskonzepte für folgende Bildungsthemen erarbeitet: Einführung ICT Primar, Einführung Frühfremdsprachen, HarmoS und Bildungsraum NWCH. Im eigenen Angebot gab es 2008 1000 Anmeldungen mehr als im Vorjahr. Für das Programm 2009 wurde eine neue Kooperationsform mit dem Personalamt BL eingegangen.
Nr. 6.11.04	Einzelne Massnahme Weiterbildung Lehrpersonen Deutsch als Zweitsprache und Heilpädagogik Die Lehrpersonen in Deutsch als Zweitsprache und Heilpädagogik sollen nach einem neuen Konzept in Zusammenarbeit mit der FHNW ausgebildet werden.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.08 Mio. Fr.	Das Konzept wurde in einer Arbeitsgruppe erarbeitet. Die Entscheide über das weitere Vorgehen stehen noch aus.

Nr. 6.11.05	Kampagne "Stark durch Erziehung" Förderung und Unterstützung von Erziehungsarbeit und Erziehenden durch entsprechende Förderstrategien und die direktionsübergreifende Organisation und Koordination der schweizweiten Kampagne "Stark durch Erziehung".	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.1 Mio. Fr.	Die Fachstelle hat die Aktivitäten der Kampagne koordiniert und unterstützt und hat selbst zwei Foren zur Vernetzung für Dienststellen der kantonalen Verwaltung BL, Institutionen, Vereine und Fachpersonen, die sich mit dem Thema Erziehung beschäftigen, organisiert. Im Rahmen des Schweizerischen Lernfestivals hat sie mit dem "Tag des Horizontes" (13. September 2008) den Akteuren der Kampagne eine Plattform zur Verfügung gestellt, an der sie der Bevölkerung ihre Angebote präsentieren und so zum Thema sensibilisieren konnten.
Nr. 6.11.06	Illetrismus Eine Kampagne zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und zur Motivation der Lernenden soll lanciert und umgesetzt werden. Das Angebot zur Förderung der Grundkompetenzen von Erwachsenen wird bedarfsgerecht erweitert und das Teilprojekt der Volkshochschule beider Basel im Projekt der FHNW und der Universität Bern "Illetrismus und neue Technologien" unterstützt.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.06 Mio. Fr.	Leider wurde der Start der schweizweiten Kampagne bis auf weiteres verschoben. Die Fachstelle unterstützte aber aufgrund der wichtigen Thematik die Angebote der "aprentas" finanziell. Eine finanzielle Unterstützung der Angebote der Volkshochschule beider Basel war erfreulicherweise nicht nötig, da die Ausgaben durch die Teilnehmendenbeiträge gedeckt werden konnten.

Teil Kultur

Nr. 6.12	Programmpunkt Römerstadt Augusta Raurica Strategische Zielsetzungen Infrastrukturelle Massnahmen, um eine zeitgemässe Sicherung und Erschliessung des kantonalen kulturellen Erbes zu gewährleisten. Diese beinhalten den Unterhalt des mit 18 Mio. Franken restaurierten Römischen Theaters in Augst, aber auch die digitale Datenlangzeitsicherung.	Amtsbericht 2008 Ausser dem Theaterunterhalt mussten alle Vorhaben zurückgestellt werden.
Nr. 6.12.02	Einzelne Massnahme Erarbeitung Kantonalen Nutzungsplan Umsetzung Archäologiestesetz, Schaffung einer archäologischen Schutzzone. Definition des Areals des Freilichtmuseums (in Zusammenarbeit mit dem Amt für Raumplanung und der Gemeinde Augst).	Der Kantonale Nutzungsplan wurde bis zum LRB Salina Raurica zurückgestellt. Das Amt für Raumplanung wird unter der neuen Leitung die Federführung übernehmen.

Nr. 6.12.03	Visualisierung des Archäologischen Zentrums Nachdem die diesbezüglichen Planungen des Hochbauamtes seit drei Jahren abgeschlossen sind, soll ein Minimalprogramm mit dem laufenden Budget umgesetzt werden. Ziel ist es, dass die Besuchenden auch dort die römischen Monumente und Stadtstrukturen im Gelände "lesen" können, wo keine Ruinen zu sehen sind.		Erneut zurückgestellt, weil ohne Beschlüsse zu Salina Raurica und zum Nutzungsplan keine Rechtsgrundlage vorhanden ist. Die Visualisierung des römischen Forums ist im Programm: wissenschaftliche Grundlagen 2009 / 2010, Umsetzung im Gelände ab 2011.
Nr. 6.12.12	Restaurierung und Vermittlung Amphitheater Das Amphitheater ist letztmals 1987 restauriert worden. Heute macht die Anlage einen schäbigen Eindruck, der einst weisse Verputz ist schwarz verfleckt, die Sickeranlagen sind verstopft usw. Das Denkmal und seine Vermittlung vor Ort müssen gründlich überholt werden.		Realisiert und im Frühjahr 2008 erfolgreich eingeweiht.
Nr. 6.12.13	Sanierung Tempelstützmauer Schönbühl Unter der neun Meter hohen römischen Stützmauer nehmen jährlich 200 Schulklassen am Brot-Workshop teil. Deren Restaurierung liegt 60 Jahre zurück. Ganze Mauerschaleenteile sind lose. Die Sanierung ist dringend und bei Aufschub der Sanierungsarbeiten droht Einsturzgefahr. Die Besuchersicherheit hat erste Priorität. Wegen der hohen Kosten (ca. 1 Mio. Franken) ist eine Landratsvorlage in Vorbereitung auf Frühling 2008. Realisierung ab 2009.		Der Verpflichtungskredit wurde vom Landrat bewilligt, die Vorbereitungen laufen, das Hochbauamt ist auftragsgemäss eingebunden. Realisierung 2009.
Nr. 6.12.14	Digitale Daten-Langzeitsicherung Seit über 15 Jahren ist erkennbar, wie die alten Grabungsfotos an Farbe verlieren. Sie müssen gescannt werden, um wenigstens den Ist-Zustand zu retten. Die entsprechenden Daten sollen - mit vielen anderen wissenschaftlichen Datenbankinformationen - in Absprache mit dem Staatsarchiv gesichert werden (= Werterhaltung grosser Investitionen).	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.04 Mio. Fr.	Die Vorbereitungen laufen, Fortsetzung der Foto-Digitalisierung 2009ff. Für die Langzeitsicherung der Daten wird das kantonale Informatik-Projekt "Ablage- und Archivierungsstrategie Basel-Landschaft" abgewartet.
Nr. 6.12.15	Unterhalt des Römischen Theaters Angesichts der zu erwartenden Frequenzen im renovierten und wiedereröffneten Theater (Besucher, Touristen, Publikum) werden die Anforderungen betreffend konservatorischen Unterhaltes des Theaters stark sein. Die 18-Millionen-Franken-Investition zur Gesamtanierung soll im Wert erhalten werden.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.1 Mio. Fr.	Die Mittel zur Beauftragung Dritter für den konservatorischen Unterhalt des Theatermoments wurden eingesetzt. Wegen wechselnder Regiepersonen und des Know-how-Verlustes wäre eine Lösung mit eigenem Personal (1 Vollzeitstelle, kostenneutral) ideal.

Nr. 6.13	Programmpunkt Kantonsmuseum / Archäologie Strategische Zielsetzungen Sanierung der kantonseigenen Homburg und zeitgemässe Erhaltung und Erschliessung des kantonalen kulturellen Erbes.		Amtsbericht 2008
Nr. 6.13.04	Einzelne Massnahme Burgen und Ruinen (Sanierung) Die Frage der Sanierungen und des Unterhaltes der Burgen im Besitz von Gemeinden, Bürgergemeinden und Privaten darf nicht nur einzeln betrachtet werden, sondern muss vom Kanton mit einem Konzept angegangen werden. Sanierung der kantonseigenen Homburg gemäss Landratsvorlage zum Umgang mit und zur Sanierung von Ruinen (in Vorbereitung). Verpflichtungskredit / Landratsvorlage in Vorbereitung.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 1.8 Mio. Fr.	Die Arbeiten auf der Homburg haben begonnen, die erste Etappe ist abgeschlossen.
Nr. 6.13.07	Datenbank IMDAS Das integrierte Datenbankprojekt IMDAS wird in allen Abteilungen der Hauptabteilung eingeführt. Es wird die Abläufe entscheidend optimieren und die Effizienz in allen Bereichen steigern.	Finanzielle Auswirkungen 2008: Im Rahmen des Budgets Direktions-Informatik	Abschliessende Arbeiten / Überprüfung und gegebenenfalls Optimierung konnten noch nicht ganz abgeschlossen werden und dauern bis zum Sommer 2009 (technische Mängel).
Nr. 6.13.08	Sammlungen des Kantonsmuseums Konzentration der Sammlungen und Schaffung zentraler Depoträume, welche den Anforderungen an das unterschiedliche Sammlungsgut genügen.	Finanzielle Auswirkungen 2008: Budget Hochbauamt	Unter der Leitung des HBA wurde die Landratsvorlage vorbereitet, die einen neuen Standort mit neuer Überbauung für Sammlungsräumlichkeiten als Projekt skizzieren.
Nr. 6.13.09	Auswertungen Grabungen Die Auswertung ausgewählter Grabungen (vor allem Füllinsdorf - Altenberg, Reinach - Mausacker und Langenbruck - Dürstel) wird in Zusammenarbeit mit verschiedenen Universitäten vorangetrieben.	Finanzielle Auswirkungen 2008: Im Rahmen des Budgets	Die Bearbeitung der TIO Knochenfunde von Füllinsdorf - Altenberg ist abgeschlossen. Für Reinach - Mausacker wurde ein Projekt zur Auswertung der archäobotanischen Proben gestartet. Die Bearbeitung der Schadenfunde von Langenbruck - Dürstel steht vor dem Abschluss.

Nr. 6.13.10	Museumsgebäude Behindertengerechter Umbau einschliesslich Modernisierung der Haustechnik (Licht, Strom, Lüftung).	Finanzielle Auswirkungen 2008: Budget Hochbauamt	Die Landratsvorlage der BUD wurde vom Regierungsrat überwiesen (Nr. 2008 / 196). Sollte der Landrat zustimmen, kann bereits im Sommer 2009 mit den Arbeiten begonnen werden.
Nr. 6.13.12	Infrastrukturelle Massnahmen in Form von Sach- als auch Personalkosten Für eine zeitgemässe Erhaltung der Sammlungen und eine Erschliessung archäologischer Funde müssen die Sach- als auch die Personalkosten angepasst werden. Gründe sind einerseits der anhaltende Bauboom der letzten Jahre mit entsprechendem Anstieg an Notgrabungen der Archäologie. Andererseits muss zur Vorbeugung weiterer Schäden und zur Sicherung der kantonalen Schwerpunktsammlungen der Personalbestand angepasst werden.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.6 Mio. Fr.	Ein Entwurf für eine Landratsvorlage liegt vor.
Nr. 6.14	Programmpunkt Kantonsbibliothek		Amtsbericht 2008
Nr. 6.14.02	Einzelne Massnahme Einführung des Bibliothekspasses Nordwestschweiz Der Trägerverein setzt den geplanten Bibliothekspass im Jahr 2008 in Betrieb und die Kantonsbibliothek nimmt daran teil.		Wegen des Ausstiegs der Basler Bibliotheken konnte das Projekt nicht realisiert werden. Es wird ein modifiziertes Projekt angestrebt.
Nr. 6.15	Programmpunkt Kulturförderung Strategische Zielsetzungen 1. Bespielung des Römischen Theaters in Augusta Raurica und 2. Verabschiedung des Kultugesetzes.		Amtsbericht 2008
Nr. 6.15.04	Einzelne Massnahme Bespielung Römisches Theater in Augusta Raurica Fortsetzung der Bespielung des Römischen Theaters gemäss dem vom Regierungsrat genehmigten Konzept im Rahmen der Probephase 2007 - 2010. Vorbereitung einer Landratsvorlage für die Bespielung des Römischen Theaters für die Jahre 2009 und 2010.	Finanzielle Auswirkungen 2008: Lotteriefonds	Die zweite Spielzeit konnte sowohl künstlerisch als auch finanziell mit einigen guten Erfolgen sowie gutem Publikumszuspruch realisiert werden. Höhepunkt war die Produktion "Carmina burana" des Theaters Basel. Die für die weitere Bespielung nötige Vorlage für einen Verpflichtungskredit wird dem Landrat im 1. Quartal 2009 vorgelegt.

Nr. 6.15.05	Kultur / Partnerschaftsverhandlungen Fortsetzung der Vorbereitungen für eine gemeinsame Finanzierung des Theaters Basel als zentralörtliche Kulturleistung in Basel-Stadt unter Einbezug der Gemeinden ab 2011 im Rahmen der Partnerschaftsverhandlungen.		Die Partnerschaftsverhandlungen im Bereich Kultur konzentrierten sich hauptsächlich auf die Evaluation von Abgeltungsmodellen zur Finanzierung des Theaters Basel ab dem Jahr 2011. Der Regierungsrat hat im November 2008 Eckwerte für ein zukünftiges Engagement beschlossen. Verhandlungsergebnisse liegen noch nicht vor.
Nr. 6.15.06	Kulturgesetz Die Behandlung der Vorlage für ein neues Kulturgesetz ist für die erste Hälfte des Jahres 2008 vorgesehen.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.025 Mio. Fr.	Das vom Regierungsrat im Sommer 2008 bewilligte Vernehmlassungsverfahren für ein neues Kulturgesetz konnte im Herbst rechtzeitig abgeschlossen werden. Der Entwurf des Regierungsrates fand - entgegen der regionalen Medienberichterstattung - generell eine gute Aufnahme. Die Landratsvorlage ist für das 1. Quartal 2009 vorgesehen.
Nr. 6.15.07	Perspektiven zeitgenössischer Kunst- und Kulturförderung 2008 - 2011 Wie für die Jahre 2002 - 2005 soll ein nach prioritären Kriterien verfasster Projektplan 2008 - 2011 die inhaltlichen, die infrastrukturellen und die programmlichen Aktivitäten im Bereich der zeitgenössischen Kunst- und Kulturförderung publiziert werden. Darin sind auch die Strukturen und die finanziellen Auswirkungen enthalten.		Dieser Perspektivenbericht wurde wegen anderweitiger Prioritäten noch nicht verfasst. Trotzdem konnten einige dazugehörige Vorarbeiten abgeschlossen werden. So wurde das neue Fördermodell für den Fachbereich Tanz und Theater BS / BL in Kraft gesetzt. Dazu gehörten auch der Abschluss einer Vereinbarung über die gemeinsamen Fachausschüsse im Bereich der projektorientierten Förderung mit dem Kanton Basel-Stadt und die dazugehörigen Wahlen.

Teil Sport

Nr. 6.16	Programmpunkt Sport Strategische Zielsetzungen Euro 2008 Basel Nach mehrjähriger Vorbereitungszeit wird vom 7. bis 29. Juni 2008 die UEFA Euro 2008 stattfinden. Sechs Spiele werden im St. Jakob-Park zur Austragung gelangen. Nebst der Gewährleistung von Sicherheit und Verkehr wird das Augenmerk auf die Standortförderung und Imagewerbung gelegt. Konzept für Bewegung und Sport Das Konzept definiert die Bewegungs- und die Sportpolitik im Kanton Basel-Landschaft. Kantonales Sportanlagen-Konzept (KASAK 2) Das KASAK ist ein Planungs- und ein Koordinationsinstrument der kantonalen Sportanlagenpolitik. Die Erstellung oder die Sanierung von Sportanlagen von überkommunaler oder kantonaler Bedeutung kann mit Kantonsbeiträgen unterstützt werden.	Amtsbericht 2008	
Nr. 6.16.01	Einzelne Massnahme Konzept für Bewegung und Sport Das Konzept für Bewegung und Sport beinhaltet gezielte Massnahmen in sechs verschiedenen Bereichen, primär für bisher Bewegungs-inaktive, diverse Aktivitäten im Schulsport sowie Pilotversuche von lokalen Bewegungs- und Sportnetzen. Im ersten Halbjahr 2008 stehen Bewegungs- und Sportprojekte im Zusammenhang mit der UEFA Euro 2008 im Mittelpunkt. In der zweiten Jahreshälfte verlagert sich das Schwergewicht auf die Bewegungsförderung und die Bewegungserziehung in der Schule, insbesondere auf die Sicherstellung der Qualität, gemäss der Erklärung der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz vom 28. Oktober 2005. Landratsvorlage 2005 / 020; 2005 / 020a Verpflichtungskredit LRB Nr. 1356 vom 22. September 2005 Total: Fr. 1.12 Mio. für die Jahre 2006 - 2009 (Konto 2590.317.90) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 0.1 Mio. Budget 2007: Fr. 0.28 Mio. Budget 2008: Fr. 0.35 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.07 Mio. Fr.	Der Massnahmenkatalog zur Umsetzung des Konzeptes für Bewegung und Sport beinhaltet zahlreiche grössere und kleinere Projekte. Diese konnten viele Baselbieterinnen und Baselbieter zu Bewegungsaktivitäten animieren. Im Zentrum standen das Sport- und Bewegungsprogramm im 9. Stadion Liestal / Bubendorf. Während 22 Tagen organisierte das Sportamt 20 verschiedene Events, an welchen total 4'500 Personen aktiv mitgemacht haben. Eine repräsentative Bevölkerungsbefragung zum Sportverhalten und zu den Sportbedürfnissen der Bevölkerung 2008 ergab erfreuliche Fakten. 80 Prozent der Baselbieterinnen und Baselbieter im Alter von 15 bis 74 Jahren treiben zumindest ab und zu Sport. Weitere Massnahmen waren der Abschluss des Projektes "Euro bewegt", die Lancierung von lokalen Bewegungs- und Sportnetzen in Binningen und Liestal, die Entwicklung einer Sporttest-Datenbank oder die Herausgabe einer Broschüre "Fit und zwäg" mit vielen Tipps für regelmässige Bewegungsaktivitäten.

Nr. 6.16.03	Kantonales Sportanlagen-Konzept (KASAK 2) Das KASAK sieht Kantonsbeiträge an Sanierungen oder Neubauten von Sportanlagen von überkommunaler oder kantonaler Bedeutung vor. Nebst der Erstellung von weiteren Kunstrasenspielfeldern sind verschiedene weitere Sportanlagenprojekte angekündigt worden, davon einige Sanierungsmassnahmen von Hallen- und Freibädern.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 3.2 Mio. Fr.	Die Fachkommission KASAK hatte eine Rekordzahl von Gesuchen zur Unterstützung aus dem Verpflichtungskredit KASAK 2 zu beurteilen. Grossmehrheitlich handelte es sich um Kunstrasenspielfelder und Sanierungsmassnahmen von Hallen- und Freibädern. Der Regierungsrat leistete an sechs Sportanlagenprojekte Kantonsbeiträge. Zwei Gesuche wurden abgelehnt. Einige Projekte konnten noch nicht abschliessend beurteilt werden. Die Fachkommission KASAK ist mit der Erstellung einer Vorlage KASAK 3 beauftragt worden.
Nr. 6.16.07	Euro 2008 Basel Nach mehrjähriger Projektierungs- und Planungsarbeit gelangt im Juni 2008 die UEFA Euro 2008 mit sechs Spielen in Basel zur Austragung. Eine bikantonale Projektorganisation sorgt für die Organisation der Bereiche Sicherheit, Verkehr, ÖV / Umwelt und Standortmarketing. Die Region Basel soll eine gute Gastgeberin der Euro 2008 in Basel sein.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 1.31 Mio. Fr.	Dank minutiöser Planungsarbeiten in allen Bereichen und dank des grossen Engagements aller Beteiligten konnte die UEFA Euro 2008TM ohne grössere Probleme durchgeführt werden. Die Host City Basel war eine ausgezeichnete Gastgeberin. Eine Studie belegt, dass der Bekanntheitsgrad der Region Basel durch die Euro 08 gestiegen ist. Die Sicherheit war zu jedem Zeitpunkt gewährleistet. Dank des Grosseinsatzes des Öffentlichen Verkehrs konnte das Verkehrsaufkommen problemlos bewältigt werden. Unter den Erwartungen fiel der Besucherinnen- und Besucher- aufmarsch in der Public-Viewing-Zone "9. Stadion Liestal / Bubendorf" aus. Der Schlussbericht und die Gesamtabrechnung der Host City Basel liegen vor. Das vom Landrat bewilligte Budget wurde nicht vollständig beansprucht. Allerdings verzeichnete das "9. Stadion Liestal / Bubendorf" ein Defizit.

Teil 7 Landeskanzlei (LaKa)

Text zu den Schwerpunkten und wichtigen Projekten der Landeskanzlei

Die Herausforderungen unserer Zeit an den Staat lassen sich nur bewältigen, wenn Regierung und Parlament möglichst optimal zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit, die jeder Behörde ihren Verantwortungsbereich und ihren Entscheidungsspielraum belässt, braucht Koordination. Für diese Aufgabe ist die Landeskanzlei prädestiniert, weil sie als zentrale Stabstelle die rechtlichen und die politischen Zusammenhänge und Spielregeln kennt und gute Verbindungen zum Parlament und seinen Organen einerseits und zur Regierung und Verwaltung andererseits hat.

Mit einer sinnvollen Koordination und Kooperation sollen Synergien ermöglicht, Leerläufe verhindert, das gegenseitige Vertrauen gefördert und die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen optimal ausgenutzt werden.

Die Vorbereitung und die Durchführung der kantonalen Wahlen und Abstimmungen sowie die organisatorische Unterstützung des Landrates und des Regierungsrates in ihren zahlreichen Repräsentationsverpflichtungen sind weitere Kernaufgaben der Landeskanzlei.

Nr. 7.01	Programmpunkt Parlamentsdienste Strategische Zielsetzungen Die Landeskanzlei unterstützt die Arbeit des Landrates optimal, indem sie wirkungsvolle, den Bedürfnissen des Parlamentes und seiner Organe entsprechende Dienstleistungen erbringt.		Amtsbericht 2008
Nr. 7.01.04	Einzelne Massnahme Ersatz der Tonbildschau über den Landrat Die vor rund 20 Jahren kreierte und vor einigen Jahren geringfügig modifizierte Tonbildschau über den Landrat wirkt beim jungen Publikum heute etwas verstaubt. Es soll - aufbauend auf dem bisherigen Produkt - eine neue Präsentation zur Arbeit des Landrates geschaffen werden, welche den zumeist jugendlichen Besucherinnen und Besuchern des Landrates mit Freude gezeigt werden kann.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.100 Mio. Fr. (Konto 1005.319.10)	Die Vereinbarung über die Produktion eines Kurzfilms auf DVD und einer ergänzenden CD-Rom zu Unterrichtszwecken ist im Oktober 2008 abgeschlossen worden. Eine erste Skizze zu einem Drehbuch liegt der begleitenden Arbeitsgruppe vor.
Nr. 7.02	Programmpunkt E-Government / Publikationen Strategische Zielsetzungen Unter Electronic Government wird die Abwicklung geschäftlicher Prozesse im Zusammenhang mit Redigieren und Verwalten durch Informations- und Kommunikationstechniken über elektronische Medien verstanden. Die Chancen und die Risiken von E-Government sollen im Kanton Basel-Landschaft weiterhin durch vertiefte Zusammenarbeit mit dem Bund und den Gemeinden sowie durch die sorgfältige Prüfung und die Realisierung von neuen, Kunden orientierten Anwendungen optimiert werden.		Amtsbericht 2008
Nr. 7.02.01	Einzelne Massnahme Weiterführung von www.ch.ch Die Mitarbeit am zentralen Internet-Portal www.ch.ch wird weitergeführt. Die nationale Internet-Einstiegsseite www.ch.ch soll Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Behörden einen einfachen, Themen orientierten Zugriff auf das Online-Angebot der Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden verschaffen.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.022 Mio. Fr. (Konto 2005.318.81)	Erfüllt.

Nr. 7.02.03	Erneuerung des Internet-Auftritts von www.bl.ch Der kantonale Internet-Auftritt besticht durch seine Vollständigkeit, durch sein einfaches, schnörkelloses Erscheinungsbild und durch seine Kostengünstigkeit. Er findet gute Bewertungen in Vergleichen mit Internet-Auftritten anderer Anbieter. Verschiedene Optimierungen sind - auch aufgrund des technologischen Fortschritts - möglich geworden. Nach einer eingehenden Bestandesanalyse sollen systematisch verschiedene Änderungen vorgenommen werden, welche die Nützlichkeit des kantonalen Internet-Auftritts erhöhen und die Spitzenposition des kantonalen Web-Angebotes sichern.	Finanzielle Auswirkungen 2008: im Nachtragskredit zum Budget 2007 0.105 Mio. Fr. (Konto 2005.310.40)	Die Landeskanzlei hat in Zusammenarbeit mit den ZID und einer externen Firma (CS2, Sissach) die Homepage des Kantons in eine technisch neue Umgebung eingebaut und das Erscheinungsbild sowie die Navigation total überarbeitet. Die Reaktionen auf den Relaunch fielen durchwegs positiv aus.
Nr. 7.03	Programmpunkt Archivierung Strategische Zielsetzungen Im Interesse der Rechtssicherheit, des Schutzes der Grundrechte, der rationellen Verwaltungsführung und der Forschung soll die Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns auch unter den neuen Anforderungen der Informationsgesellschaft sichergestellt werden.		Amtsbericht 2008
Nr. 7.03.02	Einzelne Massnahme Abschluss des Projektes Um- und Ausbau des Staatsarchivs Fertigstellung im Jahr 2007. Verbesserung der Raumqualität und der Platzverhältnisse im Staatsarchiv. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB vom 10. Juni 2004 Total: Fr. 15'360'000.- (Konto 2320.503.30-226) (Verpflchtungskredit 2002 / 1504 Fr. 630'000.- und 2004 / 643 Fr. 14'730'000.-) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 8'155'471.55 Budget 2007: Fr. 5'400'000.- Budget 2008: Fr. 300'000.-		Die neuen Räumlichkeiten wurden im Jahr 2008 alle definitiv bezogen. Das Gebäude erweist sich als sehr funktional. Einige "Kinderkrankheiten" der Haustechnik konnten behoben werden. Die besondere architektonische Qualität des Gebäudes fand Anerkennung in einer speziellen Erwähnung im Rahmen der Auszeichnung Guter Bauten der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft 2002 - 2008.
Nr. 7.03.03	Ablösung des Archivinformationssystems DACHS Das neue Archivinformationssystem wird voll implementiert. Dank interaktiver Internet- und Intranetzugänge unterstützt es die Archiv bezogenen Arbeitsabläufe und ermöglicht elektronische Transaktionen zwischen dem Staatsarchiv und den Dienststellen. Damit ist eine wesentliche Grundlage geschaffen für die elektronische Archivierung.		Im Frühling 2008 löste das neue Archiv-informationssystem Star mit einer einjährigen Verspätung das alte System DACHS ab. Die Datenmigration erwies sich als aufwendiger als angenommen. Das Resultat ist aber bezüglich Datenqualität und Datenerfassung sehr befriedigend. Die Projektverzögerung führt nun zu einer weiteren Verzögerung beim Ausbau der inter-aktiven Anwendung im Internet.

Nr. 7.03.04	Erschliessungsprojekt "Kantonale Unterlagen 1950 - 1983" Mit dem Erschliessungsprojekt "Kantonale Unterlagen 1950 - 1983" soll die letzte grössere Erschliessungslücke bei den kantonalen Archivbeständen geschlossen werden.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.060 Mio. Fr. (Konto 2006.301.90)	Die Erschliessungslücke bei den Verwaltungsunterlagen der 50er bis 70er Jahre wird kontinuierlich abgebaut. Die Ressourcen mussten aber teilweise auch für die sehr umfangreichen Ablieferungen eingesetzt werden.
Nr. 7.03.05	Auflösung aller Nebenarchive Auflösung aller Nebenarchive und Konzentration der Archivalien im Hauptgebäude. Systematischer Abbau der Ablieferungsrückstände in den Dienststellen (Ziel für das Jahr 2010: Sämtliche archivpflichtigen Unterlagen bis 2000 befinden sich im Staatsarchiv).		Sämtliche Archivbestände, die während des Umbaus ausgelagert werden mussten, befinden sich seit März 2008 in den erneuerten Magazinen unter optimalen Klima- und Sicherheitsbedingungen. Der Abbau der Ablieferungsrückstände ist bereits in vollem Gang. 2008 wurden 580 Laufmeter Akten übernommen (2007: 170).
Nr. 7.04	Programmpunkt Regionale Zusammenarbeit Strategische Zielsetzungen Die regionale Zusammenarbeit gewinnt in vielen Bereichen an Bedeutung. Die Landeskanzlei vernetzt und unterstützt den Geschäftsverkehr zwischen den beteiligten politischen Behörden. Im Vordergrund stehen die Beziehungen zu Basel-Stadt, die Beziehungen zu den Mitgliedern der Nordwestschweizer Regierungskonferenz und die Beziehungen zu den französischen und deutschen Gebietskörperschaften der Oberrheinischen Regierungskonferenz.		Amtsbericht 2008

Nr. 7.04.03	Einzelne Massnahme Vorbereitung der Beteiligung an der Europäischen territorialen Kooperation Für die Förderperiode 2008 - 2013 wurde das bisherige Interreg-Programm zu einem eigenständigen Ziel innerhalb der Kohäsions- und Strukturpolitik der EU aufgewertet ("Europäische territoriale Zusammenarbeit (EtZ)"). Die EtZ soll zur Erreichung der Ziele der Lissabon- und Göteborg-Strategien beitragen: Investitionen sollen auf Wissen, auf Forschungs- und Innovationskapazitäten, auf eine bessere allgemeine und berufliche Bildung sowie auf eine nachhaltige Entwicklung abzielen. Der Kanton Basel-Landschaft hat sich in Zusammenarbeit mit seinen regionalen Partnern (insbesondere Basel-Stadt, Aargau, Solothurn, Jura) seit 1991 an den Interreg-Programmen beteiligt. Es geht nun darum, im grenzübergreifenden Bereich eine Landratsvorlage für die angemessene Beteiligung des Kantons Basel-Landschaft an der EtZ zu entwerfen.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.340 Mio. Fr. (Konto 2005.367.00)	Ziel erreicht. Bereits befinden sich erste Projekte in der Umsetzungsphase.
Nr. 7.04.04	Vorbereitung der Beteiligung am Trinationalen Eurodistrict Basel Die Eurodistrict-Initiative wurde aufgrund von Diskussionen in der Nachbarschaftskonferenz anfangs 2005 in der Trinationalen Agglomeration Basel aufgenommen. Der Eurodistrict ist ein politischer Appell zu einer intensivierten Form der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Im Vordergrund steht die stärkere Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene. Es geht darum, eine angemessene Beteiligung des Kantons Basel-Landschaft und vor allem seiner Gemeinden an der weiteren Entwicklung zu ermöglichen.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.100 Mio. Fr. (Konto 2005.361.30)	Ziel erreicht. Der Einbezug der Gemeinden soll noch optimiert werden.
Nr. 7.04.05	Ausbau des Sekretariates der Nordwestschweizer Regierungskonferenz Die Regierungen der Kantone Bern, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Jura haben beschlossen, das Sekretariat der Nordwestschweizer Regierungskonferenz zu verstärken. Sie werden ihre finanziellen Beiträge erhöhen. Die Sekretariatsaufgaben sollen weiterhin von der Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft wahrgenommen werden. Es geht darum, die Grundsatzbeschlüsse der Plenarkonferenz vom 8. Juni 2007 in konkrete Massnahmen umzusetzen.	Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.150 Mio. Fr. (Schwerpunkt auf Konto 2005.301.20)	Ziel erreicht. Nach einer Einführungsphase hat das verstärkte Konferenzsekretariat seit dem 1. Juni 2008 die Grundlagenarbeit für eine Stärkung der Nordwestschweizer Regierungskonferenz erheblich ausgebaut.

Nr. 7.05	Programmpunkt Volkswahlen und Volksabstimmungen Strategische Zielsetzungen Die Landeskanzlei nimmt eine zentrale Rolle ein bei der Vorbereitung und der Durchführung von Volkswahlen und Volksabstimmungen.	Amtsbericht 2008
Nr. 7.05.03	Einzelne Massnahme Unterstützung der Gemeinden bei der Durchführung der Gesamterneuerungswahlen 2008 Die Gemeinden führen die Gesamterneuerungswahlen durch. Aufgrund der kürzlich erfolgten Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte haben die Gemeinden für die Durchführung der kommunalen Wahlen eine erhöhte Autonomie erhalten. Die Gemeinden sind bei der Durchführung der Gesamterneuerungswahlen 2008 zu unterstützen.	Die Landeskanzlei wurde im Vorfeld der Wahlen von vielen Gemeinden telefonisch kontaktiert. Von der Ausschreibung bis zur Erhaltung der Resultate gab es einige Probleme, die aber alle gelöst werden konnten. Für die Gemeindewahlen 2012 wird die Landeskanzlei einen Kurs für die in den Gemeinden Verantwortlichen anbieten.

Teil 8 Antrag

Der Regierungsrat ersucht den Landrat um Prüfung und Genehmigung des Amtsberichtes 2008 des Regierungsrates.

Liestal, 27. Januar 2009

Im Namen des Regierungsrates:

Der Präsident: Adrian Ballmer

Der Landschreiber: Walter Mundschin

Beilagen: Anhang 1: Anfragen aus dem Landrat und Aufträge des Landrates

 Anhang 2: Initiativen (Stand der Bearbeitung)

Anhang 1: Anfragen aus dem Landrat und Aufträge des Landrates

1 Anfragen aus dem Landrat

Der Regierungsrat hat im Jahr 2008 die folgenden Vorstösse im Landrat mündlich oder schriftlich beantwortet.

1.1 Interpellationen

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2007/109	Interpellation von Ruedi Brassel vom 10. Mai 2007: Verlegung Amphibienschutzgebiet. Schriftliche Antwort vom 30. Oktober 2007	erledigt	10/01/2008
2008/022	Interpellation von Ruedi Brassel vom 24. Januar 2008: Konzessionen für Lokalradios	beantwortet	24/01/2008
2007/050	Interpellation von Daniel Wenk vom 8. März 2007: Verordnung über die Massnahmen zur Reduktion der Feinstaubbelastung in der Luft bei austauscharmen Wetterlagen (SMOG-Verordnung). Schriftliche Antwort vom 24. April 2007	erledigt	24/01/2008
2007/137	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 7. Juni 2007: Mandate von Regierungsräten und Kadermitgliedern der Kantonalen Verwaltung. Schriftliche Antwort vom 15. Januar 2008	erledigt	24/01/2008
2007/075	Interpellation von Georges Thüring vom 22. März 2007: Übernahme Sekundarschulbauten / Grösse der zukünftigen Standorte. Schriftliche Antwort vom 16. Oktober 2007	erledigt	24/01/2008
2007/310	Interpellation der SVP-Fraktion vom 12. Dezember 2007: Unternehmenssteuerreform II. Schriftliche Antwort vom 4. März 2008	erledigt	13/03/2008
2007/167	Interpellation der Grünen-Fraktion vom 21. Juni 2007: Auswahlverfahren bei der Besetzung des Bankrates. Schriftliche Antwort vom 25. September 2007	erledigt	13/03/2008
2007/146	Interpellation der SP-Fraktion vom 14. Juni 2007: Massive Mehrkosten bei der H2. Schriftliche Antwort vom 29. Januar 2008	erledigt	24/04/2008
2007/149	Interpellation von Rolf Richterich vom 14. Juni 2007: "Stau auf der kantonalen Autobahn H18 zwischen dem Eggfluetunnel und dem Anschluss Reinach Süd infolge Neuregelung". Schriftliche Antwort vom 18. September 2007	erledigt	24/04/2008
2008/103	Interpellation von Urs Hintermann vom 24. April 2008: Unzumutbare Belastung der Bevölkerung durch Fluglärm	beantwortet	24/04/2008
2007/150	Interpellation von Rolf Richterich vom 14. Juni 2007: Radioempfang in Strassentunnels. Schriftliche Antwort vom 15. Januar 2008	erledigt	24/04/2008

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2007/135	Interpellation von Martin Rüegg vom 7. Juni 2007: Was hat die Staufachstelle gebracht? Schriftliche Antwort vom 15. April 2008	erledigt	08/05/2008
2007/147	Interpellation von Eric Nussbaumer vom 14. Juni 2007: Anerkennung der Berufsmaturität für die Studienzulassung an der FH. Schriftliche Antwort vom 29. Januar 2008	erledigt	08/05/2008
2007/148	Interpellation von Eric Nussbaumer vom 14. Juni 2007: Zulassungsbeschränkungen an der FHNW. Schriftliche Antwort vom 29. Januar 2008	erledigt	08/05/2008
2007/258	Interpellation von Bea Fünfschilling vom 18. Oktober 2007: Fremdsprachen-Lehrmittel an der Sekundarstufe I in den beiden Halbkantonen	beantwortet	08/05/2008
2007/275	Interpellation von Marianne Hollinger vom 1. November 2007: Kindesentführung -Alarmsystem auch in der Schweiz?. Schriftliche Antwort vom 15. April 2008	erledigt	08/05/2008
2007/276	Interpellation von Klaus Kirchmayr vom 1. November 2007: Risiken des Lastwagen - Transitverkehrs. Schriftliche Antwort vom 1. April 2008	erledigt	08/05/2008
2007/236	Interpellation von Rolf Richterich vom 20. September 2007: Vertraulichkeit von Kommissionsprotokollen. Schriftliche Antwort vom 4. Dezember 2007	erledigt	08/05/2008
2007/311	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 12. Dezember 2007: Konzept BA-Studiengang 2008, Hochschule für Soziale Arbeit Basel FHNWCH	beantwortet	08/05/2008
2008/029	Interpellation von Bea Fuchs vom 24. Januar 2008: Schutz einer Person, die in ihrer körperlichen Unversehrtheit bedroht wird. Schriftliche Antwort vom 22. April 2008	erledigt	08/05/2008
2007/208	Interpellation von Hanspeter Frey vom 6. September 2007: Parkraumbewirtschaftung im Kanton Basel-Stadt. Schriftliche Antwort vom 30. Oktober 2007	erledigt	22/05/2008
2008/131	Interpellation von Marianne Hollinger vom 22. Mai 2008: Mittagstisch an Sekundarschulen	beantwortet	22/05/2008
2007/257	Interpellation von Dieter Schenk vom 18. Oktober 2007: Korruptionsprävention auf kantonaler Ebene. Schriftliche Antwort vom 26. Februar 2008	erledigt	22/05/2008
2007/212	Interpellation von Madeleine Göschke vom 6. September 2007: Experimental- und Frachtflüge über dicht besiedeltem Gebiet. Schriftliche Antwort vom 26. Februar 2008	erledigt	22/05/2008
2007/312	Interpellation von Klaus Kirchmayr vom 12. Dezember 2007: Verkehrssicherheit auf Fussgängerstreifen. Schriftliche Antwort vom 15. April 2008	erledigt	22/05/2008
2008/043	Interpellation von Ruedi Brassel vom 21. Februar 2008: Nicht-Auszahlung von Prämienverbilligungen. Schriftliche Antwort vom 15. April 2008	erledigt	22/05/2008

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2007/207	Interpellation von Hanspeter Frey vom 6. September 2007: Flughafen Basel-Mulhouse: Sicherheit. Schriftliche Antwort vom 26. Februar 2008	erledigt	22/05/2008
2007/259	Interpellation von Christine Gorrengourt vom 18. Oktober 2007: Beratung bei Sanierung der Heizungs- und Warmwassererzeugungsanlage mit erneuerbaren Energien. Schriftliche Antwort vom 11. Dezember 2007	erledigt	22/05/2008
2007/255	Interpellation von Urs Hintermann vom 18. Oktober 2007: Wo sind die versprochenen GAP-Millionen?. Schriftliche Antwort vom 22. Januar 2008	erledigt	22/05/2008
2008/013	Interpellation von Christa Oestreich vom 10. Januar 2008: Wie kundenfreundlich ist unsere Steuerverwaltung Abteilung Steuereinzug?. Schriftliche Antwort vom 4. März 2008	erledigt	22/05/2008
2007/210	Interpellation der FDP-Fraktion vom 6. September 2007: Ist die Qualität unserer Spitäler ein Problem?	beantwortet	05/06/2008
2008/151	Interpellation von Elisabeth Augstburger vom 5. Juni 2008: Sozialhilfestopp für einen schwerstkranken Asylbewerber	beantwortet	05/06/2008
2007/139	Interpellation von Urs Hammel vom 7. Juni 2007: Der gläserne Patient. Schriftliche Antwort vom 13. November 2007	erledigt	05/06/2008
2008/150	Interpellation von Georges Thüning vom 5. Juni 2008: Neubau der Messe Basel	beantwortet	05/06/2008
2007/211	Interpellation der FDP-Fraktion vom 6. September 2007: Zulassungsstopp für Arztpraxen eine Erfolgsgeschichte?. Schriftliche Antwort vom 13. November 2007	erledigt	05/06/2008
2008/152	Interpellation von Thomi Jourdan vom 5. Juni 2008: Mittagstisch an den Sekundarschulen	beantwortet	05/06/2008
2008/153	Interpellation von Philipp Schoch vom 5. Juni 2008: Flugzug-Halt Pratteln	beantwortet	05/06/2008
2007/136	Interpellation von Thomas de Courten vom 7. Juni 2007: Volksinitiative "Bildungsvielfalt für alle"	beantwortet	11/09/2008
2008/173	Interpellation der SP-Fraktion vom 19. Juni 2008: Verfassungsauftrag, Geographiekenntnisse, Radien und Radiologie. Schriftliche Antwort vom 2. September 2008	erledigt	25/09/2008
2006/104	Interpellation der SVP-Fraktion vom 6. April 2006: Private zu dumm für Motorfahrzeugprüfungen?. Schriftliche Antwort vom 18. Juli 2006	erledigt	25/09/2008
2008/096	Interpellation von Georges Thüning vom 10. April 2008: Ausdehnung und Änderung der MFP-Prüfungsintervalle und der Abgaswartung bei Fahrzeugen. Schriftliche Antwort vom 19. August 2008	erledigt	25/09/2008
2007/206	Interpellation von Hannes Schweizer vom 6. September 2007: Massnahmen gegen Feuerbrand. Schriftliche Antwort vom 6. November 2007	erledigt	16/10/2008
2008/249	Interpellation von Georges Thüning vom 16. Oktober 2008: Auswirkungen der weltweiten Finanzmarktkrise	beantwortet	16/10/2008

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2007/256	Interpellation von Paul Wenger vom 18. Oktober 2007: Wurde bei der Erteilung der Bewilligung zur Durchführung der Freizeit- und (Breiten)- Sportveranstaltung "1. slow Up Basel-Dreiland" vom Sonntag, 16. September 2007 geltendes Recht verletzt?. Schriftliche Antwort vom 8. Januar 2008	erledigt	16/10/2008
2008/015	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 10. Januar 2008: Grenzwertüberschreitung von Chemikalien im Trinkwasser. Schriftliche Antwort vom 27. Mai 2008	erledigt	16/10/2008
2007/298	Interpellation von Regula Meschberger vom 29. November 2007: "Fakten, Ereignisse, Erinnerungen", Bau- und Umweltschutzdirektion 1994 - 2007	beantwortet	16/10/2008
2008/042	Interpellation von Daniela Gaugler vom 21. Februar 2008: Verlust von Arzt- oder Spitalakten. Schriftliche Antwort vom 27. Mai 2008	erledigt	16/10/2008
2008/112	Interpellation von Klaus Kirchmayr vom 24. April 2008: Auswirkungen der Aufhebung der Eignungsprüfungen für die LehrerInnen-Ausbildung an der FHNW. Schriftliche Antwort vom 21. Oktober 2008	erledigt	30/10/2008
2008/014	Interpellation von Birgitta Rebsamen vom 10. Januar 2008: Anbinden von behinderten Menschen in Heimen. Schriftliche Antwort vom 10. Juni 2008	erledigt	30/10/2008
2008/073	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 13. März 2008: Ungereimtheiten an der Landschule Rösental. Schriftliche Antwort vom 21. Oktober 2008	erledigt	30/10/2008
2008/072	Interpellation der Grünen-Fraktion vom 13. März 2008: Assistenzbudget	beantwortet	30/10/2008
2008/071	Interpellation von Daniela Schneeberger vom 13. März 2008: Verkehrsführung bei der Schwarzen Brücke Richtung Thürnen. Schriftliche Antwort vom 19. August 2008	erledigt	30/10/2008
2008/044	Interpellation von Rosmarie Vögelin vom 21. Februar 2008: Menschenhandel Sensibilisierung der Bevölkerung. Schriftliche Antwort vom 19. August 2008	erledigt	30/10/2008
2008/023	Interpellation von Georges Thüning vom 24. Januar 2008: "Theater beider Basel"	beantwortet	30/10/2008
2008/111	Interpellation von Klaus Kirchmayr vom 24. April 2008: LehrerInnenmangel an der Sekundarschule. Schriftliche Antwort vom 19. August 2008	erledigt	30/10/2008
2007/237	Interpellation von Siro Imber vom 20. September 2007: Behandlung Vorstoss 2001/163: Öffentlichkeitsprinzip. Schriftliche Antwort vom 8. Juli 2008	erledigt	30/10/2008
2008/301	Interpellation der SP-Fraktion vom 13. November 2008: Wann senkt die BLKB ihre Hypothekarzinsen?	beantwortet	13/11/2008
2008/142	Interpellation von Klaus Kirchmayr vom 22. Mai 2008: Bedeutung von Postulaten im Landrat. Schriftliche Antwort vom 26. August 2008	erledigt	13/11/2008
2008/140	Interpellation von Kaspar Birkhäuser vom 22. Mai 2008: Kosten für Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht. Schriftliche Antwort vom 28. Oktober 2008	erledigt	27/11/2008

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2008/174	Interpellation von Urs Hess vom 19. Juni 2008: Polycom, eine teure Verschlechterung?. Schriftliche Antwort vom 16. September 2008	erledigt	27/11/2008
2008/175	Interpellation von Christoph Frommherz vom 19. Juni 2008: Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung und Umweltbildung im Lehrplan der Sekundarstufe 1	beantwortet	27/11/2008
2008/125	Interpellation von Christine Mangold vom 8. Mai 2008: Umsetzung KASAK II: Fragwürdige Subventionsentscheide des Regierungsrates	beantwortet	27/11/2008
2008/138	Interpellation von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 22. Mai 2008: Vergabep Praxis der Lotteriefondsgelder. Schriftliche Antwort vom 18. November 2008	erledigt	27/11/2008
2008/231	Interpellation der Grünen-Fraktion vom 25. September 2008: Gefährlicher Wachbefehl: Waffe durchladen. Schriftliche Antwort vom 28. Oktober 2008	erledigt	27/11/2008
2008/030	Interpellation von Madeleine Göschke vom 24. Januar 2008: Regierungsrätliches Schweigen zur geplanten Atommülldeponie in der Region. Schriftliche Antwort vom 18. November 2008	beantwortet	27/11/2008
2008/202	Interpellation von Judith van der Merwe vom 11. September 2008: Darf ein Kantonsbeitrag aus KASAK wettbewerbsverzerrend sein?	beantwortet	27/11/2008
2008/097	Interpellation von Simon Trinkler vom 10. April 2008: Stand der Umsetzung von Cleaner Production im Kanton Baselland. Schriftliche Antwort vom 4. November 2008	erledigt	11/12/2008
2008/110	Interpellation von Mirjam Würth vom 24. April 2008: Was geschieht mit der Abteilung Natur und Landschaft?. Schriftliche Antwort vom 2. Dezember 2008	erledigt	11/12/2008
2008/120	Interpellation von Daniel Münger vom 8. Mai 2008: Vernehmlassung des Kanton Basel-Landschaft zur Totalrevision der Postgesetzgebung. Schriftliche Antwort vom 10. Juni 2008	erledigt	11/12/2008
2008/216	Interpellation von Karl Willmann vom 11. September 2008: 175 Jahre Basel-Landschaft: Ist die bürgerlich dominierte Regierung heimatmüde?. Schriftliche Antwort vom 18. November 2008	erledigt	11/12/2008
2008/258	Interpellation von Daniela Schneeberger vom 16. Oktober 2008: Verdreifachung der Vermögenssteuer für KMU-Inhaber. Schriftliche Antwort vom 18. November 2008	erledigt	11/12/2008

1.2 Schriftliche Anfragen

G-Nr.	Geschäftstitel	Antwort
2007/260	Schriftliche Anfrage von Eric Nussbaumer vom 18. Oktober 2007: Finanzielle Unterstützung von Lobbyorganisationen	29/01/2008

G-Nr.	Geschäftstitel	Antwort
2008/161	Schriftliche Anfrage von Siro Imber vom 5. Juni 2008: Nutzung der Ost-West-Piste am Euroairport	21/10/2008
2008/263	Schriftliche Anfrage von Jürg Degen vom 16. Oktober 2008: "Katastrophaler" Fahrplan im Homburgertal auf der S9.	16/12/2008

1.3 Unbeantwortete Schriftliche Anfragen

Keine

1.4 Mündliche Anfragen (Fragestunde)

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2008/018	Bericht der Landeskanzlei vom 22. Januar 2008: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 24. Januar 2008	alle Fragen (3) beantwortet	24/01/2008
2008/056	Bericht der Landeskanzlei vom 11. März 2008: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 13. März 2008	alle Fragen (9) beantwortet	13/03/2008
2008/085	Bericht der Landeskanzlei vom 8. April 2008: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 10. April 2008	alle Fragen (2) beantwortet	10/04/2008
2008/118	Bericht der Landeskanzlei vom 6. Mai 2008: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 8. Mai 2008	alle Fragen (1) beantwortet	08/05/2008
2008/146	Bericht der Landeskanzlei vom 3. Juni 2008: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 5. Juni 2008	alle Fragen (6) beantwortet	05/06/2008
2008/226	Bericht der Landeskanzlei vom 23. September 2008: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 25. September 2008	alle Fragen (9) beantwortet	25/09/2008
2008/271	Bericht der Landeskanzlei vom 28. Oktober 2008: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 30. Oktober 2008	alle Fragen (3) beantwortet	30/10/2008
2008/312	Bericht der Landeskanzlei vom 25. November 2008: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 27. November 2008	alle Fragen (2) beantwortet	27/11/2008

2 Aufträge des Landrates

2.1 Im Jahr 2008 abgeschriebene Aufträge

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2004/256	Postulat von Georges Thüning vom 14. Oktober 2004: Das Laufental braucht seine Rastplätze!	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	10/01/2008 03/02/2005	2007/035
2006/015	Postulat von Regula Meschberger vom 12. Januar 2006: Ausstiegshilfen für jugendliche Konsumierende von Kinderpornografie	abgeschrieben; überwiesen	10/01/2008 02/11/2006	2007/190
2004/206	Motion von Etienne Morel vom 9. September 2004: Kurzfristiger Ausschluss von Schülerinnen und Schüler	abgeschrieben; überwiesen	10/01/2008 11/11/2004	2007/154
2006/172	Postulat von Rudolf Keller vom 22. Juni 2006: Handy-Verbot an den Baselbieter Schulen	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	10/01/2008 02/11/2006	2007/154
2002/033	Postulat von Urs Baumann vom 7. Februar 2002: Vermeidung von unliebsamen Überraschungen bei Institutionen mit Globalbudget	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	24/01/2008 14/11/2002	2007/219
2006/063	Motion von Ivo Corvini vom 23. Februar 2006: Verfahrensvereinigung mit Gebührenreduktion im Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsverfahren	abgeschrieben; überwiesen	24/01/2008 18/05/2006	2007/153
2003/282	Postulat von Elisabeth Schneider vom 13. November 2003: Beschwerderecht der Gemeinden im verwaltungs- und verfassungsgerichtlichen Verfahren	abgeschrieben; überwiesen	24/01/2008 22/01/2004	2007/129
2003/192	Postulat von Röbi Ziegler vom 4. September 2003: In Würde sterben - auch im Spital!	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	21/02/2008 01/04/2004	2007/294
2001/130	Motion von Esther Aeschlimann vom 10. Mai 2001: Änderung des Gesundheitsgesetzes / Absatz E. Medizinische Hilfsberufe	abgeschrieben; überwiesen	21/02/2008 29/11/2001	2007/151
2006/288	Postulat von Robert Ziegler vom 16. November 2006: Berufliche Integration	abgeschrieben; überwiesen	21/02/2008 15/02/2007	2007/264

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
1991/279	Postulat von Annemarie Spinnler vom 11. Dezember 1991: Ausarbeitung einer Strassenrechnung von Kanton und Gemeinden	abgeschrieben; überwiesen	21/02/2008 01/06/1992	2007/265
2006/206	Postulat der Petitionskommission vom 7. September 2006: Schaffung eines Berufsbildungsfonds	abgeschrieben; überwiesen	13/03/2008 19/10/2006	2008/005
2002/003	Postulat von Peter Zwick vom 10. Januar 2002: Ausgeglichenere Verteilung der Gemeindebeiträge an die ungedeckten Kosten des öffentlichen Verkehrs	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	10/04/2008 17/10/2002	2007/180
2003/313	Motion von Remo Franz vom 10. Dezember 2003: Personalstopp	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	10/04/2008 22/04/2004	2007/301
2000/196	Postulat von Christine Mangold vom 19. Oktober 2000: Genereller Leistungsauftrag öffentlicher Verkehr - Kostenverteilung	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	10/04/2008 05/04/2001	2007/180
2002/143	Postulat von Remo Franz vom 6. Juni 2002: Stopp der Personalvermehrung	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	10/04/2008 06/02/2003	2007/301
2003/256	Motion der SVP-Fraktion vom 30. Oktober 2003: Die Personalvermehrung in der Verwaltung muss gestoppt werden	abgeschrieben; überwiesen	10/04/2008 22/04/2004	2007/301
2000/023	Motion von Peter Tobler vom 27. Januar 2000: Das Baselbiet braucht ein modernes Haftpflichtrecht	abgeschrieben; überwiesen	24/04/2008 04/05/2000	2007/082
2001/290	Postulat von Daniel Wyss vom 29. November 2001: Stromsparende Strassenkandelaber; ein Beitrag zur Nachhaltigkeit	abgeschrieben; überwiesen	24/04/2008 19/09/2002	2007/242
2007/133	Postulat von Agathe Schuler vom 7. Juni 2007: Verbesserung des Angebotes auf der Tramlinie 10 der BLT an Samstagen	überwiesen und abgeschrieben	24/04/2008	
2005/163	Postulat der BPK vom 9. Juni 2005: Baubewilligungsgebühren	abgeschrieben; überwiesen	08/05/2008 26/01/2006	2007/107
2004/154	Postulat der SVP-Fraktion vom 24. Juni 2004: Überholverbot für Lastwagen auf der Strecke Basel Richtung Belchentunnel und in entgegen gesetzter Richtung	abgeschrieben; überwiesen	08/05/2008 23/09/2004	2008/021

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2003/296	Postulat von Christian Steiner vom 27. November 2003: Änderung der Verordnung über die Gebühren für Baubewilligungen	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	08/05/2008 22/04/2004	2007/078
2007/132	Postulat von Karl Willimann vom 7. Juni 2007: Der Staumanager hat nichts gebracht!	überwiesen und abgeschrieben	08/05/2008	
2008/008	Motion von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 10. Januar 2008: Mehr Transparenz beim Lotterie-Fonds	überwiesen und abgeschrieben	08/05/2008	
2006/313	Postulat von Urs Hammel vom 13. Dezember 2006: Personalaufstockung bei der Verkehrs-Polizei	abgeschrieben; Mot als Postulat (modifiziert) überwiesen	08/05/2008 19/04/2007	2008/077
2003/298	Postulat von Rolf Richterich vom 27. November 2003: Verbesserung der Verkehrssicherheit auf den Autobahnen	abgeschrieben; überwiesen	08/05/2008 22/01/2004	2008/020
2007/130	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 7. Juni 2007: Standortbestimmung Anti-Staumassnahmen	überwiesen und abgeschrieben	08/05/2008	
2007/131	Motion von Rudolf Keller vom 7. Juni 2007: Abschaffung der Staufachstelle	überwiesen und abgeschrieben	08/05/2008	
1999/201	Postulat von Eric Nussbaumer vom 14. Oktober 1999: Baselbieter Zeitspende-Preis	abgeschrieben; überwiesen	05/06/2008 13/01/2000	2008/041
2006/287	Postulat von Regula Meschberger vom 16. November 2006: Zusammenlegung der kriminaltechnischen Dienste der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft	abgeschrieben; überwiesen	05/06/2008 19/04/2007	2008/078
2004/276	Postulat von Madeleine Göschke vom 28. Oktober 2004: Car-Sharing bei Dienstfahrten der Kantonsverwaltung	abgeschrieben; überwiesen	05/06/2008 12/05/2005	2008/041
1998/041	Postulat von Uwe Klein vom 19. Februar 1998: Vereinfachung des Gemeindesteuer-Einzuges bei juristischen Personen	abgeschrieben; überwiesen	05/06/2008 14/05/1998	2008/041
2006/132	Motion von Karl Willimann vom 11. Mai 2006: Motorfahrzeugprüfungen im Oberbaselbiet: Transparenz herstellen!	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	05/06/2008 11/05/2006	2008/041

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2006/052	Postulat von Rolf Richterich vom 16. Februar 2006: Einsatz von Erdgasfahrzeugen bei Ersatz und Neubeschaffungen von kantonalen Fahrzeugen	abgeschrieben; überwiesen	05/06/2008 14/12/2006	2008/041
2004/311	Postulat der SVP-Fraktion vom 8. Dezember 2004: Effilex	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	05/06/2008 21/04/2005	2008/041
2007/228	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 20. September 2007: Kanton leistet Beiträge an Lager, Schulreisen und Exkursionen der Baselbieter Sekundarschulen	überwiesen und abgeschrieben	05/06/2008	
1999/185	Postulat von Max Ribi vom 16. September 1999: Beschleunigung der Verfahren am Zivilgericht	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	05/06/2008 27/01/2000	2008/041
2005/270	Postulat von Madeleine Göschke vom 20. Oktober 2005: Statt Bruderholz- und Felix Platter- ein neues gemeinsames Bruder Felix-Spital	abgeschrieben; überwiesen	05/06/2008 06/04/2006	2008/041
2002/073	Postulat von Roland Plattner vom 14. März 2002: Spitex wie weiter	abgeschrieben; überwiesen	05/06/2008 28/11/2002	2008/041
2006/010	Postulat der SVP-Fraktion vom 12. Januar 2006: Die H2 Pratteln - Liestal jetzt bauen	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	05/06/2008 18/05/2006	2008/041
1995/172	Postulat von Max Ribi vom 21. September 1995: Für verständliche Steuerabrechnungen	abgeschrieben; überwiesen	06/06/2008 15/01/1996	2008/041
2003/221	Postulat von Patrick Schäfli vom 18. September 2003: Mehr Privatwirtschaft - weniger Staat: Überprüfung der Aufgaben des Tiefbauamtes Basel-Landschaft	abgeschrieben; überwiesen	25/09/2008 22/01/2004	2008/033
2004/214	Postulat von Karl Willimann vom 9. September 2004: Motorfahrzeugkontrolle: Warum keine Zusammenarbeit mit den Privaten?	abgeschrieben; überwiesen	25/09/2008 24/02/2005	2006/188
2003/196	Postulat von Esther Maag vom 4. September 2003: Ozonwerte	abgeschrieben; überwiesen	16/10/2008 01/04/2004	2007/245
2004/195	Postulat der PUK-Informatik vom 14. Oktober 2004: Datenschutz	abgeschrieben; überwiesen	16/10/2008 14/10/2004	2008/057

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2006/273	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 2. November 2006: Berufliche Weiterbildung	abgeschrieben; überwiesen	30/10/2008 15/02/2007	2008/181
2008/064	Postulat von Marc Joset vom 13. März 2008: Erhalt der Sternwarte und der Meteo Station auf dem Bruderholz	überwiesen und abgeschrieben	30/10/2008	
2008/010	Postulat von Siro Imber vom 10. Januar 2008: Lichtsignalanlagen	überwiesen und abgeschrieben	30/10/2008	
2008/009	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 10. Januar 2008: Einführung von zwei Baselbieter Sportpreisen, und zwar einen für EinzelsportlerInnen und einen für Mannschaften	überwiesen und abgeschrieben	30/10/2008	
2008/095	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 10. April 2008: Einbezug von Patientenorganisationen in die Spitalplanung Bruderholz	überwiesen und abgeschrieben	13/11/2008	
2008/157	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 5. Juni 2008: Besserer Datenaustausch und elektronische Vernetzung zwischen Kanton und Gemeinden bei der Prüfung von Einbürgerungsgesuchen	überwiesen und abgeschrieben	27/11/2008	
2006/203	Postulat von Rudolf Keller vom 7. September 2006: Verlängerung der Amtsperiode auf 5 Jahre	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	27/11/2008 15/02/2007	2008/143
2008/248	Postulat von Karl Willimann vom 16. Oktober 2008: Budget 2009 und Finanzplan 2009-2012 überprüfen	abgeschrieben; überwiesen	10/12/2008 16/10/2008	2008/199
2008/247	Postulat von Daniel Münger vom 16. Oktober 2008: Finanzkrise - Auswirkungen aufs Baselbiet?	abgeschrieben; überwiesen	10/12/2008 16/10/2008	2008/199
2003/234	Postulat der SVP-Fraktion vom 16. Oktober 2003: Die Finanzkontrolle muss von der Verwaltung unabhängig werden	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	10/12/2008 23/09/2004	2008/052
2005/080	Motion der Geschäftsprüfungskommission vom 10. März 2005: "Management Audit bis auf Direktionsebene"	abgeschrieben; überwiesen	10/12/2008 07/04/2005	2008/052
2007/307	Postulat von Karl Willimann vom 12. Dezember 2007: Schuldenabbau des Kantons in guten Zeiten angehen	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	10/12/2008 22/05/2008	2008/199

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2005/230	Postulat der FDP-Fraktion vom 8. September 2005: Neue Arbeitsplätze für Pratteln sichern!	abgeschrieben; überwiesen	11/12/2008 20/10/2005	2008/178
2002/142	Motion von Max Ribi vom 6. Juni 2002: Änderung der Zuständigkeit zum Erlass und zur Genehmigung von kantonalen Nutzungsplänen	abgeschrieben; überwiesen	11/12/2008 10/04/2003	2007/172
2006/274	Postulat von Eugen Tanner vom 2. November 2006: Abgespeckter Wirtschaftsbericht	abgeschrieben; überwiesen	11/12/2008 19/04/2007	2008/178
2001/070	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Wirkungskontrolle bei der Standortpolitik und den dafür wichtigen Gesetzen	abgeschrieben; überwiesen	11/12/2008 31/05/2001	2008/178
2005/281	Postulat von Thomas de Courten vom 27. Oktober 2005: Aktivierung der Wirtschaftspolitik des Kantons Baselland	abgeschrieben; überwiesen	11/12/2008 06/04/2006	2008/178
2005/162	Postulat von Georges Thüring vom 9. Juni 2005: Das Baselbiet braucht eine Wachstumsinitiative!	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	11/12/2008 06/04/2006	2008/178
2004/009	Postulat von Thomas Schulte vom 22. Januar 2004: Erhöhung der Entschädigungsansätze für die Expertentätigkeit im Bereich der Lehrabschlussprüfungen im Kanton Basel-Landschaft	abgeschrieben; überwiesen	11/12/2008 06/05/2004	2008/266

Erläuterungen

überwiesen und abgeschrieben = In der gleichen Sitzung überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben.
abgeschrieben; überwiesen = Am angegebenen Datum abgeschrieben, Überweisung zu einem früheren Zeitpunkt.

2.2 Erfüllte Aufträge

G-Nr.	Geschäftstitel	G-Neu
1995/066	Postulat von Peter Brunner vom 22. März 1995: Überprüfung der staatlichen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen und Dienstleistungen des Kantons (Standortbestimmung, Kantonsbeteiligung, Ziele, Führungsverantwortung usw.)	2007/219
1998/193	Postulat von Ruedi Moser vom 15. Oktober 1998: Vermeidung Mobilfunk-Antennenwald	2007/169
2001/161	Postulat von Heinz Aebi vom 7. Juni 2001: Ausbau der SBB-Linie Basel - Laufen- Delémont	2008/349

G-Nr.	Geschäftstitel	G-Neu
2001/251	Postulat von Remo Franz vom 25. Oktober 2001: Entlastung der Aescher Hauptstrasse	2008/310
2002/032	Postulat von Christoph Rudin vom 7. Februar 2002: Revision des Gesetzes über den Ombudsman	2008/129
2002/304	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Erbschafts- und Schenkungssteuer bei der Unternehmensnachfolge	2008/272
2003/038	Postulat von Max Ribi vom 6. Februar 2003: Kantonaler Spezialrichtplan öffentlicher Verkehr	2007/169
2004/091	Postulat von Andreas Helfenstein vom 1. April 2004: Mehr Zug für das Baselbiet, Angebotsausbau der S-Bahn Basel	2008/349
2004/239	Motion der SVP-Fraktion vom 23. September 2004: Genehmigung der Stufenlehrpläne und der Studentafeln der einzelnen Schularten durch den Landrat	2008/351
2004/241	Motion der FDP-Fraktion vom 23. September 2004: Genehmigung der Stufenlehrpläne und der Studentafeln der einzelnen Schularten durch den Landrat	2008/351
2004/243	Postulat der SVP-Fraktion vom 23. September 2004: Bildungspolitik gehört in den Landrat!	2008/351
2004/244	Postulat der FDP-Fraktion vom 23. September 2004: Bildungspolitik gehört in den Landrat!	2008/351
2004/270	Motion von Elisabeth Augstburger vom 28. Oktober 2004: Frische Luft für mehr Genuss (Mitbericht, sid)	2008/179
2004/273	Postulat von Martin Rüegg vom 28. Oktober 2004: Schutz der Nichtrauchernden (Mitbericht, sid)	2008/179
2005/235	Postulat von Esther Maag vom 8. September 2005: Viertelstunden - Takt Gelterkinden - Aesch	2008/349
2005/280	Postulat der SVP-Fraktion vom 27. Oktober 2005: Drittes Geleise im Ergolzthal	2008/349
2005/320	Motion der SVP-Fraktion vom 14. Dezember 2005: Senkung der Staatsquote	2008/194
2006/009	Postulat von Ursula Jäggi vom 12. Januar 2006: §§ 48 ff (H. Rechte und Pflichten Privater) des Polizeigesetzes seien dahingehend zu ändern, dass die Tätigkeit privater Sicherheitsorganisationen geregelt wird	2008/035
2006/064	Postulat von Andreas Helfenstein vom 23. Februar 2006: Weichen in die Zukunft richten: Entwicklungspotential der Regio-S-Bahn nutzen!	2008/349
2006/117	Postulat von Hansruedi Wirz vom 27. April 2006: Die Kantone erheben für die Abgabe der Kleinhandelsbewilligung (Handel mit gebrannten Wasser) eine Gebühr, deren Höhe sich nach Art und Bedeutung des Geschäftsbetriebes bemisst (Alkoholgesetz Art.41a / SR 680)	2008/165
2006/139	Postulat von Daniela Schneeberger vom 18. Mai 2006: Überprüfung des Erbschafts- und Schenkungssteuer-Tarifs und Besserstellung von Konkubinatspartnern	2008/272
2006/152	Postulat von Urs Hintermann vom 8. Juni 2006: Kein nächtlicher Alkoholverkauf mehr	2008/165
2006/169	Postulat von Martin Rüegg vom 22. Juni 2006: Kein Alkoholverkauf mehr an Tankstellen und Kiosken	2008/165

G-Nr.	Geschäftstitel	G-Neu
2006/170	Postulat von Martin Rüegg vom 22. Juni 2006: Für eine präventive Preisgestaltung alkoholischer Getränke	2008/165
2006/266	Postulat von Ivo Corvini vom 2. November 2006: Überprüfung des Gesetzes über die Erbschafts- und Schenkungssteuer vom 7. Januar 1980 (SGS 334)	2008/272
2007/009	Postulat von Rolf Richterich vom 18. Januar 2007: Mehr Zug und Bus im Laufental!	2008/349
2007/202	Postulat der FDP-Fraktion vom 6. September 2007: Überprüfung Standorte Universität Basel	2008/267
2007/286	Postulat von Martin Rüegg vom 15. November 2007: S9 nach Basel	2008/349

Erläuterungen

Erfüllte, aber noch nicht abgeschriebene Vorstösse

2.3 Mehr als ein Jahr alte Postulate seit der Überweisung

Über die Postulate, die nicht innert eines Jahres seit der Überweisung erfüllt sind, hat der Regierungsrat dem Landrat eine besondere Vorlage zu unterbreiten.

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2000/049	Postulat von Esther Maag vom 24. Februar 2000: Arbeitsteilungs-Modelle bei Verwaltungskadern und Gerichtspräsidien	19/10/2000
2000/187	Postulat von Alfred Zimmermann vom 21. September 2000: Strikte Nachtruhe zwischen 22'00 und 06'00 auf dem EuroAirport: Änderung des Staatsvertrags	30/11/2000
2000/246	Postulat von Esther Maag vom 30. November 2000: Kinderbetreuung beim Kanton	11/01/2001
2002/127	Postulat der Petitionskommission vom 28. Mai 2002: Für mehr Qualität im Gesundheitswesen	05/09/2002
2003/080	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 27. März 2003: Vorlage eines neuen Finanzierungskonzeptes zwecks - mindestens teilweiser - Beseitigung der vorhandenen Deckungslücke der Basellandschaftlichen Pensionskasse	19/06/2003
2003/039	Postulat der Grünen-Fraktion vom 6. Februar 2003: Nachtflugsperr in Zürich verlangt Nachtflugsperr in Basel	04/09/2003
2002/309	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Abschaffung / Milderung der Kapitalsteuer bei juristischen Personen	30/10/2003
2003/112	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 8. Mai 2003: Neue Chancen für den beruflichen Wiedereinstieg	13/11/2003
2003/312	Postulat der SP-Fraktion vom 10. Dezember 2003: Änderung des Verkehrsabgabegesetzes (Mitbericht BUD und FKD) RRB 863 (06)	27/05/2004

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2004/049	Postulat der SP-Fraktion vom 19. Februar 2004: Ergänzung des Dekrets zum Finanzhaushaltsgesetz zur Festlegung von Spezialfinanzierungen	09/09/2004
2005/058	Postulat von Martin Rüegg vom 24. Februar 2005: Standesinitiative betreffend Oberaufsicht des Bundes über die Erdbebenvorsorge (Mitbericht bud, jpmd)	17/11/2005
2005/083	Postulat der SVP-Fraktion vom 10. März 2005: Effilex: Aufhebung des Landratsbeschlusses betreffend Bergwerkseigentum	17/11/2005
2005/141	Postulat der SP-Fraktion vom 26. Mai 2005: Sonderfinanzierung von Investitionen, die durch Gebühren refinanziert werden	23/02/2006
2005/127	Postulat von Jürg Wiedemann vom 12. Mai 2005: Befristete Verkehrssteuerbefreiung für Elektro-, Erdgas- und Biogasfahrzeuge (Mitbericht jpmd, bud)	27/04/2006
2005/271	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 20. Oktober 2005: Nicht nur Akademiker für unser Baselbiet (Mitbericht bkss, vsd)	27/04/2006
2005/317	Postulat der SVP-Fraktion vom 14. Dezember 2005: Strukturell bedingte Unterdeckung der Pensionskasse beseitigen!	11/05/2006
2005/257	Postulat der SVP-Fraktion vom 22. September 2005: Steuerliches Anreizsystem zum Energiesparen und zum Einsatz erneuerbarer und alternativer Energien (Mitbericht bud)	11/05/2006
2006/016	Postulat von Marc Joset vom 12. Januar 2006: Personalbefragung	11/05/2006
2005/114	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 21. April 2005: Einführung einer generellen Strassenkasse resp. eines Strassenfonds	08/06/2006
2006/097	Postulat der FDP-Fraktion vom 6. April 2006: Verbesserung und Vereinheitlichung des Personalmanagements beim Kanton	01/02/2007
2006/208	Postulat der SP-Fraktion vom 7. September 2006: Solidarität zwischen den Gemeinden bei den Sozialkosten	01/02/2007
2006/200	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 7. September 2006: Standesinitiative des Kantons Basel-Landschaft zur Abschaffung der Besteuerung des Eigenmietwertes für Wohneigentum	01/02/2007
2006/226	Postulat der FDP-Fraktion vom 21. September 2006: Steuern könnten einfacher sein!	15/02/2007
2006/320	Postulat von Patrick Schäfli vom 14. Dezember 2006: Mehr Mitbestimmung des Landrats bei öffentlich-rechtlichen Anstalten im Kanton Basel-Landschaft	19/04/2007
2006/270	Postulat der FDP-Fraktion vom 2. November 2006: Mandatsvertrag (Steuerung der Beteiligungen)	10/05/2007
2007/069	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 22. März 2007: "Verkehrssteuer mit ökologischer Ausrichtung" (Mitbericht bud, jpmd)	18/10/2007

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1999/169	Postulat der FDP-Fraktion vom 2. September 1999: Optimierung der Transportinfrastruktur am Oberrhein und Hochrhein	23/03/2000
2001/036	Postulat von Roland Bächtold vom 8. Februar 2001: Schaffung eines Verbandsklagerechts für Tierschutzorganisationen	26/04/2001
2003/279	Postulat von Eric Nussbaumer vom 13. November 2003: Perspektivenbericht Kantonsspital Laufen	01/04/2004
2005/221	Postulat der FDP-Fraktion vom 8. September 2005: Zürich will Spitzenmedizin in Basel und Bern auslöschen	08/09/2005
2005/113	Postulat der SVP-Fraktion vom 21. April 2005: Effilex: Aufhebung des Regierungsratsbeschlusses betreffend Ruhegehalt der Hebammen	06/04/2006
2005/099	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 7. April 2005: Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit	18/05/2006
2005/224	Postulat von Karl Willimann vom 8. September 2005: Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Wald	08/06/2006
2006/027	Postulat von Paul Schär vom 26. Januar 2006: Sicherheit für Pharma - Probanden und Pharma - Forschung dank trinationalen Probanden - Register	02/11/2006
2006/026	Postulat von Christoph Rudin vom 26. Januar 2006: Trinationaler Masterplan Rheinhafen	18/01/2007
2007/064	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2007: Bericht zur Altersversorgung im Kanton Basel-Landschaft	18/10/2007
2007/085	Postulat von Madeleine Göschke vom 19. April 2007: Offenlegung sämtlicher Analysendaten der Hardwasser AG (Mitbericht bud)	18/10/2007
2007/116	Postulat von Jürg Wiedemann vom 10. Mai 2007: Vorbehandlung des Trinkwassers	18/10/2007

Bau- und Umweltschuttdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1983/229	Postulat der CVP-Fraktion vom 5. Dezember 1983: Weiterführung der BLT-Linie 70 Reigoldswil - Basel (Aeschenplatz) zum Bahnhof SBB Basel	02/02/1987
1989/024	Postulat von Max Ribi vom 30. Januar 1989: Direkte Tramlinie von Allschwil zum Bahnhof Basel SBB	03/05/1993
1994/016	Postulat von Peter Kuhn vom 20. Januar 1994: Rollstuhlgängige, behindertengerechte Trams und Busse auf den Linien der BLT für Rollstuhlfahrer/Innen, Gehbehinderte, betagte Leute, Frauen und Männer mit Kinderwagen, etc.	10/02/1994
1997/189	Postulat von Max Ritter vom 25. September 1997: Bahn Sissach - Läfelfingen - Olten	25/09/1997

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1998/093	Postulat von Peter Brunner vom 14. Mai 1998: Öffentlicher Verkehr und Behinderte gemeinsam	26/11/1998
1999/255	Postulat von Max Ribi vom 25. November 1999: Verlängerung der Tramlinie 14 von Pratteln nach Liestal	24/02/2000
2000/037	Postulat von Hanspeter Frey vom 10. Februar 2000: Umfahrung Allschwil / Verkehrsentslastung Leimental	06/04/2000
2000/080	Postulat von Max Ritter vom 6. April 2000: Änderung des Gesetzes über den Denkmal- und Heimatschutz	21/09/2000
2000/274	Postulat vom 29. Dezember 2000: Petition zu Gunsten der Buslinie 70	22/02/2001
2001/114	Postulat von Alfred Zimmermann vom 26. April 2001: Ausdehnung der Quartierplanpflicht auf publikumsintensive Dienstleistungsbetriebe	31/05/2001
2001/129	Postulat der SP-Fraktion vom 10. Mai 2001: Einführung eines Öko-Effizienz-Profiles in der kantonalen Verwaltung	29/11/2001
2002/101	Postulat von Esther Maag vom 18. April 2002: Einführung eines Umweltmanagementsystems in der kantonalen Verwaltung zur Erreichung der CO2-Zielvorgaben	12/12/2002
2003/081	Postulat von Isaac Reber vom 27. März 2003: Urwaldfreundlicher Kanton	30/10/2003
2003/122	Postulat von Robert Ziegler vom 22. Mai 2003: Verkehrsmässige Erschliessung des Sportzentrums St. Jakob	15/01/2004
2003/194	Postulat von Ivo Corvini vom 4. September 2003: Tramlinie 6 zum Bahnhof SBB (als Zusatzlinie)	22/01/2004
2003/148	Postulat von Franz Hilber vom 19. Juni 2003: Dritte Sporthalle am Gymnasium Liestal	22/04/2004
2003/319	Postulat von Esther Maag vom 11. Dezember 2003: Effizienzsteigerung des Öffentlichen Verkehrs im Leimental	22/04/2004
2004/153	Postulat von Andreas Helfenstein vom 24. Juni 2004: Mit der Bahn zum St. Jakob-Park Genereller Leistungsauftrag öffentlicher Verkehr 2005 - 2009	13/01/2005
2005/064	Postulat von Remo Franz vom 24. Februar 2005: Für eine Fusion der Umweltämter beider Basel	12/05/2005
2005/063	Postulat von Anton Fritschi vom 24. Februar 2005: Gemeinsames Amt für Umwelt und Energie BL und BS	12/05/2005
2004/317	Postulat von Georges Thüning vom 8. Dezember 2004: Zusammenlegung der kantonalen Laboratorien (Mitbericht vsd, bksd)	12/05/2005
2005/101	Postulat von Jürg Degen vom 7. April 2005: Tarifverbund TriRegio	26/01/2006
2005/045	Postulat der SVP-Fraktion vom 3. Februar 2005: Aufhebung der Konzession zum Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Liestal nach Waldenburg eventuell Langenbruck	26/01/2006
2005/319	Postulat von Regula Meschberger vom 14. Dezember 2005: Asbestsanierungen öffentlicher Gebäude	06/04/2006
2005/279	Postulat der Umweltschutz- und Energiekommission vom 27. Oktober 2005: Energie sparen - Energie gewinnen	06/04/2006
2005/226	Postulat von Jürg Wiedemann vom 8. September 2005: Massnahmen gegen erhöhte Feinpartikel-Belastung	06/04/2006

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2005/231	Postulat von Rita Bachmann vom 8. September 2005: Zur Haltestellen - Verlegung für die Buslinien 70 und 80 am Aeschenplatz	06/04/2006
2005/258	Postulat der Fraktion der Grünen vom 22. September 2005: Erschliessung Kantonsspital Bruderholz mit dem öffentlichen Verkehr	06/04/2006
2005/302	Motion der SVP-Fraktion vom 17. November 2005: Kantonales Bauverhinderungs-Einspracherecht in Wohnzonen für Verbände abschaffen!	06/04/2006
2006/051	Postulat von Simone Abt vom 16. Februar 2006: Massnahmen gegen den Feinstaub	06/04/2006
2006/115	Postulat der FDP-Fraktion vom 27. April 2006: Kein Verzicht auf den Wisenbergtunnel	27/04/2006
2005/269	Postulat von Hannes Schweizer vom 20. Oktober 2005: Lehrlingsausbildung als Eignungs- oder Zuschlagkriterium bei öffentlichen Beschaffungen (Mitbericht BKSD)	19/10/2006
2006/011	Postulat von Jürg Wiedemann vom 12. Januar 2006: Sanierung der Chemiemülldeponien in Muttenz	30/11/2006
2006/174	Postulat von Esther Maag vom 22. Juni 2006: Verkehrsentslastung im Ergolzthal	14/12/2006
2006/173	Postulat von Ivo Corvini vom 22. Juni 2006: Verbesserung der Abläufe bei der Feuerungskontrolle und weitergehende Liberalisierung	14/12/2006
2006/098	Postulat von Kaspar Birkhäuser vom 6. April 2006: Minergie-Standard für Salina Raurica	14/12/2006
2006/077	Postulat von Daniel Wenk vom 23. März 2006: Unterhalt der Wälder entlang von Kantonsstrassen	14/12/2006
2006/122	Postulat von Marc Joset vom 27. April 2006: Realisierung eines Nachtbusnetzes	14/12/2006
2006/121	Postulat von Marc Joset vom 27. April 2006: Verbesserung der Busverbindung auf das Bruderholz und zum Bruderholzspital	01/02/2007
2006/316	Postulat von Daniel Wenk vom 13. Dezember 2006: Förderung des Rohstoffs Holz	03/05/2007
2006/315	Postulat von Hannes Schweizer vom 13. Dezember 2006: Holzasche zurück in den natürlichen Kreislauf	03/05/2007
2007/037	Postulat von Christoph Rudin vom 15. Februar 2007: Verlegung der Bushaltestelle für die Linie 70/80 am Aeschenplatz	03/05/2007
2007/102	Postulat von Siro Imber vom 3. Mai 2007: Wärmeerzeugung: Eigenständiges Baselbiet	01/11/2007
2007/090	Postulat der FDP-Fraktion vom 19. April 2007: Unterstützung von Massnahmen im Gebäudebereich	01/11/2007
2007/060	Postulat der SP-Fraktion vom 22. März 2007: Gebäudepass - Die Energieetikette fürs Haus	01/11/2007
2007/065	Postulat von Eric Nussbaumer vom 22. März 2007: Gaspreis für Wärme-Kraft-Koppelung	01/11/2007
2007/067	Postulat von Eric Nussbaumer vom 22. März 2007: Erarbeitung einer kantonalen Energieeffizienz-Strategie	01/11/2007
2007/070	Postulat von Agathe Schuler vom 22. März 2007: Gebäude-Energieausweis	01/11/2007

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2007/145	Postulat von Christoph Frommherz vom 14. Juni 2007: Beteiligung von Schulen am Erfolg von Energiesparmassnahmen (Mitbericht bksd)	01/11/2007
2007/088	Postulat von Martin Rüegg vom 19. April 2007: Bruderholzspital mit Minergie-P-Standard	29/11/2007

Sicherheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2001/025	Postulat von Peter Zwick vom 25. Januar 2001: Einsetzung eines Tierschutzanwaltes	22/02/2001
2001/163	Postulat von Remo Franz vom 7. Juni 2001: Einführung des Öffentlichkeitsprinzips	10/01/2002
2003/019	Postulat der FDP-Fraktion vom 23. Januar 2003: Erhöhung der sichtbaren Polizeipräsenz in Zentren und öffentlichen Räumen unseres Kantons	27/11/2003
2004/004	Postulat von Patrick Schäfli vom 15. Januar 2004: Parking-Situation im St. Jakob	06/05/2004
2004/119	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 6. Mai 2004: Parkplatzbewirtschaftung beim St. Jakob-Park	13/01/2005
2004/102	Postulat von Andreas Helfenstein vom 22. April 2004: Ohne Parkplatzsorgen zum St. Jakob-Park	13/01/2005
2004/274	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. Oktober 2004: Raser weg von der Strasse!	24/02/2005
2004/302	Postulat von Urs Hammel vom 25. November 2004: Verkehrsrowdys härter bestrafen	24/02/2005
2004/301	Postulat von Esther Maag vom 25. November 2004: Umfassendes Verkehrskonzept St. Jakob (Mitbericht jpmd)	12/05/2005
2005/232	Postulat von Esther Maag vom 8. September 2005: Zusammenlegung der Motorfahrzeugprüfstation (MFP) beider Basel und der Motorfahrzeugkontrolle (MFK) in beiden Basel	16/02/2006
2005/234	Postulat von Esther Maag vom 8. September 2005: Zusammenlegung der Verkehrsleitzentrale	11/05/2006
2006/049	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 16. Februar 2006: Bildet eine Sicherheitsdirektion (Mitbericht fkd, vsd, bud)	18/05/2006
2006/013	Postulat der SP-Fraktion vom 12. Januar 2006: Regionales Konzept Gefängnisplanung	18/05/2006
2006/017	Postulat von Madeleine Göschke vom 12. Januar 2006: Zusammenschluss der Anlaufstellen von Sanität und Feuerwehr zu einer einzigen Einsatzzentrale und deren gemeinsamer Betrieb mit Basel-Stadt (Mitbericht fkd, vsd)	18/05/2006
2006/151	Postulat von Daniela Gaugler vom 8. Juni 2006: Temporeduktion und Fussgängerstreifen Neuhof	08/06/2006
2006/156	Postulat von Siro Imber vom 8. Juni 2006: Weniger Verkehrsanordnungen, mehr Sicherheit und Verantwortung (Mitbericht bud)	30/11/2006

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2006/154	Postulat von Simone Abt vom 8. Juni 2006: EURO 08 ohne Zwangsprostitution	30/11/2006
2006/245	Postulat von Hanspeter Wullschleger vom 19. Oktober 2006: Änderung des Hanfgesetz: Bewilligungs- statt Meldepflicht für den Hanfanbau	15/02/2007
2006/209	Postulat von Simone Abt vom 7. September 2006: Einreichung einer Standesinitiative betreffend Unterzeichnung und Ratifizierung der Menschenhandelskonvention des Europarates	22/03/2007
2007/027	Postulat der BSK vom 1. Februar 2007: Mitwirkung des Parlaments bei Staatsverträgen	07/06/2007
2007/192	Postulat von Georges Thüring vom 6. September 2007: Schaffung eines kantonalen Krisen- und Katastrophenfonds	06/09/2007
2007/038	Postulat von Karl Willmann vom 15. Februar 2007: Feinkalibrierung am Bussengenerator dient nicht der Sicherheit...	20/09/2007

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2000/145	Postulat von Heinz Aebi vom 22. Juni 2000: Förderung der Zweisprachigkeit in der Oberrheinregion	30/11/2000
2000/098	Postulat von Pascal Wyss vom 4. Mai 2000: Sicherung, Schutz und Nutzungskonzept für die Römervilla Munzach in Liestal	30/11/2000
2001/168	Postulat der FDP-Fraktion vom 21. Juni 2001: Bedarfsabklärung betreffend öffentlichen Tagesschulen	10/01/2002
2002/283	Postulat der SP-Fraktion vom 14. November 2002: Finanzierung von stationären Platzierungen von Kindern und Jugendlichen sowie pädagogischen Familienbegleitungen	08/05/2003
2004/245	Postulat von Christian Steiner vom 23. September 2004: Verordnung über Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Übertritt am Kindergarten und an der Primarschule (VO BBZ vom 4. Mai 04)	25/11/2004
2004/300	Postulat von Esther Maag vom 25. November 2004: EURO 2008: Sicherheit durch Prävention und Fan-Betreuung (Mitbericht jpmid)	10/03/2005
2005/144	Postulat von Dieter Völlmin vom 26. Mai 2005: Wiedereinführung des Semesterzeugnis an den Primarschulen	23/03/2006
2005/146	Postulat von Florence Brenzikofer vom 26. Mai 2005: Neues Beurteilungssystem an den Baselbieter Primarschulen	23/03/2006
2006/100	Postulat von Christoph Rudin vom 6. April 2006: Gemeinsames Kulturkonzept für Basel-Stadt und Basel-Landschaft	18/05/2006
2006/046	Postulat von Eva Chappuis vom 16. Februar 2006: Schulbesuch am Tagesaufenthaltort	18/05/2006
2006/029	Postulat von Jürg Wiedemann vom 26. Januar 2006: Reduktion der Stundenausfälle an der Sekundarstufe 1	18/05/2006
2005/182	Postulat von Christoph Rudin vom 23. Juni 2005: Kulturgesetz	18/05/2006

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2005/255	Postulat von Annemarie Marbet vom 22. September 2005: Sekundarschulkreis Sissach	18/05/2006
2006/153	Postulat von Ruedi Brassel vom 8. Juni 2006: Aufbau eines Kompetenzzentrums für die Begleitforschung zu den Life Sciences	19/10/2006
2006/101	Postulat von Christian Steiner vom 6. April 2006: Eltern bilden statt Kinder therapieren	02/11/2006
2006/116	Postulat von Georges Thüning vom 27. April 2006: Euro 08-Tickets für Baselbieter Bevölkerung	02/11/2006
2006/289	Postulat von Karl Willimann vom 16. November 2006: 175 Jahre Basel-Landschaft - Zeichen setzen !	18/01/2007
2006/227	Postulat von Eva Gutzwiller vom 21. September 2006: Gewaltprofile an den Schulen Erfassung mittels Internet (Mitbericht jpmd)	15/02/2007
2006/250	Postulat von Marianne Hollinger vom 19. Oktober 2006: 5-Tage-Woche für alle Schülerinnen und Schüler	15/02/2007
2006/251	Postulat von Madeleine Göschke vom 19. Oktober 2006: Auswertung der Agendaführung von Lernkräften	15/02/2007
2006/155	Postulat von Simone Abt vom 8. Juni 2006: Psychomotoriktherapie für alle Kinder, die sie brauchen	22/03/2007
2007/093	Postulat von Bea Fünfschilling vom 19. April 2007: Orientierungsarbeiten an der Sekundarschule	06/09/2007
2007/010	Postulat von Jacqueline Simonet vom 18. Januar 2007: Für besseres Fremdsprachenlernen durch Austauschpädagogik	06/09/2007
2007/068	Postulat von Georges Thüning vom 22. März 2007: Förderung des regionalen Theaterschaffens	06/09/2007

Büro Landrat

Keine

Landeskanzlei

Keine

Kantonsgericht

Keine

2.4 Mehr als zwei Jahre alte Motionen seit der Überweisung

Über die Motionen, die nicht innert zwei Jahren seit der Überweisung erfüllt sind, hat der Regierungsrat dem Landrat eine besondere Vorlage zu unterbreiten.

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2006/007	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 12. Januar 2006: "Pauschale Budgetanträge"	11/05/2006

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2002/086	Motion der FDP-Fraktion vom 21. März 2002: Ausbau der Hafenbahn	14/11/2002

Bau- und Umweltschuttdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1998/192	Motion der FDP-Fraktion vom 15. Oktober 1998: Wisenbergtunnel. Dem 2. Juradurchstich zum Durchbruch verhelfen	04/03/1999
2004/115	Motion von Regula Meschberger vom 6. Mai 2004: Ausscheidung von Zonen für die Errichtung von Versorgungsanlagen (Mobilfunkanlagen, UMTS-Anlagen)	28/10/2004
2006/199	Motion der Petitionskommission vom 7. September 2006: Änderung des Gesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen	19/10/2006

Sicherheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1999/074	Motion von Eric Nussbaumer vom 15. April 1999: Kantonales Konzept für die familienergänzende Kinderbetreuung II	02/09/1999
2005/160	Motion der Spezialkommission Parlament und Verwaltung vom 9. Juni 2005: Änderung des Landratsgesetzes	01/12/2005
2006/050	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 16. Februar 2006: Aufhebung der Alterslimite für Inhaberinnen und Inhaber eines Nebenamtes	02/11/2006

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1998/112	Motion der FDP-Fraktion vom 28. Mai 1998: Für ein Konzept zur beruflichen Fort- und Weiterbildung (Erwachsenenbildung) im neuen Bildungsgesetz	17/12/1998
2003/090	Motion der GPK vom 10. April 2003: Revision des Gesetzes über die Leistung von Beiträgen zur Förderung kultureller Bestrebungen	18/09/2003
2003/188	Motion von Paul Schär vom 4. September 2003: Die Schule muss ein drogenfreier Raum werden!	13/11/2003
2005/126	Motion von Jacqueline Simonet vom 12. Mai 2005: Ergänzung des Bildungsgesetzes betreffend Aufnahmeverfahren einer Speziellen Förderung	23/03/2006
2006/025	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 26. Januar 2006: Gesamtkosten Euro 08	23/03/2006

Büro Landrat

Keine

Landeskanzlei

Keine

Kantonsgericht

Keine

2.5 Im Jahr 2008 überwiesene, noch nicht erfüllte Postulate und Verfahrenspostulate

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2006/099	Postulat von Jacqueline Simonet vom 6. April 2006: Revision des Steuergesetzes: Abzug von ZEITSPENDEN analog zu "freiwilligen Zuwendungen"	21/02/2008
2007/158	Postulat von Heinz Aebi vom 21. Juni 2007: Mehr direkte Demokratie in den Gemeinden!	13/03/2008

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2007/193	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 6. September 2007: Höherer Kinderabzug bei Selbstbetreuung der eigenen Kinder	13/03/2008
2007/134	Postulat von Ivo Corvini vom 7. Juni 2007: Steuerabzugsmöglichkeit bei privaten Abwasseranlagen	13/03/2008
2007/165	Postulat von Jürg Wiedemann vom 21. Juni 2007: Steuerrabatt bei Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichts (Mitbericht bud)	13/03/2008
2007/159	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 21. Juni 2007: Klarere gesetzliche Vorgaben und Standards für die Zuweisung von Rückstellungen (Fondsbildung) in der Staatsrechnung	13/03/2008
2007/314	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 13. Dezember 2007: Einheitliche und gezielte Finanzführung	22/05/2008
2007/297	Postulat von Elisabeth Schneider vom 29. November 2007: Förderung von Gemeindezusammenschlüssen	22/05/2008
2007/205	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 6. September 2007: Erstellung eines Demographieberichts	22/05/2008
2008/066	Postulat von Paul Rohrbach vom 13. März 2008: Förderung der Zusammenarbeit unter den Gemeinden	22/05/2008
2007/273	Postulat von Marianne Hollinger vom 1. November 2007: Weg vom steuerbaren Einkommen als Grundlage für Subventionen	22/05/2008
2007/284	Postulat der SP-Fraktion vom 15. November 2007: Abgangsregelung für hauptamtliche RichterInnen	22/05/2008
2008/314	Postulat der FDP-Fraktion vom 27. November 2008: Anpassung von Vergütungs- und Verzugszins bei der Staatssteuer	27/11/2008
2008/205	Postulat der SVP-Fraktion vom 11. September 2008: Für einen zeitgemässen Kündigungsschutz in der Verwaltung	11/12/2008
2008/221	Postulat der SVP-Fraktion vom 11. September 2008: Zentrumsabgeltung an Basel-Stadt: Überprüfung der finanziellen Grundlagen	11/12/2008

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2007/203	Postulat der FDP-Fraktion vom 6. September 2007: Mehr Handlungsspielraum für die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Landschaft	05/06/2008
2008/070	Postulat von Pia Fankhauser vom 13. März 2008: Behandlungskette im Gesundheitsbereich als Standard	16/10/2008
2007/287	Postulat von Pia Fankhauser vom 15. November 2007: Zentrale Vermittlung von Ferienbetten/Notbetten für Betagte	16/10/2008
2008/136	Postulat von Daniel Münger vom 22. Mai 2008: Förderung genossenschaftlicher Wohnungsbau (Mitbericht bud)	11/12/2008
2008/124	Postulat von Philipp Schoch vom 8. Mai 2008: Metrobasel	11/12/2008
2008/122	Postulat von Regula Meschberger vom 8. Mai 2008: Gesamtarbeitsverträge in subventionierten Institutionen und Betrieben mit Leistungsvereinbarungen (Mitbericht bkds)	11/12/2008

Bau- und Umweltschutzdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2006/317	Postulat von Eugen Tanner vom 13. Dezember 2006: Klare Verantwortlichkeiten bei Bauvorhaben (Mitbericht bkss, fkd, jpm und vsd)	10/01/2008
2007/049	Postulat von Jürg Wiedemann vom 8. März 2007: Behindertentransport in den öffentlichen Verkehr (ÖV) integrieren	24/01/2008
2007/249	Postulat von Eric Nussbaumer vom 18. Oktober 2007: Öffentlicher Nahverkehr im unteren Kantonsteil bis 2030	24/04/2008
2007/290	Postulat von Marianne Hollinger vom 15. November 2007: TNW Tarifverbund Nordwestschweiz - mindestens Olten gehört dazu!	24/04/2008
2007/115	Postulat von Hanni Huggel vom 10. Mai 2007: Mit dem ÖV ins römische Theater in Augusta Raurica	24/04/2008
2007/166	Postulat von Isaac Reber vom 21. Juni 2007: Weiterentwicklung Tarifverbund Nordwestschweiz zu einem Verkehrsverbund	24/04/2008
2007/233	Postulat von Siro Imber vom 20. September 2007: Bessere Umsteigeverbindung an der Tramhaltestelle Brausebad für Allschwil und Schönenbuch	24/04/2008
2007/253	Postulat von Marc Joset vom 18. Oktober 2007: Anbindung des Leimentals an den Bahnhof Basel SBB	24/04/2008
2007/157	Postulat von Andreas Helfenstein vom 21. Juni 2007: Deponie Margelacker: Gesicherte und vollständige Entscheidungsgrundlagen abwarten!	24/04/2008
2005/061	Postulat von Urs Hintermann vom 24. Februar 2005: Verfahrensbeschleunigung bei Baurekursen	08/05/2008
2007/254	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 18. Oktober 2007: Veloverbindungen Reinach - Arlesheim / Dornach	22/05/2008
2007/309	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 12. Dezember 2007: Energie-Standards für Gewerbebauten	22/05/2008
2007/252	Postulat der Grüne-Fraktion vom 18. Oktober 2007: Verwertung von Grünabfällen	22/05/2008
2008/137	Postulat der Grünen-Fraktion vom 22. Mai 2008: Atomstromfreier Kanton Basel-Landschaft	25/09/2008
2008/169	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 19. Juni 2008: Photovoltaik für alle neuen Kantonsgebäude	25/09/2008
2008/154	Postulat von Marc Joset vom 5. Juni 2008: Vermeidung von Konkurrenz der Gewerbebetriebe durch Stromversorger	25/09/2008
2007/204	Postulat von Jürg Wiedemann vom 6. September 2007: Partikelfilter für landwirtschaftliche Fahrzeuge (Mitbericht sid)	16/10/2008
2008/158	Postulat von Christine Gorrengourt vom 5. Juni 2008: Mit einer wirkungsvollen Energieberatung und Baudämmung zur 2000 Watt-Gesellschaft	16/10/2008
2008/172	Postulat von Urs Hess vom 19. Juni 2008:Minergie ohne Nutzungsverlust	16/10/2008

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2008/038	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 21. Februar 2008: Weiterführung der Pendler- und Ausflugslinie der BLT, Linie 70 vom Aeschenplatz zum Bahnhof Basel SBB	13/11/2008
2008/027	Postulat von Robert Ziegler vom 24. Januar 2008: Südumfahrung "light"	13/11/2008
2008/028	Postulat von Siro Imber vom 24. Januar 2008: S-Bahn-Haltestelle Basel Morgartenring / Allschwil	13/11/2008
2008/170	Postulat von Christoph Frommherz vom 19. Juni 2008: Berücksichtigung der IAO - Kernübereinkommen im kantonalen Beschaffungswesen (Mitbericht vgd)	13/11/2008
2008/166	Postulat von Mirjam Würth vom 19. Juni 2008: Kleine Gewässer ans Licht	13/11/2008

Sicherheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2007/083	Postulat von Regula Meschberger vom 19. April 2007: Änderung des Bürgerrechtsgesetzes: Zulassung von Einbürgerungskommissionen	24/04/2008
2007/201	Postulat von Marc Joset vom 6. September 2007: Tempo - 30	08/05/2008
2007/308	Postulat von Regula Meschberger vom 12. Dezember 2007: Armeewaffen freiwillig an einem sicheren Ort deponieren	08/05/2008
2007/291	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 15. November 2007: Verhandlungsmandate für interkantonale Vereinbarungen (Mitbericht fkd)	22/05/2008
2006/171	Postulat von Patrick Schäfli vom 22. Juni 2006: Motorfahrzeugprüfungen: Vereinbarung BL/BS muss verbessert werden!	25/09/2008
2008/012	Postulat von Elisabeth Schneider vom 10. Januar 2008: Verrechnung gemeindepolizeilicher Tätigkeiten durch die Kantonspolizei	30/10/2008
2008/123	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 8. Mai 2008: Schutz vor Cyberbullying (Mitbericht bkssd)	27/11/2008
2008/156	Postulat von Robert Ziegler vom 5. Juni 2008: Das Kriterium des Strafregistereintrages bei Einbürgerungen ist zu überprüfen und differenziert zu handhaben!	27/11/2008
2008/253	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 16. Oktober 2008: Milde Urteile geben zu denken !	27/11/2008
2008/210	Postulat der CVP/EVP- Fraktion vom 11. September 2008: Zivilcourage	27/11/2008
2008/155	Postulat von Daniel Münger vom 5. Juni 2008: Auslegeordnung - familienfreundliche Wirtschaftsregion Nordwestschweiz (Mitbericht vgd)	27/11/2008

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2007/160	Postulat von Regula Meschberger vom 21. Juni 2007: Schaffung der Stelle eines / einer Delegierten für die Integration von Menschen mit Behinderung und / oder Leistungsbeeinträchtigung in die Arbeitswelt	24/01/2008
2007/161	Postulat von Christoph Rudin vom 21. Juni 2007: Subventionserhöhung für das Theater Roxy Birsfelden	24/01/2008
2007/162	Postulat der SP-Fraktion vom 21. Juni 2007: Bericht über die Rahmenbedingungen einer breiteren Abstützung des Theaters Basel, bis hin zur gemeinsamen Trägerschaft	21/02/2008
2007/163	Postulat von Christoph Rudin vom 21. Juni 2007: Augusta Raurica als Unesco-Kulturerbe	21/02/2008
2007/234	Postulat von Jürg Wiedemann vom 20. September 2007: Massnahmen bei Disziplinarverstössen auf der Sekundarstufe	08/05/2008
2007/272	Postulat von Jürg Wiedemann vom 1. November 2007: Einsatz von Fachlehrkräften an der Primarschule in den Fremdsprachen Französisch und Englisch	08/05/2008
2007/232	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 20. September 2007: Volle Ausschöpfung und Erweiterung der Kriterien für die Gewährung von Finanzhilfen zur Erstellung und den Betrieb von Sportanlagen (Mitbericht fkd)	08/05/2008
2007/231	Postulat von Karl Willimann vom 20. September 2007: Gezielte Förderung des Jugendsports !	08/05/2008
2007/315	Postulat von Martin Rüegg vom 13. Dezember 2007: Campus Sport für die Region	08/05/2008
2007/235	Postulat von Jürg Wiedemann vom 20. September 2007: Vergrösserung der zulässigen Bandbreite der Über- und Unterstunden von Lehrkräften	08/05/2008
2007/200	Postulat von Elsbeth Schmied vom 6. September 2007: Neuregelung der Schulferien - längere Herbstferien!	08/05/2008
2007/164	Postulat von Christoph Rudin vom 21. Juni 2007: Kulturelles Erbe aus Arbeit, Gewerbe und Industrie	08/05/2008
2008/108	Postulat von Urs Berger vom 24. April 2008: Gewaltfreie Jugend - Gewaltfreie Schule (Mitbericht sid)	30/10/2008
2008/068	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 13. März 2008: Entlastung der Schulen von unnötiger Bürokratie	30/10/2008
2008/105	Postulat von Birgitta Rebsamen vom 24. April 2008: Wert- und Ethikunterricht für Kinder	30/10/2008
2008/092	Postulat von Thomas Bühler vom 10. April 2008: Klassengrössen an der Volksschule	30/10/2008
2008/109	Postulat von Jacqueline Simonet vom 24. April 2008: Zugang zu Behindertenorganisationen für Nicht-IV-Berechtigte	30/10/2008

Büro Landrat

Keine

Landeskanzlei

Keine

Kantonsgericht

Keine

2.6 In den Jahren 2007 bis 2008 überwiesene, noch nicht erfüllte Motionen

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2007/196	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 6. September 2007: Einreichung einer Standesinitiative zur Änderung von Art. 7 des BG über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden	13/03/2008
2007/270	Motion der SVP-Fraktion vom 1. November 2007: Senkung der Vermögenssteuer ist vordringlich	13/03/2008
2007/313	Motion von Dominik Straumann vom 13. Dezember 2007: Änderung von § 98 Gemeindegesetz, Rechnungsprüfungskommission	22/05/2008
2008/062	Motion der FDP-Fraktion vom 13. März 2008: Anpassungen der kantonalen Steuergesetzgebung an die Unternehmenssteuerreform II	22/05/2008
2008/091	Motion von Madeleine Göschke vom 10. April 2008: Nachtflugsperrre auf dem EAP	22/05/2008
2008/204	Motion der SVP-Fraktion vom 11. September 2008: Die guten Steuerzahler behalten - Die Steuersätze für hohe Einkommen senken	11/12/2008

Volkswirtschafts- Gesundheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2006/265	Motion der FDP-Fraktion vom 2. November 2006: Umsetzung der kantonalen Koordinationspflichten im Bereich Betreuung und Pflege im Alter	19/04/2007
2007/271	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 1. November 2007: Standesinitiative gegen EU-Schlacht tiertransporte auf Schweizer Strassen	16/10/2008

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2008/037	Motion von Paul Wenger vom 21. Februar 2008: Überarbeitung und Revision des Basellandschaftlichen "Gesetzes über die öffentlichen Ruhetage" vom 26. September 1968, insbesondere die Anpassung von § 6 an die heutigen gesellschaftlichen Bedürfnisse und Anliegen, dies im Sinne der geltenden gesetzlichen Regelung im Kanton Basel-Stadt (Mitbericht alle Direktionen)	16/10/2008

Bau- und Umweltschutzdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2007/007	Motion von Agathe Schuler vom 18. Januar 2007: Ergänzung des Raumplanungs- und Baugesetzes (RBG) betreffend Mobilfunkantennenanlagen	03/05/2007
2007/063	Motion von Paul Jordi vom 22. März 2007: Solarenergie im Baugesetz fördern statt verhindern	01/11/2007
2007/062	Motion von Karl Willimann vom 22. März 2007: Energieeffizienz und erneuerbare Energien im Baugesetz verankern	01/11/2007
2007/226	Motion der Umwelt- und Energiekommission vom 20. September 2007: Minergie / Minergie-P darf keinen Nachteil bei der Baunutzung ergeben	01/11/2007
2006/246	Motion von Isaac Reber vom 19. Oktober 2006: Solaranlagen aufs Dach - auch in Kernzonen!	01/11/2007
2007/061	Motion von Eric Nussbaumer vom 22. März 2007: 2000-Watt-Gesellschaft im Gebäudebereich	01/11/2007
2007/198	Motion von Philipp Schoch vom 6. September 2007: Förderung von Windenergie im Kanton Basel-Landschaft	01/11/2007
2007/194	Motion von Elisabeth Schneider vom 6. September 2007: Rasche lokale Verkehrslösungen statt Planungsgleichen	15/11/2007
2007/248	Motion von Hannes Schweizer vom 18. Oktober 2007: Windkraftanlagen auch in Schutzgebieten!	22/05/2008
2008/132	Motion der FDP-Fraktion vom 22. Mai 2008: Zusätzliche Massnahmen zur Förderung elektrischer Energie aus erneuerbaren Quellen, insbesondere der Photovoltaik	25/09/2008
2008/232	Motion der Petitionskommission vom 25. September 2008: Rasche Verlängerung der Buslinien 70 und 80 zum Bahnhof Basel SBB	16/10/2008
2008/168	Motion von Rolf Richterich vom 19. Juni 2008: Bonus-/ Malussystem im öffentlichen Verkehr	13/11/2008
2008/167	Motion von Klaus Kirchmayr vom 19. Juni 2008: Neue Buslinie Ettingen Bahnhof - Aesch Bahnhof	13/11/2008
2008/106	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 24. April 2008: Masterplan Verkehr für den Kanton Basel-Landschaft	13/11/2008

Sicherheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2006/311	Motion von Martin Rüegg vom 13. Dezember 2006: Umgang mit Interpellationen	19/04/2007
2007/025	Motion von Hannes Schweizer vom 1. Februar 2007: Bearbeitungsgebühren statt Steuern für die Bewilligung von Tombola und Lottospielen und Aufhebung der Abrechnungspflicht	07/06/2007
2007/111	Motion vom Büro Landrat vom 10. Mai 2007: Überarbeitung der Vereinbarung über die Behördenzusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt	18/10/2007
2007/306	Motion von Kaspar Birkhäuser vom 12. Dezember 2007: Armeewaffen ins Zeughaus	08/05/2008
2008/133	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 22. Mai 2008: Standesinitiative betreffend gesamtschweizerische Regelung der Suizidbeihilfe (Mitbericht vgd)	27/11/2008

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2006/225	Motion von Martin Rüegg vom 21. September 2006: Sport als Promotionsfach	15/02/2007
2007/059	Motion von Madeleine Göschke vom 22. März 2007: Mittagstisch für Sekundarschulen	06/09/2007
2007/227	Motion der FDP-Fraktion vom 20. September 2007: Standesinitiative zur Einsitznahme als Mitglied des Universitätskantons Basel-Landschaft in die Schweizerische Universitätskonferenz	30/10/2008
2008/135	Motion von Klaus Kirchmayr vom 22. Mai 2008: Delegation der Kompetenz zur Sperrung von Internet-Seiten (Mitbericht fkd)	27/11/2008

Büro Landrat

Keine

Landeskanzlei

Keine

Kantonsgericht

Keine

Anhang 2: Initiativen (Stand der Bearbeitung am 31. 12. 2008)

Vorgeprüfte Initiativen Aufgeführt nach Vorprüfungsdatum (absteigend)

Titel	Rasche lokale Verkehrslösungen statt ruinöse Transitachse durchs Leimental
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	10. Januar 2008 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Titel	Einfachere Steuern im Baselbiet
Typ	Formulierte Verfassungsinitiative
Publikation der Vorprüfung	13. September 2007 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Titel	Bussengelder für Steuerrabatt
Typ	Formulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	5. April 2007 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Titel	Einführung von Schuluniformen
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	24. August 2006 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Titel	Berufsbildungsinitiative: kein Schulschluss ohne Anschluss
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	27. April 2006 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Titel	Kantonales und kommunales Stimm- und Wahlrecht integrierter AusländerInnen
Typ	Formulierte Verfassungsinitiative
Publikation der Vorprüfung	30. Juni 2005 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Titel	Schuldenabbau für unsere Jugend (Schuldenabbau-Initiative)
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative

Publikation der Vorprüfung	26. Mai 2005 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Titel	Steuersenkung
Typ	Formulierte Verfassungsinitiative
Publikation der Vorprüfung	20. Januar 2005 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Titel	Schuldenbremse
Typ	Formulierte Verfassungsinitiative
Publikation der Vorprüfung	20. Januar 2005 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Titel	Familiengerechte Wohnkosten-Initiative
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	9. Januar 2003 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)

Zustande gekommene Initiativen

Aufgeführt nach Einreichungsdatum (absteigend)

Titel	Verantwortliche Basler Chemie- und Pharmafirmen müssen Trinkwasseruntersuchung und -aufbereitung bezahlen
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	10. Januar 2008 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	27. Februar 2008
Zustande gekommen (Publikation)	3. April 2008
Anzahl gültige Unterschriften	3'721
Titel	Totalsanierung der Chemiemülldeponien in Muttenz
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	10. Januar 2008 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)

Eingereicht am	27. Februar 2008
Zustande gekommen (Publikation)	3. April 2008
Anzahl gültige Unterschriften	3'856
Geschäft des Landrats Nr.	2008 / 188 (Rechtsungültigkeit)
Titel	Schutz vor Passivrauchen
Typ	Formulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	1. März 2007 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	16. August 2007
Zustande gekommen (Publikation)	13. Dezember 2007
Anzahl gültige Unterschriften	5'949
Geschäft des Landrats Nr.	2007 / 318 (Rechtsgültigkeit)
Geschäft des Landrats Nr.	2008 / 179 (Antrag auf Ablehnung der Initiative, Annahme des Gegenvorschlags)
Titel	Weg vom Öl - hin zu erneuerbaren Energien! (Energieinitiative)
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	14. Dezember 2006 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	6. Februar 2007
Zustande gekommen (Publikation)	18. Oktober 2007
Anzahl gültige Unterschriften	1'906
Geschäft des Landrats Nr.	2008 / 244 (Antrag auf Ablehnung der Initiative; kein Gegenvorschlag)
Titel	Kantonsbeiträge für den Unterhalt der Gemeindestrassen in der 10 km-Zone für 40-Tonnen-Lastwagen

Typ	Nichtformulierte Gemeindeinitiative
Eingereicht am	23. Juni 1999
Zustande gekommen (Publikation)	1. Juli 1999 (Worttext der Initiative)
Eingereicht von den Gemeinden	Aesch, Allschwil, Birsfelden, Giebenach, Münchenstein, MuttENZ, Pratteln (Federführung) und Reinach
Geschäft des Landrats Nr.	2007 / 266 (Antrag auf Ablehnung der Initiative; kein Gegenvorschlag)
Titel	Änderung von § 137 des Schulgesetzes
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative (Gemeindeinitiative)
Eingereicht am	9. Januar 1992
Zustande gekommen (Publikation)	23. Januar 1992
Geschäft des Landrats Nr.	2002 / 113 (vom Landrat am 5. Juni 2003 an Regierungsrat zurückgewiesen)

Erledigte Initiativen

Aufgeführt nach dem Datum der Abstimmung / des Rückzugs (absteigend)

Titel	Ja, Bildungsvielfalt für alle
Typ	Formulierte Verfassungsinitiative
Publikation der Vorprüfung	12. Oktober 2006 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	6. Dezember 2006
Zustande gekommen (Publikation)	11. Januar 2007
Anzahl gültige Unterschriften	1'985
Geschäft des Landrats Nr.	2007 / 106 (Rechtsgültigkeit)
Abstimmung am	30. November 2008 (Initiative abgelehnt: 65'207 Nein, 17'107 Ja; Gegenvorschlag angenommen: 45'478 Ja, 34'456 Nein)

Titel	Für einen leistungsstarken öffentlichen Verkehr (öv-Initiative)
Typ	Formulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	18. Mai 2006 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	24. Januar 2007
Zustande gekommen (Publikation)	1. März 2007
Anzahl gültige Unterschriften	1'612
Geschäft des Landrats Nr.	2007 / 122 (Rechtsgültigkeit)
	2007 / 277 (Empfehlung zur Ablehnung der Initiative)
Abstimmung am	28. September 2008 (Initiative abgelehnt; 35'459 Nein, 25'355 Ja)
Titel	Keine Schulgebühren
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	1. April 2004 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	18. November 2004
Zustande gekommen (Publikation)	30. Dezember 2004
Anzahl gültige Unterschriften	1'665
Geschäft des Landrats Nr.	2005 / 019 (Rechtsgültigkeit am 21.4.2005 beschlossen)
	2006 / 257 (Gesuch um Verlängerung der Behandlungsfrist; bewilligt am 18. Januar 2007)
Zurückgezogen am	25. September 2008 (Verfügung über Rückzug)
Titel	Abschaffung der Fachstelle für Gleichstellung von Mann und Frau
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative

Publikation der Vorprüfung	12. Mai 2005 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	15. Januar 2007
Zustande gekommen (Publikation)	15. Februar 2007
Anzahl gültige Unterschriften	1'529
Geschäft des Landrats Nr.	2005 / 204 (Rechtsgültigkeit)
	2007 / 188 (Empfehlung auf Ablehnung der Initiative)
Abstimmung am	1. Juni 2008 (Initiative abgelehnt mit 48'089 Nein zu 28'454 Stimmen)